Montag, 27. Januar 1986 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 22 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Europa: Die EG-Außenminister wollen heute in Brüssel versuchen, einen Weg zur Rettung der im Dezember vereinbarten Reformen der Gemeinschaft zu finden. Nach einer Meinungsumfrage in Dänemark bejaht eine Mehrheit der Bevölkerung das am Dienstag vom dänischen Parlament abgelehnte Reformpaket.

Christdemokraten: Kurt Biedenkopf soll im März nach der Fusion der beiden stärksten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für zwei Jahre die Führung des neuen Landesverbands Nordrhein-Westfalen übernehmen. „Erster Stellvertreter" soll Krefelds Oberbürgermeister Pützhofen werden. (S. 4)

Berlin-Engagement: Die Aufträge der Bundespost an Firmen in Berlin haben 1985 erstmals den Wert von 2 Milliarden Mark überschritten. Nach Angaben der Post würden damit rund 20 000 Arbeitsplätze gesichert.

Übergelaufen: Ein Funktionär des sowjetischen Geheimdienstes KGB im Rang eines Generalmajors ist nach Informationen des Magazins „US News and World Report" im vergangenen Jahr in den Westen übergelaufen und hält sich jetzt in den USA auf. Er soll heimlich mit einem Hubschrauber aus der „DDR" herausgebracht worden sein.

Uganda: Ein halbes Jahr nach dem Staatsstreich der Militärs gegen Milton Obote haben Rebellen der Nationalen Widerstandsarmee unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Museveni gestern offiziell die Machtübernahme in Kampala bekanntgegeben. Am Vortag hatten sie die letzten Stellungen der Regierungstruppen überrannt. (S. 5)

Abschiebung: Das rechtsgerichtete Militärregime in *Lesotho* hat damit begonnen, Flüchtlinge abzuschieben, die von Südafrika als Guerrillakämpfer bezeichnet werden. Rund 60 Personen wurden von einer sambischen Maschine ausgeflogen.

Medien: Dem Großverleger Rupert Murdoch ist es trotz eines Druckerstreiks gelungen, in London seine beiden Sonntagszeitungen „Sunday Times" und „News of the World" herauszubringen. *Damit hat Murdoch die erste Runde* im Kampf mit den Gewerkschaften um die neue Technik für sich entschieden. (S. 5)

Vaclav Havel: Der tschechoslowakische Bühnenautor und Bürgerrechtler will den Erasmuspreis für seinen Beitrag zur Bereicherung des europäischen Kulturbesitzes nicht persönlich in Amsterdam entgegennehmen. Havel befürchtet nach eigenen Angaben, ausgebürgert zu werden.

In einem Beitrag für die WELT fordert der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine „zweite Phase von Entspannungspolitik" und einen größeren Zusammenhalt der Europäer. Brandt: „Wenn die Großen davon ausgehen, daß sie einem objektiven Zwang unterliegen, den Weltfrieden gemeinsam zu sichern, dann können sich die Europäer nicht damit begnügen, dies zur Kenntnis zu nehmen." S. 4

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

WIRTSCHAFT

Tourismus: Der Urlaubsmarkt ist nach Ansicht des Chefs des Deutschen Reisebüros (DER), Glaser, trotz der hohen Zuwachsraten der vergangenen zwei Jahre „noch nicht ausgereizt". DER konnte 1985 seinen Gesamtumsatz um 3,6 Prozent auf 2,3 Milliarden DM steigern. (S. 11)

Zinnmarkt: Die Chancen für eine Lösung der Krise haben sich erheblich verbessert. Auf britischen Druck sind nun auch die Bundesrepublik, Frankreich, Belgien und die Niederlande zu Verhandlungen über einen dem Internationalen Zinnrat vorliegenden Entschuldungsplan bereit. (S. 9)

Agrarpolitik: Das Präsidium des Deutschen Bauernverbands hat sich auf der Grünen Woche in Berlin auf eine Konzeption zur Neuausrichtung der Agrarpolitik geeinigt. Wichtigstes Element ist der Abbau der Überschüsse in der Getreideproduktion. (S. 9)

Sowjetunion: Die Industrieproduktion stieg nach amtlichen Angaben im vergangenen Jahr plangemäß um 3,9 Prozent, das Nationaleinkommen um 3,1 Prozent auf 567 Milliarden Rubel. Ölförderung und Verarbeitung hätten ihre Ziele nicht erreicht. Die Höhe der Getreideernte wurde wiederum verschwiegen.

KULTUR

Oper: Mit begeistertem Beifall ist die Inszenierung von Friedrich von Flotows Oper „*Martha*" durch den Humoristen Vicco von Bülow alias Loriot im Württembergischen Staatstheaters in Stuttgart aufgenommen worden. (S. 15)

Kirchner: Den Anschluß an den Erfolg seines Erstlingswerks „Die Trauung" hat Komponist Volker David Kirchner auch mit seiner neuen Oper „Belshazar" nicht finden können, die jetzt in München uraufgeführt wurde. (S. 15)

SPORT

Radsport: Aus Protest gegen Unzulänglichkeiten des Kurses in *Leembeck* bei Brüssel verzichtete der deutsche Querfeldein-Weltmeister Klaus-Peter Thaler auf die Verteidigung seines Titels. (S. 13)

Tennis: Durch ein 3:0 über Schweden bleiben die deutschen Herren in der ersten *Liga* der Hallen-EM. Spieler waren Westphal, Schwaier, Meinecke und Osterthum. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Flipper: Auch der „gute alte Flipper" hat an technischer Raffinesse zugelegt, wie die Frankfurter Fachmesse für Unterhaltungs- und Warenautomaten zeigt. Ob er sich allerdings noch lange gegen die TV-Spiele mit ihren schier grenzenlosen Möglichkeiten behaupten kann, ist fraglich. (S. 16)

Bombe: Vermutlich 28 Menschen kamen ums Leben, als in einer Munitionsfabrik im nordchilenischen Iquique eine 225-Kilo-Bombe detonierte. (S. 16)

Wetter: Meist heiter bis wolkig und trocken. Minus 4 bis plus 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg: DGB muß jetzt seine Unternehmen abstoßen

Keine Steuergelder für Neue Henat / Brandt über Mißmanagement „betroffen"

geo./DW. Kiel

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) will den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht aus der Verantwortung für den finanziell hart bedrängten gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat entlassen. Beim offiziellen Wahlkampfauftakt der CDU für die Kommunalwahl am 2. März in Schleswig-Holstein unterstrich der CDU-Landesvorsitzende in Kiel unmißverständlich, daß er nicht die Absicht habe, der Neuen Heimat mit Steuergeldern zu helfen, solange nicht ein Konzept des Konzerns vorliege. Werde es vorgelegt, könnten Bund und Länder prüfen, wie der Sanierungsprozeß begleitet werden könne.

Den DGB-Vorstand forderte der Christdemokrat auf, den Verkauf seiner gewinnträchtigen Unternehmen einzuleiten und die Milliardenbeträge als Haftungskapital zur Verfügung zu stellen. Dies könne am besten durch den Verkauf von Vorzugsaktien an die Gewerkschaftsmitglieder geschehen.

Mit scharfen Worten verurteilte Stoltenberg das Verhalten der DGB-Spitze gegenüber dem Konzern. Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hätten Verantwortliche *rücksichtsloser* gehandelt. Wenn der DGB nicht unglaubwürdig werden wolle, müsse er seine Eigentümerfunktion wahrnehmen, meinte Stoltenberg, unter Hinweis auf eine Aussage des DGB-Vorsitzende Ernst Breit. Der DGB-Chef hatte erklärt, man habe nicht die Absicht, den Unternehmen neues Kapital zuzuführen.

In seiner Stellungnahme, die zeitweise von dem starken Beifall der rund 300 Parteifreunde in der Kieler Ostseehalle unterbrochen wurde, begründete Stoltenberg sein Nein mit dem Verhalten des Staates gegenüber Privatunternehmern. Auch ihnen stehe der Staat erst dann zur Seite, wenn sie selbst Leistungen zur Gesundung ihrer Unternehmen erbrächten.

Während auch der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, sich dagegen aussprach, aus öffentlichen Kassen unmittelbar Sanierungsmittel auf die Konten der Neuen Heimat zu überweisen, wurde aus der *SPD der Ruf nach staatlichen* Hilfen für den maroden Gewerkschaftskonzern laut. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sagte im Hessischen Rundfunk, im Interesse der Mieter sollten Bund, Länder und Gewerkschaften *nach gemeinsamen Lösungen* suchen. Aber auch er sei „tief betroffen über das erhebliche Maß an Mißmanagement", daß bei der Neuen Heimat zutage getreten sei.

Hans Apel, stellvertretender Fraktionschef der Sozialdemokraten, begründete seinen Ruf nach staatlichen Hilfen mit den Interessen der Mieter. Der gesetzlich vorgegebene Mieterschutz wäre gefährdet, wenn die Neue Heimat in Konkurs ginge, sagte Apel im „Süddeutschen Rundfunk".

Der Chef der Neuen Heimat, Diether Hoffmann, kündigte an, die Übertragung des Wohnungsbesitzes auf regionale gemeinnützige Wohnungsunternehmen in den Bundesländern zu betreiben. Auf diese Weise solle die soziale Bindung der Wohnungen erhalten bleiben. Die Länder müßten dabei die Verbindlichkeiten übernehmen, die in dem Wohnungsbesitz enthalten seien, sagte Hoffmann im „Spiegel". Auf die Frage nach einer Auflösung des Unternehmens erklärte er: „Man kann und muß über alles nachdenken". Als erstes Bundesland kündigte das sozialdemokratisch regierte Nordrhein-Westfalen an, Hilfe zu prüfen, die „verantwortbar und nötig ist", so Ministerpräsident Johannes Rau.

DER KOMMENTAR

Größenwahn

FRITZ WIRTH

Er trägt einen modischen Skidreß, eine Kapitänsmütze, betritt ein Patrouillenboot, fährt damit eine von ihm selbst erfundene „Todesgrenze" entlang und stellt sich so als ein „Gucci-Admiral" der sechsten amerikanischen Flotte im Mittelmeer *im „Kampf gegen den* internationalen Terrorismus der USA", wie er es proklamiert.

Es ist nicht leicht, der Verführung zu entgehen, Muammar Khadhafi als einen Hofnarren der Weltpolitik zu *begreifen*, der bewußt und mit burlesker Unbeholfenheit eine David-Goliath-Szenerie entwickelt, aus der heraus er Politik macht. Inzwischen jedoch weiß man: Die Szene im Nahen Osten ist zu ernst, als daß sie einen Hofnarren dulden könnte.

Noch sträflicher freilich ist es, diesen so unberechenbaren Mann als ein notwendiges Übel in der Weltpolitik zu betrachten, *ihn als* einen Handelspartner mit unentbehrlichen Gütern zu begreifen und seine Eskapaden mit zynischer Geduld hinzunehmen, wie es zahlreiche westliche Staaten tun.

Diese Nationen haben es den USA überlassen, den Eskapaden dieses Mannes aus der Wü*ste ein Stoppschild* entgegenzusetzen. Der Kreml mag es „Kanonenboot-Diplomatie" nennen, einige Kritiker im Westen mögen es als strategisch verfehlt betrachten, Khadhafi mit der sechsten Flotte vor der Haustür die Gelegenheit zu geben, als weltpolitischer David aufzutreten.

Es ist jedoch unerheblich, welchen Namen man den amerikanischen Manövern im Mittelmeer gibt. *Wichtig ist, daß* endlich eine Nation angetreten ist, diesem unberechenbaren Mann, der selbstherrlich beginnt, die Grenzen seines Landes bis weit ins Mittelmeer hinein auszudehnen, buchstäblich in seine Grenzen zu verweisen. Die Staatsmänner dieser Welt sollten genug Erinnerungsvermögen haben, zu wissen, was passieren kann, wenn man dem Größenwahn in der Politik zu lange freie Bahn läßt.

Peres hofft auf die Hilfe Husseins

Botschafter Ben Ari im WELT-Gespräch Deutsch-israelische Beziehungen „vertrauensvoll"

DW. Hamburg/Bonn

Der *israelische Ministerpräsident* Shimon Peres hofft auf eine aktive Beteiligung Jordaniens an den Bemühungen um eine Friedenslösung in Nahost. Der Frieden mit Ägypten sei zugleich Modell und Präzedenzfall. Wenn die Vereinbarungen dieses *Friedens sich als haltbar* erwiesen, „werden sie zweifelsohne auch die Befriedung mit anderen arabischen Staaten fördern, besonders mit Jordanien", sagte Peres, der gestern abend zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland eintraf, in einem „*Spiegel*"-*Interview*. „Hussein braucht Frieden, genau wie auch wir Frieden brauchen. Also gilt es, alles für einen solchen Frieden zu tun", erklärte der israelische Regierungschef. Zum Zeitpunkt des erwarteten Gipfeltreffens mit dem ägyptischen Staatschef Hosni Mubarak meinte Peres: „Je schneller desto besser."

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der israelische Botschafter in der Bunderepublik Deutschland, Yitzhak Ben Ari, bezeichnete den Besuch des israelischen Premierministers Shimon Peres als „Arbeitsbesuch mit offiziellen Ehren".

Das Verhältnis beider Länder zueinander sei „gut", sagte Ben Ari in einem Gespräch mit der WELT. „Zu keiner Periode der deutsch-israelischen Beziehungen hat es so viele Treffen auf höchster Ebene gegeben." Ben Ari erinnerte an den Besuch von Bundeskanzler Kohl in Israel im Januar 1984 und an die Staatsvisite des Bundespräsidenten im Oktober vergangenen Jahres. Die Beziehungen seien „so vertrauensvoll und selbstverständlich", daß für den Besuch Peres' in Bonn auch kein fest umrissenes Themenprogramm aufgestellt worden sei. „Die Gespräche werden frei und freimütig geführt werden".

SEITE 3:
Ein „anderes Deutschland"

Natürlich seien mögliche Lieferungen von Waffen an arabische Länder Teil bei Überlegungen und Gesprächen über eine Lösung des Nahost-Konflikts, da sie immer Einfluß auf die Entwicklung nähmen. Brennende Fragen gebe es von israelischer Seite dazu im Moment jedoch nicht.

Spekulationen, wonach Peres mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak auf deutschem Boden zusammentreffen könnte, hätten lediglich die *Zeitabläufe* beider Besuche zum Anhaltspunkt. Ben Ari glaubt nicht, daß es zu einem Treffen der beiden Politiker in Deutschland kommt. „Das ist auch nicht notwendig". Es gebe in Ägypten und Israel genügend Orte für ein solches „wünschenswertes Treffen".

Die Rolle Europas in Nahost sei wichtig bei der Unterstützung von direkten Gesprächen. *Es habe*, so Ben Ari, aber „keinen Sinn, wenn europäishe Länder Vorbedingungen stellen, da man sich ohne Vorbedingungen

● Fortsetzung Seite 8

Khadhafi droht Washington mit Vergeltung

DW. Tripolis/Washington

In einer demonstrativen Geste hat sich der libysche Revolutionsführer *Khadhafi* an Bord *eines Patrouillen*bootes in den Golf von Syrte begeben. In diesen Gewässern halten die Amerikaner gegenwärtig Luft- und Seemanöver ab.

Gleichzeitig drohte Libyen mit Vergeltungschlägen gegen US-Stützpunkte in Sizilien und Neapel im Falle eines amerikanischen Angriffes auf Libyen. Er werde „auf der Linie des Todes" entlangfahren „um darauf hinzuweisen, daß dies die libysche Grenze ist", sagte Khadhafi.

Libyen beansprucht die Meeresbucht innerhalb einer 200-Seemeilen-Zone, während die USA lediglich eine *Zwölf-Meilen-Zone* anerkennen. Solange die USA ihre Manöver fortsetzten, „rechnen wir jede Minute mit dem Ausbruch von Kämpfen", sagte Khadhafi.

Paul Channon neuer britischer Industrieminister

DW. London

Die britische Regierungschefin Margaret Thatcher hat Paul Channon zum Nachfolger des zurückgetretenen Handels- und Industrieministers Leon Brittan ernannt. Der 50jährige Channon war bisher Brittans Stell*vertreter. Brittan war im Zusammen*hang mit der Affäre um den Hubschrauberkonzern Westland zurückgetreten. Unter Thatchers Vorgänger Edward Heath war Channon Staatssekretär im Nordirlandministerium.

Rund 43 Prozent der britischen Be*völkerung sind nach einer Meinungs*umfrage der Auffassung, daß Frau Thatcher wegen der Westland-Affäre zurücktreten solle, 48 Prozent befürworteten ein Verbleiben Thachters im Amt. Für den Fall von Neuwahlen sprachen sich 36 Prozent der Befragten für die Labour-Partei aus, 31 Prozent wollten konservativ wählen. Heute will sich die Premierministerin dem Unterhaus stellen.

Seite 2: Das Brief-Geheimnis

Berliner CDU gibt „Versäumnisse" zu

„Schwarze Kasse" im Kreis Tiergarten / SPD für Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

H.R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner CDU denkt über poli*tische Konsequenzen aus dem Kor*ruptionsskandal um den CDU-Politiker Antes nach: Gestern traf sich in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen überraschend ein interner CDU-Kreis, um die Lage zu erörtern. Die CDU-Basis *sieht vor allem* Bürgermeister Heinrich Lummer, dessen Bekannter Otto Putsch in den Fall verwickelt ist, und den Multi-*Mandatsträger* und CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky durch öffentliche Kritik belastet. Landowsky ist Diepgens engster Berater. Bevor die *CDU-*Fraktion morgen die Vorgänge debattieren wird und von Diepgen und der SPD angeregte Drei-Parteien-Gespräche stattfinden, stellte sich die Lage am Wochenende folgendermaßen dar:

Die Union muß einräumen, in den vergangenen Jahren gesetzeswidrig keine einzige Spende des unter dem Verdacht der Bestechung inhaftierten Bauunternehmers Kurt Franke im Bundesanzeiger veröffentlicht zu haben. Insgesamt zahlte das Ehepaar *Franke an verschiedene CDU-Man*datsträger von 1980 bis 1985 insgesamt 228 100 Mark, die an die Partei weitergeleitet wurden. Der damalige CDU-Fraktionschef und geschäftsführende Landesvorsitzende Eberhard Diepgen erhielt 75 000 Mark, die *er an verschiedene CDU-Einrichtun*gen gab. CDU-Schatzmeister Jürgen Wohlrabe bedauerte das „Versäumnis", die Franke-Spenden (von 500 Mark für 1980, als die CDU noch in der Opposition saß, bis 109 000 Mark im Wahlkampfjahr 1985) nicht publi*ziert zu haben.* Schwerer wiegt das Eingeständnis, daß der CDU-Kreis Tiergarten offenbar über eine „schwarze Kasse" aus Franke-Spenden verfügte, die selbst auf CDU-Konten nicht auftauchten. CDU-Fraktionsvize Landowsky sieht sich dem *Druck ausgesetzt*, zwischen Amt (zwei Vorstandsposten in der Pfandbriefbank und Wohnungsbaukreditanstalt) oder Mandat zu entscheiden.

Die SPD gewann die parlamentarische Initiative, indem sie jetzt einen *schon 1982 an CDU und FDP geschei*terten Antrag erneuerte, für Führungspositionen in Unternehmen mit Senatsmehrheit die „Unvereinbarkeit von Amt und Mandat" zu beschließen.

Die Lage der CDU verschärfte sich durch einen Streit zwischen dem Sender Freies Berlin und Senatssprecher Fest. Der SFB ließ im Lokal-Fernsehen den Kompagnon eines inhaftierten Bordellbesitzers zu Wort kommen. Er gab an, der Untersuchungs*häftling habe ihm früher berichtet*, daß er bei Diepgen und Lummer „aus- und eingehen kann, wie er will". Wenn er rede, so der Häftling, würden sie alle „wegfliegen". Fest rügte den Versuch, „Ehre, Integrität und Persönlichkeit" Diepgens herabzusetzen. SFB-Chefredakteur Braun entschuldigte sich, verteidigte die Recherchen gleichwohl als „journalistisch richtig".

Riad läßt Verfall des Ölpreises zu

DW. Bonn

Saudi-Arabien, der größte Erdöl-Produzent innerhalb der Opec, hält es nach Angaben des staatlichen Rundfunks für möglich, daß der Rohölpreis innerhalb der nächsten Monate von derzeit rund *19* auf *13* Dollar je Barrel (159 Liter) sinken kann. Der Preisverfall werde Länder, die wie Großbritannien zu hohen Kosten förderten, zur Aufgabe der Produktion zwingen, wenn sie nicht mit der Opec auf Produktionsabsprachen einigten. Die Opec könne angesichts der Gefahren für die nicht dem Kartell angehörenden Länder die Entwicklung in Ruhe beobachten. Ein Ausschuß von fünf Opec-Mitgliedern wird heute in Wien über eine Strategie zur Verteidigung der Marktanteile beraten.

Seite 3: Die Zügel entglitten

„Voyager 2" entdeckt zehn Uranus-Monde

DW. Washington

Die Astronomen *haben* durch die amerikanische Raumsonde „Voyager 2" in wenigen Stunden mehr über den *Planeten* Uranus erfahren als in den 205 Jahren seit seiner Entdekkung. Während des sechsstündigen Vorbeifluges am drittgrößten Planeten unseres Sonnensystems entdeckte die Sonde zehn bisher unbekannte Monde. Die fünf bekannten Trabanten sind von zum Teil riesigen Kratern übersät, die wahrscheinlich durch heftigen Meteoriteneinschlag entstanden sind. Die Forscher vermuten, daß es auf den größeren Monden Beben gegeben hat, sie also in ihrem Innern geologisch aktiv sind.

Seite 16: Flirt im All

Moskau setzt wieder zwei Minister ab

Zukunft des früheren KGB-Chefs Fedortschuk ungeklärt / Tass spricht von „Neuernennung"

RMB/DW. Moskau

In der Sowjetunion ist am Wochenende die Ablösung von zwei Ministern bekanntgegeben worden. Nach einer Meldung der Parteizeitung „Prawda" wird Wladimir Reschetilow neuer Bauminister und löst den in Ruhestand tretenden Georgi Karawajew (72) ab. Karawajew, der dieses Amt 19 Jahre lang bekleidet hatte, ist Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, wird aber auf dem 22. Parteitag im nächsten Monat voraussichtlich nicht mehr wiedergewählt werden.

Überraschend fand auch ein Wechsel im sowjetischen Innenministerium statt: Der 67jährige Witali Fedortschuk wurde abgelöst und der 54jährige *Alexander Wlassow vom* Präsidium des Obersten Sowjet zum neuen Innenminister ernannt. Dieses Manöver sieht nach einer Kompromißlösung aus. Offenbar soll damit das machtpolitische Gleichgewicht an der Kremlspitze gewahrt werden. Aus der Tass-Meldung ging nur hervor, daß Fedortschuk „aus seinen Verpflichtungen als Innenminister im Zusammenhang mit einer Neuernennung entlassen" wurde. Es fehlt jeglicher Hinweis auf die Frage, in welches Amt er abgeschoben oder befördert werden könnte.

Fedortschuk gehört zur Garde der „Saubermänner", die noch von Andropow persönlich eingesetzt wurden. Der damalige KGB-Chef Fedortschuk wurde 1982 zum Nachfolger von Nikolaj Anissisnowitsch Schtschelokow eingesetzt, der 14 Jahre lang Innenminister war und zum „Breschnew-Clan" gehörte. Nachdem ihm „Amtsmißbrauch" vorgeworfen wurde, *hatte man ihn aus allen* Ämtern entlassen und diskreditiert. Im Dezember 1984 beging er, wie es Gerüchte besagen, angesichts eines drohenden Prozesses Selbstmord. Der Auftrag des Nachfolgers Fedortschuk war, vor allem die Polizeiorgane von angeblich korrupten Elementen zu säubern. Die Entlassung von 9000 Mi*lizionären etwa in Usbekistan* soll auf sein Konto zurückgehen. Angesichts dieser Umstände glaubt in Moskau niemand daran, daß Fedortschuks Karriere mit diesem Wechsel beendet sein soll.

Der neue *Innenminister* Alexander Wladimirovich Wlassow wird zu Gorbatschows Kreis gerechnet, zu den Leuten seiner persönlichen „Wertschätzung. Er war lange Zeit als erster Sekretär im Rostower Gebietskomitee tätig, wo auch Gorbatschows Karriere begann.

Wlassow wurde in den Jahren von 1971 bis 1975 Abgeordneter des Obersten Sowjet und 1981 dann Vollmitgied des Zentralkomitees der KPdSU. Hervorgetan hat sich der neue Innenminister durch sein ausgezeichnetes Organisationstalent.

Bonn will beim Paragraphen 116 nicht zurückstecken

Strauß erinnert an verbindliche Festlegung durch die Koalition

DW. Hamburg

Die Bundesregierung ist entschlossen, trotz der gewerkschaftlichen Proteste an ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des sogenannten Streikparagraphen 116 ohne Abstriche festzuhalten. In einem Interview des Nach*richtenmagazins „Der Spiegel" teilte* der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit, daß beim jüngsten Bonner Koalitionsgespräch am vergangenen Donnerstag verbindlich festgelegt worden sei, daß der Gesetzentwurf nicht verändert und zügig verabschiedet wird.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann machte deutlich, daß es bei dem Gesetzentwurf bleiben soll. In einem Gespräch für die in Baden-Württemberg erscheinende Zeitung „*Sonntag aktuell*" *sagte* Bangemann, er schließe ein Zurückstecken der Bundesregierung bei der Neuregelung aus. „Ein Zurückstecken wäre ein effektives Scheitern der Regierung in dieser Frage."

Offenbar in Anspielung auf den Arbeitnehmerflügel innerhalb der CDU, in dem es Widerstand gegen eine Änderung des Paragraphen 116 gibt, meinte der FDP-Vorsitzende, es sei ihm völlig klar, daß die CDU im Augenblick „in besonderer Weise belastet sei". Dennoch sei ein vernünftiges Ergebnis erforderlich.

Strauß und Bangemann bekräftigten ihre Auffassung, *daß* es jetzt darum gehe, die Neutralität des Staates im Arbeitskampf sicherzustellen. Strauß sagte: „*Wenn* ... die Gewerkschaften mit einem Mann streiken, dann weitere zehn Arbeitsloge schaffen und die zehn Arbeitslosen dann dem Beitragszahler überlassen, dann heißt das für mich nicht Neutralität."

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, warf der Bundesregierung vor, sie wolle das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals verschieben. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, *Hans Apel*, *gab* sich am Samstag im Süddeutschen Rundfunk „sehr sicher, daß das, was die Regierung jetzt will", am Ende nicht aus den parlamentarischen Beratungen herauskommen werde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aussperrung damals

Von Joachim Neander

Man wird die ausführliche Begründung und ein eventuelles Revisionsverfahren abwarten müssen. Aber auf den ersten Blick enthält das Urteil des Landesarbeitsgerichts Frankfurt, mit dem erneut (zum wievielten Mal nun eigentlich schon?) das umstrittene Aussperrungsverbot der hessischen Landesverfassung für unwirksam erklärt worden ist, ein neues, überraschendes Moment.

Der Streit ist ja Jahrzehnte alt. Die hessische Verfassung von 1946 garantiert den Arbeitnehmern das Streikrecht, verbietet aber den Arbeitgebern die entsprechende Waffe der Aussperrung. Das drei Jahre jüngere Grundgesetz enthält aus wohlerwogenen Gründen weder das eine noch das andere. Es darf gestreikt, aber es darf auch ausgesperrt werden.

Immer wieder haben die hessischen Gewerkschaften versucht, diese Waffengleichheit der Tarifpartner in ihrem Lande unter Berufung auf die Verfassung anzufechten. Immer wieder sind sie gescheitert, zweimal sogar beim Bundesarbeitsgericht. Auch das Landesarbeitsgericht Frankfurt hat in diesem neuen Fall aus Anlaß von Streik und Aussperrung im Metallbereich 1984 wieder betont: Bundesrecht bricht Landesrecht, das hessische Aussperrungsverbot, zumal es keinen Grundrechtscharakter besitzt, muß also zurücktreten.

Neu ist jedoch ein zweites Argument. Mit Aussperrung, sagen die Frankfurter Arbeitsrichter, hätten die Väter der hessischen Verfassung vor vierzig Jahren gar nicht das gemeint, was wir heute darunter verstehen, nämlich die zeitweilige Schließung nichtbestreikter Betriebe in einer bestreikten Branche, um der sich in den letzten Jahren entwickelten neuen Waffe der Gewerkschaften – den Schwerpunktstreiks – ihre Wirkung zu nehmen. Gemeint sei damals mit dem Wort Aussperrung vielmehr die Entlassung streikender Arbeiter gewesen. Dies ist in der Tat nach der bisherigen Rechtssprechung schon lange nicht mehr ohne weiteres zulässig. Damit aber entfällt auch die Rechtsgrundlage für die vielen gewerkschaftlichen Attacken in Hessen. Das Risiko, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, sind die Gewerkschaften in dieser Phase wohlweislich nie eingegangen. Es wäre gut, wenn der Streit endlich zur Ruhe käme.

Im Scheidungsvorfeld

Von Friedrich Meichsner

Auf ihrem Marathonlauf zur Verabschiedung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 1986, das eigentlich schon Ende vorigen Jahres hätte unter Dach und Fach sein müssen, ist die italienische Regierung bedenklich ins Stolpern geraten. Immer wieder fliegt sie bei Geheimabstimmungen über einzelne Artikel auf die Nase und kann sich nur mühsam wiederaufrappeln. Aufgeben will sie trotzdem nicht. Jedenfalls versichern das der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi und die führenden Vertreter aller fünf Koalitionsparteien nach jedem Straucheln aufs neue. Das Ziel soll unbedingt erreicht werden – notfalls mit letzter Kraft.

Die Ermüdungserscheinungen bei dieser bisher längstlebigen römischen Regierung der Nachkriegszeit sind unübersehbar. Es vergeht kaum noch ein Tag, ohne daß sich Spitzenpolitiker der fünf Parteien gegenseitig mit homerischen Beschimpfungen überhäufen und ihre eigenen Minister, die einen Koalitionsmodus vivendi zu erhalten versuchen, offen desavouieren.

Der bisherige Tiefpunkt dieser Selbstverstümmelungskampagne wurde am letzten Wochenende erreicht, als der sozialistische Fraktionsführer in der Abgeordnetenkammer, Rino Formica, den christdemokratischen Parteisekretär Ciriaco De Mita einen „weißen Faschisten und mittelalterlichen Dunkelmann" nannte und DC-Vertreter daraufhin forderten, den „Wahnsinnigen" in eine „Zwangsjacke" zu stecken.

Als der ehemalige KP-Chef und Oppositionsführer Palmiro Togliatti 1947 dem damaligen DC-Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi androhte, er werde ihn „mit Tritten in den Hintern davonjagen", wurde das selbst bei vielen Kommunisten als schlechter Stil empfunden. Heute „unterhalten" sich Koalitionspartner auf dieser Ebene.

Nur wenn es Craxi gelingt, dieses Klima radikal zu ändern, hat er nach Beendigung des jetzigen Haushaltsmarathons noch einige Chancen zum Weitermachen. Wenn nicht, scheint die Krise unvermeidbar zu sein – eine Krise, die sicherlich nicht im Interesse des Landes läge, weil sie den unter Craxi eingeleiteten Stabilisierungsprozeß abbrechen und Italien wieder einmal die Aussicht auf vorgezogene Neuwahlen bescheren würde.

Der einsame Sucher

Von Enno v. Loewenstern

Für die Amerikaner ist „Voyager" nicht nur ein Thema der Rekorde. Die einsame Raumsonde hat etwas an sich, das außer den Gehirnen, man verzeihe das in diesem technischen Zusammenhang, die Herzen bewegt. Da zieht ein Maschinchen, das längst hätte verbraucht und im Dunkel verschwunden sein müssen, immer noch seine Bahn, marschiert unbeirrbar von Planet zu Planet, macht Schnappschüsse drei Milliarden Kilometer von der Erde entfernt (einziges Problem: sind das alles wirklich zusätzliche Monde oder usurpiert da und dort ein mittlerweile angesammeltes kosmisches Staubkorn einen ihm nicht zustehenden Platz?), schickt sie auf einem drei Stunden dauernden Funkweg zurück und marschiert dann still durch die ewige Finsternis weiter, dem nächsten Planeten zu.

Da bewährt sich nicht nur amerikanische Wertarbeit. Da ist etwas typisch Amerikanisches zugange: der Einzelgänger, der das schafft, was niemand ihm zugetraut hätte. Hat nicht eigentlich alles so begonnen, mit dem Einzelgänger, der den verrückten Plan einer Erdumsegelung nach Westen durchpaukte, der sich gegen alle Zweifler behauptete, der entdeckte, was niemand erwartet hatte?

Für Nicht-Amerikaner rührt das ähnliche Betrachtungen auf, die vor allem solche Denker tief bewegen mögen, die sich dem Kollektivismus verpflichtet fühlen. Sie müssen sich aber abseits der sentimentalen wie der wissenschaftlichen Seite auch der Überlegung stellen: Diese Amerikaner schaffen immer, was sie sich vornehmen. Wo andere noch nicht einmal einen Fuß auf den Mond zu setzen vermochten, passieren diese Burschen bereits den Uranus und halten nach neuen Zielen Ausschau. Wer versucht ihnen einzureden, was alles „nicht geht", was alles an Weltraumprojekten „nie funktionieren kann"? Die Amerikaner zeigen, daß nicht nur technische Dinge möglich sind, die morgen den Frieden tatsächlich sicherer machen. Sie zeigen auch, daß es entgegen Pensionsmentalität und Wachstumsgrenzen immer neue Ufer gibt. Und daß die Zukunft dem gehört, der in den Kategorien des Aufbruchs statt der Ausreden denkt.



GORRELL / RICHMOND NEWS LEADER

Das Brief-Geheimnis

Von Reiner Gatermann

Margaret Thatcher befindet sich mit ihrem Kabinett im Treibsand: Je intensiver sie versucht, sich zu befreien, desto tiefer sinkt sie. Ihren letzten Rettungsversuch muß sie heute unternehmen. In einer Dringlichkeitsdebatte des Unterhauses wird sich zeigen, ob es ihr gelingt, Boden unter ihre Füße zu bekommen, von dem aus die Rückkehr zu Vertrauen und überzeugender politischer Handlungskraft beginnen könnte. Davon haben die Regierung und ihre Chefin seit Anfang Dezember 1985 sehr viel eingebüßt.

Die Hauptverteidigungslast in der heutigen Debatte wird auf den Schultern von Frau Thatcher lasten, nachdem nun auch ihr Handels- und Industrieminister Leon Brittan am Freitag das Handtuch geworfen hat. Partei- und Fraktionsführung machten über das Wochenende intensive Anstrengungen, die konservativen Abgeordneten wieder auf Vordermann zu bringen, indem sie an deren Loyalität appellierten, die in diesen Tagen von größerer Bedeutung sei als „Hubschrauber und Indiskretionen", so Parteivorsitzender Norman Tebbit.

Die Fraktion wird Frau Thatcher wohl auch nicht im Stich lassen, aber dies ist mehr parteitaktisch geprägt und basiert derzeit noch keineswegs auf der Überzeugung, daß die Premierministerin allein wegen der Disziplinlosigkeit einiger ihrer Kabinettsmitglieder in diese schwerste Krise ihrer sechseinhalbjährigen Amtszeit gerutscht sei. Die Mehrheit der Parlamentarier vertritt vielmehr die Auffassung, daß nach einer solchen Erschütterung die Regierung endlich wieder zur Ruhe kommen muß, um ihre ganze Kraft den sich immer höher auftürmenden politischen Problemen zu widmen. Dazu benötigt sie ein eindeutiges Vertrauensvotum der Fraktion, alles andere würde die Weichen für die Wahl auf Verlust stellen.

Aber Frau Thatcher „steht unter Bewährung", meint ein konservativer Abgeordneter. Sie wird auch kurzfristig nicht die angesammelte Skepsis abbauen können. Dazu stehen noch allzu viele Fragen offen, von denen einige heute im Unterhaus beantwortet werden müssen. Es ist für Margaret Thatcher schon ungewöhnlich genug, daß sie nicht rechtzeitig bemerkte, wie ihr in der Affäre um Westland, dieses Mini-Unternehmen in der Hubschrauberbranche, Kabinettsautorität und -disziplin aus den länden glitten. Es überraschte dnn, als der zunächst so eingeschtzte Sturm im Wasserglas mit den Rücktritt von Verteidigungsminster Michael Heseltine am 9. Janur seinen ersten Höhepunkt errichte, daß Frau Thatcher imme noch nicht die Krise unter Kontolle zu bringen vermochte. Nichthinsichtlich der Ursache, aber angesichts der Folgen drängt sich ein Watergate-Vergleich auf: Jeder Versuch, eine Frage zu beantworten, löst unmittelbar mindestens zwei weitere Fragen aus und weckt neues Mißtrauen. „Wir müssen uns jetzt fragen, ob Frau Thatchernicht auch in anderen Angelegenheiten ähnlich agiert hat", meint ein konservativer Abgeordneter.

Er und seine Kollegen waren bereit, einige nur zögernd und widerwillig, den Industrieminister zu opfern, obwohl sie ihn nicht allein für das Desaster verantwortlich machen wollen. Dafür aber soll die Premierministerin nun ein für allemal die Westland-Affäre ins reine bringen. Ob ihr das zur Zufriedenheit ihrer eigenen Anhänger gelingt – darum geht es jetzt in erster Linie –, hängt von den Fakten, wohl mehr aber von ihrer Tagesform ab. Das Unterhaus will heute Antwort auf vor allem zwei Fragen: Wann hat Frau Thatcher von der zwischen Brittans Industrieministerium und zwei ihrer eigenen höchsten Beamten vereinbarten Indiskretion erstmals erfahren, und: Warum setzte sie einen Ausschuß zur Untersuchung ihres Zustandekommens ein?



Der Mann, der in die Falle lief: Brittan FOTO: AP

Vor dem Unterhaus behauptete Margaret Thatcher am Donnerstag, die Weiterleitung eines Passus aus dem Schreiben des Kronanwalts Sir Patrick Mayhew an Verteidigungsminister Michael Heseltine sei für Westland aus „kommerziellen Gründen" wichtig gewesen, und: aus Zeitgründen habe man weder Sir Patrick um Erlaubnis fragen können (dieser war anschließend verärgert darüber), noch den Empfänger des Briefes informieren können, den Verteidigungsminister, für den die Veröffentlichung desavouierend war. Nun stellt sich heraus, daß Westland offenbar nicht direkt vom Industrieministerium unterrichtet wurde, wie behauptet worden ist, und daß Westland-Chef Sir John Cuckney die Indiskretion eher als „weitere politische Einmischung" auffaßte denn als erforderliche Klar- und Hilfestellung.

Frau Thatcher stellte sich hinter den Veröffentlichungsbeschluß, kritisierte jedoch seine Form. Über alle Einzelheiten will sie erst durch den Untersuchungsbericht informiert worden sein. Wieso konnte sie diese nicht durch Direktkontakt mit zwei ihr sehr nahestehenden Beamten im eigenen Haus und mit dem Industrieminister in Erfahrung bringen?

Mit Leon Brittan haben seit dem Regierungswechsel 1979 neunzehn Minister das Thatcher-Kabinett verlassen, fast eine vollständige Regierungsmannschaft. Allein das Industrieressort hat in diesen sechseinhalb Jahren fünf Minister verschlissen. Herrschte vor etwa einem halben Jahr noch der Eindruck vor, das Kabinett habe nun die Halbzeitkrise seiner zweiten Amtsperiode überstanden und könne sich auf die nächsten Wahlen konzentrieren, muß man jetzt davon ausgehen, daß Frau Thatcher die Restzeit bis zur Abstimmung zu einem Großteil mit der Wiederherstellung ihrer Reputation verbringen muß. Ihre Aufgabe wird noch dadurch erschwert, daß sich aufgrund des Ölpreisverfalls die finanziellen Voraussetzungen für eine zugesagte Steuersenkung erheblich verschlechtert haben und eine eingeleitete Sozialreform zugunsten ärmerer Kreise ebenfalls nicht dazu angetan ist, unter ihren Wählern im Mittelstand größere Sympathien zu schaffen.

IM GESPRÄCH Justin Lekhanya

Umschwung in Lesotho

Von Volker Stahr

Noch am Sonntagabend vor acht Tagen hatte der Premier des ganz von Südafrika umschlossenen Kleinstaates Lesotho den Armeechef Lekhanya als „seinen Mann", ja sogar als „seinen Freund" bezeichnet. Und um den bereits seit Tagen kursierenden Putschgerüchten vollends die Spitze zu nehmen, fügte Leabua Jonathan vor versammelter Presse hinzu: „Ich bin völlig Herr der Lage." Tags darauf um sechs Uhr morgens verkündete Radio Lesotho, Jonathan sei abgesetzt. Generalmajor Lekhanya, Oberbefehlshaber der 1500 Mann starken Streitkräfte, habe die Macht zusammen mit den Sicherheitstruppen und der Polizei (alle zusammen etwa 3000 Mann) übernommen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der etwa fünfzig Jahre alte Justin Lekhanya ein politisch völlig unbeschriebenes Blatt. Er galt als guter, jedoch ganz auf seine Aufgaben beschränkter Berufsoffizier. Schon in jungen Jahren wurde er erst Polizist und dann Soldat, von Briten im damaligen britischen Protektorat Lesotho ausgebildet. Später folgten noch Lehrgänge in den USA. Der Armee seines Landes gehörte Lekhanya seit der Unabhängigkeit 1966 als Offizier an, Jonathan berief ihn ins Amt des Armeechefs. Der praktizierende Katholik gilt als überzeugter Antikommunist und ist schon aufgrund der geopolitischen Lage seines Landes ein Verfechter der Zusammenarbeit mit Südafrika.

Der schon vor 1966 von den Briten an die Spitze gebrachte und anfangs südafrikafreundlich operierende Jonathan dagegen, der bald ein diktatorisches Regime errichtete, schwenkte auf Ostblockkurs: Sowjetische, mitteldeutsche und nordkoreanische Berater kamen ins Land. Für die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC wurde der Zwergstaat im Herzen der Burenrepublik eine ideale Guerrilla-Basis. Um dies zu unterbinden, hatte Südafrika zum Jahresbeginn (wieder einmal) die Grenzen zu Lesotho geschlossen und das Land praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Just am Tag des Putsches wollte Jonathan den bereits in Maseru weilenden kubanischen Außenminister empfangen – wohl wissend, daß Kuba für Pretoria ein rotes Tuch ist.



Absprachen mit Südafrika gingen voraus: Lesothos Putsch-Premier Lekhanya FOTO: AP

Höhepunkt war dann die Pressekonferenz von Sonntag abend: Sollte der Westen ihm keine Luftbrücke gegen die südafrikanische Blockade stellen, wollte Jonathan seine Freunde in Moskau um Hilfe bitten. Lekhanya dürfte allerdings nicht erst daraufhin den Putsch beschlossen haben. Bereits Tage zuvor gab es Unstimmigkeiten im Offizierskorps. Nordkoreanische Berater sollen auf die Ablösung Lekhanyas durch einen (in ihrem Sinne) mehr politischen General gedrängt haben. Bereits am Mittwoch hatten Truppen Lekhanyas den Regierungssitz umstellt. Offensichtlich ein Warnschuß für den Premier – und offensichtlich vergeblich.

Zwei Tage später hielt sich der General zu „Gesprächen über Sicherheitsfragen" in Südafrika auf. Ob dabei bereits der Putsch beschlossen wurde, ist unklar. Vieles spricht dafür, daß Lekhanya nur zögernd putschte – ihn als „starken Mann" zu bezeichnen fällt schwer. Auf jeden Fall hat er sich zuvor der Mitarbeiter des Königs versichert. Moshoeshoe II. ist zwar seit 1966 Staatsoberhaupt; er wurde jedoch von Jonathan komplett aufs politische Abstellgleis geschoben. Lekhanya hat nun den populären und seit zwanzig Jahren wartenden Monarchen wieder in die Macht eingesetzt. Sein zweites Ziel: die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. Südafrikas Blockade wurde bereits aufgehoben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie appelliert an Diepgen:

Eberhard Diepgens persönliche Integrität ist bis zur Stunde über jeden Zweifel erhaben. Aber er war bei der Beurteilung dessen, was an Durchstechereien in der eigenen Partei auf ihn zukam, miserabel beraten. Seine politischen Instinkte versagten, wie er selbst einräumt. Statt zu agieren, reagierte er. Statt sich mit Vehemenz an die Spitze eines Saubermänner-Kommandos zu setzen, gab er sein Herrschaftswissen in peinlichen Raten preis. Wo bleibt das überfällige Machtwort an seinen alten Gefährten Landowsky, endlich einen Trennungsstrich zwischen Amt und Mandat zu ziehen?

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt knüpft Überlegungen an die Städtepartnerschaft:

Es ist zu früh für Spekulationen, ob und welche deutschlandpolitischen Konsequenzen aus einer Partnerschaft Eisenhüttenstadt–Saarlouis resultieren könnten. Von einem Durchbruch oder gar einem neuen Freizügigkeitssinn der DDR-Führung kann – vorerst – keine Rede sein ... Eigentlich hatte sich das alte Saarlouis ja auch gar nicht mit dem sehr jungen Eisenhüttenstadt zusammentun wollen, sondern mit dem ebenfalls alten Halberstadt, welches schon touristisch mehr zu bieten gehabt hätte. Nach Halberstadt aber hat es in den Kriegsjahren viele Saarlouisianer verschlagen. Da wäre die Gefahr unerwünschter Verbrüderung groß gewesen. Das kann im fernen, traditionslosen Eisenhüttenstadt nicht passieren.

Hannoversche Allgemeine

Zu Äußerungen von Strauß meint sie:

Weil Strauß sich immer häufiger mit Genscher befaßt, ist vorauszusehen, daß es 1987, falls die Koalition bei der Bundestagswahl bestätigt wird, zu einer Art Räumungsklage der CSU gegen die FDP in Sachen Auswärtiges Amt kommen wird. Dabei wird in einem ersten Prozeß zu entscheiden sein, welche Partei das Zugriffsrecht für das Amt erhält, und in einem Berufungsverfahren geht es dann um die Person. Alles kann aber auch ganz unordentlich zugehen oder so bleiben, wie es ist, denn bevor die Wähler die Parteien mit neuen Prozentzahlen ausgestattet haben, kennen sie nicht einmal ihr eigenes Gewicht.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie nennt den Ladenschluß-Kompromiß einen „Achtungserfolg" der FDP und bemerkt dazu:

Im übrigen muß kein Geschäft länger öffnen, als es das wirtschaftlich für sinnvoll hält. Über das deutsche Verbot, es zu dürfen, schüttelt der Rest der Welt, wie deutsche Touristen mittlerweile wissen, den Kopf.

Das gibt es nur bei uns in Gelsenkirchen

Die Nacht der langen Kämpfe hinterläßt Verbitterung in der rheinischen CDU / Von Wilm Herlyn

Der Fusion solle die Integration folgen. So lautete das Stoßgebet des designierten Gründungsvorstandes für eine geeinte nordrhein-westfälische CDU, Professor Kurt Hans Biedenkopf. Er hat allen Grund dazu. Zunächst ging der Fusion die Konfusion voraus.

Die wilden nächtlichen Verhandlungsrunden in Gelsenkirchen, die ja eigentlich den Durchbruch zur Einigung von Westfalen und Rheinländern bringen sollten, trugen den Stempel des gegenseitigen Mißtrauens über den schon traditionellen Zwist hinaus. Die Verantwortlichen verscherzten erst einmal die Chance für die gesamte Union, ein Bild der Geschlossenheit zu bieten und dem Wähler zu beweisen, daß der CDU das kommende Ziel – die Bundestagswahl, aber auch die Landtagswahl 1990 – wichtiger ist als das Gezerre um Posten und Personen. Mülheim vor drei Jahren, als sich der Rheinländer Bernhard Worms gegen Westfalens Biedenkopf in einer Kampfabstimmung um das Amt des Spitzenkandidaten durchsetzte, war ein harmonisches Familienfest gegen Gelsenkirchen. Delegierte zerrissen ihre Stimmzettel, lauerten auf die Fehler der anderen, brachen in Beschimpfungen aus. Tricks beherrschten die Szene.

Warum kündigte Biedenkopf die fünf Tage zuvor getroffene Vereinbarung von Hugenpoet auf, nach der er Vorsitzender und Pützhofen Stellvertreter geworden wäre – beide auf ein Jahr als Gründungsvorstand gewählt? Er sagte, er habe für dieses Agreement keine Mehrheiten finden können im Westfalenland. Aber gefragt hat er nur wenige in seinem geschäftsführenden Vorstand. Kaum einer der mitentscheidenden Kreisvorsitzenden kannte den Kompromiß.

Die Rheinländer wiederum hatten auf diese Vereinbarung gebaut. Entsprechend ist die Stimmung. Die Luft wurde noch dicker, als die Westfalen Trick 3 nachreichten: Nachdem man sich nun schon damit abgefunden hatte, daß der Vorstand „auf zwei Jahre vom Parteitag am 8. März an" regieren soll, versuchten sie plötzlich ein schon am Vortag vorbereitetes Statement, daß der Vorstand sogar bis Ende 1988 im Amt sein solle, den Rheinländern zu unterschieben.

Nun ist der Vorstand zwar bestimmt, aber man weiß nicht, auf wie lange (und man weiß nicht, wie Biedenkopf mit Pützhofen die Aufgaben teilen will); zudem wurde das ganze Gebilde noch nicht durch Satzungsänderung bestätigt. Das soll am 8. März auf dem „Fusionsparteitag" erfolgen. Die CDU kann nur hoffen, daß die Rheinländer trotz allen Zorns den Eklat eines Zusammenbruchs der Fusionspläne nicht wollen.

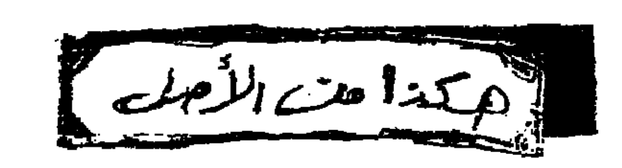
Als nächstes muß die Satzungsänderung vom CDU-Bundesparteitag im Herbst mit Zweidrittelmehrheit sanktioniert werden. Rheinländer und Westfalen stellen mit 270 000 Mitgliedern einen Stimmenanteil von knapp vierzig Prozent. Man wird sehen ... Biedenkopf jedenfalls wird von nun an zur Abwechslung offen und versöhnlich operieren müssen, wenn er sich die Arbeit nicht vor ihrem Beginn verbauen will.

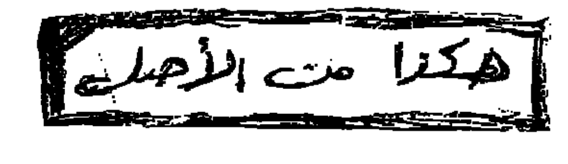
Biedenkopf kündigte an, er wolle in erster Linie den Bundestagswahlkampf organisieren. Dazu gab es so manche Bemerkung aus rheinischen Kreisen zu seiner letzten einschlägigen Bemühung, der für die CDU traurigen Landtagswahl 1980. Wenn er es diesmal besser machen will – und die Organisation von Wahlen ist ja an sich das Gebiet, auf dem er besonders viel Erfahrung reklamieren kann –, dann muß er Mitarbeiter besonders hoch motivieren. Angesichts der Stimmung nach der Schlacht von Gelsenkirchen kann er nur dankbar sein, daß er da noch einige Zeit hat. Vorerst herrscht ungetrübte Freude nur an zwei nordrhein-westfälischen Zentralpunkten: in der Staatskanzlei in Düsseldorf und in der SPD-Parteizentrale in Bonn.

Wenige hundert Meter vom Ollenhauer-Haus, im CDU-Bundeshauptquartier, sind die Gefühle gemischt. Weder der Parteivorsitzende Kohl noch sein jetziger Generalsekretär Geißler schäumen vor Liebe zu Biedenkopf über. Aber sie müssen alles für seinen Erfolg tun, denn wenn 1987 die ominösen 5,4 Millionen Wähler nicht wieder anträten, die 1983 bei der März-Wahl an Rhein und Ruhr für die Union und für Helmut Kohl stimmten, dann wäre das zwar die immerwährende Versenkung für Biedenkopf, aber auch für andere.

Wenn diese Wähler aber antreten und die Union die Wahl gewinnt, dann wird die Vaterschaft dieses Sieges unfehlbar von demjenigen reklamiert werden, der die Niederlage beim Landtagswahlkampf 1980 auf Strauß schob. Dennoch liegt in diesem Zwang aller Beteiligten, alles zu schlucken und für die Zukunft zu arbeiten, die Chance der Union: Pützhofen kann durchaus mit mehr Härte und Stehvermögen das wichtige integrierende Moment beitragen (auch er weiß inzwischen, daß glänzende Mehrheiten auf Parteitagen nicht allein überzeugen). In erster Linie aber kommt es auf Biedenkopf an: ob er es endlich vermag, von der Taktik zur Strategie überzugehen, von den Manövern zum offenen Kampf.







Am Spotmarkt sind der Opec die Zügel entglitten

Die Ölproduzenten stecken in einer tiefen, zum größten Teil selbstgeschaffenen Depression. Ihr Preisrätsel lautet nun: Wie kann verhindert werden, daß die Rohölpreise ins Bodenlose stürzen?

Von HANS BAUMANN

Es freut den Autofahrer, daß er wieder so billig tanken kann wie vor sechs Jahren. Die Weltkonjunktur wird davon profitieren, daß der Ölpreis unter 20 Dollar je Faß (1 Barrel = 159 Liter) sinkt. Und wann schon hat es mitten im Winter einen Verfall der Preise für Heizöl um 30 Prozent gegeben?

Die große Gefahr eines ungebremsten Preissturzes haben die Ölförderländer, angeführt von der Organisation der Rohöl exportierenden Länder (Opec), der 13 Staaten angehören, selbst heraufbeschworen. Sie schlugen die Warnungen des saudiarabischen Ölministers Yamani in den Wind, nicht starre Listenpreise und betonierte Förderquoten zu beschließen, sondern sich lieber den jeweiligen Forderungen des Marktes flexibel anzupassen. Die Rechnung hat sich die 76. Opec-Konferenz vom Dezember 1985 selbst präsentiert: Der unaufhaltsame Rückgang des Opec-Anteils am Weltölmarkt müsse gebremst und ein angemessener Anteil an Ölmengen und Öleinkommen gesichert werden.

Nun liegt das Kind im Brunnen, wie von Yamani befürchtet. Denn Mindestproduktionen und Mindestpreise bei schwächerer Nachfrage mußten zwangsläufig einzelne Mitglieder der Opec dazu verleiten, ihren notleidend werdenden Staatshaushalt durch Umgehung der Opec-Beschlüsse über den Spotmarkt aufzupäppeln. So untergrub die Opec im Laufe der Jahre ihr eigenes Konzept und damit ihre Autorität. Langfristig kalkulierbare Geschäfte wurden von Spotgeschäften abgelöst, die heute fast 80 Prozent des Weltölhandels bestimmen, womit sich die Relation von Kontrakt zu Spot binnen 20 Jahren genau umgekehrt hat. Mit dem Spotgeschäft aber ist den Rohölproduzenten der letzte Zügel zum Verbraucher entglitten – man lebt von der Hand in den Mund.

Wie aber kann sich die Opec einen „angemessenen Anteil" an den Ölmengen und an den Öleinnahmen der westlichen Welt sichern? Da wird zur Zeit ein naheliegendes, aber auch zweischneidiges Instrument angesetzt: die Öffnung der Ölschleusen und die Überschwemmung des Weltmarktes. Folge: Der Preis gerät ins Trudeln. Das hat die Opec – und hier wieder allen voran Saudi-Arabien – einkalkuliert. Sinn der Operation:

Die Wirtschaftlichkeit der Ölförderungen außerhalb der Opec (und hier vornehmlich der in der Nordsee) zu gefährden. Der Schachzug zeigt Wirkung. Am 15. Januar 1986 meldet die „Financial Times" auf der ersten Seite, daß Großbritannien und die Saudis über Ölpreise sprechen wollen.

Wer bei *diesen – sicherlich nicht in* der Öffentlichkeit geführten – Gesprächen die besseren Karten hat, ist leicht erklärt: Saudi-Arabien hat für große Teile der erschlossenen Ölfelder *Förderkosten je Faß von rund* einem Dollar. Die Briten aber haben bei neueren Feldern in der Nordsee Förderkosten um 15 Dollar je Faß und bei schon länger betriebenen Feldern Mindestkosten von 12 Dollar je Faß. Und da das Nordseefeld Brent bereits Öl am Spotmarkt zu 18,5 Dollar anbietet, liegt auf der Hand, wie besorgt das Kabinett Thatcher die Mengenattacken der Saudis registriert, verfiel doch der Brentpreis innerhalb weniger Monate um rund 30 Prozent.

Aber auch Scheich Yamani dürfte *nicht daran gelegen sein, die* Preisschock-Therapie weiter anzuwenden. Ein Verfall der Ölpreise ins Bodenlose würde zwangsläufig die Nachfrage nach Öl weltweit ruckartig anziehen lassen *mit der Folge, daß die* Förderländer mit wachsender Marktmacht erneut zum Verdruß der ganzen Welt ihren Ölpreis wieder mühselig aufbauen müßten. Das ist heute oder gar morgen *ungleich schwerer* als 1973 und 1980, weil die Verbrauchermärkte sich von nationalen zu integrierten Märkten umorganisiert haben, und weil Alternativenergien am Markt sind, etwa Erdgas und vor allem die von Jahr zu Jahr zulegende Kernenergie, die sich in Frankreich bereits aufmacht, das Öl am Wärmemarkt abzulösen.

So gibt es keine Prognosen, die trotz der Belebung der Weltkonjunktur eine Zunahme des Ölverbrauchs für 1986 voraussagen. Da aber auch nicht zu erkennen ist, daß die Förderländer *außerhalb der Opec* bereit wären, sich die eigenen Quellen mit Opec-Billigöl verstopfen zu lassen, bleiben eigentlich nur 15 bis 16 Millionen Faß pro Tag (rund 800 Millionen *Tonnen im Jahr)* für die Opec-Länder, jene Menge also, die sich die Opec bisher als Quote selbst verordnet hat, an die sich weite Teile der Fördergemeinnschaft nur nicht gehalten haben.

Die Erkenntnis daraus: Eine Überschwemmung des Weltmarktes mit Öl und ein damit einhergehender Sturzflug des Ölpreises treibt die Opec nur noch tiefer ins Dilemma. Damit scheint aber auch schon die Ausweglosigkeit der Lage dokumentiert zu sein, was gleich wieder die „Ölpropheten" an ihre Töpfe ruft, in denen sie ihre Prognosen kochen, die sich bisher samt und sonders als bloße Gerüchte entpuppt haben.

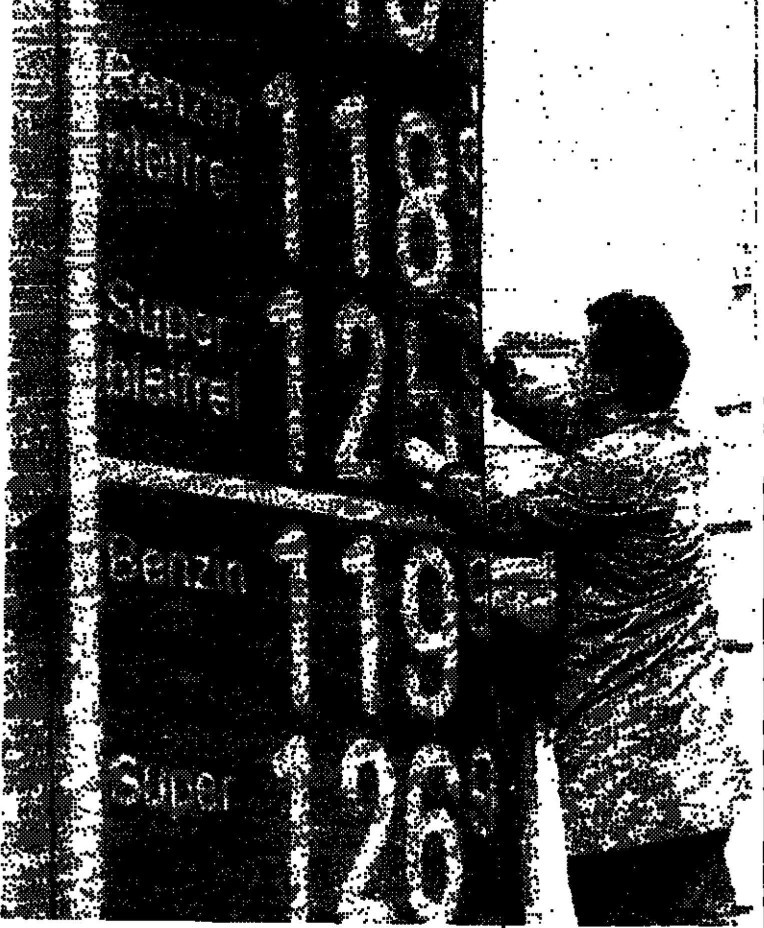
Doch wie geht's weiter? Setzen sich die Venezolaner durch, die die Opec zu einem echten Kartell machen möchten, das sich sogar aus dem Internationalen Währungsfonds zurückziehen sollte? Caracas möchte mit einer Agentur für Opec-Öl den Absatz bündeln und die Deviseneinnahmen zur Stabilisierung der Preise nach Förderschlüssel auf die einzelnen Opec-Länder verteilen. Ziel: Mit interessanten, längerfristigen Verträgen den Klotz der Spotverträge vom Bein streifen und wieder Marktinitiative übernehmen.

Zu schön, um wahr zu werden, denn ein solcher Pool würde den drittgrößten Erdölproduzenten und das Land mit den größten Erdölreserven der Erde um seine Autonomie bringen: Saudi-Arabien. Und da ohne die in der Opec nichts geht, hat auch der Plan der Venezolaner kaum eine Chance. Ja, er könnte sogar an der Ölpolitik Caracas' selbst scheitern. Denn Venezuela betreibt intensiv eine bilateral integrierte Ölpolitik. Beispiel Veba Öl: Die staatliche venezolanische Ölgesellschaft ist zu 50 Prozent an der Veba-Ruhröl und an deren Aktivitäten in Süddeutschland beteiligt, liefert Rohöl ein und vertreibt die Produkte über die Veba Oel AG (Aral, Raab Karcher). Könnten da nicht die übrigen Opec-Länder fordern, daß die daraus erzielten Vorteile mit über die gemeinsame Agentur verrechnet werden? Caracas dürfte kaum zu einem solchen Opfer bereit sein.

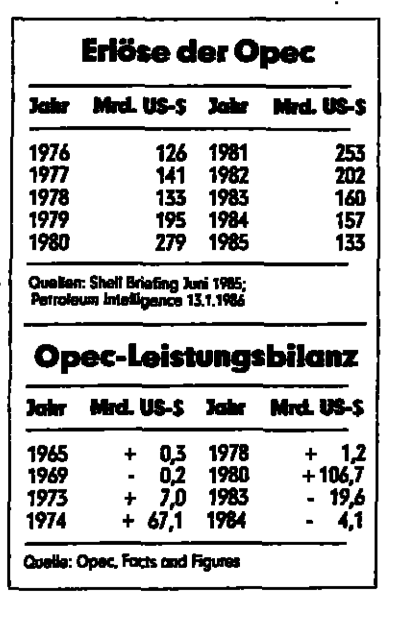
Halten wir fest: Trotz aller Turbulenzen ist der internationale Rohölpreis immer noch sehr hoch (siehe Graphik). Die Ausschläge in Europa resultieren vornehmlich aus den Bewegungen des Dollar, weil die Ölrechnungen international in dieser Währung fakturiert werden.

Vielleicht gelingt es Saudi-Arabien, die Interessen der Industrienationen und die der Opec wieder zu koordinieren und die Turbulenzen allmählich beizulegen. Denn: Öl bleibt Primärenergie Nummer eins und die Golf-Region mit fast 57 Prozent das größte Reserve-Faß der Welt, gefolgt von den USA mit 17 und dem Ostblock mit zwölf Prozent. Die Gespräche mit London könnten der Auftakt sein. Vielleicht schließen sich daran neue Vertragsformen an, die zunächst einmal die Spotpreise zügeln, den lauter werdenden Ruf nach administrativen Eingriffen ersticken und den Rohölpreis wieder stabilisieren (nicht zuletzt im Interesse der Fortentwicklung alternativer Energien).

Wie schreibt der Wissenschaftler und Fachreferent für Erdölfragen des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln, Heinz Jürgen Schürmann, in einem Neujahrsgruß sehr treffend: „Das neue Jahr bleibt für den Ölmarkt spannend." „Oil and Gas Journal" prophezeit nur jenen *Firmen der Ölbranche Erfolg, die sich auf das* Unerwartete einstellen, und überleben werde schließlich nur der flexibelste. Der Verbraucher hört die Botschaft gern.



Vergnügen an der Zapfsäule: der Tankwart auf, die Preise runter
FOTO: AP



Erlöse der Opec

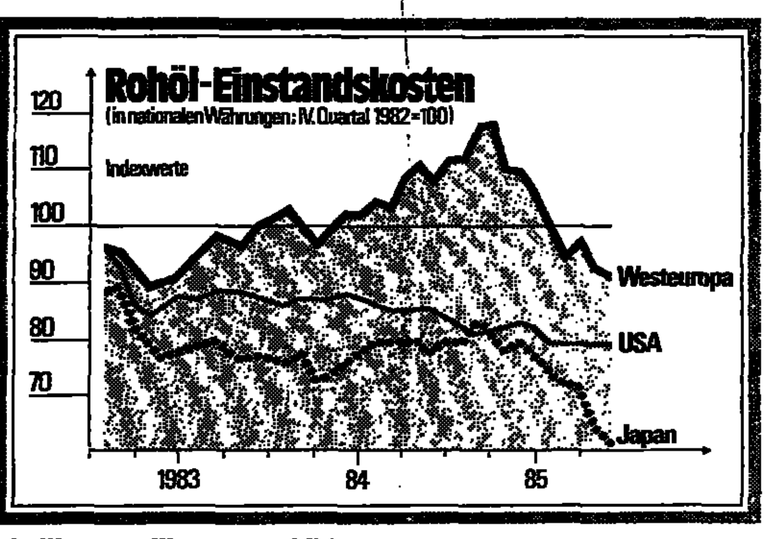
Jahr	Mrd. US-$	Jahr	Mrd. US-$
1976	126	1981	253
1977	141	1982	202
1978	133	1983	160
1979	195	1984	157
1980	279	1985	133

Quellen: Shell Briefing Juni 1985; Petroleum Intelligence 13.1.1986

Opec-Leistungsbilanz

Jahr	Mrd. US-$	Jahr	Mrd. US-$
1965	+ 0,3	1978	+ 1,2
1969	- 0,2	1980	+ 106,7
1973	+ 7,0	1983	- 19,6
1974	+ 67,1	1984	- 4,1

Quelle: Opec, Facts and Figures



Die Werte für Westeuropa bildet ein Durchschnitt aus Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien.

Im Reichstag trifft Peres ein Stück „anderes Deutschland"

Zehn Jahre nach seinem Landsmann Yitzhak Rabin wird der israelische Ministerpräsident Shimon Peres am Mittwoch Berlin besuchen. Dort wird er im Reichstag auch mit einer Gruppe Schüler diskutieren – eine Begegnung mit einer besonderen Vorgeschichte.

Von D. DOSE und H.-R. KARUTZ

Die Freiherr-vom-Stein-Schule gehört zu den ersten Adressen unter den Gymnasien der geteilten Stadt. Einundzwanzig ihrer Schüler, zwischen 16 und 18 Jahre alt, anderthalb Jahre vor dem Abitur, werden dem *hohen Gast* aus dem einst geteilten Jerusalem im Schatten der Mauer gegenübersitzen und über Leid und Hoffnung mit ihm sprechen, die Deutschland und Israel verbinden. *Es wird ein Gespräch in einer* erlernten Sprache werden. Denn die Schüler müssen ihre Gedanken auf Englisch formulieren. „Das ist uns gleich als Vorbedingung genannt worden", berichtet *Direktor* Wolfgang Bethge.

Auf seinem Deutschland-Programm ist die Diskussion mit den Schülern im Reichstag Peres' einzige direkte Begegnung mit Bürgern, das einzige „Basis-Erlebnis". Diese Begegnung hat eine Vorgeschichte, die wahrscheinlich mehr über das neugewonnene deutsch-israelische Miteinander erzählt als mancher *Leitartikel*.

Die Freiher-vom-Stein-Oberschule liegt im Havelstädtchen Spandau – fünf Jahre älter als Berlin, vor den Toren der großen Schwester. Spandau, einst preußische Waffenschmiede. In der Renaissance-Zitadelle erhebt sich der Juliusturm, der 1871 den „Reichskriegsschatz" barg. „Juliusturm", eine Erinnerung an die Zeit, als man in Bonn noch keine Schulden hatte.

Schon oft kam hoher Besuch in die Schule

Als fortschrittliche Oberrealschule 1906 gegründet, schickte die Schule 1985 rund 130 Abiturienten hinaus ins Leben. Notendurchschnitt: 2,7. Ein „Einser"-Abiturient darunter. Eine pädagogisch erstklassige Lehranstalt, dennoch keine Elite-Schule. Bundespräsident Karl Carstens kam hierher. Und auch Richard von Weizsäcker, damals noch Berlins Regierender Bürgermeister, machte Lehrern und Lernenden in diesem wilhelminischen Klinkerbau seine Aufwartung.

Der 62jährige Peres fährt nicht in den 200 000 Einwohner zählenden Großstadt-Bezirk Berlins, sondern er trifft sich mit seinen jungen Gastgebern 25 Kilometer von der Schule entfernt am „Platz der Republik". In Spandau hätte er angesichts der britischen Soldaten der Schutzmacht Ihrer Majestät sonst private Erinnerungen auffrischen können: Die Engländer nahmen den jungen Mann aus der israelischen Widerstandsbewegung 1945 fest, als er in Beduinentracht im Negev kundschaften wollte.

Es ist kein *Zufall, daß gerade diese* Spandauer Schüler das Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten führen, der aus Polen stammt. Vor fünf Jahren geriet die Oberschule in negative Schlagzeilen. Ein 16jähriger Junge jüdischer Abstammung verließ das Gymnasium. Entnervt und verunglimpft durch Schimpfworte wie „Drecksjude" und andere rüde Schmähungen aus dem Munde von Gleichaltrigen. „Das wirkte wie ein Alarmsignal", sagt Oberstudiendirektor Bethge.

Die Schüler arbeiteten den Mißkredit ab, in den die gesamte Schule geraten war. Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrer reagierten entsetzt. Das pädagogische Ergebnis – eine profunde, eigenständig erarbeitete Ausstellung über „Wesen und Schicksal des Judentums in der abendländischen Kultur". Von den Sextanern bis zu den Abiturienten – niemand stellte sich abseits.

Eine Ausstellung aus eigenen Kräften

Knapp 100 sorgfältig hergestellte Schautafeln entstanden – mit Fotos, Objekten, Schaubildern, Illustrationen. Mädchen wälzten Folianten, Jungen schrieben Aufsätze oder befragten Überlebende des Holocaust. Die Schüler fotografierten Gedenktafeln für zerstörte Synagogen – in beiden Teilen Berlins. Sie reisten, ohne *Vorankündigung bei der Schulleitung*, auf eigenen Wunsch in das ehemalige KZ Sachsenhausen nördlich von Berlin. Aus der Klassenkasse kauften sie zuvor einen Kranz. Noch heute erinnert sich, wenn andere junge West-Berliner kommen, das „DDR"-Personal an diesen Besuch.

Die Ausstellung umfaßte alle Etappen des Judentums bis in das Grauen der NS-Jahre. Gewürdigt wurden auch Albert Einstein, Sigmund Freud, die Rathenaus. Die selbst gezimmerte Brücke der Versöhnung trug – weit über Berlin und die Bundesrepublik hinaus. Kontakte zur deutschen Botschaft in Israel sorgten schließlich dafür, diese einmalige Präsentation jüdischen Geistes auch ins „Land der Väter" zu transportieren.

In Containern ging die Arbeit vieler Monate im vergangenen Sommer auf die Reise. Mancherlei finanzielle Engpässe waren zu überwinden, und Spandaus Bürgermeister legte erst einmal tausend Dollar in die Reiseschatulle. In Israel fanden die Gäste aus Berlin dann eine ausgesprochen herzliche Aufnahme.

Bei der Ausstellungs-Premiere am 18. Juni 1985 in Jerusalem fragte Bürgermeister Teddy Kollek, in Wien geboren, in die Schar der israelischen Gäste: „Ist hier jemand, der kein Deutsch versteht?" Kein Widerspruch regte sich. Dann sprach er. Und versprach, noch einmal „in aller Ruhe", wenn der Trubel abgeflaut sei, alles anzuschauen. Und er hielt Wort.

Die 31 Schüler und sechs Lehrer samt „Direx", die mitgereist waren, spielten sich auch durch Musik in die Herzen der Gastgeber. „Friede sei mit euch, Freunde" erklang auf Hebräisch, und beim „Lied von der Loreley" und dem „Heideröslein" senkte sich im Publikum mancher ergraute Schopf vor Ergriffenheit.

Die Ausstellung *wanderte ein halbes Jahr lang durch Israel*: „Jetzt ist sie in Spandaus Partnerstadt Ashdod zu sehen", sagt Direktor Bethge. Erst seit drei Wochen wissen die 15 Pennäler *aus dem Englisch-Leistungskurs* 42 LE, einige gute Geschichts-Schüler und die beiden Schülersprecher Roland Michaelis und Anke Nordemann – beide Amerika-erfahren –, *was sie übermorgen erwartet.* „Ich habe vorsichtshalber erst einmal die Debatte in der Knesset über einen möglichen Sturz der Regierung abgewartet", meint Direktor Bethge trokken. Dann informierte er die Schüler über die Diskussionsrunde mit Peres.

Wenn die Schule am heutigen Montag beim Wandertag in die winterliche Natur *pilgert, bleiben die Schützlinge* von Studienrat Klaus Keller daheim: „Wir machen einige ‚Trockenübungen'", berichtet der engagierte Lehrer für Englisch, Geschichte und Politische Weltkunde. Seit *Tagen* listen die Schüler ihre Themen auf. „Nun trag mal Deine Frage auf Englisch vor", trainiert der Studienrat seine Truppe.

Am Mittwoch, wenn es ernst wird, haben die Peres-Partner nach der zweiten Stunde frei. Konzentration ist gefordert. „Ich will Herrn Peres fragen, welche Erfahrungen sein Land *mit der weiblichen Wehrpflicht* gemacht hat", kündigt die 17jährige Martina Barthel an. Roland Michaelis, der 18jährige Schülersprecher mit der Souveränität eines alten „Debattenhasen", will wissen: *Wie stellt sich* Peres eine Friedenskonferenz in Nahost vor? Will er auf die PLO-Führer zugehen? Sollen sich die beiden Weltmächte als Garanten an einer Friedensordnung beteiligen *oder*: „Was sagen Sie zu dem Streit um das Fassbinder-Stück in Frankfurt?"

„Vater Keller", wie er sich selbst als guter Geist seines Teams nennt, „*spielt*" *hin und wieder auch* selbst den Gast: „Denn die Schüler müssen gewärtig sein, daß er sie plötzlich, und das alles auf Englisch, nach ihrem Leben, ihren Vorstellungen über *das geteilte Berlin fragt.*"

„Es wäre doch gut, wenn auch 'mal gelacht würde"

Das Gespräch lebe auch, meint der Lehrer, von der „Kunst der Improvisation. Das mögen die Israelis." Er selbst hat sich ein wenig in die Mentalität der Menschen dort eingelebt; Keller arbeitete in einem Kibbuz. „Und vielleicht löst sich die Spannung, unter der ja alle Beteiligten dabei stehen, auch einmal in einem befreienden Scherz oder Bonmot. Es wäre doch gut, wenn auch 'mal gelacht würde."

Richard von Weizsäcker war bei seinem Israel-Besuch im Oktober danach gewiß nicht zumute: Bei einer ähnlichen Debatte, wenngleich mit wesentlich älteren Israelis, bekam er Sätze wie diese zu hören: „Deutschland wird immer das Kainszeichen für das größte Verbrechen der Menschheit tragen ... Meine Mutter war als Kind im KZ Bergen-Belsen. Ihre Eltern und Geschwister wurden in die Gaskammer geschickt. Nein. Versöhnung in dieser Generation ist zu früh."

Was immer im Reichstag zur Sprache kommt, der Sender Rias strahlt die Debatte *zeitversetzt* auch in die „DDR" aus. Noch immer steht dort die Aufarbeitung der Vergangenheit aus.

Der Ertrag der Stunde im Reichstag, *bei der 15 israelische und zahlreiche* deutsche Journalisten ins Nebenzimmer vor Bildschirme verbannt werden, läßt sich schon heute bilanzieren: Shimon Peres, der Minister*präsident aus Israel, kann gewiß sein*, daß sich knapp 20 Jahre nach seiner letzten Deutschland-Visite sein Wunsch erfüllt: „Ich habe volle Hoffnung auf ein neues Deutschland, ein *anderes Deutschland als einst.*"

Die Mädchen und Jungen aus Spandau bei Berlin repräsentieren es – voller Lampenfieber.

Die zweite Phase der Entspannungspoltik

Von WILLY BRANDT

Die Anzeichen verstärken sich, daß wir es – was die Sicherung des Weltfriedens angeht – mit einem sich wandelnden Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten zu tun haben. Dies wirft die doppelte Frage auf, wie sich eine solche Veränderung auf Europa auswirkt und wie sie die europäischen Staaten zu ihrem Vorteil nutzen können. Es mag dahingestellt bleiben, ob das, was zwischen Washington und Moskau im Gange ist, bereits als Auftakt zu einem neuen entspannungspolitischen Bemühen eingestuft werden kann. Die gemeinsame Erklärung, daß sich weder die eine noch die andere Seite etwas davon verspreche, militärische Überlegenheit zu erlangen, hat jedenfalls Gewicht.

Wenn die beiden Großen – bei allen grundlegenden und weiterwirkenden Gegensätzen – davon ausgehen, daß sie einem objektiven Zwang unterliegen, den Weltfrieden gemeinsam zu sichern, dann können sich die Europäer nicht damit begnügen, dies zur Kenntnis zu nehmen. Sie dürfen auch nicht nur darauf warten, was für sie abfallen könnte vom Tisch der Großen. Sondern sie sind gut beraten, sich um ihre eigenen Interessen zu kümmern. Dies um so mehr, als die Europäer sehr wohl in der Lage sind, eigene Beiträge einzubringen. Das gilt für die Bereiche bilateraler und gesamteuropäischer Zusammenarbeit, es gilt auch für ergänzende Bemühungen auf dem Gebiet der Friedenssicherung.

Bemerkenswert ist ja, daß die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten in Ost und West dem schlechten weltpolitischen Wetter der letzten Jahre nicht schlecht standgehalten hat. Auf beiden Seiten setzte sich letzten Endes die Einsicht durch, daß es vernünftig und vorteilhaft sei, möglichst zu erhalten, was während der vorigen Phase der Entspannungspolitik erreicht wurde. Das sagt einer, der sich der Begrenztheit dessen bewußt ist, was damals auf den Weg gebracht werden konnte. Und der sogar hofft, man könnte aus den Unzulänglichkeiten jener Bemühungen lernen, die in der Helsinki-Schlußakte von 1975 gipfelten.

Mit meinen politischen Freunden bin ich der Meinung, daß die Idee der gemeinsamen Sicherheit zu den Grundlagen deutscher Außenpolitik gehören muß. Und daß eine zweite Phase von Entspannungspolitik, abgesichert durch unsere Verankerung im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, hieraus abzuleiten ist. In seiner Ahlener Rede hat Johannes Rau dargelegt, daß die zweite Phase dreierlei zum Inhalt haben sollte:

– die Abrüstung eurostrategischer Waffensysteme;
– eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich des Technologietransfers, zwischen den Teilen Europas;
– eine Verstärkung des Kulturaustausches und anderer Bemühungen, die geeignet sind, die kulturelle Einheit Europas zu wahren.



Willy Brandt FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

In der Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen schien sich vor dem Genfer Gipfeltreffen die Möglichkeit eines Zwischenabkommens zwischen den beiden Großen abzuzeichnen. Inzwischen kann man feststellen, daß der weitreichende Vorschlag des sowjetischen Generalsekretärs nahe bei dem liegt, was die Amerikaner in der vorigen Runde eine Null-Lösung genannt hatten. Bei den Wiener MBFR-Verhandlungen, eher noch auf der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen dürften in absehbarer Zeit Ergebnisse zu erzielen sein.

Doch diese Tendenzen, die sich aus den Beziehungen zwischen den Weltmächten ableiten, bedürfen zusätzlich eigenständiger europäischer Initiativen. In diesen Zusammenhang gehören Vorschläge wie die über einen atomwaffenfreien Korridor und über das Herausnehmen der Chemiewaffen aus den damit belasteten Ländern, auch solange die Voraussetzungen für eine internationale Ächtung noch nicht gegeben sind.

Eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit bleibt auch in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik erforderlich. Und dabei gilt es ernstzunehmen, was die Zähmung der konventionellen Rüstung gerade dann bedeuten würde, wenn es gelungen sein sollte, sich an den Abbau von Atomwaffen heranzuarbeiten.

Im wirtschaftlichen Bereich erscheint es – über den ausbaufähigen bilateralen Austausch hinaus – lohnend, neuen Möglichkeiten im Kontakt zwischen EG und RGW aufmerksam nachzugehen. Dabei sollte man nicht zentralisieren wollen, was besser in bewährten Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit geregelt werden kann. Hinsichtlich der Technologie zeigt die Erfahrung, daß Maßnahmen der Diskriminierung in aller Regel den damit verbundenen politischen Erwartungen zuwiderlaufen.

Technologische Zusammenarbeit sollte als Ausdruck geografischer Nachbarschaft, als Nachwirkung historischer Verbundenheit und als Gestaltungselement künftiger Gemeinsamkeit verstanden werden. In diesem Zusammenhang habe ich es bemerkenswert gefunden, daß Projekte, wie sie bei uns im Westen zum Beispiel unter dem Kennwort Eureka laufen, bei Wissenschaftlern und politisch Verantwortlichen im anderen Teil Europas mit viel Interesse verfolgt werden.

Wichtig ist weiter, daß sich die Europäer nicht allein im Westen, sondern auch zwischen West und Ost darüber abstimmen, wie sie jene internationale Diskussion beeinflussen können, die die Überwindung der weltweiten Schuldenkrise und die Reform der weltwirtschaftlichen Beziehungen zum Gegestand hat.

Dabei wird sich zeigen müssen, ob miteinander dahin gewirkt werden kann, wie ein Teil der heute für Überrüstung objektiv vergeudeten Mittel für produktive Zwecke, vor allem auch für den Kampf gegen Hunger und Elend in der Dritten Welt umgelenkt werden kann. Für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch fehlt es nicht an brauchbaren Anregungen, auch wenn die – im KSZE-Rahmen durchgeführte – Budapester Konferenz Ende des vergangenen Jahres ohne Beschlüsse zu Ende gegangen ist. Es gibt auch sonst mancherlei beachtliche Ansätze. So hat der österreichische Bundeskanzler Snowatz vor einigen Monaten zu einem Ost-West-Gespräch eingeladen, das die kulturelle Identität Mitteleuropas zum Inhalt hatte.

Die Sorge, das Bemühen um Sicherheitspartnerschaft könne dem Ringen um innere Reformen in den beteiligten Staaten in Wege stehen, kann ich nicht teilen. Ich meine, andersherum werde ein Schuh 'draus. Diese Einschätzung mindert gewiß nicht die Notwendigkeit, neben allem anderen aufmerksam auf diejenigen zu hören, die als Europäer anmahnen, was uns als unabdingbares Ringen um die individuellen und die sozialen Menschenrechte aufgegeben ist.

Die Fusion der CDU-Verbände in NRW birgt noch viel Zündstoff

Pützhofen soll Biedenkopfs Stellvertreter werden / Amtszeit und Aufgabenverteilung unklar

WILM HERLYN, Gelsenkirchen

Mit dem mühsamen Kompromiß von Gelsenkirchen, der den Fusionsparteitag der rheinischen und westfälischen CDU am 8. März in Düsseldorf vorbereiten soll, sind immer noch nicht wesentliche Mißverständnisse zwischen den beiden Landesverbänden ausgeräumt worden. Erst in den frühen Morgenstunden einigten sich der Rest der beiden Vorstände und der Kreisvorsitzenden beider Lager in einem wenig deutlichen 57 : 37-Ergebnis, daß der Westfale Kurt Hans Biedenkopf als Gründungsvorsitzender vorgeschlagen werden soll und sein Kontrahent Dieter Pützhofen in einem besonderen Wahlgang als erster Stellvertreter.

Keine Einigung

Unklar ist, wie lange die Amtszeit dauern soll. Der Kompromiß lautete zwar auf zwei Jahre, die westfälische Seite interpretierte dies aber nachträglich auf „bis zum 31. Dezember 1988". Dabei stellte sich heraus, daß die Westfalen schon immer auf diese Regelung hingearbeitet hatten. Denn nachdem sich die Delegierten am folgenden Mittag wieder trafen, entdeckte der Parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Voigt, daß das verbreitete Papier das Datum des 24. Januar trug und die Ortzeile Dortmund, der Geschäftsstelle des westfälischen Verbandes. Nach Auskunft von Teilnehmern habe Voigt – „weiß vor Wut" – den Westfalen eine Philippika gehalten. Eine Einigung kam nach dem Vorfall nicht mehr zustande.

Entschieden ist auch noch nicht über die Aufgabenverteilung zwischen Biedenkopf und Pützhofen. Insbesondere die schwierige Arbeit, die einzelnen Verbände innerhalb der CDU zusammenzuführen, verbirgt noch ein Menge Zündstoff.

Biedenkopf betonte noch einmal, die Zusammenlegung der beiden Landesverbände, die mit insgesamt 270 000 Mitgliedern zum größten Block in der Bundespartei werden, sei kein Selbstzweck. Sie sei nach 40 Jahren der Trennung überfällig und auch notwendig, um die augenfällig schlechte Situation der Union an Rhein und Ruhr aufzuarbeiten. Bei der Landtagswahl erzielte die Union nur einen Stimmanteil von 36,5 Prozent. Eine Einigung sei vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahl im kommenden Januar entscheidend. Bei der Wahl im März 1983 hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen noch mit 5,4 Millionen Wählern den bestimmenden Erfolg der Union in Bonn geliefert.

Biedenkopf gab zwar bekannt, er werde sich mehr um die Bundespolitik kümmern, eine Entscheidung letztlich sei aber noch nicht definitiv getroffen – zumindest wollte er sie nicht bekanntgeben. Pützhofen werde den „landespolitischen Schwerpunkt" setzen. Als Zugeständnis für die Pläne des Krefelder Oberbürgermeisters wird gewertet, daß Biedenkopf sich erstmals öffentlich dazu bekannte, daß er 1990 als Spitzenkandidat für die NRW-Landtagswahl nicht zur Verfügung steht. Die Aufgabe, mit einer seit 24 Jahren von der SPD besetzten Verwaltung zu regieren, müsse von jüngeren Politikern geleistet werden, sagte er.

„Schrammen vermeiden"

Die Geschäftsführenden Vorstände wollen nun bis zum 8. März die Einzelheiten für die Fusion festlegen. Auf die künftige Zusammenarbeit angesprochen sagte Pützhofen mit Blick auf Biedenkopf: „Wir haben es noch nicht ausprobiert, aber wir werden nicht umhin können, alles gemeinsam zu machen."

Seine Haltung zu dem gefundenen Kompromiß charakterisierte er mit den Worten: „Ich habe mich persönlich entschieden, auch im Hinblick auf die Bundestagswahl, dem Erfahreneren den Vortritt zu lassen." Er wolle nicht der Partei „Schrammen zufügen, um die eigene zu vermeiden".

„Verfassung schützt Leben von Beginn an"

Rechts-Kongreß der Union / Neue Diskussion um § 218?

H.-H. HOLZAMER, Karlsruhe

Zum Abschluß des zweitägigen rechtspolitischen Kongresses der Unionsparteien in Karlsruhe befürwortete Generalsekretär Heiner Geißler die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen die Folter. Die Bundesregierung hatte bislang davon Abstand genommen, weil sie befürchtete, dies könne zu einer mißbräuchlichen Ausweitung des Asylrechts führen. Die Konvention sieht unter anderem vor, daß kein Land einen Menschen ausweisen oder ausliefern darf, dem in seinem Heimatland Folter droht. Geißler meinte, die bestehenden „ernsthaften Bedenken" könnten in dem Ratifizierungsverfahrem ausgeräumt werden.

Während des Kongresses, der unter dem Motto „Recht sichert die Freiheit" stand, hatten sich zuvor Rechtspolitiker gegen die aktive Sterbehilfe ausgesprochen. Der Staatsminister beim Bundeskanzler Friedrich Vogel, der in Karlsruhe zum letzten Mal als Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich demokratischer Juristen (BACDJ) auftrat und von dem baden-württembergischen Justizminister Heinz Eyrich abgelöst wurde, sagte, das Leben stehe „auch in seinem Endstadium unter dem uneingeschränkten Schutz der Rechtsordnung." Benno Erhard, Staatssekretär im Bundesjustizministerium sagte, sonst wäre „eine Grenzziehung zu dem, was in in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte Euthanasie hieß, nicht möglich". Eine bedeutsame Grundentscheidung – auch für die Kontroverse um den Schwangerschaftsabbruch – wurde am Samstagnachmittag in der Mitgliederversammlung des BACDJ getroffen: Nach einhelliger Auffassung der Unionspolitiker beginnt der verfassungsrechtliche Schutz des menschlichen Lebens schon mit der Konjugation, mit der Vereinigung von Samen- und Eizelle.

Einige Unionspolitiker gehen daher davon aus, daß die Diskussion um den sogenannten Abtreibungs-Paragraphen 218 mit anderer Akzentuierung aufgenommen werden muß. Nach Auffassung von Heiner Geißler bedarf es jedoch keiner neuen „gesetzlichen Festlegung". Die Entscheidung, den Beginn des menschlichen Lebens mit der Konjugation anzunehmen, entspreche dem geltenden Recht.

Befruchtung im Reagenzglas und die Übertragung des befruchteten Eis seien nur vertretbar, so die Delegierten, wenn eine Schwangerschaft „auf andere Weise nicht erreichbar ist". „Verbrauchende wissenschaftliche Untersuchungen mit menschlichen Embryonen", „Zuchtauswahl" und das „Klonen" werden abgelehnt. Gesetzlich verboten werden sollen die „Ersatzmutterschaft", das ist die Insemination oder extrakorporale Befruchtung mit Embryotransfer, mit dem Ziel, das Kind nach der Geburt fortzugeben, ebenso wie jede „Geschäftemacherei mit dem Kinderwunsch".

Streit um Dioxinwerte

Deponie Münchehagen ist Wahlkampfthema in Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover

Mit betonter Sachlichkeit sucht die niedersächsische Landesregierung neuerlich entstandene Aufregung um die dioxinhaltige Sondermüll-Altdeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) zu entschärfen. Gegen Ende der vorigen Woche wurde die Werbekampagne für ein heute erstmals erscheinendes Monatsmagazin mit Vorberichten über Dioxinspuren in Gras- und Bodenproben von den Äckern und Wiesen der Deponie-Umgebung eröffnet.

Im Auftrag der Zeitschrift hatte das seriöse Ludwigshafener Kuhlmann-Institut Belastungswerte von 0,1 und 0,07 Mikrogramm (Milliardstelgramm) zweier Dioxingruppen (Hepta- und Octa-Dioxin) je Kilogramm Probenmasse festgestellt. Dieses wird in dem Artikel als „erheblich" eingestuft. Zuvor waren ähnliche Befunde des Wiesbadener Fresenius-Instituts anhand von Proben im Flußbett der Ils bekannt geworden, die an Münchehagen vorbei zur Weser und damit auf westfälisches Gebiet fließt.

Schelte aus Düsseldorf

Den Umstand, daß die Stadt Petershagen an der Ils-Mündung nördlich Minden nun um die Reinheit ihres Trinkwassers fürchtet, hat der Düsseldorfer Landwirtschaftsminister Klaus Matthiessen (SPD) zu Attacken gegen Hannover genutzt. Matthiessens Schelte für angeblich mangelhafte Unterrichtung durch hiesige Behörden erklärt das hannoversche Schwester-Ressort jedoch für ungerechtfertigt.

Im niedersächsischen Wahljahr lassen sich SPD und Grüne im Landtag das Reizthema nicht entgehen. Die Grünen sprechen von „schleichender Vergiftung der Bevölkerung" und verlangen einen breiten „Sicherheitskorridor" rund um das Deponiegelände, in dem jede landwirtschaftliche Nutzung einzustellen sei. SPD-Umweltsprecher Uwe Bartels sieht – mit Seitenblick nach Düsseldorf – in Münchehagen nun „kein regionales Problem mehr, sondern ein(en) Umweltskandal noch nicht abschätzbaren Ausmaßes".

Ernst Friedrich, Sprecher des hannoverschen Landwirtschaftsministeriums, hält dagegen mit gesicherten biochemischen und veterinärmedizinischen Erkenntnissen. Danach liegt die allgemein anerkannte Unbedenklichkeitsgrenze für Dioxine in Nutzboden oder Trinkwasser – die ihrerseits noch eine risikomindernde „Sicherheitsmarge" einschließt – bei einem Mikrogramm je Kilogramm (dem Zehnfachen der um Münchehagen festgestellten Werte).

„Unter dem Risikobereich"

Dementsprechend lag bei laufenden Untersuchungen von Milch und Schlachtvieh seit 1978 nach Friedrichs Angaben „die Nachweisgrenze stets deutlich unter dem Risikobereich". Gesucht wurden langlebige organische Chlorverbindungen wie Pestizide und polychlorierte Biphenyle (PCB); da letztere mit Dioxinen chemisch „eng verschwistert" sind, sei daraus zu schließen, daß auch Dioxine im Umland von Münchehagen „so gut wie nicht vorkommen".

Auch den immer wieder kolportierten „Berichten aus der Bevölkerung" über Mißbildungen bei neugeborenen Tieren tritt Friedrich entgegen. Nachforschungen seines Hauses bei Amts- und privaten Tierärzten der Region hätten „für die letzten Jahre nichts Außergewöhnliches" ergeben: „Ein einziges Mal eine Augenentzündung", ein andermal ein Kalb mit Wasserkopf – das seien die einzigen registrierten Besonderheiten und könnten überall einmal auftreten.

Emnid sieht Union und FDP vor Opposition

dpa, Hamburg

Die Unionsparteien CDU und CSU würden, wenn jetzt Bundestagswahl wäre, 45 Prozent der Stimmen gewinnen, die SPD 40 Prozent. Zusammen mit der FDP würde die Union eine Mehrheit von 52 Prozent erreichen, während die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne zusammen nur auf 47 Prozent kämen. Das ist dasErgebnis von Umfragen, die das Bielefelder Emnid-Institut im Januar machte. Die Frage lautete: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?"

Auf die Frage, für wen sich die Bundesbürger bei einer Direktwahl des Kanzlers entscheiden würden, nannten 48 Prozent den gegenwärtigen Bundeskanzler Helmut Kohl und 47 Prozent den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau.

Abriß des Goldenen Tempels

AP, Amritsar

Unter Jubel- und Anfeuerungsrufen von rund 20 000 militanten Sikhs ist in der indischen Stadt Amritsar mit dem Abriß des Goldenen Tempels, des Heiligtums dieser Religionsgemeinschaft, begonnen worden. Mit dem weitgehend symbolischen Abriß des Heiligtums soll die „Entweihung" des Goldenen Tempels durch den Sturmangriff indischer Soldaten im Juni 1984 getilgt werden. Führende Vertreter der Sikhs hatten zuvor mitgeteilt, der Thronsaal solle von Grund auf renoviert werden, und dies solle in Etappen geschehen, damit die Räumlichkeiten weiter benutzt werden könnten.

Vatikan übt Kritik an Sandinisten

AFP, Vatikanstadt

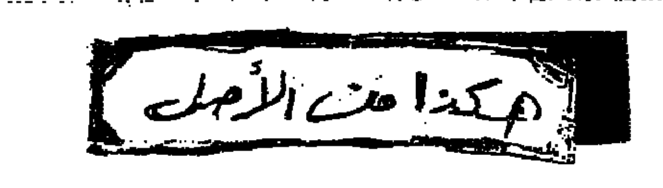
Das Presseorgan des Vatikan, „Osservatore Romano", hat das sandinistische Regime in Nicaragua beschuldigt, die katholische Kirche zum Stillschweigen zwingen zu wollen. Vor allem werde die Pastoralarbeit der Kirche in Nicaragua behindert. Man versuche, die Freiheit der Kirche und damit die Freiheit eines ganzen Volkes zu unterdrücken, hieß es in der Zeitung. Priester würden angewiesen, engagierte Laien festgenommen und die Gläubigen seien Einschüchterungsversuchen ausgesetzt.

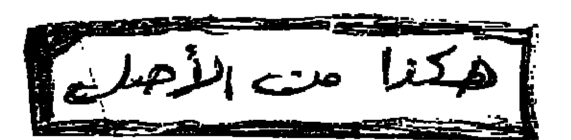
Gruhl wieder Parteivorsitzender

AP, Nürnberg

Der Gründer der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Herbert Gruhl, ist in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt worden. Er erhielt nach Angaben eines Sprechers beim Bundesparteitag in Nürnberg 68 von 71 abgegebenen Stimmen. Gruhl hatte die ÖDP im Jahr 1982 nach seinem Austritt aus der CDU gegründet. Die Delegierten beschlossen, bei der Bundestagwahl im Jahr 1987 anzutreten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Bevölkerung in Bulgarien schrumpft

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die nun vorliegenden ersten Ergebnisse der Volkszählung in Bulgarien geben einen interessanten Einblick nicht nur in die demographische, sondern indirekt auch in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der kommunistischen Volksrepublik auf dem Balkan. Demnach hat Bulgarien insgesamt 8,9 Millionen Einwohner, von denen 5,7 Millionen in den Städten und 3,1 Millionen auf dem Lande leben.

Es fällt auf, daß bisher nichts über Natalität und Mortalität der Bevölkerung veröffentlicht wurde. Bulgarische Demographen hatten bereits vor der Volkszählung auf ein dramatisches Absinken der Geburtenrate hingewiesen. Indirekt ist auch in Bulgarien eine zunehmende Überalterung zu erkennen. So ist der Prozentsatz der über 18jährigen gegenüber der letzten Volkszählung im Jahre 1975 von 23,6 auf 22,7 Prozent gefallen. Zugleich sank der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung von 58 auf 56,1 Prozent. Der Anteil der Rentner erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 18,4 auf 21,2 Prozent. Demnach scheint sich die bulgarische Bevölkerung nicht durch einen natürlichen Zuwachs an Geburten, sondern durch die längere Lebenserwartung gesteigert zu haben.

Daß die Bevölkerungsentwicklung in Bulgarien im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung einen Abwärtstrend aufweist, zeigt sich auch beim Vergleich des Bevölkerungszuwachses bei den Volkszählungen. Zwischen der Zählung des Jahres 1965 und jener von 1975 gab es noch einen Bevölkerungszuwachs von über einer halben Million. Von 1975 bis 1985 hat sich dieser Zuwachs mehr als halbiert und beträgt nur noch 215 000.

Völlig unter den Tisch gefallen sind die früher registrierten nationalen Minderheiten Bulgariens. Da in der jüngsten Volkszählung nach der nationalen Zugehörigkeit bewußt nicht mehr gefragt wird – Sofia geht davon aus, daß alle in Bulgarien lebenden Personen Angehörige der „einheitlichen sozialistischen bulgarischen Nation" sind –, gibt es weder Türken (früher mit 800 000 bis eine Million angegeben), noch Mazedonier (die 1946 etwa eine Viertelmillion ausmachten), noch Zigeuner (früher 150 000), aber auch keine Armenier, Griechen und Rumänen.

Museveni kontrolliert Kampala

Friedensvertrag gebrochen / Truppen von Staatschef Okello auf der Flucht / Viele Tote

ACHIM REMDE, Bonn

Kommen sie, oder kommen sie nicht? Wie oft seit Juli 1985 hatten sich die Bewohner Kampalas die Frage gestellt! Schüsse, Lastwagen mit Militärs und dann der Ruf „Sie kommen!" Panik brach aus. Jeder packte *die wichtigsten Sachen und machte* sich auf die Flucht. Dann wurde klar: Wieder einmal falscher Alarm. Man kehrte zurück.

Doch diesmal kamen die Truppen Yoweri Musevenis wirklich. Von drei Seiten rückten sie auf Kampala vor. Nach zwei Tagen erbitterter Kämpfe hat die Nationale Widerstandsarmee (NRA) gestern die Kontrolle über die Hauptstadt übernommen. Es gab Hunderte von Toten.

Brutales Vorgehen

Generalleutnant Basilio Okello, der mit seinem Staatsstreich im Juli seinen Namensvetter General Tito Okello als Staatschef inthronisiert hatte, gab die Parole aus: „Rette sich wer kann!" Der 75jährige Tito Okello ist geflüchtet. Es heißt, er hält sich in Jinja (80 Kilometer östlich von Kampala) auf, wo loyale Offiziere die Reste der Armee sammeln wollen.

Radio Kampala hat seine Sendungen eingestellt. Der Flughafen Entebbe ist geschlossen.

Dem stürzenden Regime weint kaum jemand eine Träne nach. Brutale Ausschreitungen der regulären Armee gegenüber der Zivilbevölkerung sind in Uganda seit den Zeiten Idi Amins an der Tagesordnung.

Die „Befreiungsarmee", die mit tansanischer Hilfe im April 1979 den Tyrannen mit seinen Soldaten vertrieb, unterschied sich darin nicht von den Amin-Soldaten. Als Basilio Okello im Juli 1985 Präsident Milton Obote vertrieb und seinem eigenen Stamm das Sagen in der Armee verschaffte, änderte sich an deren Ausschreitungen wiederum nichts.

Schlecht oder gar nicht bezahlt, vollkommen undiszipliniert war die Armee ein unkontrollierter Haufen, der für seinen Lebensunterhalt und persönlichen Vorteil rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machte.

Die Hoffnungen waren somit gering, die sich an den Mitte Dezember in Nairobi geschlossenen Friedensvertrag zwischen der Regierung Okellos und Musevenis NRA knüpften. Museveni, der damit – seiner Forderung entsprechend – gleichberechtigt an der Macht beteiligt wurde, konnte sich darauf berufen, daß die Sicherheitslage es ihm unmöglich machte, seinen Regierungssitz einzunehmen. Zweifelsohne wollte er dies wohl auch gar nicht.

Denn warum sollte er sich mit der halben Macht begnügen, wenn er beste Aussichten hatte, früher oder später die ganze Macht zu erlangen? Warum sollte er seinen moralischen Anspruch durch die Verbindung mit einer Regierung auf Spiel setzen, die, wenn sie jemals moralisch legitimiert war, schon bald gezeigt hatte, daß sie zur Befriedung Ugandas nicht in der Lage war.

Menschenrechte verletzt

Musevenis Markenzeichen ist die Disziplin seiner Armee. Er hat es verstanden, im In- und Ausland dieses Markenzeichen zu verbreiten. Museveni fällt es nicht schwer, sein Vorgehen, das eindeutig einen Bruch des Friedensvertrages darstellt, mit dem Versagen des Okello-Regimes und den Menschenrechtsverletzungen der regulären Truppen zu rechtfertigen.

Vom tansanischen Exil hat er Idi Amin bekämpft. Nach dessen Vertreibung saß er im interimistischen Militärrat, der Wahlen organisierte. Als Milton Obote sie durch Fälschung gewann, bekämpfte er diesen. Zu Recht unterstreicht er, daß Basilio Okello ohne seine Guerrillaaktivität Obote niemals hätte stürzen können. Nun ist seine Stunde gekommen. Es hat den Anschein, daß nicht nur die Bevölkerung Ugandas, die jetzt jubelt, sondern auch westliche Diplomaten sein Kommen befürworten.

Murdoch stellt nur Nichtstreikende ein

WILHELM FURLER, London

Die Londoner Tageszeitung „The Times" wird wieder einmal bestreikt. Doch gilt der jetzige Ausstand der Drucker als folgenschwerster Arbeitskampf *in der bewegten* Geschichte des Londoner Zeitungsviertels Fleet Street. Denn Rupert Murdoch, der australische Inhaber der „Times", ihres Schwesterblattes „Sunday Times" sowie der Straßenblätter „Sun" und „News of the World", ist diesmal entschlossen, der Macht und der Willkür der Druckergewerkschaften ein Ende zu bereiten.

Bei diesem Versuch scheint er durchaus Erfolg zu haben. Zwar wurde das Erscheinen von „Times" und „Sun" am Samstag technisch bedingt verhindert. Die beiden Sonntagszeitungen konnten jedoch ausgeliefert werden.

Zu dem Streik kam es, als Murdoch seine neue Druckerei auf einem wie eine Festung abgeriegelten Gelände im ehemaligen Ost-Londoner Hafengebiet Wapping in Betrieb nahm. Für diese Druckerei hat er nicht etwa Mitglieder der beiden großen Druckergewerkschaften *Sogat 82 und NGA* eingestellt, wie dies üblich wäre. Vielmehr ließ er zur Bedienung der ultramodernen Satz- und Druckmaschinen Mitglieder der Elektrikergewerkschaft anheuern und ausbilden.

Die Elektriker haben mit Murdoch ein Nicht-Streik-Abkommen abgeschlossen. Dies hat die Druckergewerkschaften veranlaßt, ihre in den bisherigen alten Druckereien der vier Zeitungen in Fleet Street arbeitenden 5500 Drucker über eine Streikaktion abstimmen zu lassen.

Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Arbeitskampf beschlossen, was Murdoch wiederum veranlaßte, allen 5500 Druckern zu kündigen und die Produktion der vier Blätter in die neue Druckerei in Wapping zu verlegen.

Die Journalisten von „Sun" und „News of the World" haben sich inzwischen bereit erklärt, ihre Arbeits*plätze ebenfalls in den neuen Kom*plex zu verlegen und dort an Bildschirmgeräten zu arbeiten. Es wird erwartet, daß auch die Kollegen von der „Times" der Verlockung einer außerordentlichen Gehaltserhöhung von umgerechnet 7000 Mark pro Jahr kaum widerstehen werden.

Rupert Murdoch sagte, daß er nur 1500 Drucker im neuen Druckereikomplex weiterbeschäftigen könne und daß 4000 in den kommenden sechs Monaten ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Den 1500 Druckern bot er eine Weiterbeschäftigung nur unter der Voraussetzung an, daß sie sich zur Annahme gesetzlich bindender Tarifverträge mit Nicht-Streik-Klauseln bereit erklärten.

Syrien baut Wehrdörfer im Grenzgebiet zu Israel

Im Sinai räumt Ägypten der Infrastruktur Vorrang ein

AS. Tel Aviv

Unter dem Motto „Die Neusiedlung ist der Anfang der Befreiung" bauen die Syrer eine Kette von Wehr*dörfern zwischen* Damaskus und den Golan-Höhen, wo auf israelischer Seite schon seit Jahren Kibbuzim in die Verteidigungsstellungen einbezogen sind. Die syrischen Wehrdörfer haben 100 bis 350 Wohnungen, die Bewohner arbeiten in der Landwirtschaft und der Hühnerzucht. Die Zahl der Bewohner hat sich seit 1970 etwa vervierfacht; es sind mindestens 70 000.

Die Syrer wollen einen lebendigen Wall zwischen Damaskus und den Golan-Höhen errichten, vermuten die Israelis. Militärisch ist das Gebiet durch drei Panzer-Divisionen und ein dichtes Netz von Luftabwehr-Raketen gesichert. Aber auch die neuen Dörfer sind wichtig. Ein Teil der Häuser hat Bunker anstatt Keller, zahlreiche zivile Dorfbewohner sind in Wirklichkeit Soldaten. *In die* Ortschaften können nachts Truppen verlegt werden, ohne daß es der israelischen Aufklärung sofort auffallen würde, was für einen syrischen Überraschungskrieg gegen den Golan günstig wäre.

Auch die zerstörte Stadt Kuneitra, die auf syrischer Seite unmittelbar an der Grenze liegt und bis auf wenige Häuser völlig überwachsen ist, wird wieder aufgebaut. Wie die früher verlassenen und nun wieder besiedelten Dörfer wie Rapid, El-Azbah oder Bir Adschem, erhält das neue Kuneitra (El-Baat) Schulen, Sportplätze, Einkaufszentren und Hospitäler. Die Syrer in El-Baat arbeiten vor allem für das Militär, in einer Textilfabrik und in der Landwirtschaft.

Ziel der Siedlungspolitik

Der syrischen Bevölkerung will das Baath-Regime offenbar demonstrieren, daß man an der neuen Grenze zu Israel durchaus leben kann, während die israelische Armee von einem Vorstoß gegen „friedliche Dörfer" abgeschreckt werden soll. Die Israelis sehen in der syrischen Besiedlungspolitik in den seit Jahrzehnten vernachlässigten Gebieten aber auch den Beweis, daß Syrien die Golan-Höhen nicht für seine Landwirtschaft und Entwicklung braucht.

Die Ägypter im Sinai an der israelischen Südgrenze handeln ähnlich wie die Syrer. Früher trennte ein rund 200 Kilometer breiter Wüstenstreifen den israelischen Negev vom Suezkanal. Es gab kaum Zivilbevölkerung, die von Kriegshandlungen betroffen worden war. Heute wird das zunehmend anders. Neue Siedlungen, Straßen und künstlich bewässerte Gebiete schieben sich immer näher an die israelische Grenze heran. Die Sinai-Hauptstadt El-Arisch ist von 40 000 Einwohnern 1967 auf knappe 150 000 gewachsen. Das Küstengebiet soll für den Tourismus erschlossen werden.

Autobahn bis Kairo

Seitdem die israelische Armee im April 1982 den Sinai völlig geräumt hat, bemüht sich die Regierung in Kairo, die Halbinsel für ihre überbordende Bevölkerung zu erschließen und bis zum Jahr 2000 mindestens eine Million Menschen dort unterzubringen. Zur Zeit arbeitet man vor *allem an der Infrastruktur, an* Straßen, Süßwasser-Pipelines, Brunnen, Tankstellen und neuen Siedlungen. Alle erhalten Schulen und Moscheen.

Von der neuen, vierspurigen Autobahn, die praktisch direkt von El-Arisch bis Kairo führt, wenn man am Suezkanal eine günstige Fähre erreicht, profitieren auch die israelischen Touristen auf ihren Busfahrten zum Nil. Wenn es zur „Normalisierung" zwischen Kairo und Jerusalem kommt, erwarten die Israelis, daß auch moslemische und christliche Pilger die Autobahn zur Weiterfahrt nach Jerusalem nutzen können.

Schon heute nehmen ägyptische Pilger auf dem Weg nach Mekka die neuen Fährschiffe, die seit einem *Jahr den ägyptischen Tiefwasserha*fen Nueiba (Neviot) auf der Ostseite des Sinai mit dem jordanischen Hafen Akaba verbinden. Nueiba liegt etwa 70 Kilometer vom israelischen Eilat entfernt und wird zügig als Touristenort ausgebaut.

Da jetzt eine direkte Straße von Suez quer durch den Sinai nach Nueiba gebaut wird, verkürzt sich die Reisezeit Kairo–Amman oder Saudi-Arabien weiter. Aber die israelischen Militärs sehen diese Entwicklung durchaus nicht mit touristischen Augen. Denn die Fähren könnten eines Tages auch Panzer und Soldaten befördern. Gemeinsame ägyptisch-jordanische Manöver finden bereits statt.

Unionisten verfehlten ihr gestecktes Ziel

REINER GATERMANN, London

Die protestantischen Unionisten in Nordirland mußten bei der durch den Rücktritt ihrer 15 Westminster-Abgeordneten notwendig gewordenen Nachwahl eine Schlappe einstecken. Sie konnten weder ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Parlamentswahl 1983 vergrößern, noch erreichten sie das selbstgesteckte Ziel von 500 000 Stimmen. Sie konnten nicht einmal alle ihre 15 Mandate verteidigen, sondern mußten eines an die „Social Democratic and Labour Party" (SDLP) abtreten. Dieser Partei gelang es zudem, und darin liegt das Positive dieser Trotzwahl, der Sinn Fein, dem politischen Flügel der IRA, zahlreiche Wähler abzunehmen.

Obwohl die Unionisten in vier der 15 Wahlkreise aus Mangel an Gegenkandidaten aus eigenen Reihen Strohmänner nominierten, um den Urnengang notwendig zu machen, konnten sie nur unerheblich mehr Stimmen sammeln als 1983.

In den vier Wahlkreisen, in denen sich SDLP und Sinn Fein gegenüberstanden, verbesserten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil um knapp 20 Prozent. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die (katholischen) Nationalisten der SDLP den Vorzug vor der Sinn Fein geben. Darüber sind vor allem die Regierungen in London und Dublin glücklich. Denn die SDLP ist die einzige Partei, die in dem zwischen Briten und Iren geschlossenen Ulster-Abkommen eine Basis für eine künftige friedvolle Entwicklung in Nordirland sieht.

Die Unionisten, die die Wahl in ein Referendum gegen das Hillsborough-Abkommen umfunktionieren wollten, können zwar weiterhin be*haupten, daß die Protestanten es fast* geschlossen ablehnen. Z u dem „gewaltigen Nein-Votum" kam es jedoch nicht. Ihr Stimmenanteil fiel sogar gegenüber 1983 um ein auf 44 Prozent.

Die Unionisten wollen nun eine Revision des Ulster-Abkommens erreichen. Die Aussichten auf Erfolg sind gering. Die britische Regierung scheint nicht zu Konzessionen bereit zu sein, sondern erwartet , daß die „Unionisten nicht länger zu allem nein sagen". Diese planen neue Proteste, falls sie kein Gehör finden. So wollen sie ihre Abgeordneten aus Westminster abziehen, worüber in den eigenen Reihen jedoch geteilte Auffassungen herrschen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eigentum und Justiz

„Gewandelte Einstellung zum Diebstahlsdelikt?"; WELT vom 21. Januar

Nicht das Urteil des Frankfurter Arbeitsgerichts, nämlich die Aufhebung einer fristlosen Kündigung wegen eines geringfügigen Diebstahls, soll hier kritisiert werden, sondern eine Passage aus der Begründung des Richters: Mit der Entscheidung trage man auch „einer sich wandelnden Einstellung der Bevölkerung und der allgemeinen Rechtsgüterschutzdiskussion im Hinblick auf den Eigentumsschutz bei Bagatelldelikten Rechnung". Hier sind Bedenken anzumelden. Ist es Aufgabe des Gerichts, schwindendem Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung nachzugeben und ausdrücklich aus dieser Position heraus Entscheidungen zu treffen? Und sollte das Ergebnis eines Denkprozesses, der sich noch im Stadium der Diskussion, also im kontroversen Meinungsaustausch befindet, zur Begründung eines Urteils vorweggenommen werden?

Dem Wandel des Wertebewußtseins, wie er sich auch gerade im zahlenmäßigen Anwachsen von Diebstahlsdelikten, insbesondere in Kaufhäusern und Supermärkten, zeigt, werden durch eine richterliche Bereitschaft zur prinzipiellen Nachsicht zusätzliche Impulse gegeben. Für den Rechtsstaat spielt nicht nur der Rechtsschutz des Individuums eine Rolle, sondern auch die Pflege und *Förderung* des Rechtsbewußtseins seiner Bürger.

Dr. Harri Reinert,
Arbeitskreis Justiz im Demokratischen Klub Berlin

Städtepartnerschaften

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Beitrag „Hallo Partner, danke schön" in der Ausgabe vom 22. Januar befaßt sich mit der angestrebten kommunalen Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt.

In diesem Zusammenhang verweisen Sie auf eine Definition des Begriffs der kommunalen Partnerschaften durch den deutschen Städtetag. Hiernach sind sie als „Freundschaftsverhältnisse zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen verschiedener Nationalität" anzusehen.

Diese Begriffsbestimmung engt den Begriff der kommunalen Partnerschaften, wie ich meine, unzulässig ein. Auch zwischen kommunalen Körperschaften innerhalb der Bundesrepublik einschließlich Berlins bestehen Partnerschaften. Von Berlin-Schöneberg aus beispielsweise mit Ahlen, Braunschweig, dem Landkreis Kreuznach, der Stadt Penzberg und Wuppertal. Auch eine ganze Reihe weiterer Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften innerhalb der Bundesrepublik könnte noch aufgeführt werden.

Insoweit ist Ihre Befürchtung, die Aufnahme der Partnerschaft allein impliziere eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, unbegründet. Diese Deutung ist aus den von mir genannten Gründen nicht verbindlich.

Städtepartnerschaften zwischen west-, mittel- und ostdeutschen Städten sind im Grunde genommen sehr zu befürworten. Sie könnten auch Grundlagen dafür schaffen, daß sich die Menschen im geteilten Deutschland einander näher kommen. Und wenn es im Zuge einer solchen Partnerschaft gar gelingen sollte, eine Bresche in das bisherige Aus- und Einreiseverfahren der DDR-Behörden zu schlagen, so wäre dies ein großer Erfolg, der nicht mit Überlegungen belastet werden sollte, wie viele Eisenhüttenstädter von Saarlouis aus wieder in die DDR zurückkehrten. Im Gegenteil, solche Partnerschaften müssen behutsam angegangen werden, sie nützen überhaupt nichts, wenn sie nur dazu beitrügen, einigen DDR-Bewohnern den Wohnsitzwechsel zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Kraffto von Metnitz,
Bezirksverordnetenvorsteher von Berlin-Schöneberg

Neue Ideen gefragt

Rund 15 Jahre hat der Paragraph 116, Arbeitsförderungsgesetz, einigermaßen funktioniert, bis Funktionäre einer Gewerkschaft, begleitet von polemischer Sprache längst überholter Inhalte, ein neues Machtmittel praktizierten: Durch Bestreiken weniger Unternehmen wichtiger Zulieferer einen ganzen Industriebereich lahmzulegen. Das konnte nicht gutgehen!

Nun sind Ideen gefragt, um das gestörte Verhältnis der Sozialpartner in Ordnung zu bringen: Gewerkschaften und Unernehmer könnten vereinbaren, das die relativ wenigen Engpaßbetriebe, deren Ausfall ganze Industriebereiche in kurzer Zeit zum Erliegen bringt, weder bestreikt noch ausgesperrt werden dürfen. Dann brauchte nichts geändert zu werden.

Es ist anzunehmen, daß industrieerfahrene Betriebsräte wissen, daß nur so die Folgeschäden eines Streiks, besonders für die Arbeitnehmer der nichtbeteiligten Gesamtwirtschaft, in Grenzen bleiben.

Hubert Grüger,
Nordhorn

Wort des Tages

„Jeder Mensch, der auf die Welt kommt, muß immer wieder von vorn anfangen mit den moralischen und geistigen Anstrengungen, die seine Eltern und Vorfahren schon geleistet hatten."

Albert Schweitzer, elsässischer Theologe, Arzt und Musiker (1875–1965)

Rechtsprechung

Auf meinen Artikel „Das manipulierte Recht" (WELT vom 7. Januar) erwidert Herr Jürgen Meng in einem Leserbrief (WELT vom 14. Januar), ich verschweige, „daß der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Summe von Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne keine Erfindung des Bundesverfassungsgerichts" sei, „sondern sich jedenfalls schon aus dem preußischen Polizeirecht" bzw. „aus naturrechtlichen Vorstellungen" herleiten lasse.

Hierzu ist klarzustellen, daß die behauptete verworrene „Summe" sich auch historisch nicht begründen läßt. Weder *aus dem ehemaligen preußischen* Polizeirecht noch aus historischen „naturrechtlichen Vorstellungen" können im Grundgesetz nicht enthaltene verfassungsrechtliche „Grundsätze" hergeleitet werden, von denen das Bundesverfassungsgericht sogar behauptet: „Diese in der Rechtsprechung (sc.: des Bundesverfassungsgerichts) entwickelten Grundsätze müssen entsprechend beachtet werden, wenn es sich um die gerichtliche Entscheidung über kollidierende Interessen nach Vorschriften des Privatrechts handelt."

Die damit behauptete Befreiung der Richter von der Gebundenheit auch an die Gesetze des Bürgerlichen Rechts lag außerhalb der von mir vornehmlich behandelten Konsequenzen für die Strafjustiz.

Nach Dr. Güssregen (Die WELT vom 20. Januar) soll die Manipulation des Rechts, die er nicht bestreitet, nicht vom Bundesverfassungsgericht, sondern von anderen Gerichten geübt werden. Die vom Bundesverfassungsgericht frei „entwickelten" „übergreifenden Leitregeln allen staatlichen Handelns" beweisen jedoch das Gegenteil.

Mit wohlklingenden moralischen Forderungen an die Richter wie „fair", „fleißig" und „gerecht" läßt sich das nicht ausräumen, auch nicht mit „effektiver Rechtsschutz". Nach Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes ist „die Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden". Die danach bestehende unverbrüchliche Gebundenheit wird ins Gegenteil verkehrt durch die Behauptung, mit dieser Verfassungsbestimmung seien nur „der richterlichen Rechtsfortbildung" und „richterlichen Unabhängigkeit" „Grenzen" gezogen.

Die richterliche Unabhängigkeit besteht nicht gegenüber Gesetz und Recht, sondern nur gegenüber politischen Weisungen. Ein Richter kann nur entweder an Gesetz und Recht gebunden sein oder nicht. Eine „nicht unbegrenzte" Verneinung der Gebundenheit gibt es nicht.

Der Angriff von Dr. Emmerling (Die WELT vom 22. Januar) geht an meinen Ausführungen und an seinen eigenen vorbei; im übrigen: weiß Herr Emmerling wirklich nicht, daß heute in Strafsachen häufig die Durchführung des Verfahrens zwischen Staatsanwalt und Verteidiger „ausgehandelt" wird?

Professor Dr. jur. Ernst Wolf,
Marburg/Lahn

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Personalien

GEBURTSTAGE

Am 29. Januar vollendet der Bocholter Verleger **Rolf Terheyden**, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, sein 60. Lebensjahr. Terheyden steht seit November 1984 an der Spitze des Zeitungsverlegerverbandes. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, Bonn und Göttingen wurde er 1957 als Anwalt zugelassen; gleichzeitig übernahm er die Verlagsleitung des „Bocholter Borkener Volksblattes". Bei der „Standortpresse", einer Organisation, die die verlegerischen, technischen und wirtschaftlichen Interessen kleiner und mittlerer Zeitungsverlage vertritt, war er seit 1964 an exponierter Stelle tätig, 1972/73 als Aufsichtsratsvorsitzender. Als Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, zu dem er 1976 gewählt wurde, nahm Terheyden vor allem die sozialpolitischen und rechtlichen Angelegenheiten der Presse wahr. Auch auf Landesebene – er gehört dem Vorstand des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger, Düsseldorf, seit 1974 an – hat er die Sozialpolitik entscheidend geprägt. Als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger setzte er – vor dem Hintergrund der ständigen Abnahme von Leseinteresse und Lektürezeit der Bevölkerung – einen weiteren Schwerpunkt: die Bedeutung des gedruckten Wortes für unsere Gesellschaft zu erhalten und das Lesen unter allen Bevölkerungsschichten zu fördern. Rolf Terheyden, Ritter im Ritterorden vom Heiligen Grab von Jerusalem, wurde 1980 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Professor Dr. med. **Heinrich Bredt**, ehemaliger Direktor des Pathologischen Institutes der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, vollendet am 29. Januar 1986 sein 80. Lebensjahr. Heinrich Bredt gehört zu den großen Repräsentanten der deutschen Pathologie, welche ihre wissenschaftliche und praktische Tätigkeit stets auf den kranken Menschen ausgerichtet haben. Bredt stammt aus einem Pfarrhaus in Siebenbürgen und war von 1949–1959 Direktor des Pathologischen Institutes der Universität Leipzig, danach bis 1974 in gleicher Eigenschaft in Mainz. Für seine wissenschaftlichen Arbeiten über die kindlichen Herzfehler, die Arteriosklerose und Probleme der Alterung und der Alterskrankheiten hat Bredt zahlreiche akademische Ehrungen erfahren: Vizepräsident der Leopoldina, Präsident der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz, Träger der Gutenberg-Plakette der Stadt Mainz, Nationalpreis der Wissenschaften der „DDR". 1979 erhielt Bredt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1982 den siebenbürgisch-sächsischen Kulturpreis. Anläßlich seines 80. Geburtstages findet in Mainz ein Symposium über „Wandlungen der Pathologie in den letzten 50 Jahren" statt.

VERÄNDERUNG

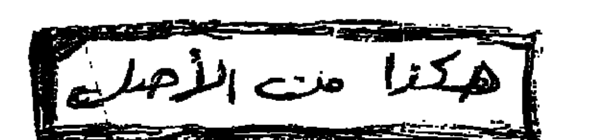
Regierungsdirektor **Peter Walter** (42), Leiter der Präsidialabteilung der Hamburger Wirtschaftsbehörde, wird Mitte Februar neuer Landesgeschäftsführer der Hamburger SPD. Walter war sechs Jahre lang persönlicher Referent des damaligen Bundeskanzlers **Helmut Schmidt**. Er übernimmt im Hamburger Kurt-Schumacher-Haus das Amt von **Werner Noll** (55). Noll geht für die staatliche Hamburg Port Consulting GmbH in sein Heimatland – nach China, um die Interessen der Hansestadt in Hamburgs künftiger Partnerstadt Shanghai wahrzunehmen. Noll ist in Shanghai geboren und spricht perfekt chinesisch. Sein Vater, **Kurt Noll**, war Leibarzt des damaligen chinesischen Staatschefs **Tschiang-Kai-schek**.

WAHL

In seinem Amt als Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) für weitere drei Jahre bestätigt wurde der Vorsitzende des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) Bayern, **Karl Eugen Becker**, durch ein einstimmiges Votum der VDI-Vorstandsversammlung. Der Diplomingenieur steht der mit 90 000 Mitgliedern größten Ingenieur-Vereinigung Westeuropas seit 1983 vor und ist ebenso lange Chef des bayerischen TÜV.

EHRUNG

Der in Ost-Berlin lebende Schriftsteller **Volker Braun** erhält am 27. Januar den Bremer Literaturpreis, der mit 15 000 DM dotiert ist. Der Förderpreis (7500 DM) geht an die Österreicherin **Eva Schmidt**. Die Preisverleihung erfolgt traditionell im Zusammenhang mit dem Geburtstag von **Rudolf Alexander Schröder**, nach dem der Literaturpreis benannt ist. Volker Braun erhält den Preis für seinen Roman „Hinze-Kunze", der im Frankfurter Suhrkamp-Verlag erschienen ist. Braun siedelt sein Buch im „realen Sozialismus" der „DDR" von heute an.



Übersichtlicher und einfacher

KHS. – Vor gut einem Jahr kam die neue Hausratversicherung (VHB '84) auf den *Markt*. Heute bieten die meisten namhaften Versicherer das als „verbraucherfreundlich" etikettierte Produkt dem interessierten Kunden an. Die durchschnittliche Versicherungssumme liegt nunmehr bei 80 000 Mark, bei der „alten" (VHB '74) Hausratversicherung waren es kaum 56 000 Mark.

Die neue Hausratversicherung trage, so heißt es beim Verband der Sachversicherer, den veränderten Verhältnissen und Kundenbedürfnissen sowie der neueren Rechtsprechung Rechnung. Behauptungen, die Neugestaltung in Form der VHB '84 sei mehr oder weniger überflüssig gewesen, werden entschieden zurückgewiesen.

Immerhin, es fällt an der neuen Hausratversicherung wohltuend auf, daß sie gegenüber der „alten" (VHB '74) um einiges übersichtlicher und einfacher ausgefallen ist. Die mit der Neugestaltung verwirklichte Entscheidung, bei *Hausrat zu entschlacken*, war überreif und lange zuvor gefordert worden.

Folgerichtig wurden bisherige Kostentreibsätze wie Fahrraddiebstahlschäden, die man in „fetten Jahren" leichtfertig übernommen hatte, wieder entfernt und einer entsprechenden Zusatzversicherung zugeordnet. Auch Glasbruch ist nicht mehr automatisch mitversichert, was ebenfalls konsequent erscheint.

Kritik wird zuweilen wegen der nicht mehr ganz so umfangreichen Grunddeckung geäußert, wie auch im Blick auf die Einteilung nach Tarifzonengebieten: Zwar habe es bereits in den vergangenen Jahren differenzierte Tarife in Großstädten gegeben, nunmehr aber falle das Stadt-Land und Nord-Süd-Gefälle besonders ins Gewicht. Es gibt gute Gründe, die vorgesehene Einteilung nicht gerade für optimal zu halten. Immerhin wollen die Versicherer zunächst Erfahrungswerte sammeln und sich für spätere Korrekturen offen halten.

HAUSRAT- UND GEBÄUDEVERSICHERUNGEN / Neue Geschäftsbedingungen sollen verständlicher sein

So kann man Abgrenzungsstreit vermeiden

Unbeschadet aller Bekundungen, es gebe mehr Transparenz am deutschen Versicherungsmarkt, begegnet man immer wieder Versicherungsnehmern, denen offenbar der Durchblick fehlt. Ein Beispiel hierfür liefert die Hausratversicherung, die die mit Abstand größte Versicherungsdichte aufzuweisen hat.

Offensichtlich gelingt es hierbei nicht jedem Versicherungsnehmer, sein wohlverstandenes Eigeninteresse zu wahren. Denn viele schieben die längst fällige Wahlentscheidung zwischen dem „alten" Bedingungswerk (VHB '74) und dem „neuen" Bedingungswerk zur Hausratversicherung (VHB '84) vor sich her.

Auch aus Gründen ungenügender Transparenz streiten Versicherungsgesellschaften und Versicherungsnehmer über die Abgrenzung von Hausrat- und Gebäudeversicherung. Informationslücken, die so leicht entstehen, sollten im Interesse aller Partner abgebaut beziehungsweise geschlossen werden.

Gelegentlich kursiert die eher einseitige Behauptung, die neue Hausratversicherung diene ausnahmslos dem Zweck, das durch mancherlei *„Eigentore" der Versicherer (so zum* Beispiel bei den Fahrraddiebstählen) begünstigte weitere Abrutschen in die „Roten Zahlen" zu verhindern.

Daß auch der Verbraucher von der Novellierung profitiert, ist weniger bekannt. Dabei bieten die Versicherer ihren Kunden handfeste Vorteile, unter anderem

- die neu geregelte Prämienanpassung, die dem Versicherungsnehmer bei günstigem Schadenverlauf eine entsprechende Beitragsermäßigung garantiert,
- den zehnprozentigen Dauernachlaß im Falle einer zehnjährigen Vertragsdauer,
- den nunmehr geltenden Unterversicherungsverzicht seitens der Versicherer,
- die weitergehende Möglichkeit einer individuellen Vertragsgestaltung nach dem Baukastenprinzip.

So gibt es heute bei Hausrat zwei nebeneinander geltende verschiedenartige Bedingungswerke, was bei fehlender beziehungsweise ungenügender Beratung, eher zur Verwirrung des Verbrauchers, denn zu größerer Markttransparenz führen kann. Allerdings werden bei Neuabschlüssen zumeist die neuen „Allgemeinen Hausratversicherungsbedingungen" (VHB '84) zugrunde gelegt.

Versicherungsnehmer, die „umsteigen" *wollen, sollten unter* Berücksichtigung ihrer persönlichen Interessenslage möglichst vorher genau beide Bedingungswerke miteinander vergleichen und überprüfen. Immerhin beurteilt die „Stiftung Warentest" die neue Hausratversicherung besser als die alte.

Daß es laut Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) grundsätzlich nur der verbundenen Wohngebäudeversicherung (VGB) – sie schützt gegen Schäden durch Feuer, Leitungswasser und Sturm – vorbehalten bleibt, Wohngebäude zu versichern, lenkt das Interesse auf die Ausnahmen. In bestimmten Bundesländern gibt es öffentlich-rechtliche Unternehmen als Pflicht- beziehungsweise Monopolversicherer.

Infolgedessen kann die Feuerversicherung in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (Bezirke Kreuzberg, Tiergarten, Wedding), Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz im Rahmen der Verbundenen Wohngebäudeversicherung nicht abgeschlossen werden. Nicht eingeschlossen werden kann die Sturmversicherung in Baden-Württemberg und Hamburg.

Daneben gibt es zuweilen bei der Abgrenzung von Wohngebäude- und Hausratversicherung Streit. Gestritten wird über bestimmte, zumeist aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch resultierende Probleme.

Auf den ersten Blick fällt jedoch die Abgrenzung kaum schwer: Schäden am Gebäude werden durch die Gebäudeversicherung, Schäden am Inhalt durch die Hausratversicherung gedeckt. Alles, was mit dem Gebäude fest verbunden ist, gehört grundsätzlich in die Gebäudeversicherung, was beim Umzug mitgenommen werden kann, ist Gegenstand der Hausratversicherung.

Will man Rechtsstreitigkeiten vermeiden, sollte auf folgendes geachtet werden:

- Unter die Hausratversicherung fallen vom Vermieter eingebrachte Einbaumöbel und Teppichböden sowie vom Gebäude-Eigentümer auf bewohnbaren Fußböden lose verlegte oder leicht verklebte Teppichböden.
- Unter die Gebäude-Versicherung fallen vom Gebäude-Eigentümer eingefügte Einbaumöbel sowie vom Gebäude-Eigentümer eingefügte und mit dem Fußboden fest verklebte oder vom Gebäude-Eigentümer auf unbewohnbaren Fußböden verlegte Teppichböden.

Dies ändert jedoch nichts an der Rechtslage aus dem jeweiligen Versicherungsvertrag. Jeder Versicherungsnehmer sollte daher schon vor Vertragsabschluß auf einem klaren Vertragstext bestehen. Und selbstverständlich hat man als Versicherungsnehmer jeden nachträglichen Wertzuwachs, etwa durch spätere Einbauten, dem Versicherer zu melden.

KARL-HEINZ STEFAN

SCHEIDUNG / Ein Ehepartner verliert am Trennungstag seinen Versicherungsschutz

Getrennte Policen sind meist teurer

Eine zeitweise Trennung oder gar eine Scheidung von Ehepartnern bringt viele Probleme in Versicherungsfragen. Manche Policen können weiterbestehen bleiben, andere nicht. In jedem Fall muß der Versicherer über die Scheidung rechtzeitig informiert werden. Hinweise zur Kranken- und Lebensversicherung veröffentlichte die WELT in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember 1985 (WELT-Report Versicherungen); heute geht es um Hausrat, Haftpflicht und Unfallversicherungen.

Versichert ist stets der gesamte Hausrat des Haushalts, für den der Vertrag abgeschlossen worden ist, unabhängig davon, welcher der Ehepartner etwas in die Ehe einbrachte. Zieht nach der Scheidung einer aus, sollte dies umgehend dem Versicherer mitgeteilt werden, denn für die neue Wohnung muß ein neuer Vertrag abgeschlossen werden.

Nimmt ein Partner nur vorübergehend Hausrat aus der gemeinsamen Wohnung in seine neue Bleibe mit, bleibt dieser drei Monate lang im alten Vertrag mitversichert.

Für den im Haftpflicht- und Rechtsschutzvertrag angegebenen Versicherungsnehmer – in der Regel ist dies der Haushaltungsvorstand – ändert sich durch die Scheidung nichts. Sein Ehepartner ist mit dem Tag der Scheidung aber nicht mehr geschützt und sollte sich umgehend selbst versichern. Bleiben Kinder im Haushalt des Versicherungsnehmers, so sind Schäden, die von ihnen verursacht werden, auch weiterhin abgedeckt. Wichtig ist, daß eine bloße Trennung der Ehegatten ohne Scheidung, zum Beispiel ein Auszug aus der gemeinsamen Wohnung, am Versicherungsverhältnis nichts ändert.

Bestand während der Ehe eine Familien-Unfallversicherung, so kann sie auch nach der Scheidung weitergeführt werden. Vorteil: Sie ist erheblich günstiger als mehrere einzelne Unfall-Policen. Die geschiedenen Ehepartner sollten sich darüber einigen, wer die Beiträge weiterzahlt. Will jeder der Ex-Gatten eine eigene Unfallversicherung abschließen, so gewähren manche Unternehmen einen Rabatt. Deshalb: Rechtzeitig über die Fortführung des Unfallschutzes sprechen.

(AV)

„Medi-Card" am Markt erfolgreich

WR, Köln

Der 1984 von der Deutsche Krankenversicherung AG, Köln, Marktführer in der privaten Krankenversicherung, eingeführte Krankenhaus-Ausweis „Medi-Card" hat sich durchgesetzt. Inzwischen sind über 1,3 Millionen privat krankenversicherte DKV-Kunden mit diesem Ausweis im Scheckkarten-Format ausgestattet. Für sie wurde damit das Aufnahme- und Abrechnungsverfahren bei einer stationären Behandlung im Krankenhaus erleichtert; auch entfallen Vorauszahlungen, Zwischenrechnungen oder die Ausstellung einer Kostenübernahme-Erklärung. Bis jetzt haben 85 Prozent der rund 1800 in Frage kommenden Krankenhäuser die „Medi-Card" als Abrechnungsverfahren anerkannt.

NACHRICHTEN

Letzter Befreiungstermin

Köln (WR) – Nur noch bis zum 31. Januar können sich privat kranken*versicherte Angestellte, die zum Jah*resbeginn aufgrund der Anhebung der Jahresarbeitsverdienstgrenze von monatlich 4200 Mark krankenversicherungspflichtig geworden sind, von der Versicherungspflicht befreien lassen. Bis zu diesem Tag müssen Anträge bei der zuständigen Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse vorliegen. Nicht zuständig sind Ersatzkassen. Dem Antrag muß der Nachweis einer privaten Krankheitskosten- und einer Krankentagegeldversicherung beigefügt sein.

Mietwagen im Urlaub

Bonn (AU) – Einen Mietwagen für den ganzen Urlaub steht Pkw-Besitzern zu, deren eigenes Auto zum Urlaubsbeginn durch einen unverschuldeten Unfall einen Totalschaden erleidet. Der Geschädigte muß seinen Urlaub nicht vorzeitig abbrechen, um sich einen Ersatzwagen zu kaufen (Urteil BGH vom 2. Juli 1985, Az.: VI ZR 86/84).

Putsch-Versicherung

Bangkok (dpa) – In Thailand wollen zwei Versicherungsgesellschaften eine spezielle „Putsch-Versicherung" in ihr Programm aufnehmen. Sie soll alle bei Staatsstreichen, Revolutionen und zivilen Aufständen entstehende Risiken abdecken. Seit 1932 hat es in Thailand 17 Staatsstreiche oder Putschversuche gegeben.

Mehr Auszubildende

München (AV) – Mit rund 11 500 angehenden Versicherungskaufleuten gab es 1984 etwa 60 Prozent mehr Auszubildende als 1976. Auch die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt hat sich deutlich erhöht. Mit derzeit rund 200 000 Assekuranz-Mitarbeitern stieg sie seit 1960 um über 70 Prozent. In der Gesamtwirtschaft gab es dagegen im gleichen Zeitraum nur acht Prozent Beschäftigte mehr.

Haftpflicht im Skiurlaub

Bonn (WR) – Immer häufiger nehmen nach Karambolagen auf der Piste schuldlos geschädigte Fahrer und ihre Kranken-Versicherung den Verursacher in Anspruch. Hat er keine Privathaftpflicht-Versicherung, muß er die Schadenszahlung selber abwehren oder zahlen.

Krankenhaus ist Kostenfaktor Nr. 1

Leistungen der privaten Krankenversicherungen (PKV) nach Leistungsarten 1984

Sonstige Leistungen 40
Krankenhaus- u. Krankentagegeld 1422
Heil- u. Hilfsmittel 365
Arzneien u. Verbandsmittel 728
Zahnbehandlung u. -ersatz 1081
Arztkosten ambulant 1661
Krankenhaus 3584
in Mio DM

CONDOR

Für ihre 9,5 Millionen Kunden haben die privaten Krankenversicherer 1984 Leistungen in Höhe von fast zehn Milliarden Mark erbracht. Darin enthalten sind über eine Milliarde Mark an Beitragsrückerstattung für die Versicherten. Größter Kostenfaktor ist weiterhin der Krankenhausbereich. Weit mehr als ein Drittel aller Leistungen entfällt auf ihn. GRAFIK: CONDOR

Hagelschäden versichert

Köln (WR) – Die Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, bietet die Möglichkeit, in der Wohngebäudeversicherung zusätzlich zum Sturmrisiko Schäden durch Hagel mitzuversichern, auch wenn sie nicht unmittelbare Folge eines Sturms sind. Der Einschluß des Hagelrisikos ist sowohl beim Neuabschluß als auch bei bestehenden Wohngebäudeversicherungen möglich.

Conti-Staffelpolice

Dortmund (Py.) – Die Continentale Lebensversicherung aG, Dortmund, bietet jungen Leuten, die noch in der Ausbildung stehen oder Berufsanfänger sind, eine vermögensbildende Lebensversicherung an, die über einen längeren Zeitraum *läuft und die* doch, beginnend nach zwölf Jahren, mehrfache Teilauszahlungen bringt. Es kann eine Versicherungsdauer von 15, 20, 25 oder 30 Jahren vereinbart werden. Entsprechend gibt es zwei, drei, vier oder fünf Teilauszahlungen. Für junge Familien ist wichtig, daß der vereinbarte Risikoschutz, also die Todesfallsumme, trotz der Teilauszahlungen in unveränderter Höhe bestehen bleibt.

Am 22. Januar 1986 verstarb unser sehr bewährter Prokurist, Herr

Dietrich Köser

im Alter von 56 Jahren.

Seit 1950 bei uns tätig, hat Herr Köser die Arbeit in unserem Hause als seine Lebensaufgabe gesehen. Einsatzfreudig, strebsam und verantwortungsbewußt war er auf den verschiedensten Arbeitsgebieten erfolgreich. Die gute Organisation des Gesamtbetriebes lag ihm ebenso am Herzen wie die gründliche Ausbildung des Nachwuchses. Geschickter Umgang mit Menschen war eine seiner Stärken und brachte ihm Zuneigung und Anerkennung. Schwierige Situationen verstand er mit dem erforderlichen Nachdruck zu meistern und zeigte sich dabei unermüdlich.

Liebevolle Fürsorge für seine Familie und Pflichtbewußtsein in seinen beruflichen Aufgaben zeichneten ihn besonders aus.

Wir werden diesem wertvollen Menschen und leitenden Mitarbeiter immer ein dankbares und herzliches Gedenken bewahren.

Nordmann, Rassmann GmbH & Co.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Hamburg, den 24. Januar 1986



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, *Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik*: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen, Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Peres setzt auf die Hilfe Husseins

● Fortsetzung von Seite 1

und ohne Vorbehalte an den Verhandlungstisch setzen muß". Eine Einmischung in Detailfragen wie zum Beispiel die Zukunft des Landstreifens Taba im Sinai wäre jedoch unklug und würde „in beiden Ländern aus innenpolitischen Gründen abgelehnt werden".

Bei den diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Nahost-Konflikts spielten die USA eine Vermittlerrolle. „Das läuft weiter". Es habe Zugeständnisse von seiten Israels gegeben. Man könnte in einer „ersten Phase der Eröffnung von direkten Gesprächen unter dem Dach einer internationalen Organisation oder Konferenz zustimmen. Das betrifft aber nur die Eröffnung und den äußeren Rahmen, um das Zustandekommen von Direktgesprächen zu erleichtern. Einige Zeichen deuten darauf hin, daß man sich in dieser Frage näherkommt".

Die Neinsager zu einem Frieden in Nahost hätten im übrigen viel mit dem Terrorismus zu tun. „Und nicht nur Libyen, auch Syrien ist hier stark involviert. Darüber besteht kein Zweifel. Abu Nidal hat auch ein offizielles Büro in Damaskus."

Ben Ari weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß seine jüngsten Äußerungen in Zeitungsinterviews in keiner Weise die derzeitigen deutsch-amerikanischen Verhandlungen und Gespräche über den Kampf gegen den Terrorismus betroffen hätten. „Ich habe ausdrücklich betont, daß ich mich nicht auf die Stellungnahme der deutschen Regierung beziehe. Es ging mir nur um die Einstellung und Überlegungen Israels und Europas zum Terrorproblem im allgemeinen." Der Terrorismus sei ein Übel für alle. Die israelischen Überlegungen „zielen auf eine wirksame, präventive Bekämpfung schon im Vorfeld terroristischer Aktionen, nicht erst, wenn es passiert ist." Es gehe nicht nur darum, „zu beschützen, sondern auch zu verhindern."

Er hielte es für „sehr gut", die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel in der Dritten Welt enger zu gestalten, sagte Ben Ari weiter. „Deutsche Technologie und israelische Erfahrung könnten zusammen überaus wirksam den Hunger in unterentwickelten Ländern bekämpfen."

„Republik ist von Flick nicht gekauft worden"

Langner erläutert Ergebnisse des Abschlußberichts

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Die von Teilen der veröffentlichten Meinung erhobenen massiven Vorwürfe, zum Beispiel der Vorwurf einer ‚gekauften Republik', haben sich nicht bestätigt." Mit diesem Satz hat der Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags, der Bundestagsabgeordnete Manfred Langner (CDU), eine Vorab-Inhaltsangabe des Abschlußberichtes dieses Ausschusses gegeben. Dieser sei nach seinen Worten 1500 Seiten stark und enthalte im „bewertenden Teil" ein Mehrheits- und ein Minderheits-Votum.

Im großen und ganzen seien die Verwaltungsverfahren, die im Flick-Ausschuß zur Sprache kamen, „ordnungsgemäß durchgeführt worden", sagte Langner am Sonntag in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven". Zu beanstanden sei, daß der FLick-Konzern „den Ministern die Bude eingerannt hat, daß aus der Verwaltung Informationen beschafft wurden, auf die man nicht unbedingt einen Anspruch hatte". Ferner sei zu beanstanden, daß mit bezahlten Lobbyisten, zum Beispiel mit dem Journalisten Günter Markscheffel, Informationen aus der sozialdemokratischen Partei und Fraktion vom Flick-Konzern beschafft wurden.

„Gewisse Veränderungen"

Zum Spenden-Verhalten von Flick „falle schon auf", sagte Langner, daß in dem Zeitraum von 1974 bis 1981, über den man im Ausschuß Zeugen anhörte, weil in ihm die inkriminierten Steuer-Anträge des Konzerns liegen, „gewisse Veränderungen" vorhanden seien. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung zum Beispiel habe eine beachtliche Summe bekommen, nachdem sie bei Spendenausgaben für gemeinnützige und politische Zwecke von Flick vorher nicht berücksichtigt worden sei. Wörtlich sagte Langner dazu: „Es hat sich nicht mehr aufklären lassen, ob der legendäre Spendensammler Alfred Nau (Schatzmeister der SPD, d.Red.) in Aussicht gestellt hat, daß er etwa Widerstände in der SPD-Fraktion neutralisieren würde, wenn man ihn gut bedenkt. Aber davon abgesehen muß man sagen, diese Spenden haben die Verwaltungsverfahren nicht beeinflußt."

Nachdem die Einsetzung des Flick-Untersuchungsausschusses am 19. Mai 1983 vom Bundestag beschlossen worden war, hatte er sich am 9. Juni 1983 konstituiert. In den vergangenen zehn Monaten, seit Ende der Beweisaufnahme, ist an dem Abschluß-Bericht gearbeitet worden, sagte Langner. Im Sachverhalt gebe es große Übereinstimmung zwischen der heutigen Koalition und der heutigen Opposition. Im bewertenden Teil werde es ein Mehrheits- und ein Minderheits-Votum geben, wobei das der Minderheit „zum Sachverhalt nicht sehr umfänglich" zu nennen sei.

Die Aufgabe des Ausschusses ist es nach Langner, dem Parlament mit dem Abschlußbericht auch Ratschläge und aus den Schlußfolgerungen gewonnene Erkenntnisse zu übermitteln.

Änderungen am 6b?

Er gehe allerdings davon aus, daß schon die umfangreiche und mit großem Medien-Echo begleitete Arbeit des Ausschusses in diesen Jahren seiner Tätigkeit „bewußtseinsbildend und stilschärfend" gewirkt habe. Man werde dem Parlament vorschlagen, die Steuervorschrift des Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes, den der Flick-Konzern bei seinen beanstandeten Transaktionen in Anspruch nehmen wollte, zu ändern. Langner sprach in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß nach Veröffentlichung des Abschlußberichtes nicht „starke Worte und große Parolen" die Schlagzeilen bestimmen würden, sondern daß man „ohne ‚gekaufte Republik'- und ohne ‚alles nur Engel' aus den gemachten Fehlern lerne" und sich „Stillosigkeiten" nicht wiederholten, die man im Ausschuß angeprangert habe.

Vor einem Jahr hatte Langner gesagt, der Ausschuß müsse auf jeden Fall so schnell fertig werden, daß die Abgeordneten noch in dieser Wahlperiode mit seinem Ergebnis „etwas anfangen" könnten. Wegen der bevorstehenden Bundestagswahl 1987 müsse der Abschlußbericht diskutiert werden, ehe er „Wahlkampf-Munition" werde. Die Beweisaufnahme im Ausschuß war dann bereits am 28. März 1985 abgeschlossen worden. Ihm lagen rund 100 000 Seiten Ermittlungsakten und über 10 000 Seiten Vernehmungsprotokolle vor. Letzter großer Streitpunkt war die Freigabe von 58 vom Landgericht Bonn nicht für den Ausschuß freigegebene Akten, deren Einsicht SPD und Grüne erzwingen wollten.

Gewerkschaften in Argentinien fühlen sich nach Generalstreik im Aufwind

Sehr hohe Beteiligung am Ausstand / Protest gegen Alfonsins Stabilitätspolitik

WERNER THOMAS, Miami

Argentiniens Gewerkschaftsführer triumphierten. „Das war eine eindrucksvolle Volksabstimmung für eine Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik", sagte ihr Sprecher Aldo Serrano. „Wir sind ermutigt."

Der 24stündige Generalstreik der peronistischen „Allgemeinen Arbeiterzentrale" (CGT) am Freitag hatte das Land gelähmt. Nach Angaben der CGT beteiligten sich 974 Prozent der arbeitenden Bevölkerung an dem Ausstand. Das argentinsche Arbeitsministerium teilte mit, es werde seinerseits keine Angaben über die Streikbeteiligung veröffentlichen, was bisher üblich gewesen war. Im Landesinneren gab es vereinzelt Zwischenfälle. In Mendoza rund 1000 Kilometer westlich von Buenos Aires, wurden mehrere Pesonen festgenommen, die auf Verkehrsmittel geschossen hatten.

Fast alle Fabriken und die meisten Geschäfte blieben geschlossen. Der öffentliche Verkehr kam zum Erliegen, von wenigen Bussen und Taxen abgesehen. Die Zeitungen veröffentlichten dünne Notausgaben. Die sonst pulsierende Millionenmetropole Buenos Aires glich einer Geisterstadt. Die CGT wertete den Ausstand als „entschiedene Absage der Bevölkerung" an die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Dennoch wollten viele Beobachter die breite Streikbeteiligung nicht als Unterstützung der CGT-Forderungen werten. Die Gewerkschaften ermöglichten den Argentiniern ein verlängertes Wochenende in diesen heißen Tagen des südamerikanischen Sommers, wo Temperaturen bis zu 35 Grad gemessen wurden. Die öffentlichen Schwimmbäder und Strände hatten Hochbetrieb, obgleich die Lebensretter fehlten. Eine Meinungsumfrage ermittelte vor kurzem, daß 72 Prozent der Bevölkerung die Ansicht vertreten, die Probleme zwischen der Regierung und der Opposition durch Verhandlungen zu lösen.

Die Probleme konzentrieren sich auf das im Juni verkündete Austeritätsprogramm (Plan Austral), das strikte Lohn- und Preiskontrollen verordnet. Die Inflation sank zwar von 30 Prozent im Monat auf zwei Prozent. Die Reallöhne gingen jedoch um 18 Prozent zurück. Die Regierung des Präsidenten Alfonsin gewährte fünfprozentige Lohnerhöhungen, die von den Gewerkschaften aber als unzureichend kritisiert werden. Die CGT-Führung verlangt weiter ein Ende des Austeritätskurses und der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Regierung solle ein Schuldenmoratorium erklären. CGT-Generalsekretär Saul Ubaldini: „Besser ein Sieg mit dem Volk als eine Niederlage mit dem IWF."

Dies war der vierte Generalstreik seit der Rückkehr Argentiniens zu demokratischen Verhältnissen Ende 1983. Er ist wirkungsvoller verlaufen als die drei anderen Aktionen. Aus CGT-Kreisen verlautete, daß weitere Arbeitskämpfe folgen würden, wenn die Regierung keine Konzessionsbereitschaft zeige.

Die Regierung will den eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Arbeitsminister Hugo Barrionuevo betonte zwar, die Alfonsin-Administration respektiere das Streikrecht. Jedoch: „Der Arbeiter hat gerade einen Tageslohn verloren und die Nation einen Tag der Produktion."

Landesbischof rügt Abtreibungspraxis

DW. München

Bei einem ökumenischen Gottesdienst im Münchner Liebfrauendom hat der evangelische Landesbischof Johannes Hanselmann die Abtreibungspraxis in der Bundesrepublik scharf kritisiert. Sie sei eine Form der Tötung auf Verlangen. „Ungezählte Menschen" fühlten sich in ihrem Gewissen belastet, daß sie dies „durch ihre Krankenkassenbeiträge zwangsweise mitfinanzieren" müßten, erklärte er nach Angaben des Evangelischen Pressedienstes.

Vor allem kritisierte Hanselmann die Möglichkeit der Notlagenindikation für eine Abtreibung. Sie sei „ein Schandfleck im Zusammenleben der Menschen". Wer dulde, daß „scheinbare oder tatsächliche soziale Notstände auf dem Wege der Tötung beseitigt werden" mache sich zum eigenen sozialpolitischen Totengräber. Hanselmann glaubt, daß es „einen Bewußtseinswandel innerhalb unseres Volkes" in Bezug auf die derzeitige Fassung des Paragraphen 218 gebe.

Bangemann nennt „oberste Marge"

dpa, Hamburg

Bundesregierung und Arbeitgeber haben die jüngsten Tarifforderungen der Gewerkschaften entschieden zurückgewiesen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) sagte gestern im Deutschlandfunk, Forderungen von etwa sieben Prozent mehr, wie sie die IG Metall erhebe, nutzten niemanden, vor allem nicht den Arbeitslosen. Der Minister nannte als „alleroberste Marge" für die Lohnabschlüsse 4,0 bis 4,5 Prozent. Auf diesen nominellen Wert komme man, wenn man den Produktivitätsfortschritt in realen Zahlen mit vielleicht bis zu 2,5 Prozent annehme und außerdem mit einem Preisanstieg um zwei Prozent rechne. Zur Lohnforderung der IG Metall meinte Arbeitgeber-Präsident Otto Esser in einem dpa-Interview, damit würde nicht nur die Chance für einen langen Aufschwung, sondern auch das bisher Erreichte aufs Spiel gesetzt. Wenig sachgerecht sei auch die von der IG Metall und der ÖTV angestrebte „weitere Lohnnivellierung".

Morddrohung gegen Papst

AP, Madras

Bei dem katholischen Erzbischof der indischen Stadt Madras ist nach dessen Mitteilung ein Telegramm mit Morddrohungen gegen Papst Johannes Paul II. eingegangen. Erzbischof Rayappa Arulappa teilte mit, das Telegramm sei in Kalkutta ohne Absenderangabe aufgegeben worden. Es heiße darin: „Der Papst darf nicht kommen, sonst werden wir ihn erschießen."

Johannes Paul II. wird als Oberhaupt des Vatikan am 1. Februar zu einem zehntägigen Staatsbesuch in Indien erwartet. In Madras will er eine Messe zelebrieren, zu der nach Angaben aus Kirchenkreisen nahezu eine Million Menschen erwartet werden. In der Stadt tauchten an Mauern papstfeindliche Parolen wie „Papst, verschwinde", „Lieber Papst, hoffe nicht darauf, daß du Hindus bekehren kannst" und „Das Christentum – ein Trojanisches Pferd des westlichen Imperialismus" auf. Die Parolen stammen von einer radikalen Hindu-Organisation.

Die „Kreml" – Flugzeugträger mit Schwächen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der im Dezember vom Stapel gelaufene sowjetische Flugzeugträger „Kreml" ist mit 65 000 Tonnen das größte Kriegsschiff, das die Sowjetunion bisher gebaut hat. Auf der Bauwerft in Nikolajew am Schwarzen Meer wurde inzwischen ein zweiter Träger dieser Klasse auf Kiel gelegt.

Das neue Schiff reflektiert nach Ansicht westlicher Marinefachleute „gewisse Unsicherheiten" der Sowjets im Bau großer Flugzeugträger. Die „Kreml" ist ein Hybrid-Schiff, hat ein Winkelheck für konventionelle Starts mit Dampfkatapulten und eine von den Briten entlehnte „Ski-Schanze" für den unkonventionellen Kurzstart von Senkrechtstartern. Die Antriebsanlage ist, wie auf dem sowjetischen Schlachtkreuzer „Kirow", nuklear, mit zusätzlichem konventionellen Dampfantrieb für Höchstfahrt.

Die amerikanische Aufklärung hat festgestellt, daß die „Kreml" 304 Meter lang ist. Sie entspricht ungefähr dem amerikanischen Träger „Midway", der 1945 vom Stapel lief und 64 000 Tonnen verdrängt. Mit der atomgetriebenen US-„Nimitz" (93 400 Tonnen), ist sie nicht vergleichbar. Von der „Nimitz"-Klasse stehen noch zwei weitere Schiffe, „Dwight D. Eisenhower" und „Carl Vinson" in Dienst. Drei weitere „Nimitz"-Träger – ihre Kosten belaufen sich auf jeweils fünf Milliarden Mark – sind im Bau oder geplant.

Probleme bei Entwicklung

Im Westen ist man der Ansicht, daß die Sowjets noch kein geeignetes konventionelles Flugzeug für den Träger-Einsatz besitzen. Sie unternehmen Landeversuche und Katapulttests auf einem Versuchsflugplatz auf der Krim mit Flugzeugen, die für die Luftstreitkräfte entwickelt wurden.

Die US-Navy benutzt nur Maschinen, die speziell für die robusten Trägeroperationen entworfen sind. Erhebliche Schwierigkeiten sollen die Sowjets bei der Entwicklung von Dampfkatapulten gehabt haben, die für den konventionellen Start moderner Jets von einem Flugzeugträger unerläßlich sind. Die sowjetische Spionage bemühte sich darum zu ermitteln, wie die Katapulte auf amerikanischen Trägern beschaffen sind.

Mit Senkrechtstartern haben die Sowjets mehr Erfahrung sammeln können. Auf ihren kleinen U-Jagd-Trägern der „Kiew"-Klasse setzen sie den speziell entwickelten Senkrechtstarter „Forger" ein, den sie nach britischen Beobachtungen perfekt zu beherrschen gelernt haben.

„Ski-Schanzen" auf Flugzeugträgern, die einem unkonventionellen Flugzeug wie einem Senkrechtstarter den Start erleichtern, gelten bei Marinefachleuten als „Lösung des kleinen Mannes". Die Briten erfanden die sogenannte Ski-Schanze für ihren „Sea-Harrier", nachdem die Flottenpolitik der damals regierenden Labourpartei von konventionellen Trägern abrückte und die Schiffe der „Invincible"-Klasse als „Kreuzer mit durchlaufendem Deck" bezeichnete.

Schwächen analysiert

Die sowjetische Marine hat ihre Schwächen in mehreren veröffentlichten Aufsätzen analysiert und versucht sie, mit der „Kreml" zu überwinden, obwohl auch dieses Schiff auf Starthilfen für Senkrechtstarter noch nicht verzichtet. Das zeigt, daß die Sowjets glauben, nicht schnell genug konventionelle Träger-Flugzeuge bereitstellen zu können. Bis die sowjetischen Seestreitkräfte die „Kreml" mit neuentwickelten Trägerflugzeugen einsetzen können, dürften noch Jahre vergehen. Hinter dem uhrwerksmäßigen Ablauf amerikanischer Trägeroperationen stehen 60 Jahre Erfahrung. (SAD)

Attas neuer Präsident?

Der bisherige Ministerpräsident Südjemens kehrt nach Aden zurück

AP, Manama/Moskau

Das Zentralkomitee der Jemenitischen Sozialistischen Partei hat nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass den bisherigen Ministerpräsidenten Haidar Abu Bakr el Attas bereits am Freitag zum provisorischen Staatsoberhaupt bestimmt. Während Tass meldete, in Aden seien die Kämpfe eingestellt worden, berichteten Augenzeugen von Feuergefechten in den Außenbezirken. Außerdem stehe der bisherige Präsident Ali Nasser Mohammed mit rund 40 000 Mann östlich der Hauptstadt. Moskau gab zu verstehen, daß es auf Seiten der Rebellen steht.

Die Ernennung von Attas sei auch vom Obersten Volkskongreß bestätigt worden, der außerdem das neue Staatsoberhaupt zu seinem Vizepräsidenten gewählt habe, meldete Tass. Attas war vom Beginn der Wirren am 13. Januar während eines Indien-Aufenthalts überrascht worden und daraufhin nach Moskau geflogen, wo er mehrfach mit den ZK-Sekretären Jegor Ligatschow und Boris Ponomarjow zusammengetroffen war. Am Freitag kehrte er in Begleitung des Außenministers Abdul el Dali nach Südjemen zurück.

Nasser Mohammed wurde von Tass nicht erwähnt. Er war in einem Rebellensender als „Barbar und Verschwörer gegen die Partei" bezeichnet worden. In diplomatischen Kreisen in Bahrein verlautete jedoch, daß er weiterhin von den Nachbarstaaten als legitimes Staatsoberhaupt anerkannt werde.

Bereits am Freitag hatte der Vorsitzende des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR, Lew Tolkunow, in Paris angedeutet, daß Moskau zur Unterstützung der Rebellen bereit sei, wenn deren politische Linie konform mit dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Demokratischen Volksrepublik Jemen gehe.

Die sowjetische Nachrichtenagentur bezeichnete die Ereignisse in Südjemen als interne Angelegenheit des Landes und warnte die USA und andere Staaten vor einem Eingreifen.

Ein Sprecher des US-Außenministerium hatte mitgeteilt, daß Washington Informationen vorliegen, nach denen die Sowjetunion in Südjemen die Aufständischen unterstützt. In Dschibuti hätten Flüchtlinge ausgesagt, sowjetische Soldaten gäben den Rebellen Anleitung zum gezielten Feuern und entlüden Munition. Moskau hat nach westlichen Beobachtungen mehrere tausend Mann in Südjemen stationiert.

KGB setzt Felfe wieder ein

Ehemaliger BND-Agent für Aktion gegen SDI aktiviert

WERNER KAHL, Bonn

Der sowjetische Geheimdienst KGB setzt jetzt den ehemaligen Agenten im Bundesnachrichtendienst (BND), Heinz Felfe, – siebzehn Jahre nach der Begnadigung durch Bundespräsident Heinrich Lübke – für die Propagandaoffensive gegen das amerikanische Weltraumverteidigungsprogramm SDI ein.

Unter Bruch einer stillen Absprache zwischen Bonner und Ostberliner Stellen, die den Austausch des Spions am 14. Febraur 1969 nach Verbüßung von knapp der Hälfte seiner fünfzehnjährigen Freiheitsstrafe arrangiert hatten, erhielt der in Ost-Berlin lebende 67jährige Felfe die Genehmigung, seine frühere Agententätigkeit nunmehr publizistisch aufzubereiten.

Den Auftrag erteilte das KGB in Moskau. Bei der Prüfung des rund 400 Seiten zählenden Manuskriptes durch den Hamburger Verlag Rasch und Röhring, der die Rechte für die Herausgabe im Westen erworben hatte, stellte sich heraus, daß die Sowjets offenbar das Ziel verfolgen, führende Politiker in der Bundesrepublik Deutschland mit Kopien angeblicher Akten ins Zwielicht zu bringen.

Der Verlag habe nach Durchsicht des Manuskriptes entschieden, daß die Politiker-Passagen, die nichts mit der Agentenstory zu tun hätten, entfernt werden, andernfalls das Buch nicht erscheinen werde, sagte Wolf Brümmel, der dort für die Pressearbeit zuständig ist. Mit dieser Entscheidung habe sich Felfe in Ost-Berlin einverstanden erklärt.

Das Rätselraten in Bonn, warum die Sowjets die bisher zurückgehaltenen Erinnerungen ihres Ex-Agenten für das Frühjahr 1986 zur Veröffentlichung freigaben, löste Felfe selbst mit seiner Erklärung des Motivs in der Vorankündigung des Buches „Im Dienst des Gegners". Er bestätigte zugleich die KGB-Stoßrichtung gegen SDI.

Bei der Vergabe der Rechte machte Ost-Berlin nur zur Bedingung, daß die Erstveröffentlichung nicht in der „DDR" erfolgen dürfe. Staatssicherheitsdienst und KGB lassen bei den Erinnerungen des Mannes dem Westen den Vortritt.

Lesotho schiebt ANC-Mitglieder ab

dpa, Johannesburg

Südafrika hat die verschärften Sicherheitskontrollen an der Grenze zum Königreich Lesotho beendet. Außenminister Roelof Botha begründete in Kapstadt die Aufhebung der Sonderkontrollen 25 Tage nach ihrer Einführung mit Sicherheitszusagen der neuen Regierung, die durch einen Militärputsch am vergangenen Montag in Lesotho an die Macht gekommen war.

Die südafrikanische Regierung ist besonders besorgt über Aktivitäten von Freischärlern der südafrikanischen Untergrundbewegung Afrikanischer National-Kongreß (ANC), die in Lesotho Obdach gefunden hatten.

Kurz vor der Ankündigung von Außenminister Botha wurde in Lesothos Hauptstadt Maseru bestätigt, daß am Morgen 60 ANC-Mitglieder von Lesotho nach Südafrika abgeschoben wurden.

Ein Regierungssprecher in Maseru berichtete Diplomaten, Südafrika habe Lesotho eine Liste von Mitgliedern des verbotenen ANC überreicht, die auf jeden Fall das Land verlassen müßten.



WELT DER WIRTSCHAFT

Verdeckte Karten

J.Sch. (Paris) – Das überraschende schriftliche Angebot von Siemens, mit dem verstaatlichten Telefonmaterialhersteller CGCT nicht nur Marktanteile wechselseitig auszutauschen, sondern sich einseitig an seinem Kapital zu beteiligen, hat die Regierung in Paris keineswegs als Einmischung in ihr Nationalisierungswerk entrüstet zurückgewiesen, obwohl eine solche Reaktion so kurz vor den Wahlen nicht überrascht hätte.

Aber zunächst einmal ist die Siemens-Offerte für Paris wohl ein Trumpf, um die ins Stocken geratenen entsprechenden Verhandlungen mit der amerikanischen AT&T wieder in Gang zu bringen. Immerhin war die tief in den roten Zahlen steckende CGCT früher amerikanisch. Sie ist aus der ITT-France hervorgegangen. Andererseits hat sich Siemens kürzlich mit dem AT&T-Konkurrenten CTE im Telefonbereich liiert und damit seine Verhandlungsposition in Paris gestärkt. Allerdings ist dies nicht der einzige Fall, in dem ausländische, insbesondere deutsche Unternehmen, mit verstaatlichen französischen Kontakte aufgenommen haben, um rechtzeitig auf eine Reprivatisierung vorbereitet zu sein. Schließlich hat sich in den letzten vier Jahren an deutsch-französischer Industriekooperation nicht mehr viel getan.

Noch wird auf beiden Seiten mit verdeckten Karten gespielt. Aber die Dinge scheinen jetzt doch in Bewegung zu kommen, wobei die Sozialisten mit der Ankündigung eines Gesetzes zur „Durchlüftung des öffentlichen Sektors", das die Privatisierung der Töchter von Staatsholdings zulassen soll, kräftig mitmischen.

Männersache

Hdt. – Daß beim Einkauf von Lebensmitteln in deutschen Haushalten in erster Linie die Frauen das Sagen haben, ist eine Binsenwahrheit. Die volkswirtschaftliche Bedeutung *der einkaufenden Hausfrauen* sollte daher nicht unterschätzt werden. Aber es gibt in dieser weiblichen Domäne immerhin zwei nicht ganz unwesentliche männliche Einbrüche. Der eine dürfte allgemein bekannt sein, der Einkauf alkoholischer Getränke, bei dem der Einfluß der Männer zumeist entscheidend ist. Daß dies weitgehend auch für den Einkauf von Fleisch und Wurstwaren zutrifft, wird allerdings weniger bekannt sein. Zumindest haben hier die Männer ein gewichtiges Wort mitzureden, wie die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe feststellt. So tragen sie wohl auch nicht unwesentlich dazu bei, daß bereits in 38 Prozent aller Familien unseres Landes heutzutage durchschnittlich zwei bis drei verschiedene Wurstsorten und Schinken zum herzhaften Frühstück gehören. Das jedenfalls hat die CMA ermittelt.

WOHNEIGENTUM / Steuerliche Förderung in Zukunft auch für Grundstückskosten

Koalition will den Höchstbetrag auf 250 000 Mark herabsetzen

dpa, **Bonn**

Im Zuge der neuen steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums ab Januar 1987 dürfen künftig nicht mehr nur die Herstellungs- und Anschaffungskosten für Gebäude, sondern auch die Aufwendungen für Grundstücke geltend gemacht werden. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) aus maßgeblichen Koalitionskreisen erfuhr, haben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und führende Finanzpolitiker von Union und FDP zugleich vereinbart, den Förderhöchstbetrag von 200 000 auf 250 000 Mark für Gebäude- und Grundstückskosten zusammen zu erhöhen und nicht – wie bisher nur für Gebäude geplant – auf 300 000 Mark.

Wie es hieß, komme die Einbeziehung der Grundstückskosten vor allem den Häuslebauern und Käufern von Einfamilienhäusern zugute, die sich nur ein kleines Objekt leisten könnten. Diese Gruppe hätte nach dem ursprünglichen Modell *einen um* 100 000 Mark erhöhten Förderrahmen, der nur für die Gebäudekosten gilt, nicht ausschöpfen können und daneben die Grundstücksaufwendungen wie bisher in voller Höhe selbst tragen müssen. Bei einem 210 000 Mark teuren Haus und einem Bodenpreis von 40 000 Mark könnten diese Aufwendungen acht Jahre lang mit einem Abschreibungssatz von fünf Prozent voll bei der Steuer abgesetzt werden. Als durchschnittliche Baukosten unterstellt die Koalition 210 000 bis 225 000 Mark.

Die Vereinbarung soll am Dienstag von einer wohnungsbau- und finanzpolitischen Arbeitsgruppe unter Leitung des CDU-Abgeordneten Ludolf-Georg von Wartenberg bestätigt und im federführenden Finanzausschuß berücksichtigt werden, der seine Beratungen über den Gesetzentwurf zur Wohneigentumsförderung einen Tag später beginnt. Die Finanzpolitiker erwarten, daß der Bundestag das Gesetz, das unter anderem den Wegfall der Steuer auf die selbstgenutzte *Wohnung und ein Baukindergeld* für jedes Kind von jährlich 600 Mark vorsieht, noch vor Ostern (30./31. März) über die parlamentarische Hürde bringt.

Von der Einbeziehung der Grundstückskosten die Ende Oktober 1985 zahlreiche Verbände gefordert hatten und die auch die SPD-Fraktion am Samstag erneut verlangte, erwarten die Koalitionsfraktionen nicht nur eine Verwaltungsvereinfachung, sondern auch eine größere Inanspruchnahme der neuen Sonderabzugsmöglichkeit und damit eine in der Bundesrepublik breitere Wohneigentumsbildung. Bei zusätzlicher Berücksichtigung der Grundstücke hätte das Festhalten an einer Erhöhung des Höchstabzugsbetrags auf 300 000 Mark ab 1987 erhebliche Steuerausfälle verursacht. Eine im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen finanzneutrale Lösung würde für den Staat bei 225 000 Mark liegen, so daß der jetzt vereinbarte Betrag von 250 000 Mark Bund, Länder und Gemeinden „nur leicht mehr" belasten werde.

Mit der sich abzeichnenden Regelung, die schon in dieser Woche endgültig beschlossen werden könnte, wird Forderungen Rechnung getragen, *die nicht nur von der Bauwirtschaft*, sondern zum Beispiel auch von Ländervertretern geäußert worden sind. Die Einbeziehung der Grundstückskosten dürfte also auch keine Schwierigkeiten beim zweiten Durchgang im Bundestag machen. Zunächst hatte es gegen diese Forderungen steuersystematische Bedenken gegeben. Diese konnten erst durch die Umstellung der Förderung auf Paragraph 10 e Einkommensteuergesetz (EStG) ausgeräumt werden. Durch die Geltendmachung als Sonderausgaben wurde die Voraussetzung für das neue Modell geschaffen.

Für die SPD-Fraktion schrieb deren Bauexperte Franz Müntefering in einer Pressemitteilung, die Kosten für Grund und Boden seien für viele Bauwillige das eigentliche Bauhindernis. Neben der Berücksichtigung der Grundstückskosten müsse die Eigentumsförderung auf einen für alle Einkommensgruppen gleich wirkenden Abzugsbetrag hin umgestellt werden, „damit auch die kleinen und mittleren Einkommen die höchstmögliche Förderung erhalten".

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street sieht jetzt Vorteile im Ölpreissturz

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Wie anfällig die US-Aktienmärkte zu Beginn des neuen Jahres sind, hat auch die erste Reaktion auf den Sturz der Ölpreise *in der ersten Hälfte der* vergangenen Börsenwoche gezeigt. Aus Furcht, die Schuldenkrise könnte neu ausbrechen und einen Bankenkrach auslösen, sprangen Anleger in Scharen ab. Der Dow-Jones-Industrie-Index stoppte gerade noch vor der 1500-Marke – vier Prozent unter seinem letzten Rekordhoch – und zog alle breiteren Barometer mit.

Erst am Donnerstag dämmerte es der Wall Street, daß billigere Energie einer Steuersenkung gleichkommt und in den Industriestaaten für mehr inflationsfreies Wirtschaftswachstum sorgt, wovon die anderen Exporte der Dritten Welt profitieren. Brasiliens Ölimportrechnung schrumpft überdies im Jahr um etwa eine Mrd. Dollar, während das ölautarke Argentinien überhaupt nicht betroffen ist. Möglicherweise sinken außerdem die Zinsen. Plötzlich verloren auch die Probleme Mexikos, Venezuelas oder Nigerias an Dramatik.

Dieser Stimmungswandel, der Donnerstag einsetzte, hat zwar den Wochenverlust nicht ganz ausradiert, aber die Weichen für die Fortsetzung des nun fünf Monate alten Spurts gestellt. Präsident Reagans Bericht zur Lage der Nation, der morgen abend fällig ist, wird vielen Investoren Mut machen, da er im Kongreß für eine enge Zusammenarbeit beim Abbau des Haushaltsdefizits werben wird. Erst die Vorlage seines Budgets nächste Woche wird offenbaren, wie schwierig die Streichung von 63 Mrd. Dollar allein im Finanzjahr 1987 ist. Im Augenblick bestimmt jedoch die bessere Konjunktur das Börsenklima.

So mehren sich die Beweise, daß die US-Wirtschaft im Dezember in einen höheren Gang geschaltet hat. Nach den Einzelhandelsumsätzen, der Industrieproduktion, der Beschäftigung und dem Wohnungsbau nahmen auch die Gebrauchsgüteraufträge kräftig zu (4,2 Prozent). Obwohl durch Flugzeugorders verzerrt, ist der Aufwärtstrend nicht zu übersehen. Im Dezember stiegen ferner das verfügbare Einkommen und die Verbraucherausgaben um robuste 1,4 und zwei Prozent.

Der Befreiungsschlag erfolgte Freitag, als der „Dow" um 18,69 (Wochenverlust: 6,77) auf 1529,93, der Standard & Poor's 500 um 2,18 (2) auf 206,43 und der umfassende Nyse-Index um 1,18 (1,02) auf 119,32 Punkte nach oben schossen. Die großen Ölpreisgewinner waren die Fluggesellschaften, außerdem schließen sich Northwest und Republic zusammen. Erholt haben sich überdies die Bank- und High-Tech-Werte, und zwar von Citicorp bis Manufacturers Hanover und IBM bis Digital Equipment. Ein Plus verbuchte auch die Pennzoil-geplagte Texaco, die 1985 netto 1,23 Mrd. Dollar verdiente, und Philip Morris, die Seven-Up für 380 Mill. Dollar an Pepsico verkauft.

Zeit zum Jubel

Von HARALD POSNY

Es kann eigentlich gar nicht besser kommen. Das „Jubiläum des Jahres", der 100. Geburtstag des Automobils, fällt in eine Zeit, in der die deutschen Autohersteller sowohl ihre größte Herausforderung bestanden haben als auch – insgesamt gesehen – ihre jemals höchsten Produktionszahlen aufweisen. Daß diese sich nicht im Inland so spektakulär niedergeschlagen haben, muß freilich vor dem Hintergrund mehrjähriger Zulassungsrückgänge gesehen werden. Insoweit ist das Zulassungsergebnis beachtlich.

Das Ergebnis ist noch um so bemerkenswerter, als es leicht hätte besser *ausfallen* können. Die *allgemeine* Wirtschaftslage, wieder gestiegene Haushaltseinkommen, das sinkende Zinsniveau hätten eine gute Basis für runde 2,5 Millionen Pkw/Kombi abgeben können, aber die innenpolitischen Wechselbäder in *den Diskussionen um Abgasminderung* und Tempolimit hinterließen einen tiefen Einbruch. Erst in der zweiten Jahreshälfte brach die Verunsicherung etwas auf. Zu dieser Zeit hatte niemand geglaubt, daß sich das anfängliche Minus von 20 Prozent bis zum Jahresende *auf plus minus null* auffangen ließe.

Trotz erheblich gestiegener Beschäftigung in der Automobilbranche und bei deren Zulieferern mag man zweifeln, ob ein Plus von drei oder vier Prozent auf *dem* deutschen Markt überhaupt machbar gewesen wäre. Der Export forderte sein Recht, ein Export, der neuerlich Rekordhöhen erreichte. Fast 62 Prozent Export sind eine starke Stütze für die Rekordproduktion von nahezu 4,2 Millionen Pkw und die Beschäftigung gewesen, ein warmer Regen für die deutschen Hersteller dazu.

So wurde der Export nicht etwa gedämpft gefahren, obwohl man weiß, daß eine so hohe Exportquote auf so unterschiedlich strukturierten und zugleich wirtschaftlich so verschiedenen Märkten sehr gefährlich werden kann. Die Dollarprobleme einerseits, die immer wieder aufflakkernden Pläne zur Abschottung bestimmter Märkte und die Verlagerung dieser Probleme auf die großen Volumenmärkte, namentlich in Europa, zeigen, wie labil die Automobilkonjunktur stets ist.

Der Export, und das spricht eigentlich für den Mitnahmeeffekt der Autobauer im vergangenen Jahr, wird 1986 zurückfallen, vielleicht sogar stärker als mancher noch wahrhaben will. Das hat nichts damit zu tun, daß deutsche Autos im Ausland etwa weniger attraktiv wären, sondern mit der ganz normalen Abflachung von hohen Steigerungsraten der zurückliegenden Jahre, aber auch mit schwankenden Konjunkturen auf bestimmten Märkten. Das gilt insbesondere für Frankreich, England und auch für die USA.

Solche Unsicherheiten gehen jedoch diesmal mit dem Erstarken der *deutschen Konjunktur einher. Ein* Abschmelzen der Exporte kann also leicht mit einem Anstieg der Inlandsverkäufe um acht bis zehn Prozent auf 2,5 bis 2,6 Millionen kompensiert werden. Die Zeichen dafür stehen gut, die wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten sind vergessen. Der aufgestaute Nachholbedarf bricht sich Bahn.

Und die Umwelt kommt dabei auch nicht unter die Räder. Immer stärker setzen sich schadstoffarme oder schadstoffreduzierte Fahrzeuge durch. *1985* wurden knapp 300 000 davon zugelassen, immerhin schon elf Prozent, wenn es auch erst 2,5 Prozent des Bestands und leider noch allzuviele problematische Dieselfahrzeuge anstelle schadstoffarmer Ottomotoren sind.

Anders als 1985, als die ausländischen Anbieter ihren Marktanteil leicht von 30 auf 30,6 Prozent ausbauen konnten, wird das Pendel 1986 wohl wieder zurückschwingen. Das zeigen die Erfahrungen aus früheren Jahren mit gutem deutschen Inlandsabsatz.

Insgesamt sehen die Autohersteller optimistisch in das Jahr 1986. Die preisbereinigten Umsätze werden ebenso steigen wie die Zahl der Beschäftigten. Dies täuscht jedoch nicht über die steigende Nervosität einiger Unternehmen hinweg. Als ein Zeichen solcher nicht nur äußerer Unruhe kann man auch die Umstrukturierung der Opel-Spitze ansehen. Man sorgt sich um den nachhaltigen Erfolg auf dem wichtigen Europa-Markt. Und das bei einer 20prozentigen Überkapazität auf dem Kontinent.

AUF EIN WORT



„Arbeitslosigkeit, Strukturkrisen und Konkurse sind nicht Ausdruck für ein Versagen der Marktwirtschaft, sondern Ergebnis einer Bürokratisierung und Bevormundung der Gesellschaft, die dadurch an Fähigkeit verloren hat, auf neue Herausforderungen auch neue Antworten zu finden."

Prof. Dr. Hans Wielens, Vorstandsmitglied der Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG, Düsseldorf.
FOTO: DIE WELT

Einigung über Schufa-Klausel

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Die mit dem Datenschutz befaßten *Behörden der Länder haben sich mit* den Spitzenorganisationen der Kreditwirtschaft und der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) in Düsseldorf auf eine künftige Fassung der sogenannten Schufa-Klausel geeinigt. Wie der Sprecher des NRW-Innenministeriums auf Anfrage mitteilte, wird diese Klausel Bankkunden demnächst bei Kredit- und Kontoeröffnungsanträgen zur Unterschrift vorgelegt. Die Klausel regelt die Voraussetzungen für Anfragen an die Schufa und für die Übermittlung von Informationen an und durch die Schufa.

BAUERNVERBAND

Einigung über Konzeption für eine neue Agrarpolitik

Mk. **Berlin**

Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes hat sich auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin auf eine Konzeption zur Neuausrichtung der Agrarpolitik verständigt. Dieser Einigung waren heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Standesorganisation vorausgegangen. Der Weg, der beschritten werden soll, zielt in erster Linie auf einen Abbau der Überschüsse in der Getreideproduktion ab. Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, wodurch Preissenkungen in diesem Bereich verhindert werden können.

Ausgangspunkt der Überlegung sind die steigenden Überschüsse. Bereits zu Beginn der neunziger Jahre rechnet der Bauernverband mit strukturellen Getreideüberschüssen in der Gemeinschaft von 15 bis 20 Mill. Tonnen jährlich. Um den Überschuß zu drücken, plädiert der Bauernverband für einen Beimischungszwang im Futtermittel von mindestens 30 Prozent einheimischem Getreide. Dieses würde zu einem Mehrabsatz von 3,5 Mill. Tonnen in der EG führen. Überdies soll mehr EG-Getreide in der Industrie eingesetzt werden. Der Mehrabsatz könnte ein bis zwei Mill. Tonnen betragen. Der Bauernverband fordert auch einen Beimischungszwang von fünf Prozent Bioäthanol im Kraftstoff, um den Verbrauch anzuregen.

In dem Papier wird auch der Wiederanbau von Flachs gefordert, um die Anwendung anderer Rohstoffe zu ersetzen. Im Kern wird auch für eine EG-Marktordnung für Kartoffeln plädiert; es werden Maßnahmen zur verstärkten Aufforstung gefordert; die Flächenstillegung soll verstärkt in Angriff genommen werden.

ZINNKRISE

Chancen für Beilegung sind erheblich gewachsen

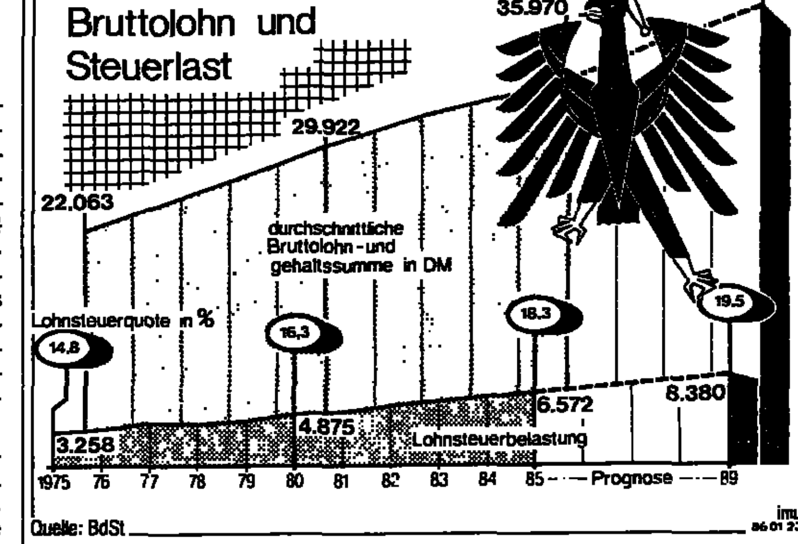
fu, **London**

Die Hoffnungen auf eine Beilegung der inzwischen 100 Tage alten Krise am internationalen Zinnmarkt sind plötzlich erheblich gewachsen. Nachdem führende britische Politiker zunehmend Einfluß auf die Regierungsvertreter im Internationalen Zinnrat ausgeübt haben (ihm gehören 22 Produzenten- und Verbraucherländer an), sind nun auch die stärksten Opponenten einer finanziellen Lösung der Zinnaffäre – Deutschland, Frankreich, Belgien und die Niederlande – zu konkreten Verhandlungen über einen vorliegenden Entschuldungsplan bereit.

Auch die EG-Kommission in Brüssel hat inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, offiziell zu den Bemühungen über eine Lösung der Zinnkrise beizutragen. Bevor es allerdings in ein bis zwei Monaten zu neuen direkten Gesprächen zwischen den Gläubigerbanken und den Metallhändlern auf der einen und dem Zinnrat mit den Vertretern der 22 Schuldnerländer auf der anderen Seite kommen wird, muß der Internationale Zinnrat in dieser Woche in internen Verhandlungen seine neue Position ausarbeiten. Der Zinnrat schuldet den Banken und Händlern an der Londoner Metallbörse an die drei Mrd. DM.

Auf dem Tisch liegt ein von den Gläubigerbanken ausgearbeiteter Plan, der die Gründung einer neuen Firma mit einem Kapital von 270 Mill. Pfund (910 Mill. DM) vorsieht. Diese Firma soll die Kauf- und Kreditverpflichtungen des Zinnrates gegenüber den Gläubigern sowie die Zinnreserven übernehmen und im Laufe der Jahre abwickeln. Die Erzeuger- und Verbraucherländer sollen sich mit zusammen 200 Mill. Pfund am Kapital beteiligen, die Händler mit 50 und die Gläubigerbanken mit 20 Mill.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Art und Umfang der Einkommensbesteuerung von Erwerbspersonen ist in doppeltem Sinne ungerecht: Während eine mittellose Familie mit zwei Kindern im Jahr 28 000 Mark an Sozialhilfe erhält, muß ein Familienvater, der diesen Betrag verdient, dafür 2640 Mark an Lohnsteuer entrichten muß. Die zweite Ungerechtigkeit ist die Progression, denn inflationsbedingte Lohnsteigerungen drängen die Masse der Einkommen in die progressive Besteuerung. Vom Mehrverdienst bleibt nach Abzug aller Abgaben immer weniger übrig. QUELLE: IMU

Bonn: Keine Aufwertung der D-Mark geplant

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundesfinanzministerium hat am Wochenende Spekulationen über eine verabredete Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) zurückgewiesen. Bisher habe es nicht einmal Vorklärungen über eine Neufestsetzung der Kurse gegeben, erklärte ein Sprecher des Ministeriums auf Anfrage. Die „Bild am Sonntag" berichtete, daß eine Aufwertung der D-Mark nach den französischen Wahlen am 16. März feststehe. Es werde an eine Abwertung des französischen Franc und eine gleichzeitige Aufwertung der D-Mark um jeweils drei Prozentpunkte gedacht. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagte in einem Rundfunkinterview, er hoffe, daß eine Aufwertung innerhalb des EWS vermieden werden könne.

Mehr Besucher

Frankfurt (dpa/vwd) - Die Internationale Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten (IMA) ist am Samstag in Frankfurt nach drei Tagen zu Ende gegangen. Mit 12 600 Besuchern wurden 1 600 mehr als im Vorjahr gezählt. An der Ausstellung *beteiligten sich 112 Unternehmen* aus acht Ländern. Messehits waren nach Angaben der Organisatoren Lern- und TV-Spiele aus allen Sportbereichen, elektronische und Flipper-Spiele sowie Billard.

Opec sucht Strategie

Wien/Teheran (dpa/VWD) – Ein Expertenausschuß von fünf Opec-Mitglieder wird heute in Wien über eine Strategie zur Verteidigung der Marktanteile beraten. Der Ölminister der *Vereinigten Arabischen Emirate*, Mana Said Otaiba, mahnte angesichts der „gefährlichen Phase für die internationale Ölindustrie" alle Produzenten, an einem weltweiten Übereinkommen zur Rettung des Marktes mitzuarbeiten. Iran hat den Erdölverkauf am Spotmarkt gestoppt. Das Land werde wegen „unterschiedlicher Ansichten mit seinen Kunden über die Preise" die Verschiffung nicht vertraglich geregelter Ölexporte innerhalb von zehn Tagen einstellen. Das kündigte Ölminister Gholamreza Aghazadah im Teheraner Rundfunk an.

Diskontsenkung errwogen

Tokio (dpa/VWD) – Die Bank von Japan erwägt Mitte der Woche eine Senkung des Diskontsatzes von fünf auf 4,5 Prozent. Das gaben Kreise der Nationalbank in Tokio an. Es wäre die erste Senkung seit dem 22. Oktober 1983, als der Diskontsatz von 5,5 auf fünf Prozent zurückgenommen wurde.

Electrotec erfolgreich

Hamburg (dpa/VWD) – Die 3. Nordeuropäische Fachmesse für Elektronik, Elektrotechnik, Antriebs- und Handhabungstechnik, „Electrotec '86", ist am Sonnabend in *Hamburg* nach viertägiger Dauer beendet worden. Nach Angaben der Hamburger Messe kamen rund 14 000 Besucher, um sich das Angebot der 253 Direktaussteller und 321 zusätzlich vertretenen Firmen aus 15 Ländern anzusehen. *Die Messe sei ein Erfolg* gewesen.

Keine Änderung

Paris (J.Sch.) – Am Exportkredit-Konsensus der OECD ändert sich vorerst nichts. Die von der dafür zuständigen Arbeitsgruppe geführten inoffiziellen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Sie sollen im März fortgeführt werden. Bis dahin erwartet die EG-Kommission ein Verhandlungsmandat insbesondere für die Frage, wie weit bei der Mischfinanzierung das Zuschußelement von gegenwärtig 25 Prozent heraufgesetzt werden soll. Die Amerikaner fordern nach wie vor 50 Prozent.

Londoner Kassapreise

	24.1.85	17.1.85
Kupfer(£/t)	1013,25	1023,25
Blei(£/t)	272	253
Zink(£/t)	458	445,50
Zinn(£/t)	-	-
Gold($/Unze)	353,75	353,50
Silber(p/Unze)	444,10	430,75
Kakao[1](£/t)	1760,50	1715,50
Kaffee[2](£/t)	2552	2417,50
Zucker(£/t)	136,50	116
Kautschuk(p/kg)	60	59,50
Wolle(p/kg)	416	400
Baumwolle[3](cts/lb)	53,70	52,60

[1]) Abladung Mai; [2]) Abladung März; [3]) A-Index-Preis Liverpool

DOMOTECHNICA

Hersteller von Hausgeräten sind für 1986 zuversichtlich

Py. **Köln**

Die deutsche Elektro-Hausgeräte-Industrie hat für 1986 allen Grund zu besonderem Optimismus. Sie erwartet nach einer Produktionssteigerung um 7,5 Prozent auf rund 11 Mrd. DM für das laufende Jahr ein weiteres Wachstum um vier Prozent auf 11,4 Mrd. DM. Dabei dürften allerdings zwei bis drei Prozent durch anstehende Preiserhöhungen aufgezehrt werden.

Der Export, so der Fachberats-Vorsitzende der Kölner Domotechnica, Kurt Salleck, dürfte um fünf (14) Prozent *auf 5,15 (4,9) Mrd. DM zunehmen*, der Import dagegen um vier (1,5) Prozent auf 2,6 Mrd. DM wachsen. Im Export hat sich die Elektro-Hausgeräte-Branche als bedeutendster Hersteller und Exporteur weltweit bestätigt. Innerhalb Europas führen deutsche Hersteller mit 27 Prozent vor Großbritannien und Frankreich mit 17 beziehungsweise 15 Prozent.

Auf dem Inlandsmarkt wird für 1986 bei Großgeräten ein Plus von drei bis vier Prozent, bei Kleingeräten von ein bis zwei Prozent erwartet. Im Export dürften Staubsauger, Kaffeemaschinen und Bügeleisen dominieren. Beim Import haben allein Mikrowellenherde zugelegt, hier aber mit einer Verdopplung der Zahl nach. Andere Großgeräte hatten dagegen zum Teil zweistellige Rückgänge. Positive Marktchancen sieht Salleck vor allem bei Mikrowellenherden, Wäschetrocknern und Geschirrspülern.

Auf der völlig ausgebuchten Domotechnica werden 1020 Unternehmen aus 34 Ländern ihre Produkte vorstellen. Die Ausstellung bietet die Präsentation von über 85 Prozent des gesamten Weltangebots.

ENERGIE / Der Verfall der Ölpreise wird noch weiter anhalten – Seminar der BBC

„Die nächste Krise ist programmiert"

HEINZ HECK, **Baden-Baden**

Die sinkenden Ölpreise lassen die Bemühungen um Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung *erlahmen. „Die nächste und wohl sicher* einschneidendere Energiekrise ist damit schon programmiert." Diese These vertrat Prof. Helmut Schaefer, Ordinarius für Energiewirtschaft und Kraftwerkstechnik der TU München, beim BBC-Energieseminar in Baden-Baden. *Auf Fragen von Journalisten* meinte er, ein Ölpreis selbst von 15 Dollar je Barrel „muß noch nicht das Ende sein".

Techniken zur rationelleren Energienutzung seien aber im allgemeinen teurer als konventionelle. In Zeiten sinkender Ölpreise erreichten sie Kostengleichheit oder sogar höhere Wirtschaftlichkeit noch weniger als bisher. Schaefer sieht die Gefahr, daß nun niemand mehr Geld für die Weiterentwicklung dieser Technik ausgebe, *so daß ein „Fadenriß" drohe* und man für eine Krise in zehn oder 15 Jahren schlecht gerüstet sei. Er befürchtet, daß auch von den Politikern keine entscheidenden Signale zu erwarten seien.

Angesichts des weltweit wachsenden Energiebedarfs bei begrenzten Vorräten könne die Forderung nach rationeller Energieverwendung dennoch gar nicht nachdrücklich genug gestellt werden. Schaefer nannte in *seinem Vortrag* „Ist Energiesparen noch aktuell?" vier Wege zu diesem Ziel: So lasse sich mit technischen Maßnahmen der spezifische Nutzenergiebedarf senken. Der Primärenergieverbrauch bei der Herstellung von Aluminium etwa sinke auf sechs Prozent, wenn man es aus Altaluminium und nicht aus Bauxit herstelle.

Am Verbrauch elektrischer Haushaltsgeräte sowie am Schienenverkehr der Bundesbahn machte Schaefer die seit 1970 erzielten Fortschritte in der Energieeinsparung deutlich: Bis 1983 ist danach der gerätespezifische Energieverbrauch bei Farbfernsehern um fast 75, bei Waschmaschinen um 60, bei Kühl- und Gefriergeräten um knapp 50 und bei Geschirrspülern um etwa 30 Prozent gesunken. Durch die Umstellung von Dampf- auf Elektro- und Dieselloks sei trotz angestiegener Fahrleistungen der Endenergieverbrauch auf weniger als 20 und der Primärenergieverbrauch auf unter 40 Prozent zurückgegangen.

Schaefer empfahl auch viel Aufklärungsarbeit, um Verschwendung zu vermeiden, vor allem beim Wärmeverbrauch. Wem sei schließlich bewußt, daß man sich mit einer Kilowattstunde 85 Stunden lang rasieren, 17 Stunden lang eine 60-Watt-Glühlampe brennen, drei Mittelklassewagen auf die Turmspitze der Münchner Frauenkirche heben, sich aber nur zwei bis drei Minuten lang warm duschen könne?

UdSSR

Rückstände bei Erdölförderung

AFP, Moskau

Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahr in Schlüsselbereichen ihrer Wirtschaft ernsthafte Rückstände gegenüber dem Plansoll verzeichnet. Betroffen sind insbesondere die Bereiche Erdöl und Getreide. Den am Sonntag von der sowjetischen Presse veröffentlichten Zahlen des statistischen Amtes zufolge lag der Zuwachs des Bruttosozialprodukts mit 3,1 Prozent unter dem Plansoll von 3,5 Prozent. Grund für den Rückstand scheint die Produktivitätsrate zu sein, die anstelle der vorgesehenen 3,7 Prozent nur um 3,5 Prozent stieg.

Im Erdölsektor, der zusammen mit der sowjetischen Gasproduktion zwei Drittel der Devisen einbringt, sind die Ergebnisse noch schlechter als 1984, als das Plansoll ebenfalls nicht erfüllt worden war. 1985 wurden nur 595 Millionen Tonnen Erdöl gefördert, während es 1984 noch 613 Millionen Tonnen waren. Für das vergangene Jahr war eine Fördermenge von 628 Millionen Tonnen vorgesehen. Die Erdölförderung blieb damit um 33 Millionen Tonnen hinter dem Plansoll zurück, was erhebliche Probleme in anderen Bereichen der sowjetischen Wirtschaft verursachen könnte, da der Technologie-Sektor von den Devisen abhängig ist.

Den wenigen Informationen zufolge, die das statistische Amt der Sowjetunion veröffentlichte, blieb auch die Getreideproduktion erneut hinter dem Soll zurück. Zahlen für den gesamten landwirtschaftlichen Sektor wurden jedoch nicht bekanntgegeben. Bei Milch, Fleisch und Eiern wurde offenbar eine Produktionssteigerung erzielt. Die Angaben lassen keine genauen Einschätzungen über die Rückstände in der Getreideproduktion zu.

Den Angaben zufolge wurden im letzten Jahr 12,3 Millionen Tonnen weniger Kartoffeln geerntet als im Vorjahr, als 85,3 Millionen Tonnen eingefahren wurden. Auch im Gemüsebereich lag die Produktion mit 28 Millionen Tonnen gegenüber 30,7 Millionen Tonnen hinter dem Vorjahr zurück. Schlechte Ergebnisse wurden auch bei den Erdölraffinerien, sowie bei der Produktion von Plastik, Düngemitteln und Radiogeräten erzielt.

Die sowjetische Industrie, deren Produktion um 3,9 Prozent zunahm, hat ihre Pläne erfüllt. Erfolge gab es insbesondere bei der Produktion von elektronischen Geräten.

STEUERREFORM / Finanzminister Schleswig-Holsteins unterbreitet Vorscläge zum Abbau von Vergünstigungen

„Steuerfreiheit der Sozialleistungen überdenken"

GEORG BAUER, Kiel

Mit einem Thesenpapier unter der Überschrift „Überlegungen zur künftigen Steuerpolitik – Steuern nicht nur senken, sondern auch reformieren" hat sich der Finanzminister Schleswig-Holsteins, Roger Asmussen, in die Diskussion um eine grundlegende Steuerreform in den 90er Jahren eingeschaltet. In seinem sechs Punkte umfassenden Vorschlagskatalog, den er der WELT exklusiv zur Verfügung stellte, schreibt Asmussen, daß „über die Grundzüge einer durchgreifenden Reform" zwar weitgehend Übereinstimmung herrsche, die Antworten auf Detailfragen hingegen weitaus schwieriger seien.

Nach Ansicht Asmussens muß ein „linear-progressiver Tarif" mit einem gleichmäßigen Anstieg der Grenzbelastung angestrebt werden, bei dem alle gegenwärtigen Grenzsteuersätze spürbar gesenkt werden. Der steile und leistungshemmende Anstieg der Grenzbelastung müsse vor allem im mittleren Einkommensbereich abgebaut werden.

Der Finanzminister spricht sich ferner für ein sachgerechtes Ermitteln der Bemessungsgrundlage aus. Zwangsläufige Aufwendungen der Steuerzahler, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit minderten, müßten berücksichtigt und der Geldentwertung angepaßt werden. Konsequenz dieser Überlegung könnte ein Erhöhen des Kinderfreibetrages oder des Höchstbetrages für Unterhaltsleistungen sein.

Asmussen wirft die Frage auf, ob Leistungen des Sozialstaates wie bisher steuerfrei gewährt werden sollten. Als Beispiele nennt er Sozialhilfe-, Krankenversicherungs- und Unterhaltssicherungsleistungen sowie Wohngeld, Versorgungsbezüge oder Geldrenten. Da die Empfänger dieser Leistungen günstiger gestellt seien als Bezieher vergleichbarer steuerpflichtiger Einkommen, sei zu überlegen, ob der Grundfreibetrag nicht um diese Bezüge gekürzt werden sollte.

Asmussen fordert auch ein Durchforsten der Steuervergünstigungen. Absetzungen und Sonderabschreibungen bei Wirtschaftsgütern des beweglichen und unbeweglichen Anlagevermögens sollten auf ein Minimum reduziert werden. Zum Minimum zählt für ihn die Rgionalförderung für das Zonenrandgebiet und für Berlin sowie die Föderung von Forschung, Entwicklung und Umweltschutz. Wegen der Mitnahme-Effekte sollten außerdem de Insolvenzrücklage, der Importwarenabschlag oder die Preissteigerungsrücklage beim Umlaufvermögen gestrichen oder nur für eine Übergangsdauer gewährt werden.

Auch der Freibetrag und der ermäßigte Steuersatz für Gewinne aus Betriebs- oder Teilbetriebveräußerungen und Betriebsaufgaben ist in den Augen des Finanzministers ein ungerechtfertigter Steuervoreil. Als Neuregelung schlägt er eineBesteuerung vor, deren Basis der durchschnittliche Steuersatz eines Unternehmens aus den vergangenen drei oder fünf Jahren ist. Nach Ansicht des Finanzministers sollen auch die steuerlichen Freibeträge für Zuschläge aus Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit aufgehoben werden.

Zur Stärkung der Unternehmen spricht er sich für den Abbau der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer aus. Sie belasteten die Unternehmen mehrfach. Als Ziel einer gerechten Steuerpolitik nannte er ferner, Erträge aus Eigenkapital, das in den Unternehmen arbeite, und Erträge aus privat angelegtem Kapital gleich zu belasten. In diesem Zusammenhang sollten die Freibeträge für Zinseinkünfte erheblich aufgestockt werden. Das alte System der Sparförderung sei dann entbehrlich.

In die Reform sollte auch die Rentenbesteuerung einbezogen werden. Ziel sollte sein, die Eigenverantwortung zu stärken. Asmussen schlägt vor, Beiträge, die Rentenstammrechte begründen, als steuermindernde Sonderausgaben zu berücksichtigen und die Versorgungsbezüge bei der Auszahlung voll zu versteuern.

Der Christdemokrat meinte, sein Vorschlag sei kein einseitiges Plädoyer für die Unternehmen. Die Steuersenkung müsse allen Bürgern zugute kommen. Subventionsabbau und Tarifsenkung stünden in einem untrennbaren Zusammenhang, wenn die Entlastung nicht zu einem Anstieg der Neuverschuldung führen solle.

WELTBANK / Erste Gespräche über IDA-Kapital

US-Position entscheidend

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Blick der ärmsten Länder der Welt ist heute und morgen auf Paris gerichtet. Dort beginnen die ersten Verhandlungen für die nächste Kapitalaufstockung der International Development Association (IDA) – einer Tochter der Weltbank. Die 1960 gegründete Organisation gewährt wirtschaftlich besonders schwachen Entwicklungsländern Kredite zu einmalig günstigen Konditionen (Laufzeit 50 Jahre, zehn Freijahre, keine Zinszahlungen, nur eine Bearbeitungsgebühr von 0,75 Prozent). Da IDA im Gegensatz zur Weltbank die Mittel für ihre Kredite nicht auf den Kapitalmärkten beschafft, sondern sie aus den eingezahlten Beiträgen der Mitgliedsländer und aus Gewinnüberweisungen der Mutter finanziert, muß im allgemeinen alle drei Jahre über die finanzielle Ausstattung debattiert werden. Das geltende Programm (IDA 7) läuft Mitte 1987 aus.

Das Treffen in Paris gleicht einem Herantasten an das Mögliche. Denn die Vertreter der IDA glauben meist, mehr Kapital zu benötigen, als die 33 Geberländer (von 131 IDA-Mitgliedern) zu geben bereit sind. Die Verhandlungen 1983 boten ein besonders krasses Beispiel. Damals hatte die multinationale Organisation 16 Mrd. Dollar für die Periode 1984 bis 1987 vorgeschlagen. Doch vor allem die USA stemmten sich dagegen; übrig blieben neun Mrd. Dollar. Das zeigt, daß auch für diese Verhandlungen die Einstellung der Vereinigten Staaten, dem größten Geldgeber vor Japan und der Bundesrepublik, entscheidend ist. Doch Experten sind diesmal optimistisch und hoffen auf einen moderateren Kurs der USA.

Die Position der Weltbank ist klar: Sie will eine Kapitalaufstockung, die real nicht unter dem 1983 vereinbarten Betrag liegt. Allerdings addiert die Weltbank zu den neun Mrd. die 1,2 Mrd. Dollar für den 1985 einmalig für drei Jahre eingerichteten Afrikafonds. Eine jährliche durchschnittliche Preissteigerung von fünf bis sechs Prozent einkalkuliert, ergibt sich ein Betrag von rund 12 Mrd. Dollar für den Zeitraum von 1987 bis 1990. Ob sich eine Kapitalaufstockung in dieser Größe durchsetzt, wird sich in Paris nur abzeichnen; es wird noch nicht beschlossen.

Die Mittelausstattung hängt auch davon ab, ob und wie die IDA-Konditionen geändert werden. Wie verlautet, plädieren die Vereinigten Staaten dafür, Zinsen einzuführen, während die skandinavischen Länder alles beim alten belassen wollen.

ITALIEN / Mailänder Börse kommt mit der Abwicklung der Aufträge nicht mit

Statt Terminhandel nur noch Bargeschäfte

GÜNTHER DEPAS, Mailand

An der Mailänder Wertpapierbörse herrscht seit einigen Tagen Barhandel, während die Fristen für die Terminabrechnung des laufenden Börsenmonats um vier Wochen von Mitte Februar bis Mitte März verschoben wurden. Barhandel bedeutet, daß nicht wie bei Termingeschäften 60 Prozent der Kauf- und Verkaufssumme hinterlegt werden müssen, sondern 100 Prozent. Die Verschiebung der Abrechnungfrist kommt dagegen in der Praxis dem Ausfall eines Börsenmonats gleich.

Mit diesen beiden Maßnahmen versucht die amtliche Börsenaufsichtskommission einen technischen Kollaps zu verhindern, der sonst drohen könnte, wenn sich die normale Abwicklung der materiellen Titelübergabe noch weiter wie bisher verzögern sollte. Akute Gefahr droht durch den jetzt schon seit einigen Wochen andauernden Streik der Angestellten der italienischen Zentralbank. Dadurch ist die Kompensationszentrale der italienischen Börsen, die in den Räumen der Banca d'Italia in Rom ihren Sitz hat und von dem dortigen Personal bedient wird, lahmgelegt. In Ermangelung einer Clearingstelle, über die die gehandelten Titel abgerechnet werden können, werden in Italien Wertpapiere (Aktien und Obligationen) auf Grund Gesetz noch immer materiell und einzeln den neuen Inhabern ausgehändigt. Diese Arbeit wickelt die Kompensationszentrale ab.

Schon im Sommer vorigen Jahres hatten Beobachter einen Zusammenbruch dieses Systems vorausgesehen, als die Tagesumsätze an der Mailänder Börse (an der 90 Prozent des Handels der zehn italienischen Aktienmärkte erfolgen) steil nach oben zu klettern begannen. Statt wie normal nach drei bis vier Wochen die verkauften Titel an die neuen Inhaber auszuhändigen, hatte sich schon im Spätherbst die Frist dafür auf drei bis vier Monate verlängert. Um trotzdem eine normale Abwicklung des Börsengeschehens zu gewährleisten, gingen Makler, Banken und Kommissionsgesellschaften dazu über, anstelle der materiell nicht greifbaren Titel Kassenzettel auszugeben. Die Masse dieser Bonds, die im Mai 1984 erst 12 Milliarden Lire betrug, hat nach Schätzungen des Direktionsausschusses der Mailänder Wertpapiere inzwischen mindestens 600 Milliarden Lire erreicht.

Der Eingriff der amtlichen Börsenaufsichtskommission dient aus diesem Grunde dem Zweck, diesen Berg bis März wenigstens zum Teil abzutragen. Dahinter steht die vor allem in Mailand als brennend empfundene Notwendigkeit, das soeben erst erworbene Vertrauen der ausländischen Investment- und Pensionsfonds in den italienischen Aktienmarkt nicht wieder zu verlieren.

Ersten Alarm schlug die Chase Manhattan Bank, die einen Rückzug aus dem Italiengeschäft androhte, falls die italienischen Behörden die dringende Reform des Systems weiter schleifen lassen sollten.

Verbundlösung für den Schiffbau

W.W. Bremen

Der Bremer Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), will sich dafür einsetzen, daß mit einem norddeutschen Schiffbaukontor die Zusammenarbeit der Werften intensiviert wird. Einen entsprechenden Vorschlag wird er auf der Konferenz der Küstenwirtschaftsminister in Bremen am 7. Februar unterbreiten. Mittelfristig könne die Wettbewerbsfähigkeit im Schiffbau nur erhalten bleiben, wenn solche Verbundlösungen auch auf europäischer Ebene zu einem abgestimmten Vorgehen der beteiligten Werften führten.

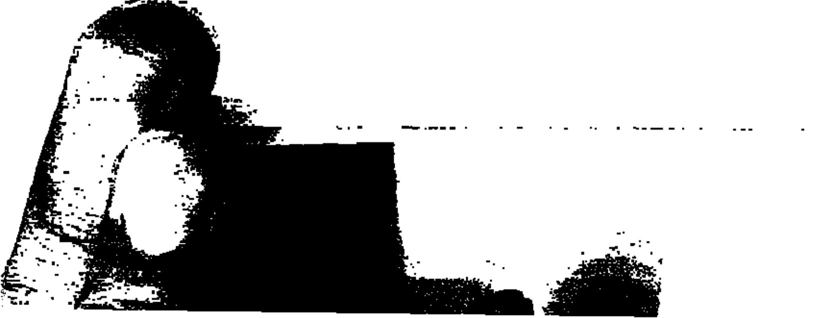
Ein Ende der Probleme im Schiffbau sei vorläufig noch nicht abzusehen. Die Notwendigkeit weiterer Kapazitätsanpassungen könne daher nicht ausgeschlossen werden. Wer nach dem Verlust der Hälfte der Werftarbeitsplätze in den vergangenen zehn Jahren das qualitativ hochwertige Know-how des bundesdeutschen Schiffbaus und damit einen Weltmarktanteil von minimal zwei Prozent halten wolle, müsse jetzt neue Wege beschreiten.

RENTENMARKT / Impulse fehlen

Leichter Renditenanstieg

Der Rentenmarkt dümpelte in der vergangenen Woche ziemlich ziellos vor sich hin, allerdings mit einem leicht steigenden Zinstrend, in dem sich die Enttäuschung einiger Illusionisten über das Ausbleiben einer Zinssenkungsinitiative der „Großen Fünf" am vergangenen Wochenende widerspiegelt. Die Unternehmungslust ist gering, weil das niedrige Renditenniveau deutsche Anleger nicht vom Stuhle reißt und die Risiken vermutlich größer sind als die Chancen, jedenfalls bei einer Langfristanlage. Die neue Bahnanleihe wird wohl fast gänzlich ins Ausland gehen. (cd)

Emissionen	24.1. 86	17.1. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,85	5,82	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,20	6,19	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,92	5,90	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,26	6,32	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,95	5,95	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,53	5,52	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,68	6,68	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,95	5,95	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,76	6,73	6,82	7,20	8,06



DER

Aufwärtstrend im Schienenverkehr

gb, Frankfurt

„Die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung sowohl im Geschäftsreiseverkehr wie auch bei Privat- und Urlaubsreisen sind weiter günstig." Mit diesen Worten beschreibt der Vorsitzende der Geschäftsleitung der Deutsches Reisebüro GmbH (DER), Hans Glaser, die Aussichten für 1986. Zahlreiche Indizien wiesen darauf hin, daß die Reiselust ungebrochen sei. Allerdings könne man *nicht übersehen, daß sich in* den hohen Zuwachsraten der vergangenen zwei Jahre ein aufgestauter Nachholbedarf niedergeschlagen habe. Er warne deswegen davor, die Ertragschancen übertrieben einzuschätzen, denn die Folgen des heftigen Wettbewerbs im Reisemarkt selbst, nicht zuletzt aber auch die Verkaufsanstrengungen anderer Branchen, die mit den Tourismusunternehmen mittelbar konkurrierten, dürften nicht vernachlässigt werden.

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1985 (31. Dezember) zeigte sich Glaser uneingeschränkt zufrieden. Zwar hätten sich die einzelnen Geschäftssparten unterschiedlich entwickelt, aber alle Bereiche hätten positiv zu dem wiederum verbesserten Betriebsergebnis beigetragen. Mit einer nur unwesentlich auf 1254 erhöhten Mitarbeiterzahl sei der Gesamtumsatz des DER um 3,6 Prozent auf 2,3 Mrd. DM gestiegen. Davon entfielen 958 Mill. DM (plus vier Prozent) auf den Bundesbahn-Inkassoumsatz.

Die Marketingmaßnahmen der Bahn in ihrem Jubiläumsjahr haben sich auch für den DER-Umsatz als erfolgreich erwiesen. Der Umsatzanstieg von vier Prozent auf 1,24 Mrd. DM im gesamten Schienenverkehr bedeute eine Festigung des bereits 1984 mit einem Plus von 3,1 Prozent (1983 minus fünf Prozent) festgestellten Aufwärtstrends. Als Hit des Jahres habe sich der Jugendreiseverkehr mit einer Steigerung von 34,4 Prozent erwiesen.

Der Umsatz in der Sparte Touristik weitete sich nur unterdurchschnittlich um 3,3 Prozent auf 508 Mill. DM aus. Das liege aber ausschließlich daran, daß das Amerika-Geschäft vor allem wegen des hohen Dollarkurses praktisch stagniert habe. Die anderen touristischen Hauptprogramme erzielten nämlich einen Umsatzzuwachs von 16,7 Prozent. Für 1986 rechnet Glaser wieder mit einem besseren Amerika-Geschäft.

IFO / Ausreichende Rendite nur bei Herrenoberbekleidung und Medizintechnik

Ausleseprozeß im Fachhandel hält an

DANKWARD SEITZ, München

Trotz des anhaltenden Konjunkturaufschwungs in der Bundesrepublik sind die Zukunftsaussichten für den Facheinzelhandel – auf einen kurzen Nenner gebracht – trübe. Mittel- bis längerfristig wird es in seinen Reihen weiterhin noch zu einem spürbaren Ausleseprozeß kommen. Zu diesem recht ernüchternden Urteil kommt eine Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die auf *einem Betriebsvergleich des Instituts* für Handelsforschung an der Universität Köln basiert.

Für 1986 ist zwar ein gewisser Lichtblick dadurch gegeben, daß sich die Wachstumsstärke des privaten Verbrauchs mit plus fünf Prozent gegenüber 1985 verdoppeln wird. Doch von diesem Konsumschub wird der Facheinzelhandel nach Ansicht des Ifo nur in abgeschwächter Form profitieren können. Auf mehr als ein „bescheidenes" nominales Umsatzplus von annähernd zwei Prozent wird er kaum kommen. Und dies dürfte voraussichtlich nur dazu ausreichen, die Kosten im Griff zu behalten. Zum einen wird der erhebliche Wettbewerbsdruck auf der Erlösseite anhalten, während sich an der Verkaufsfront die Verhältnisse „mit Sicherheit noch weiter verschärfen".

Schon im vergangenen Jahr hat sich das „Ertragsblatt" des Facheinzelhandels, so das Ifo, nicht zum Besseren gewendet. Danach mußte wiederum, wie schon 1984, ein betriebswirtschaftlicher Verlust von 2,1 Prozent vom Umsatz hingenommen werden. Damit befindet man sich zwar in *guter Gesellschaft* mit den Warenhauskonzernen, verfügt aber nicht über deren noch ausreichende „Manövriermasse" und das erforderliche Know-how, um Umorganisationen vornehmen und neue Angebots- oder Diversifikationsstrategien durchführen zu können.

Im Einzelfall ist die betriebswirtschaftliche Verfassung dieses durchweg mittelständisch strukturierten Unternehmensbereichs natürlich abhängig vom jeweiligen Geschäftsstandort oder der Betriebsgröße. Ebenso ist die Ausgangslage in einzelnen Sparten höchst unterschiedlich. Doch mit einer „ausreichenden" Rendite arbeiten lediglich zwei Fachzweige (Herren- und Knabenoberbekleidung sowie medizinisch-technische Artikel), während alle anderen „vom Eingemachten leben". Insgesamt gesehen ist die Ertragssituation des Facheinzelhandels im Hinblick auf Substanzerhaltung und Marktanteilsicherung laut Ifo „völlig unzureichend".

Sortiment, Standort und Betriebsgröße sind es jedoch keinesfalls allein, die diese Situation bestimmen. Natürlich darf auch nicht übersehen werden, daß der Facheinzelhändler nur wenig gegen die ungleichen Einkaufsbedingungen gegenüber den Großunternehmen – selbst wenn er sich Einkaufskooperationen anschließt – ausrichten kann. Zu allem aber komme hinzu, so das Ifo, daß die unternehmerische Qualifikation der meisten Einzelhändler häufig zu wünschen übrig lasse. Der Wettbewerb habe inzwischen ein Niveau erreicht, auf dem nur noch derjenige mithalten kann, der sein Geschäft unter betriebswirtschaftlichen Aspekten – ohne Rücksicht auf familiäre und konventionelle Tabus – steuern kann.

HÜLLER HILLE / Autoindustrie ist Hauptkunde des Werkzeugmaschinenherstellers

Auftragssegen bringt wieder Wachstum

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Seit gut einem Jahr schwellen die *Auftragsbücher im Werkzeugmaschinenbau* wieder kräftig an. Für die zum Thyssen-Konzern gehörende Hüller Hille GmbH, Ludwigsburg, die zu den führenden Unternehmen dieser Branche zählt, brachte denn auch das abgelaufene Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) einen Rekordauftragseingang von 202 Mill. DM, das sind 79 Prozent mehr als im allerdings sehr schwachen Vorjahr. Gut die Hälfte des Auftragseingangs stammte aus dem Ausland. Der Auftragsbestand stieg um 74 Prozent auf 279 Mill. DM. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres kamen bereits für fast 100 Mill. DM Aufträge herein.

Obwohl durch den gefallenen Dollar-Kurs das Geschäft am amerikanischen Markt schwieriger geworden sei, erwarte man bei Hüller Hille trotzdem für die nächsten zwei Jahre insgesamt eine positive Geschäftsentwicklung. Es stünden immer noch einige größere Projekte im Fahrzeugbau in aller Welt an. Zudem erreiche das Produktprogramm zunehmend auch andere Kundengruppen außerhalb der Automobilindustrie, deren Umsatzanteil von 75 bis 80 Prozent vor einigen Jahren auf 60 bis 65 Prozent gesunken ist.

Der Umsatz von Hüller Hille war im Berichtsjahr leicht um 1,6 Prozent auf 241,6 Mill. DM zurückgegangen. Ulrich Berntzen, Vorsitzender der Geschäftsführung, begründet dies damit, daß sich Hüller Hille bei seiner Hauptproduktgruppe der Transferstraßen und Sondermaschinen wegen der unbefriedigenden Preissituation bei Kontrakten bewußt zurückgehalten habe. Dies habe sich inzwischen geändert. So geht denn das Unternehmen auch davon aus, daß der Umsatz im laufenden Geschäftsjahr über 280 Mill. DM liegen werde. Die hohe Nachfrage nach Bearbeitungszentren habe dazu geführt, die Kapazität des Werks Witten aufzustocken und zusätzlich in Ludwigsburg die Produktion großer Bearbeitungszentren aufzunehmen. Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf Transferstraßen, Sondermaschinen und flexible Systeme, 30 Prozent auf NC-Zentren.

Das Ergebnis des Berichtsjahrs sei nach Worten Berntzens positiv und in Anbetracht der schlechten Ausgangslage „befriedigend minus". Für das laufende Jahr zeichne sich eine Ergebnisverbesserung ab. Ein „deutlich positives Ergebnis" lieferte die brasilianische Tochter Thyssen Hueller Ltda. ab, deren Umsatz umgerechnet auf 29 (25) Mill. DM angestiegen ist. Dort ist die Beschäftigtenzahl um 76 Prozent auf 441 Mitarbeiter aufgestockt worden. Investiert hat Hüller Hille im Berichtsjahr 7,3 (3,4) Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten in den drei Werken Ludwigsburg, Witten und Rottenburg, die Ende des Berichsjahres bei 1900 Mitarbeitern lag, soll in diesem Jahr um etwa drei Prozent steigen.

Wochenschlußkurse

New York

	24.1	17.1.
Adv. Micro Dev.	29,125	29,125
Aetna Life	53,75	53,375
Alcan Aluminium	30,25	31,25
Alcoa	39,875	39,875
Allied Signal	46,875	45,125
AMR Corp.	47,875	44,5
Amax	14,75	14,875
Am. Cyanamid	57,75	56,75
Am. Express	54,125	57,375
Am. Motors	2,875	2,875
Am. Tel. & Telegr.	22,5	22,875
Amoco Corp.	60	60,375
Asarco	19,875	20,5
Atlantic Richfield	55,875	59,875
Avon Products	26,75	27,125
Bally	17,625	17,625
Bk. of America	13	13,375
Bethlehem Steel	17,75	15,625
Black & Decker	-	20,5
Boeing	47,625	47,375
Brunswick	44,25	45,125
Burroughs	65,625	61,375
Caterpillar	44,625	43,125
CBS	113,25	114,375
Celanese	142	145,375
Chase Manhattan	72	77,875
Chrysler	43,875	42,75
Citicorp	49,625	51,125
Clorox	45,125	45
Coca-Cola	80,25	80,375
Colgate	32,75	31
Commodore	9,875	9,75
Comwlth. Edison	29,5	29,375
Comm. Satellite	35,375	35
Control Data	20,25	21
CPC Int.	50,25	51
Curtiss Wright	45	45,125
Deere	28,875	29,75
Delta Airlines	42,5	40,875
Digital Equipm.	151,625	147,875
Dow Chemical	41	42,125
Du Pont	61,75	62,75
Eastern Gas-Fuel	24,625	24,125
Eastman Kodak	47	47,875
Eaton	51	52,125
Firestone	24,125	22
Fluor	15,25	15,75
Ford	59,875	60,375
Foster Wheeler	12,875	12,875
Fruehauf	26,25	25
GAF Corp.	55,875	56,25
General Dynamics	68,625	65,5
General Electric	68,75	69,625
General Instr.	19	19

	24.1.	17.1.
General Motors	70,375	69,25
Gen. T. & E.	46,875	46,625
Global Nat. Res.	3,5	3,5
Goodrich	34,25	33,75
Goodyeartire	31,625	30,625
Grace	51,375	57,25
Halliburton	25,1	26,375
Heinz	29,875	30,125
Hewlett Packard	38,75	39,375
Homestake	26,5	26,875
Honeywell	73,75	76,25
IBM	150	151,25
Int. Tel. & Tel.	36,625	38,375
Int. Harvester	8,875	9,875
Int. Paper	49,375	51,125
Int. North. Inc.	44,25	45,625
Jim Walter	40,875	42,625
Litton Industries	75,625	78,375
Lockheed Corp	46,625	45,625
Loew's Corp.	57,75	58
Lone Star	28,75	29,375
Louisiana Land	30,625	29,75
LTV Corp.	6,25	6,625
Mc Dermott	17	17,5
Mc Donnel Doug.	74,75	74
Merck & Co.	135,125	137,875
Merrill Lynch	40,25	38,375
Mesa Petroleum	2,5	2,625
MGM (Film)	23,875	22,75
Minnesota M.	86,375	90,25
Mobil Oil	29,625	30,875
Monsanto	46,5	47
Morgan J.P.	61,5	63,5
Nat. Semiconductor	12,75	13,25
NCR	41,875	42,375
Newmont	50,75	52,25
PanAm World	8	7,875
Pantry Pride	9,75	9,375
Pfizer	47	49,875
Phibro	44,875	42,875
Philip Morris	91,625	92,625
Philips Petroleum	11,25	11,875
Pittston	12,375	12,25
Polaroid	47,25	47,125
Prime Computer	24	23,625
Procter & Gamble	65,75	66,875
RCA	61,625	62,625
Reynolds Ind.	32	31,5
Rockwell Int.	35,25	35
Rorer Group	36,625	36,375
Schlumberger	32,5	34,125
Sears, Roebuck	37	37,625
Singer	39	39,75
Sperry Corp.	47,75	50,125
Stand. Oil Calif.	36,25	36,375
Storage Techn.	3,5	3
Tandy	39,125	40,25
Teledyne	317,5	308,125

	24.1	17.1
Telex Corp.	61,625	63,625
Tesoro	9,125	9,5
Texaco	28,625	29,75
Texas Instrum.	107,25	110,125
Tosco	3,5	4
Trans World Corp.	38,875	37,5
Transamerica	33	33,875
Travellers	46,625	46,25
UAL	55,5	52,375
Uccel Corp	16	16,375
Union Carbide	82,625	75,375
Union Oil of Calif.	24,875	25,875
US Gypsum	49	45,625
US Steel	23,375	25
United Technologies	45,5	45,875
Walt Disney	117,25	121,5
Warner Comm.	38,5	37,125
Westinghouse El.	44,875	42,625
Weyerhaeuser	30,5	30,75
Whittaker	20,75	21,875
Woolworth	60,25	60,25
Xerox	58,575	61,125
Zenith Radio	18,75	19,375
Dow Jones Index	1529,93	1536,70
Stand. & Poors	206,43	208,43

Toronto

	24.1.	17.1.
Abitibi-Price	16,625	16,5
Alcan Alu.	42,625	43,75
Bk. of Montreal	37,5	33,5
Bk. of Nova Scotia	13	13,375
Bell Cda Enterprises	38,875	39,75
Bluesky Oil	2,95	3,1
Bow Valley Ind.	13,75	15
Brenda Mines	8,75	-
Brunswick M & Sm.	13,25	13,75
Cdn. Imperial Bk.	41,25	42,25
Cdn. Pacific Ltd.	17,75	18,125
Cominco	13	13,25
Coseka Res.	2,2	2,42
Denison Mines	13,5	13,25
Dome Petroleum	2,85	3,1
Domtar	22,875	22,75
Falconbridge Ltd.	22,75	23,375
Great Lakes Forest	18	18,75
Gulf Canada	20,375	20,625
Gulfstream Res.	0,75	0,98
Hiram Walker Res.	30,375	31,25
Hudson Bay Mng. Sp.8		7,75
Husky Oil	9,375	10
Imperial Oil -A-	47,25	49,125
Inco	20	19,875

	24.1	17.1
Inter City Gas Ltd.	15,75	16,25
Interprov. Pipeline	47,375	42,5
Kerr Addison	17,875	17,25
Lac Minerals	55,625	58,125
Massey Ferguson	2,95	3,05
Moore Corp.	27,125	26,875
Noranda Mines	16,125	17
Norcen Energy Res.	15,875	16,375
Northgate Expl.	4,95	5,15
Northern Telecom.	38	45,125
Nova An Alberta 'A'	6,75	6,75
Nu West Group	0,38	0,38
Oakwood Petrol	7,25	7,75
Placer Development	25,75	26,575
Provigo Inc.	16	16,5
Ranger Oil	4,7	4,65
Revenue Properties	1,95	1,95
Rio Algom	24,375	24,625
Royal Bk. of Can.	31,5	32,5
Seagram	64,125	64,875
Shell Canada	21,75	25,175
Sherritt Gordon	8	8,25
Stelco -A-	23,75	23,625
TransCdn. PipeLines	19,875	20,625
Westcoast Transm.	16,625	16,875
Index: TSE 300	2810,10	2869,70

Tokio

	25.1.	18.1.
Alps.	1900	1830
Bank of Tokyo	705	725
Banyu Pharma	693	685
Bridgestone Tire	512	517
Canon	1110	1150
Daikin Kogyo	601	613
Daiwa House	860	889
Daiwa Sec.	735	737
Eisai	1330	1340
Fuji Bank	1500	1530
Fuji Photo	2030	1980
Fuji Radio	-	-
Hitachi	758	758
Honda	1190	1250
Ikegai Iron	364	360
Isetan	700	700
Ito Yokado	-	3070
Japan Air	11620	9450
Japan Met.	-	348
Japan Syn. Rubber	429	430
Kajima	469	465
Kansai Elec.P.	7110	1970
Kao Soap	1010	997

	25.1	18.1.
Kawasaki H	155	159
Kawasaki S	138	137
Kirin Brewery	753	753
Komatsu	495	507
Kubota Iron	350	348
Kyocera	4720	4450
Makita El.	990	990
Marui	1610	1650
Matsushita El. Ind.	1300	1290
Matsushita El. Wks.	855	870
Mitsubishi CP	508	594
Mitsubishi El.	347	348
Mitsubishi Estate	1090	1140
Mitsubishi Heavy I	370	373
Mitsui Co. Ltd	420	414
Mitsukoshi	596	610
Mitsumi El	1080	985
Nichicon	-	-
Nihon Cement	353	357
Nikko Sec.	670	685
Nippon El.	1310	1300
Nippon Kokan	131	131
Nippon Oil	797	816
Nippon St.	158	157
Nippon Yusen	299	306
Nissan Motor	569	582
Nomura Sec.	1030	1030
Olympus	1050	990
Penta-Ocean	-	347
Pioneer	1890	1780
Renown	720	720
Ricoh	1080	1090
Sankyo	1070	1100
Seiyu Stores	1080	1050
Sekisui Pref	805	818
Sharp	935	940
Shiseido	1350	1360
Sony	4090	4070
Sumitomo Bank	760	770
Taisei Corp.	332	314
Taisho Marine	496	506
Takeda Chem.	982	988
Teijin	470	473
Tokyo Elec.	1260	1250
Tokyo Gas	386	385
Tokio Marine	845	855
Tokyo El. Power	2940	2780
Toray Ind.	505	508
Toshiba Elec.	378	368
Toto	850	856
Toyo Kogyo	390	399
Toyota Motor	1240	1250
Yamaichi	684	690
Yamanouchi	3090	3080
Yamaha	680	660
Yamazaki	800	834
Index	1036,50	1033,40

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Optimismus bei Citroën

Düsseldorf (Py.) – Die Citroën Automobil AG Deutschland, Köln, hat 1985 ihren Umsatz um 5,4 Prozent auf 586 Mill. DM gesteigert. Nach einer Mitteilung der Unternehmensleitung lagen besonders die Modellreihe CX und CX Break sowie der Kleinlieferwagen C 15 gut im Rennen. Insgesamt verkauft Citroën 37 038 (37 744) Fahrzeuge, das entsprach einem Marktanteil von 1,6 Prozent.

Pepsi kauf Seven-up

New York (AP) – Der amerikanische Getränkehersteller Pepsico wird für 380 Mill. Dollar von Philip Morris das Limonade-Unternehmen Seven-up erwerben. Damit fusionieren der zweit- und der drittgrößte Produzent von Erfrischungsgetränken in den USA. Marktführer mit einem geschätzten Anteil von 40 Prozent ist Coca-Cola. Auf Pepsi entfallen etwa 28 und auf Seven-up ungefähr sechs Prozent des Marktes. An Pepsico gehen einer Mitteilung von Philip Morris zufolge nur die weltweiten Marken- und Lizenzrechte der Seven-up über. Die 16 Abfüllbetriebe sowie der Nahrungsmittelbereich blieben bei Philip Morris.

Hertie dementiert

Essen/Frankfurt (dpa/VWD) – Die Frankfurter Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH hat der Stadt Essen vorgeworfen, mit Berichten über die mögliche Schließung weiterer Hertie-Filialen drei Warenhäuser des Konzerns „völlig unnötig ins Gerede gebracht" zu haben. An den „Gerüchten" um die Schließungspläne sei nichts dran, sagte Hertie-Verkaufsdirektor Roland Flach. Ende März 1986 sollen die Hertie-Filialen in Herne, Dortmund und Castrop-Rauxel geschlossen werden. Die Stadt Essen hatte nach einem Gespräch mit Mitgliedern des Hertie-Vorstands mitgeteilt, die Hertie-Verbundhäuser in Essen, Mühlheim und Bochum stünden ebenfalls „zur Disposition".

Ziele nicht erreicht

München (dpa/VWD) – Die Münchener Electronic 2000 Vertriebs-AG ist nach eigenen Angaben mit ihrem Geschäftsergebnis 1985 zufrieden, obwohl sie ihre Ziele wegen des bis zu 80prozentigen Preisverfalls bei elektronischen Bauelementen nicht erreicht hat. Die Electronic 2000-Gruppe, zu der neben der Vertriebs-AG die Position Bauelemenente Vertriebs GmbH und die *H3W Elektronik* Vertriebs GmbH zählen, weise in ihrer ersten konsolidierten Bilanz einen Umsatz von 137,6 (geplant: 150) Mill. DM aus. Die AG hatte im Vorjahr 95,5 Mill. DM umgesetzt. Der Gewinn vor Steuern betrug 1985 bei der Gruppe 14,1 Mill. DM 1984 bei der AG 14,2 Mill. DM.

Kräftiger Gewinnzuwachs

New York (dpa/VWD) – Die Texaco Inc, White Plains (New York), Amerikas drittgrößter Mineralölkonzern, meldet für 1985 einen Gewinnzuwachs um 15 Prozent auf 1,23 Mrd. Dollar. Der Umsatz wird mit 47,5 (47,9) Mrd. Dollar angegeben. In dem Geschäftsbericht der Texaco sind eventuelle Schadenersatz-Zahlungen an die Pennzoil Company nicht berücksichtigt.

ERGEBNISSE

Frankfurt – Düsseldorf	2:0	(0:0)
K'lautern – Nürnberg	0:3	(0:1)
Dortmund – Köln	5:1	(2:0)
Leverkusen – Hamburg	3:2	(0:2)
Bremen – Saarbrücken	1:0	(0:0)
M'gladbach – Hannover	4:3	(2:1)
Bochum – Mannheim	ausgefallen	
München – Schalke	3:2	(1:1)
Stuttgart – Uerdingen	0:2	(0:2)

DIE SPIELE

Frankfurt – Düsseldorf 2:0 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Caspary – Körbel, Kraaz – Sievers, Bertbold, Falkenmayer, Kitzmann, Trieb (55. Friz) – Krämer, Svensson. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Bunte (83. Kremers), Kuczinski – Keim, Bockenfeld, Dusend, Thomas (76. Demandt), Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Friz (68.), 2:0 Berthold (90.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Friz (2), Krämer, Bockenfeld (7/1), Kuczinski (3), Keim (2), Fach.

K'lautern – Nürnberg 0:3 (0:1)

K'lautern: Ehrmann – Dusek – Moser, Wolf, Spielberger – Geye (46. Hoos), Brehme (40. Loechelt), Schupp – Wuttke, Allofs, P. Mohr. – **Nürnberg:** Heider – Reuter – T. Brunner, Grahammer, Giske, Wagner – Lieberwirth (74. Bittorf), Güttler – Philipkowski, Andersen (68. Geyer), Eckstein. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 0:1 Lieberwirth (29.), 0:2 Philipkowski (72.), 0:3 Eckstein (84.). – **Zuschauer:** 8934. – **Gelbe Karten:** Schupp (4/1), Wuttke (4), Philipkowski (3), Bittorf (3). – **Rote Karte:** Moser.

Dortmund – Köln 5:1 (2:0)

Dortmund: Immel – Pagelsdorf – Storck, Hupe – Bittcher, Zorc, Raducanu, Loose, Kutowski – Wegmann, Schüler. – **Köln:** Schumacher – van de Korput (46. Lehnhoff) – Prestin, Steiner – Geilenkirchen, Geils, Bein, Gielchen, Janßen (64. Häßler) – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Wegmann (2.), 2:0 Wegmann (8.), 3:0 Loose (52.), 4:0 Pagelsdorf (66.), 4:1 Gielchen (67.), 5:1 Wegmann (78.). – **Zuschauer:** 17 500. – **Gelbe Karten:** Wegmann (2), Geils (4/1), Littbarski (4/1).

Leverkusen – Hamburg 3:2 (0:2)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Reinhardt, Hielscher – Zechel, Schreier, Götz, Patzke, Drews (46. Hantzidis) – Waas, Tscha. – **Hamburg:** Stein – Plessers – Wasner, Jakobs – Schröder, Lux, Kroth, Rolff, Magath – von Heesen, Gründel. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Gründel (27.), 0:2 Schröder (41.), 1:2 Tscha (50.), 2:2 Tscha (58.), 3:2 Schreier (73., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Zechel (3), Wasner.

Bremen – Saarbrücken 1:0 (0:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Otten, Okudera (72. Hermann), Burgsmüller, Votava, Meier – Neubarth, Ordenewitz (46. Wolter). – **Saarbrücken:** Hallmann – Boysen – W. Müller, Kruszynski – Foda (74. Hönnscheidt), Muntibila, Jambo, Mohr, Blättel – D. Müller, Seel. – **Schiedsrichter:** Schütte (Dortmund). – **Tor:** 1:0 Kutzop (78., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 19 700. – **Gelbe Karte:** Mohr (2).

M'gladbach – Hannover 4:3 (2:1)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Krisp, Hochstätter, Drehsen, Lienen (70. Frontzeck), Winkhold – Mill, Criens. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Geschlecht, Vjetrovic – Surmann, Giesel, Thomas, Heidenreich (65. Gerber), Fleer – Reich, Gue (65. Schaub). – **Schiedsrichter:** Boos (Friedrichsdorf). – **Tore:** 0:1 Surmann (24.), 1:1 Hochstätter (28.), 2:1 Drehsen (29.), 3:1 Criens (50.), 3:2 Thomas (65.), 3:3 Schaub (68.), 4:3 Hannes (75., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Surmann (4/1), Vjetrovic, Hellberg (2), Giesel (4/2).

München – Schalke 3:2 (1:1)

München: Aumann – Beierlorzer – Nachtweih, Eder, Pflügler – Matthäus, Lerby, Willmer – Wohlfarth (46. Hartmann), Hoeneß, Kögl (74. Rummenigge). – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper, Roth – Jakobs (64. Marquardt), Dierßen, Thon, Hartmann – Regenbogen, Täuber (52. Opitz). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Täuber (29.), 1:1 Hoeneß (43.), 2:1 Lerby (48.), 3:1 Hoeneß (70.), 3:2 Thon (88.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Dierßen (4).

Stuttgart – Uerdingen 0:2 (0:2)

Stuttgart: Jäger – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Hartmann (53. Müller), Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson, Nushöhr (65. Schlegel) – Klinsmann, Reichert. – **Uerdingen:** Vollack – F. Funkel – Wöhrlin, Dämgen – Bommer, W. Funkel, Herget, Edvaldsson, Buttgereit – Klinger, Gudmundsson (85. Brinkmann). – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 0:1 Klinger (17.), 0:2 Buttgereit (28.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Schäfer (4), Sigurvinsson ((2).

VORSCHAU

Freitag, 31. Januar, 20.00 Uhr:

Köln – Leverkusen	(1:1)

Samstag, 1. Februar, 15.30 Uhr:

Hannover – München	(0:6)
Hamburg – Bremen	(0:2)
Nürnberg – Dortmund	(4:1)
Düsseldorf – K'lautern	(0:2)
Mannheim – Frankfurt	(0:0)
Uerdingen – Bochum	(2:1)
Saarbrücken – M'gladbach	(0:2)
Schalke – Stuttgart	(1:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Die Torschützenliste

Der Südkoreaner Bum Kun Tscha erzielte für Leverkusen am Samstag zwei Treffer. In der Torschützenliste verbesserte er sich damit auf Platz drei, den er nun zusammen mit dem Bremer Frank Neubarth (beide 13 Tore) einnimmt. Es führt weiterhin Stefan Kuntz vom VfL Bochum mit 16 Treffern vor dem Mannheimer Thomas Remark (14).

FUSSBALL / Nur 90 000 Zuschauer beim Start ins WM-Jahr – Vertragspoker in München

● Auch 41 Tage Pause haben den Hunger auf Fußball nicht gesteigert. Nur 93 134 Zuschauer sahen den Bundesliga-Start ins WM-Jahr. Das sind 11 641 im Schnitt. Noch weniger Besucher gab es nur einmal, direkt nach dem Bundesligaskandal am 18. Mai 1968 (93 000 in neun Spielen).

● Das ist das bittere Ergebnis für alle Klubs: 81,1 Prozent der 40 880 Anrufer bei einer Umfrage des Westdeutschen Rundfunks antworteten mit einem klaren Nein auf die Frage, ob Eintrittspreise, Leistung, Komfort und Service in den Bundesliga-Stadien im rechten Verhältnis stehen würden.

● Fünf Tore gegen Kölns Nationaltorwart Schumacher, Kaiserslautern seit neun Spielen ohne Sieg, Stuttgarts Präsident Mayer-Vorfelder spricht von einer „einzigen Katastrophe". Immer mehr prominente Klubs stecken in einer Dauerkrise. Allen voran der 1. FC Köln, trotz seiner Nationalspieler.

● Einer der wenigen Lichtblicke: Nürnbergs junge Mannschaft scheint die Abstiegszone zu verlassen. Junioren-Nationalspieler Dieter Eckstein hat dafür nach zwei Auswärtssiegen eine einfach klingende Erklärung: „Wir gewinnen endlich die Spiele, in denen wir die bessere Mannshaft sind."

Kaum glaublich, was der 1. FC Köln alles braucht: Neues Team, neues Image und einen neuen Führungsstil

ULFERT SCHRÖDER, **Köln**

Auch leiden kann Harald (Toni) Schumacher besser als alle anderen. Nach verlorenen Spielen leidet er wie ein getretener Hund und jede Niederlage, das ist zu fürchten, kostet ihn einen Tag seines Lebens. Und blutige Finger. Denn nach Spielen wie dem in Dortmund – 1:5 und eine Runde, vollfette Blamage der Kölner – kriecht Schumacher in seinen Fitneß-Keller und wütet am blanken Eisen. „Bis ihm die Haut in Fetzen von den Fingern hängt", weis sein Manager Rüdiger Schmitz.

Deshalb sei es gut, meinte Schmitz, daß sie sich für Sonntag den Trip nach Frankfurt zum Kongreß der Sportärzte vorgenommen hatten. Da saß Schumacher also schon morgens um halb neun und hörte die Professoren Hess und Liesen, hörte Köhnlechner von Verletzung und Genesung reden.

„Ich denke, ein Profi sollte sich da auch um Vertiefung seines Wissens bemühen", sagte Schumacher. Andererseits hätte er, wo es um Leiden und Krankheit ging, auch sehr gut zu Hause bleiben können. Denn da liegt einer, kommt nicht mehr hoch, keiner weiß genau, was der Kranke hat und somit ist die Heilung nicht in Sicht. Die Rede ist, wer sonst könnte es sein, vom 1. FC Köln.

Für die Kölner hat wieder Mal der Aschermittwoch vor Karneval begonnen und wie es derzeit ausschaut, wird auch für den Rest der Saison, vielleicht für den Rest des Jahres, immer Aschermittwoch bleiben. „Wir haben schlecht gespielt", knurrte Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen nach dem Spiel in Dortmund. „Diese Niederlage liegt schwer im Magen, man muß sie erst verdauen", klagte Geschäftsführer Michael Meier.

Auch Trainer Hannes Löhr redete um den heißen Brei herum. „Die Abwehr hat in Standardsituationen versagt. Immel hat gut gehalten. Unsere Lage ist schlecht. Aber da kämpfen wir uns durch. Verbissen, konzentriert, entschlossen." Training war bei den Kölner nicht am Sonntagmorgen. Weder zur Strafe noch sonst. Die Ruhe über dem Vereinsleben „Zum Geißbock" freilich war schwer zu deuten. Ist es die vor dem Sturm oder die der Verzweiflung?

Die Krise kochte bisher auf Sparflamme, brodelte still vor sich hin. Am Wochenende dann kochte sie über. Holger Klemme, Manager von Thomas Allofs, hatte die Nachricht lanciert: Allofs geht zum 1. FC Köln. Damit hatte Klemme dem 1. FC Kaiserslautern die Verhandlungspositionen erleichtert. Das Spielchen ist bekannt: Die Lauterer können Allofs jetzt eine Gehaltserhöhung bieten. Damit erhöht sich auch im Falle eines Transfers die Ablöse.

Ob das in diesem Fall funktioniert, ist freilich fraglich. Denn Allofs hat schon 400 000 Mark pro Jahr in Kaiserslautern verdient. Und um die zwei Millionen Mark kostet er sowieso. Gleichwohl, in Köln hatte genau diese Prise noch gefehlt, um die Suppe ganz zu versalzen. „Noch einer, der da vorne herumstochert", knurrte der Abwehrspieler Steiner. Und die Fans fingen an nachzurechnen: Da ist Littbarski, da ist Klaus Allofs, da ist Uwe Bein. Und nun noch Thomas Allofs. Wie soll das zusammengehen?

„Unser Mittelfeld macht keine Tore, sagt Hannes Löhr dazu, „Tommy könnte hinter den Spitzen spielen und von dort her Tore machen. Und das kann er ja." Zuerst aber macht er mal Unruhe. Das muß auch Hannes Löhr, wenn auch nur indirekt, zugeben. „Es ist sehr nachteilig in dieser Situation, daß so viele Verträge auslaufen am Ende der Saison." Mit anderen Worten: Die Kölner müssen mit einem halben Dutzend Spieler – von *Littbarski* über Bein bis van de Korput – über Geld reden. Und womöglich haben sie künftig gar keins.

Wie tief sie in der Klemme sitzen, merken sie erst jetzt so recht. Die Mannschaft befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Die Fans haben dem Klub in einer Umfrage ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt: Arrogant, nur am Geld interessiert, will mit uns nichts zu tun haben, ständig in Streitereien verwickelt. Außerdem: Die Mehrzahl der Fans kommt vom flachen Lande. In der Stadt selber sehen die Menschen den 1. FC Köln aus großer Distanz.

Der Klub steht so vor einem gewaltigen Berg. Er braucht eine neue Mannschaft, ein neues Image, einen neuen Führungsstil. „Die geistige Frische fehlt", sagt denn auch Schumachers Manager Rüdiger Schmitz, dessen Einfluß, dessen Ideen die Kölner Funktionäre stets abgewehrt haben, obwohl er in vielen Situationen ein guter Vordenker war. Das ist er auch jetzt. „Es war Unsinn zu glauben, die Mannschaft sei gut genug, um im oberen Drittel mitzuspielen", sagt Schmitz. „Ihr jetziger Tabellenplatz drückt die Realitäten aus."

Eine ganz neue Basis, glaubt Schmitz, müsse gelegt werden. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Verpflichtung eines Spielers ausreicht, den 1. FC Köln plötzlich zum Favoriten der Liga zu machen." Und viel Internes sei zu regeln, meint Schmitz, man müsse sich beim 1. FC Köln angewöhnen, anders zu leben und anders zu denken.

So grundsätzlich kann in Köln derzeit freilich keiner fühlen und handeln. Das Tagesgeschäft erdrückt Thielen, Meier und Löhr. Der Millionen-Transfer von Allofs, am Freitag das Duell mit dem ungeliebten Nachbarn Leverkusen und dann ist Karneval – für den 1. FC Köln stets die schlimmste Zeit des Jahres.



Ein Bild der Verzweiflung: Kölns Trainer Hannes Löhr schon beim hohen 1:5 in Dortmund den Tränen nahe. FOTO: NORBERT SCHMIDT

Der 1. FC Nürnberg rappelt sich auf

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	20	14	3	3	58:30	31:9	38:9	19:1	20:21	12:8
2. München	20	12	3	5	40:23	27:13	31:8	18:2	9:15	9:11
3. M'gladbach	20	10	7	3	45:29	27:13	29:12	17:5	16:17	10:8
4. Hamburg	20	11	3	6	34:20	25:15	22:5	15:3	12:15	10:12
5. Leverkusen	20	9	6	5	42:29	24:16	30:14	18:4	12:15	6:12
6. Uerdingen	20	8	5	7	30:45	21:19	15:16	12:6	15:29	9:13
7. Mannheim	19	8	4	7	30:25	20:18	25:10	15:5	7:15	5:13
8. Bochum	18	9	1	8	36:29	19:17	25:13	13:5	11:16	6:12
9. Stuttgart	20	7	5	8	31:33	19:21	17:10	11:9	14:23	8:12
10. Köln	19	5	8	6	29:33	18:20	18:11	12:6	11:22	6:14
11. Dortmund	20	7	4	9	34:45	18:22	26:15	15:7	8:28	3:15
12. Schalke	20	6	5	9	31:33	17:23	19:9	12:6	12:24	5:17
13. K'lautern	20	6	5	9	26:30	17:23	17:9	14:8	9:21	3:15
14. Frankfurt	20	4	9	7	23:33	17:23	14:10	13:9	9:25	4:14
15. Nürnberg	20	7	2	11	32:34	16:24	19:18	9:11	13:16	7:13
16. Saarbrücken	20	4	7	9	26:35	15:25	18:11	13:5	8:24	2:20
17. Hannover	20	5	4	11	34:57	14:26	16:16	9:9	18:41	5:17
18. Düsseldorf	20	4	3	13	28:48	11:29	20:16	11:9	8:32	0:20

Auftrieb mit Höhers Analyse

BERND WEBER, **Nürnberg**

Im neuen Jahr, so scheint es, sind die Nürnberger auf einen alten Trichter gekommen. Auf den nämlich, daß es nicht ausreicht, Fußball nur für die Galerie zu spielen. Daß es nicht genügt, Torchancen herauszuarbeiten, sondern daß man die auch entschlossen verwerten muß. Letzte Woche hat der Aufsteiger mit einem 1:0-Sieg in Mannheim überrascht, am Samstag setzte er noch eins drauf: 3:0 beim 1. FC Kaiserslautern. „Einen besseren Start in die Rückrunde", jubelte Trainer Heinz Höher, „hätten wir nur wirklich nicht erwischen können." Die Erleichterung darüber war ihm deutlich anzusehen. „Es hat Phasen gegeben in dieser Saison", so bekannte er auch, „da habe ich gelitten wie ein Hund."

Tatsächlich hat keine andere Mannschaft solche Haken geschlagen wie die Nürnberger. Beflügelt von der Aufstiegseuphorie haben die Franken zunächst einen Start hingelegt, der die Fans in Verzückung geraten und viele Experten vermuten ließ, hier könnten alte Mönchengladbacher Traditionen des frisch-fröhlichen-freien Angriffsstils aufleben. Doch nachdem dann sogar der zweiten Tabellenplatz erobert worden war, setzte der deutsche Rekordmeister zum Sturzflug an: 1:19 Punkten in Serie.

Gleichwohl hatten die Nürnberger auch während dieser schlimmen Krise, zumindest fürs Auge, schönen Fußball geboten. Doch dort, wo es drauf ankam, im gegnerischen Strafraum nämlich, versagten sie. Sie kassierten, wo immer sie auftraten, die nettesten Komplimente, aber eben keine Punkte mehr.

Höher, begeisterter Schachspieler und mithin dem logischen Denken verpflichtet, machte in seiner Verzweiflung sogar übersinnliche Kräfte für den Einbruch verantwortlich. Weil seine Mannschaft ein paar Heimspiele verloren hatte, als seine Frau Doris auf der Tribüne saß, erteilte er ihr Stadionverbot. Inzwischen aber gilt es nicht mehr, Doris Höher zur WELT: „Mein Mann hat eingesehen, daß es daran wohl nicht gelegen hat." Dafür aber war bei dem Trainer eine andere Erkenntnis gereift. Er analysierte, warum die Stürmer so hektisch wurden, wenn sie frei vor des Gegners Tor standen. Und er kam zu dem Schluß, daß zu viel Druck auf ihnen lastete, weil ihr Vertrauen in die eigene Abwehr nicht sonderlich ausgeprägt war. Die geriet sofort ins Schwimmen, wenn es den Angreifern nicht gelungen war, einen Vorsprung herauszuarbeiten. Von dieser Erkenntnis bis zur erfolgreichen Umstellung war es dann kein weiter Weg mehr. Höher beorderte den technisch hochbegabten Verteidiger Stefan Reuter (22) auf den Libero-Posten. Dieter Lieberwirth, mit 32 Jahren ältester Club-Spieler, der bis dahin der freie Mann hinter der Abwehr war, *mußte ins Mittelfeld vorrücken*. Dazu holten sich die Nürnberger für eine Leihgebühr von 30 000 Mark den Norweger Anders Giske von Bayer Leverkusen zurück. Drei Maßnahmen, drei Glücksgriffe. Reuter tritt in seiner neuen Rolle so souverän auf, strahlt so viel Ruhe und Übersicht aus, daß viele ihn sogar eine Nationalmannschaftskarriere zutrauen. Lieberwirth, der seinen Job zunächst eher unlustig angetreten hatte, gab dem Mittelfeld frische Impulse, drängt wuchtig nach vorn ohne seine Abwehraufgaben zu vernachlässigen und schoß – was sicherlich nicht nur Zufall war – in Kaiserslautern den wichtigen Führungstreffer. Es war sein erstes Saisontor. „In der neuen Formation", meint Lieberwirth, „lassen wir uns wohl nicht mehr so leicht verwirren wie vorher." Am Samstagabend war der Routinier Gast im ZDF-Sportstudio. Da freilich hatte ihn Moderator Karl Senne ein wenig aus der Fassung gebracht. Mit der *scharfsinnigen Frage, ob der 4:0*-Punktestart nach der Winterpause die Mannschaft jetzt beflügeln werde ...

Anders Giske schließlich, von Leverkusens Trainer Erich Ribbek nur als zweite Wahl eingestuft und deshalb an seinen früheren Arbeitsplatz Nürnberg abgeschoben, schlug ebenfalls phantastisch ein. In Mannheim ließ er Torjäger Thomas Remark keinen Stich, in Kaiserslautern verurteilte er Thomas Allofs zur Bedeutungslosigkeit. Nürnbergs Vize-Präsident Sven Oberhof: „Daß wir in beiden Spielen keine Gegentore kassiert haben, ist in erster Linie Giskes Verdienst." Fazit, die Welt ist in Nürnberg wieder in Ordnung. Und sie wird es bleiben, „wenn", wie Trianer Höher fordert, „wir nicht anfangen zu spinnen. Denn noch sind wir längst nicht aus dem Schneider."

Harte Fronten bei Bayern München Uli Hoeneß: „Der Vertrag war klar, plötzlich will Lattek nur über zwei Jahre abschließen"

Von ULRICH DOST

Wird der deutsche Fußballmeister Bayern München in der nächsten Saison einen neuen Trainer verpflichten müssen? Die Positionen bei der Vertragverlängerung zwischen **Udo Lattek** (51) und dem FC Bayern München sind festgefahren, wenn auch nicht verhärtet. Derzeit ist eine Trennung wahrscheinlicher. Denn beide Parteien werden ohne Gesichtsverlust nicht von ihren Forderungen weichen können: Udo Lattek fordert einen Zweijahresvertrag, die Bayern wollen aber zunächst einmal nur einen Einjahresvertrag anbieten. Lattek sagt klipp und klar: „Den Einjahresvertrag akzeptiere ich nicht." Bayern-Präsident **Fritz Scherer** (45) sagt ebenso *unmißverständlich*: „Unser Angebot wird nicht geändert."





Hannovers neuer Trainer Berger als Schutzwall zwischen Schiedsrichter Roos und seinem Spieler Giesel, der wegen einer Elfmeter-Entscheidung handgreiflich werden wollte. FOTO: LUBEJPRINTS

Die WELT sprach mit Bayern-Manager **Uli Hoeneß** (33) darüber, wie es zu dieser konträren Haltung kam und wie im Verein die weitere Entwicklung gesehen wird.

Welt: Warum sind die Bayern nicht bereit, einen so erfolgreichen Trainer wie Udo Lattek für zwei weitere Jahre an sich zu binden?

Hoeneß: Grundsätzlich wären wir ja dazu bereit, doch wir sehen es so: Wir verlängern jetzt erst einmal den Vertrag für ein Jahr, und dann im nächsten Jahr wieder. So wie es Borussia Mönchengladbach mit **Hennes Weisweiler** tat. In den ersten zwei Jahren lernt man sich kennen, doch danach erscheint eine einjährige Vertragsverlängerung für den Verein ratsamer. Man muß sich einmal vorstellen, wenn wir mit Lattek jetzt längerfristig abschließen, und dann bleibt plötzlich in der nächsten Saison *schon der Erfolg aus. Dann müssen* wir Lattek auszahlen und einen neuen Trainer bezahlen. Das wollen wir uns ersparen.

Welt: Sie riskieren aber doch dabei, einen der erfolgreichsten Vereinstrainer Europas zu verlieren.

Hoeneß: Dieses Risiko steckt damit drin. Der Fußball verändert sich so schnell. Der Druck durch die Transfergeschäfte wird bei uns immer größer. Beim FC Bayern muß man Erfolg haben. Udo Lattek müßte doch eigentlich selbstbewußt genug sein, um zu glauben, daß er auch die nächste Saison bei uns übersteht. Dann würden wir sofort wieder verlängern. Er ist und bleibt unsere Nummer eins.

Welt: Spielen denn finanzielle Dinge eine Rolle. Verlangt Lattek zu viel Geld?

Hoeneß: Das Geld spielt keine Rolle. Lattek verdient so gut bei uns; da gibt es in ganz Deutschland keinen Vergleich. Wir hatten den neuen Vertrag ja schon ausgearbeitet. Meine Hand drauf, es ging nur noch um Kleinigkeiten, wie um ein Auto zum Beispiel, alles andere war klar. Als Udo Lattek den Vertrag unterschreiben sollte, sagte er plötzlich und ohne Erklärung, daß er nur für zwei Jahre verlängert.

Welt: Lattek hat gesagt, er wolle nicht mehr so lange im Geschäft bleiben, er wolle mehr Freizeit und schließlich werde seine Tochter im nächsten Jahr eingeschult, da brauche er eine Sicherheit.

Hoeneß: Ich sehe es so: Er wird noch in ein, zwei, drei oder acht Jahre als Trainer arbeiten. Er ist ein Besessener, er kann gar nicht anders. Das ist es ja auch, was uns an ihm so gefällt. Wer aber aus Sicherheitsdenken sich *gegen Bayern entscheidet, dem kann* man nicht helfen. Zu uns gibt es in Deutschland keinen Ersatz. Bei uns kriegt der Trainer alles, was er will, er braucht nur den Mund aufzutun: Spieler, Trainingslager, was auch immer.

Welt: Worin sehen Sie denn die Ursache für den plötzlichen Sinneswandel?

Hoeneß: Für mich ist klar, daß er ein anderes Angebot von einem Bundesligaklub vorliegen hat, der ihn für zwei, drei Jahre verpflichten will.

Welt: Wie lange lassen Sie denn Ihr Angebot bestehen?

Hoeneß: Udo Lattek kann heute, in einer Woche, wann auch immer unterschreiben. Das Angebot bleibt bis auf weiteres bestehen.

Welt: Machen Sie sich schon Sorgen darüber, plötzlich auf die Schnelle einen neuen Trainer verpflichten zu müssen, wenn Lattek die Entscheidung hinausschiebt und dann doch geht?

Hoeneß: Sorgen machen wir uns nicht, aber Gedanken schon. Ich denke schon, daß es in Europa einige Trainer gibt, die gerne zum FC Bayern kommen würden. So selbstbewußt sind wir schon.

Welt: Von Udo Lattek weiß man, daß er bei einer Trennung gerne schmutzige Wäsche wäscht.

Hoeneß: Das ist jetzt unmöglich. Er selbst hat gesagt, daß es bei ihm die erste korrekte Trennung wäre – eine Trennung ohne Haß und Schuldzuweisung. Hier geht es um die Sache, um das Prinzip. Er wird deshalb immer mein Freund bleiben. Bei Leuten, denen es gutgeht, können wir härter sein. Bei Leuten denen es schlechtgeht, helfen wir. Das wissen *auch unsere Spieler*. Für mich sind die Verhandlungen mit meinem Bruder Dieter deshalb immer am schwersten.

*

Dieses Thema wird sich für Uli Hoeneß aber erledigt haben. Denn es sieht nicht so aus, als ob sein Bruder **Dieter Hoeneß** (33) nicht noch ein weiteres Jahr beim FC Bayern spielen werde. Wie wichtig der Dieter für die Bayern noch ist, zeigte er am Samstag gegen den FC Schalke 04. Ohne seine beiden Treffer zum 3:2-Erfolg hätte das neue Jahr für den Meister mit einem bösen Erwachen beginnen können. Aber Dieter Hoeneß, oft wegen seiner Unbeweglichkeit verspottet, wegen seiner entscheidenden Tore dann aber wieder heißgeliebt, hat sie davor bewahrt. Er sagt: „Wenn die jungen Spieler besser treffen würden, hätte ich schon längst aufgehört."

Dieter Hoeneß kann sofort bei einer Sportartikelfirma einsteigen. Er sagt, sie würden ihm die Bude einrennen. Und es sieht so aus, als ob sie Erfolg haben würden. Denn Dieter Hoeneß sagt: „Mein Kopf ruft nach einer neuen Aufgabe." Den FC Bayern kann er damit nicht gemeint haben.

*

Selten genug kommt es vor, daß gleich drei Spiele durch einen verwandelten Elfmeter noch zugunsten der Heimmannschaften entschieden werden. **Wilfried Hannes** (28) zum 4:3 für Mönchengladbach gegen Hannover, **Christian Schreier** (26) zum 3:2 für Leverkusen gegen Hamburg und **Michael Kutzop** (30) zum 1:0 für Bremen gegen Saarbrücken bewahrten ihre Mannschaft jeweils vor einem *Punktverlust*. Da versteht es sich fast von selbst, daß in allen drei Stadien die Diskussion stattfand, ob der Elfmeter berechtigt war oder nicht.

Stadion Böckelberg: Hannovers Torwart **Ralf Raps** (24) und Abwehrspieler **Roman Geschlecht** (24) sowie Gladbachs Mittelstürmer **Frank Mill** (27) fanden sich nach einer unübersichtlichen Situation plötzlich gemeinsam am Boden wieder. Selbst zur Verblüffung der Zuschauer zeigte Schiedsrichter **Rainer Roos** (39) aus Friedrichsdorf auf den Elfmeterpunkt: Geschlecht soll Mill umgerissen haben.

Für Mill, der den Strafstoß herausgeholt hat, gab es überhaupt keinen Zweifel: „Ich wurde von hinten weggerissen." Geschlecht verwies darauf, daß Mill als Strafstoßschinder hinreichend bekannt sei: „Man kennt doch den Mill. Ich war hinter ihm, wir sind zusammengeprallt und dabei gestürzt." Hannovers neuer Trainer **Jörg Berger** (39) hat sich eine ganz neue Betrachtungsweise angewöhnt: „Ich glaube weder meinem Spieler noch dem Gegenspieler. Aber auch nicht dem Schiedsrichter."

Es wird auffallen, wie sich die Aussagen bei den beiden nächsten Beispielen wiederholen werden.

Stadion in Leverkusen: Der flinke **Thomas Zechel** (21), der am Samstag 21 Jahre alt wurde, überläuft seinen Gegenspieler **Thomas Kroth** (24) und dringt mit dem Ball am Fuß in den Strafraum ein. Plötzlich stürzt er. Im Stadion sah es für jeden so aus, als habe Kroth Zechel von hinten in die Ferse getreten. Klarer Fall von Strafstoß. Doch die Hamburger protestieren. Bis zuletzt versucht Mannschaftsführer Dietmar Jacobs den Schiedsrichter **Aron Schmidhuber** (38) aus Ottobrunn umzustimmen. Vergeblich.

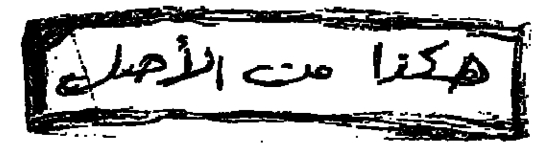
Thomas Kroth beteuert hinterher, er habe Zechel nicht berührt. Der habe in den Rasen getreten. Zechel, ganz abgezockter Profi, aber sagt: „Ich wurde von Kroth von hinten getroffen." Wo genau, dies wußte er nicht mehr. Pech nur für Zechel: Auch wenn die Fernsehbilder es nicht hunderprozentig beweisen konnten, aber es sah doch eher so aus, als habe Kroth seinen Gegenspieler tatsächlich nicht berührt.

Stadion in Bremen: Hier konnten die Fernsehbilder noch am schlechtesten den Beweis erbringen, ob Schiedsrichter **Werner Schütte** (45) zu recht gepfiffen hatte. Er selbst sagt: „Eine klare Angelegenheit." Für ihn war es keine Frage, daß Saarbrückens **Norbert Hönnscheidt** (25) den Bremer **Norbert Meier** (25) gefoult hatte, als dieser in den Strafraum eindringen wollte. „Riesensauerei", so Saarbrückens Trainer **Uwe Klimaschefski** (46).

Der Sportinformationsdienst (sid) schrieb gestern über einen Dialog, der sich zwischen Klimaschefski und Bremens Präsident **Franz Böhmert** (48) abgespielt haben soll. Böhmert: „Klarer geht es nicht." Klimaschefski: „Sie haben ja nicht die geringste Ahnung." Böhmert: „Benehmen ist bei Ihnen wie gewohnt Glückssache."

So lauten nun einmal die Gesetze im Profi-Fußball: Vorteile, ob zurecht oder nicht, werden zur eigenen Sache gemacht. Der Benachteiligte kann sich aufregen, so lange er will. Nur gut, daß sich innerhalb einer Saison alles ausgleicht. Die heute noch protestieren, halten morgen den Mund.





2. Liga

Keine Wende durch Gutendorf bei Hertha BSC

DW. Bonn

Das Erscheinen von Trainer Rudi Gutendorf hat bei Hertha BSC Berlin die Führungskrise eher verstärkt (Rücktritte von Vizepräsident Kudritzki und Schatzmeister Herzog) und vorerst auch keinen sportlichen umschwung gebracht. Bei Gutendorfs Debüt als Cheftrainer des Berliner Traditionsvereins gab es ein 1:2 bei Rot-Weiß Oberhausen. Nur dem guten Torwart Köpke war es zu verdanken, daß die Niederlage nicht höher ausfiel.

Neben beiden Punkten verlor der abstiegsbedrohte Verein auch noch Libero Hanne Weiner durch einen Platzverweis. Er ist bereits der 26. Spieler der Zweiten Liga, der in dieser Saison die rote Karte sah.

DIE ERGEBNISSE

TB Berlin – Wattenscheid	1:2	(0:1)
Oberhausen – Hertha BSC	2:1	(1:0)
Braunschweig – Freiburg	2:0	(2:0)
Homburg – Aschaffenburg	4:2	(2:1)
BW Berlin – Karlsruhe	1:1	(0:1)
Stuttgart – Solingen	3:1	(2:1)
Köln – Duisburg	2:2	(1:0)
Bielefeld – Osnabrück	ausgefallen	
Bayreuth – Aachen	ausgefallen	
Kassel – Darmstadt	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Homburg	22	14	3	5	56:25	31:13
2.Stuttgart	22	11	7	4	44:31	29:15
3.Bielefeld	21	12	3	6	35:23	27:15
4.Köln	22	11	5	6	41:32	27:17
5.Wattenscheid	22	11	3	8	37:39	25:19
6.Karlsruhe	22	10	5	7	39:30	25:19
7.Aachen	21	8	8	5	31:20	24:18
8.BW Berlin	22	8	8	6	40:29	24:20
9.Darmstadt	21	8	7	6	36:27	23:19
10.Kassel	21	10	3	8	33:32	23:19
11.Solingen	22	8	5	9	29:39	21:23
12.Braunschweig	22	7	7	8	39:37	21:23
13.Osnabrück	21	6	8	7	29:33	20:22
14.Aschaffenb.	22	9	2	11	36:40	20:24
15.Oberhausen	22	6	7	9	29:34	19:25
16.Bayreuth	21	7	3	11	26:46	17:25
17.Hertha BSC	22	4	9	9	29:41	17:27
18.Freiburg	22	5	6	11	28:38	16:28
19.TB Berlin	22	4	6	12	32:47	14:30
20.Duisburg	22	3	5	14	18:44	11:33

DIE VORSCHAU

Freitag, 31. Januar, 20 Uhr: Duisburg – Kassel – **Samstag, 1. Februar, 14.30 Uhr:** Aschaffenburg – Bielefeld, Freiburg – Homburg; **15.30 Uhr:** Darmstadt – TB Berlin, Aachen – Stuttgart, Karlsruhe – Bayreuth. – **Sonntag, 2. Februar, 15 Uhr:** Wattenscheid – BW Berlin, Osnabrück – Köln, Solingen – Oberhausen, Hertha BSC – Braunschweig.

FUSSBALL / Pokal

Horst Köppels Glücksgriff für den VfB Stuttgart

dpa, Stuttgart

Ein Schwabe meinte es besonders gut mit seinen Landsleuten. Als der ehemalige Stuttgarter Fußball-Profi und heutige Beckenbauer-Assistent Horst Köppel die Halbfinalpaarungen im deutschen Fußball-Pokal ausloste und dem VfB Stuttgart Borussia Dortmund als Heimgegner präsentierte, fielen Vereinsführung und Spielern des zweimaligen Pokalsiegers im VIP-Raum des Neckarstadions Steine vom Herzen. Stuttgarts Trainer Otto Baric: „Ein gutes Los und die große Chance, ins Finale zu kommen." Dem SV Waldhof Mannheim als zweitem baden-württembergischen Klub bescherte Köppel den FC Bayern München und damit immerhin ein volles Stadion.

Bei den Dortmundern, die vor dem Einzug ins Semifinale dreimal beinahe an Amateurvereinen gescheitert wären und nun erneut auswärts antreten müssen, herrschte einmal mehr große Enttäuschung. Präsident *Reinhard Rauball*: „Bei einem Heimspiel mit 40 000 Zuschauern hätten wir eine stille Reserve anlegen können." Trainer Pal Csernai hält die „Aufgabe für nicht unlösbar, obwohl sie erschwert wird, weil der VfB nach dem schlechten Abschneiden in der Bundesliga alles daran setzen wird, im Pokal erfolgreich zu sein."

„Die Bayern – nun, ja ... Ich habe schon vorher gesagt, daß wir's nehmen, wie's kommt." Mannheims Trainer Klaus Schlappner bleibt gelassen, „weil wir gegen Bayern München in der Bundesliga noch nie zu Hause verloren haben." Gewonnen jedoch auch noch nicht. Ähnlich wie Stuttgart kann auch Mannheim nicht mehr auf seine Heimstärke bauen und läuft deshalb Gefahr, nach 1935, 1937, 1939 und 1953 wieder im Halbfinale zu scheitern. Eine pikante Note erhält das Duell zudem, weil sich beide Klubs knapp zwei Wochen vorher im Kampf um Punkte gegenüberstehen.

Bayern Münchens Trainer Udo Lattek rief entgeistert, als er Köppels Amtshandlung am Bildschirm verfolgte: „Ich zupfe Dir den Schnurrbart aus." Optimist Lothar Matthäus sagte: „Wir haben bisher viermal auswärts bestanden. Waldhof wirft uns auch nicht um."

RADSPORT / Skandal um Querfeldein-Weltmeisterschaft im Schlamm

Kluge: Weinkrampf vor dem Start
Thaler: Titel kampflos abgegeben

MARTIN GROHLEDER, Lembeek

Der Aufschwung währte nur ein knappes Jahr. Rund zwölf Monate nach den beiden grandiosen Weltmeisterschaftserfolgen im Querfeldein-Radfahren wurden die Sieger zu Verlierern. Auf einem Schlammfeld im belgischen Lembeek verlor zunächst Amateur-Weltmeister Mike Kluge (Berlin) seinen im Vorjahr in München errungenen Titel, und knapp 20 Stunden später verzichtete Profi-Weltmeister Klaus-Peter Thaler (Gevelsberg) auf den Versuch einer Titelverteidigung. Der größte Verlierer aber war sicherlich der Querfeldein-Sport, der gerade erst – bedingt durch den Gewinn der beiden Goldmedaillen – an Popularität gewonnen hatte.

Die irregulären Bedingungen bei den Weltmeisterschaften in Lembeek zerstörten nicht nur die Hoffnungen der deutschen Fahrer, sie lösten auch Ärger und Enttäuschung bei den Offiziellen aus: „Dieses Rennen war unter diesen Bedingungen eine Anti-*Werbung für das schöne Querfeld*ein-Fahren. Damit wird unsere jahrelange Arbeit auf diesem Gebiet, die mit den beiden Weltmeisterschaften im letzten Jahr soviel Aufmerksamkeit fand, kaputtgemacht", ärgerte sich Bundestrainer Klaus Jördens. Er hatte schon vorher befürchtet: „Unter diesen Bedingungen haben unsere Fahrer hier nicht die Spur einer Chance."

Die Wirklichkeit übertraf dann sogar die schlimmsten Befürchtungen. Obwohl der Parcours am Freitag bei der Abnahme noch in einigen entscheidenden Passagen geändert worden war, versanken die Hoffnungen der Favoriten in einem knietief aufgeweichten Lehmfeld. Betroffen davon waren fast alle Fahrer – Hauptleidtragender jedoch war Mike Kluge (23), der seinen WM-Titel beinahe kampflos verlor und mit einem Rückstand von 3:41 Minuten nur Platz 15 unter 50 Teilnehmern erreichte.

Abgelöst wurde Kluge bezeichnenderweise von einem Außenseiter, von dem schon 31 Jahre alten italienischen Eisenbahnarbeiter Vito di Tano aus Bologna. Der Italiener hatte sich in der zweiten von insgesamt sieben Runden des 2,7 km langen Kurses die Führung erkämpft und sie bis zum Schluß kontinuierlich ausgebaut. Seinen Sieg hat er den Besonderheiten der Strecke zu verdanken, die zu 70 Prozent aus Laufpassagen bestand und so eher einem Cross-Lauf als einem Rad-Cross ähnelte.



Im Schlamm stecken geblieben: Mike Kluge. FOTO: RZEPKA

Vito di Tano kommt auf einem solchen Boden am besten zurecht. Das hat er bereits vor sieben Jahren bewiesen, als er im italienischen Saccolongo unter ähnlich regelwidrigen Bedingungen erstmals Weltmeister wurde. Damals wie heute profitierte der langaufgeschossene Italiener von seiner enormen Schrittlänge. Den Vorteil nutzte er konsequent: Er schulterte sein Rad schon in solchen Passagen, in denen seine Konkurrenten noch zu fahren versuchten.

Die Taktik des Italieners ging auf. Als ein heftiger Schnee- und Hagelsturm den Wettbewerb zusätzlich erschwerte, eilte er der Konkurrenz davon und erreichte das Ziel mit einem Vorsprung von fast eineinhalb Minuten vor den beiden Belgiern Yvan Messelis und Ludo de Rey. Der Flame Dirk Pauwels wurde Siebter und sicherte den Belgiern damit den Sieg in der Mannschaftswertung. Auf dieser Grundlage begegneten die lokalen Organisatoren der massiven Kritik nahezu ungerührt: „Der Kurs war seit einem Jahr bekannt, wer Weltmeister werden wollte, konnte sich entsprechend darauf einstellen."

Das klang wie Hohn in den Ohren von Mike Kluge, dessen Moral schon vor dem Start gebrochen war, denn der morastige Boden und die Kälte waren die größten Feinde seines technisch ausgefeilten Fahrstils. Ein Weinkrampf vor dem Start war Ausdruck seiner Frustration und Aussichtslosigkeit: „Ich hatte noch nie soviel Angst vor einem Rennen", gestand er und kritisierte den Internationalen Radsport-Verband (UCI): „Es ist eine Schweinerei und Unverschämtheit, einen WM-Kurs über Äkker, Wiesen und Maisfelder zu legen, obwohl man wußte, daß das Rennen bei Regen und Schnee zu einer totalen Schlamm- und Lauftour wird. Ich bin enttäuscht, daß ich meinen Titel an einen Mann abgeben mußte, den ich jedesmal geschlagen habe und der auf einem normalen Kurs nicht einmal unter die ersten Fünf gekommen wäre."

Höhepunkt der organisatorischen Pannen war das Fehlen sanitärer Anlagen. Trotz bitterer Kälte standen den Fahrern weder Toiletten noch Dusch- oder Umkleidemöglichkeiten zur Verfügung. Angesichts der Unzulänglichkeiten forderte Kluge im Nachhinein den Boykott solcher Ti*telkämpfe, wie er von Klaus-Peter* Thaler im Wettbewerb der Profis am Sonntag praktiziert wurde. „Ich will mit meinem Verzicht auf die Verteidigung meines Titels ein Zeichen setzen", erklärte Thaler, dessen Entscheidung von Mike Kluge unterstützt wurde: „Wenn sich noch andere Länder wie die Schweiz oder die CSSR angeschlossen hätten, würden derartige Veranstaltungen in Zukunft verhindert werden."

TENNIS / Abstieg im Europacup vermieden

Maurer ist plötzlich wieder erste Wahl ...

CLAUS GEISSMAR, London

Nach Mexiko fährt Anfang März dieselbe Mannschaft, die im Münchner Daviscup-Finale stand. Andreas Maurer bleibt der Doppelpartner von Boris Becker. Das stellte Kapitän Wilhelm Bungert in einem Gespräch mit der WELT klar, nachdem sich die deutsche Mannschaft mit einem Sieg über die Schweden im Europacup den Klassenerhalt gesichert hatte. Bungert nannte das Londoner Turnier eine „traurige Veranstaltung".

Die beiden Daviscup-Nationen Deutschland und Schweden, die vor fünf Wochen Millionen Zuschauer an den Fernsehgeräten fasziniert hatten, fanden sich in London vor einer Geisterkulisse wieder. 92 Zuschauer sahen gestern morgen in der neuen Halle des Queens Clubs den Abstiegskampf zwischen Schweden und Deutschland, in dem die Schweden als klare Favoriten galten. Denn sie konnten im Einzel mit Jan Gunnarsson (23) und Peter Lundgren (20) die Nummer 25 und Nummer 27 der Weltrangliste aufbieten. Aus Angst vor dem Abstieg ließ Bungert nicht mehr Ricki Osterthun, sondern Hansjörg Schwaier im Einzel spielen. Der Bayer, Spezialist auf Sandplätzen, gilt in der Halle immer als potentieller Verlierer. Bungerts Entscheidung war daher ein Verzweiflungsschritt. Schwaier, Nummer 47 der Weltrangliste, mußte sogar als Nummer eins für Deutschland spielen, weil Michael Westphal auf Nummer 51 vier Plätze hinter ihm steht.

Bungerts Rechnung ging unerwartet glatt auf. Michael Westphal, der vorher gegen den Engländer Bates und den Tschechen Pimek verloren hatte, entdeckte plötzlich seinen Aufschlag wieder. Den ersten Satz (7:5) gegen Lundgren sicherte er sich im letzten Spiel mit drei Assen. Sechs weitere Asse im zweiten Satz (6:2) machten die Partie fast einseitig. Peter Lundgren gab zwei eigene Aufschlagspiele sogar mit Doppelfehlern ab. Hansjörg Schwaier bot gegen Jan Gunnarsson eine fast fehlerlose Leistung. Zum Erstaunen der eigenen Mannschaftskameraden griff Schwaier, der sonst gerne auf der Grundlinie stehenbleibt, selbst an. Sobald der Schwede nach vorn stürmte, wurde er mit sauberen Rückhand- und Vorhandbällen passiert. Dabei kam ein unverhofft deutlicher 6:2, 6:4-Erfolg heraus.

Dennoch war Kapitän Bungert nach dem deutschen Sieg kritisch genug, um festzustellen: „Das war zwar eine schöne Leistung von Westphal und Schwaier. Aber uns hat auch geholfen, daß die Schweden so unerwartet schwach spielten." Der schwedische Kapitän Hans Ohlson hatte den Fehler gemacht, keinen seiner fünf anderen Star-Spieler mitzubrin*gen, die noch vor Gunnarsson und* Lundgren in der Weltrangliste stehen.

Während Westphal und Schwaier am letzten Tag dieses Europacups doch noch beweisen konnten, daß sich im deutschen Team nicht alles um Boris Becker drehen muß, war eine andere negative Erkenntnis für die deutsche Mannschaftsführung unvermeidlich: Die Nachwuchsspieler Ricki Osterthun und Tore Meinecke sind noch nicht reif für die Daviscup-Mannschaft. Daran ändert auch ihr 7:6, 6:3-Sieg im unwichtigen Doppel über Svensson/Lundgren nichts.

Osterthun wird die Mexiko-Reise nach Becker, Schwaier, Westphal und Maurer voraussichtlich nur als „fünfter Mann" (Bungert) mitmachen. Aber an einen Einsatz des 21jährigen denkt Bungert noch nicht. Trainer Niki Pilic hatte Osterthun dagegen schon als Doppelpartner von Boris Becker gesehen. Da in Mexiko auf Sand gespielt wird, hat Hansjörg Schwaier eine neue Chance. Aber auch insofern stellte Kapitän Bungert klar: „Über die endgültige Aufstellung entscheiden wir erst 48 Stunden vor Spielbeginn. Man kann ja heute noch gar nicht wissen, wie die einzelnen Spieler die Höhenverhältnisse verkraften."

Und zu der Behauptung, er werde Ende des Jahres zurücktreten, stellt Bungert richtig: „Ich habe nur gesagt, wenn das Jahr 1986 genauso hektisch wird wie 1985, wenn wir also bis zum Endspiel durchkommen und ich daher viel Zeit aufwenden muß, dann entstehen für mich berufliche Engpässe. Aber so weit sind wir ja lange noch nicht."

SPORT-NACHRICHTEN

Flo Hyman gestorben

Tokio (dpa) – Die amerikanische Volleyball-Rekordnationalspielerin Flo Hyman ist tot. Die 31jährige Sportlerin war während eines Mei*sterschaftsspiels ihres neuen* Vereins Daiei Kobe zusammengebrochen. Ein Arzt diagnostizierte Atemlähmung und Herzstillstand.

Schach-Revanche im Juli?

Moskau (dpa) – Der sowjetische Schachverband hat offiziell bekanntgegeben, Weltmeister Garri Kasparow und sein Vorgänger Anatoli Karpow hätten sich darauf geeinigt, *die* Weltmeisterschafts-Revanche erst im Juli oder August in Leningrad auszutragen. Kasparow hatte bislang den für den 10. Februar vorgesehenen Rückkampf abgelehnt.

Olga Nemes ausgeschieden

Brighton (sid) – Die Saarbrückerin Olga Nemes, Europas Ranglisten-Erste im Tischtennis, und ihre Nationalmannschaftskameraden Ralf Wosik (Düsseldorf) und Jörg Roßkopf (Frankfurt) sind im Viertelfinale der internationalen englischen Meisterschaften ausgeschieden.

Siebtes Todesopfer

Dakar (sid) – Die Wüstenrallye Paris–Dakar hat ihr siebtes Opfer gefordert. Am Freitag abend erlag der italienische Motorradfahrer Gian Paolo Marinoni seinen anfangs leichter eingeschätzten inneren Verletzungen, die er zwei Tage zuvor bei einem Sturz auf der Etappe zwischen Mboro und dem Rode-See erlitten hatte.

Siebzehnter K.-o.-Sieg

Atlantic City (sid) – Der 19 Jahre alte amerikanische Schwergewichts-Box-Profi Mike Tyson feierte in einem Kampf gegen seinen Landsmann Mike Jameson in Atlantic City seinen 17. K.-o.-Sieg in Folge. Tyson brach damit den Rekord des früheren Weltmeisters Rocky Marciano, der seine ersten 16 Kämpfe vorzeitig für sich entschieden hatte.

Hoher Box-Sieg der UdSSR

Moskau (sid) – Mit 24:0 gewannen die Amateur-Boxer der UdSSR in Moskau den ersten von drei Länderkämpfen gegen die USA.

Meister gegen Pokalsieger

Düsseldorf (sid) – Im Viertelfinale um den Vereinspokal des Deutschen Basketball-Bundes am 8. Februar spielt Meister Bayer 04 Leverkusen gegen Titelverteidiger ASC Göttingen. Die übrigen Begegnungen: BSC Köln – SSV Hagen, MTV Gießen – BG Bayreuth, Vfl Marburg – Bayern München.

Und noch ein Fehl-Versuch

La Paz (sid) – Radprofi Gregor Braun aus Neustadt ist erneut bei einem Weltrekord-Versuch gescheitert. Auf der Höhenbahn von La Paz verfehlte der 30jährige die nunmehr angepeilte Zehn-Kilometer-Bestmarke des Italieners Francesco Moser. Braun will seine Versuche in Santiago de Chile fortsetzen.

Langer holt auf

Phoenix (GAB) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) arbeitete sich bei der Phoenix-Open (Arizona) auf den 15. Rang unter 144 Konkurrenten vor. Der 28jährige spielte die ersten drei der vier Runden in 69+68+67=204 Schlägen bei Par 71. Es führt Hale Sutton mit 64+64+68=196 Schlägen.

Dritte Bestleistung

Albuquerque (dpa) – Billy Olsen hat die die Weltbestmarke im Stabhochsprung in der Halle zum dritten Mal in diesem Jahr verbessert. In Albuquerque erreichte er 5,89 m (vorher 5,86 und 5,87).

Astrid Hühns Weigerung

Leverkusen (sid) – Handball-Nationaltorhüterin Astrid Hühn von Bayer Leverkusen will unter Bundestrainer Ekke Hoffmann nicht mehr für Deutschland spielen. Der Handball-Bund hatte die Spielerin – nach ihrer Meinung auf Betreiben Hoffmanns – für ein Bundesligaspiel gesperrt, da sie aus privaten Gründen auf eine Teilnahme beim Sieben-Länder-Turnier in der CSSR vom 29. Januar bis 1. Februar verzichtet hatte.

Weyers Verzicht Beginn einer Führungskrise?

DW. Frankfurt

„Mein Verzicht ist unwiderruflich. Mir wurden sehr deutlich die Grenzen meiner Leistungsfähigkeit aufgezeigt. Ein Zusammenbruch wie in der kurzen Phase meines Auftrittes bei der Düsseldorfer Boots-Messe ist für die Zukunft nicht auszuschließen." Mit diesen Worten gab Willi Weyer (68) seinen Entschluß bekannt, am 3. Mai auf dem Bundestag des Deutschen Sportbundes (DSB) nicht mehr für das Amt des Präsidenten zu kandidieren.

Weyers Verzichterklärung ist die Folge einer schweren Herz-Lungen-Erkrankung, erschwert durch schon früher erkannte Diabetes und jetzt aufgetretene Durchblutungsstörungen. Eine Prüfung der Leistungsfähigkeit, die sich Weyer selbst auferlegt hatte, wurde von ihm nicht bestanden. Schon Anfang Oktober letzten Jahres war er von einer Dienstreise nach Moskau mit einem Lungenödem zurückgekehrt. Es folgte ein Krankenhausaufenthalt und eine auf fünf Wochen geplante Kur, die Weyer jedoch bereits nach drei Wochen abbrach.

Nun folgte Weyer dem Rat seines Freundes Wildor Hollmann, dem Leiter des Kölner Institutes für Herz- und Kreislaufforschung. Er hatte ihm den Rückzug von seinen Ämtern empfohlen. Weyer: „Es geht um meine Gesundheit und letztlich um rund hundert Tage Arbeit im Jahr. Eine enorme Belastung, die nun wegfällt. Hollmann machte mir das klar, nachdem mein Hagener Hausarzt sowie meine Tochter und mein Sohn, die ebenfalls Mediziner sind, schon vorher gewarnt hatten."

Mit dem Abgang des FDP-Politikers Willi Weyer und ehemaligen Ministers in Nordrhein-Westfalen (1954–1958, 1962–1975) geht ein Stück sportlicher Nachkriegsgeschichte zu Ende. Weyer war Mitte der sechziger Jahre in den inneren Kreis der deutschen Sportführung vorgestoßen. Als Vorsitzender des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen (seit 1960) war er bereits 1970 als Nachfolger Willi Daumes für das Präsidentenamt im DSB vorgesehen. Er verlor damals gegen den Turnerpräsidenten Wilhelm Kregel, wurde aber 1974 mit großer Mehrheit in dieses Amt berufen. Wie kein zweiter nach Willi Daume hat Weyer den Sport in der Bundesrepublik Deutschland geprägt.

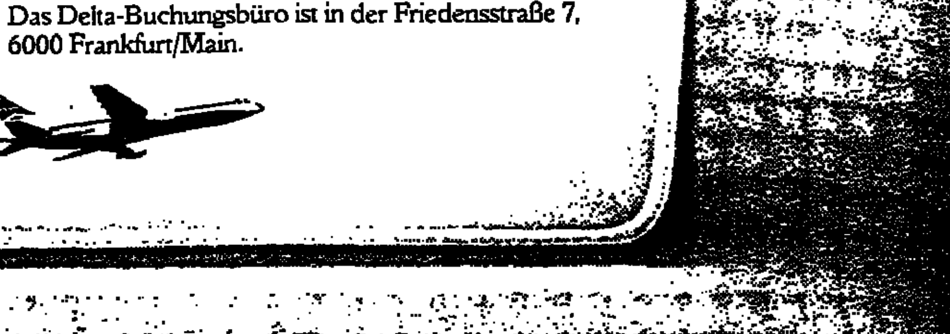
Im Deutschen Sportbund wird jedoch der Vorwurf erhoben, er habe es versäumt, einen Nachfolger aufzubauen. Der Dachverband stehe nun vor einer Führungskrise. Weyer hat angekündigt, sich in die Nachfolge-Gespräche einzuschalten: „Vom DSB-Präsidium wurde mir die Aufgabe gestellt, mit einigen Herren Gespräche zu führen, um Kandidaturen abzuklären."

Nach Daume (1950–1970), Kregel (1970–1974), Gmelin (1974) und Weyer (1974–1986) gilt es, den fünften Präsidenten für die 19 Millionen Mitglieder umfassende Sportbewegung mit ihren 61 000 Vereinen zu suchen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Hans Hansen (59), einer der DSB-Vizepräsidenten und Vorsitzender des Landessportbundes Schleswig-Holstein. Hansen (Weyer: „Er hat seinen Hut bereits in den Ring geworfen"), der der CDU zuzuordnende Pressesprecher des schleswig-holsteinischen Landtages, ist ein sachkundiger, moderater Funktionär, dem zugetraut wird, die auseinanderstrebenden Kräfte im DSB zusammenzuhalten. Er würde beim DSB-Bundestag in Saarbrücken voraussichtlich eine sichere Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen können. Hansen hat großen Rückhalt beim mächtigen Deutschen Fußball-Bundes (DFB), aus dem er hervorgegangen ist. Außerdem stehen wohl auch die Landessportbünde hinter ihm.

Weitere Kandidaten: Friedel Gütt, der Hamburger Landessportbund-Vorsitzende, der wohl eher abgeneigte Reiter-Präsident und Weyer-Vize Dieter Graf Landsberg-Velen, der hochangesehene Pädagogik-Professor Omno Grupe, der offenbar von Weyer favorisiert wird, der Berliner Landessportbund-Vorsitzende Manfred von Richthofen, der seine Ambitionen nicht verschweigt, und DSB-Vizepräsidentin Erika Dienstl. Weyer: „Sie will nur im äußersten Notfall zur Verfügung stehen – möglichst aber nicht in die Diskussion geraten."

DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler (60) wird nach Weyers Bekundung auch nach dessen Rückzug im Amt bleiben. Karl-Hermann Zobel (54), Weyers persönlicher Referent, zieht nun von Hagen in das Gieseler-Büro nach Frankfurt um.

Trotzdem: Im engeren DSB-Führungskreis wird nicht ausgeschlossen, daß sich Weyer noch einmal zu einer Kandidatur bereiterklären könnte, falls man ihn entschieden genug drängen würde. Ein Weyer-Vertrauter: „Ich würde keine Wette darauf eingehen, daß der Weyer-Nachfolger nicht Weyer heißt." Bereits in der Nacht zum Samstag, die mit einem erstaunlich mobilen Willi Weyer erst um halb vier Uhr morgens zu Ende gegangen war, hatten DSB-Funktionäre einen ersten, allerdings vergeblichen Versuch unternommen, den Präsidenten umzustimmen. Dabei verwiesen sie auf die von Weyer in seiner ausführlichen Rückzugsbegründung selbst gegebenen Lage-Einschätzung. Danach befindet sich der Sport in der Bundesrepublik Deutschland in einer äußerst schwierigen Situation: Es drohe eine Spaltung in Leistungssport und Breitensport/Freizeitsport; arme und reiche Fachverbände drifteten immer mehr auseinander; die ungeklärte Umwelt- und Steuergesetz-Problematik werde zunehmend zu einer Überlebensfrage.



VIERERBOB

Hiltebrand mit dem Team von Schärer vorne

sid/dpa, Innsbruck

Seine erste Viererbob-Europameisterschaft hatte er vor 14 Jahren als Bremser bei Hansruedi Müller gewonnen. Jetzt sicherte sich der 41 Jahre alte Schweizer Hans Hiltebrand diesen Titel in Innsbruck erstmals als Pilot – mit der Crew seines Landsmannes und erfolgreichsten Bobpiloten aller Zeiten, Erich Schärer. In den vier Läufen auf der Olympia-Kunsteisbahn von Igls fuhr Hiltebrand dreimal Bestzeit und verwies in 3:35,20 Minuten Weltmeister Bernhard Lehmann (3:35,61) aus der „DDR" und den Österreicher Peter Kienast (3:35,76) auf die Plätze zwei und drei.

Bei teilweise heftigem Schneetreiben überraschte vor allem Kienasts Leistung. Am Mittwoch war er im Training schwer gestürzt und hatte eine Gehirnerschütterung erlitten. Erst am Freitag war er wieder aus dem Krankenhaus gekommen.

Die Schützlinge von Bundestrainer Bernhard Kurz und Bahntrainer Peter Hell blieben mit ihren Leistungen im gesetzten Rahmen. Der Ohlstädter Anton Fischer (3:38,04) wurde mit seinem Team Achter, Michael Sperr (3:38,73) aus Rießersee und Christian Schebitz (3:38,73) belegten die Plätze elf und zwölf. „Wir haben in meiner Amtszeit im Vierer noch nie so gut abgeschnitten und eine geschlossene Mannschaftsleistung gezeigt", meinte Trainer Kurz.

So zeigte der Krach zwischen Bahntrainer Hell und dem eigenwilligen Christian Schebitz, die sich in der Vorbereitung heftig über Förderung und Leistung gestritten hatten, zumindest in Igls keine direkten Folgen. Für Schebitz, der hinter den Erwartungen zurückblieb, sprang Fischer ein.

Doch die Schonzeit für Schebitz ist vorbei. Fällt der innerhalb der Mannschaft nicht sonderlich beliebte Abiturient aus Berchtesgaden erneut unangenehm auf, sind Fischer und Sperr bei der WM im März in Königssee gesetzt. Dies hatte Verbands-Präsident Klaus Kotter schon vor den Wettkämpfen bekräftigt.

SKI ALPIN / Abfahrtsläufe wieder ausgefallen

„Alter Ingemar" locker und leicht wie selten

RAINER EINFELDT, St. Anton

Die Österreicherin Roswitha Steiner gewann im französischen St. Gervais den fünften Weltcup-Slalom der Damen. Sie feierte damit ihren dritten Saisonsieg vor der französischen Weltmeisterin Perrine Pelen und der Jugoslawin Mateja Svet. Siebente wurde Maria Epple-Beck aus Seeg. In St. Anton mußte indes das Abfahrtsrennen der Herren ausfallen: zuviel Neuschnee. So stand auch dort der Slalom im Mittelpunkt und somit der Schwede Ingemar Stenmark als souveräner Sieger.

Erfolge – so Stenmark – hätten für ihn nicht mehr den Stellenwert früherer Jahre. Wichtig sei vielmehr, daß er noch immer große Freude am Skifahren habe. Das hatte der 29 Jahre alte Schwede vor dem Start gesagt, um dann zu zeigen, warum er der erfolgreichste Skirennläufer aller Zeiten ist. Nach dem ersten Durchgang lag Stenmark um 0,07 Sekunden hinter dem neuen jugoslawischen Star Rok Petrovic (19) zurück. Im zweiten Lauf unterbot er die vorgelegte Bestzeit seines Landsmannes Jonas Nilsson, des Weltmeisters, deutlich. Gebannt blickte er danach den Hang hinauf, wo Petrovic seinen Tanz durch die vom jugoslawischen Trainer Sparovec gesteckten 68 Tore begann. Dann lächelte Stenmark still vor sich hin – Petrovic war geschlagen, lag am Ende um 0,28 Sekunden zurück. Stenmark, zuletzt Zweiter in Kitzbühel und Parpan, feierte in seinem 99. Weltcup-Slalom den 38. Sieg, seinen 81. Weltcup-Erfolg überhaupt und in St. Anton den dritten Slalomsieg nach 1977 und 1981.

„Es freut mich sehr, gewonnen zu haben, denn der Kurs war schwer zu fahren", sagte Stenmark. Dabei hatte er sich vor drei Tagen in Parpan (Schweiz) eine Zerrung im Rücken zugezogen. Stenmark dazu: „Wegen dieser Rückenschmerzen konnte ich nicht so attackieren wie gewohnt. Ich habe den Ski einfach laufen lassen, aber vielleicht war das auch gut so. Ich konnte nicht so lange auf den Kanten stehen und fuhr deswegen wahrscheinlich lockerer als sonst."

Einer hat es schon vorher gewußt, daß der Sieger diesmal Stenmark heißen wird: Sein Südtiroler Trainer Hermann Nogler. Er sagte vor dem zweiten Durchgang: „Den Ingemar schlägt heute keiner. Die Jungen haben dafür nicht die Nerven." Nach dem Sieg meinte er: „Das war wieder der alte Ingemar. So locker wie diesmal war er zuletzt nie."

Mit Ingemar Stenmark als erstem, Weltmeister Nilsson auf Platz drei und Gunnar Neurisser auf Rang acht waren die Schweden die großen Sieger von St. Anton. Darüber freute sich deren Slalomtrainer, der Sonthofener Peter Endrass: „Die Burschen sind ungeheuer ehrgeizig, haben ein tolles Bewegungsgefühl und können alles im Rennen umsetzen."

Mit 127 Punkten ist Ingemar Stenmark nun Zweiter im Gesamt-Weltcup. „Doch auch das ist nicht so wichtig. Mein letztes großes Ziel ist die Weltmeisterschaft 1987. Darauf werde ich mich im nächsten Winter konzentrieren."

Mal kein Schnee, mal zuviel davon – der Weltcup-Terminplan ist gehörig durcheinandergeraten. Nun sollen am Wochenende in Crans Montana (Schweiz), dem Ort der Weltmeisterschaften 1987, statt der geplanten zwei gleich fünf Rennen stattfinden. Es wird für die Organisation also zu einer Art Generalprobe auf die Welttitelkämpfe kommen. Allerdings werden nicht alle Rennen auf den Originalstrecken der künftigen WM ausgetragen.

Die Serie von fünf Rennen beginnt am Freitag (31. Januar) mit der ersten von zwei Damen-Abfahrten. Tags darauf folgt die in Megeve ausgefallene Abfahrt, am Sonntag dann der ursprünglich in Leysin (Schweiz) vorgesehene Riesen-Slalom der Damen. Am 3. und 4. Februar stehen zwei Super-Riesenslaloms der Herren auf dem Programm, wobei zuerst das in Garmisch-Partenkirchen ausgefallene Rennen gestartet wird.

Der NDR zeigt eine Chronik vom Kriegsende

Verbrechen ist unteilbar

Man sieht unser Leben von heute, bunt und frohgemut, als wäre es schon immer so gewesen: Da ist die Hohe Straße in Köln, Menschen eilen oder schlendern vorbei, das Pflaster ist glatt gefugt, aber – wer weiß eigentlich, wieviele Tote unter dieser makellosen Straßendecke liegen, verbrannt, zerrissen, namenlos und vergessen? Dieses Bild und diese Frage sind wie ein Schlüssel zu dem Film des Hamburger Dokumentaristen Hans Brecht „Besiegt, befreit, besetzt", einer Chronik vom Kriegsende. Und das Bild bestätigt auch die Antwort des NDR-Fernsehspiel-Chefs.

Dieter Meichsner auf die Frage nach dem Sinn dieses Films: „Wenn wir nicht wissen und festhalten, wo wir damals standen, können wir nicht wissen, wo wir heute sind."

Besiegt, befreit, besetzt – ARD, 23.00 Uhr

Der Film, eine intensiv geplante und mit Nerv und Sorgfalt gestaltete Collage jener Tage, eine Nacherzählung mittels Zeugnis und Zeugen, läßt einen nicht los. Nicht allein Selbstbesinnung oder die gewöhnliche Nostalgie einer verramschten Generation macht sich breit, es ist mehr als nur das Wiedersehen mit sich selbst, es ist der Blick in unsere, noch immer währende Zeit, der uns mittels dieser Bilder anempfohlen wird, daß wir nicht anders können, als hinschauen.

Diese erstaunliche Wirkung eines im Grunde mit sehr konventionellen Griffen gemachten Films ist auf die konzessionslose Auswahl des Materials zurückzuführen. Das Verbrechen ist unteilbar, der Tod manifestiert sich im Reichswald (heute Erholungsgebiet) an der holländischen Grenze ebenso unabänderlich wie an den Massengräbern, wo britische Soldaten, deutsche Gefallene, wo die Toten der Hitler-Lager liegen. Das alles ist gegenwärtig, es wird auch gegenwärtig der Haß jener, die aus den Todesmühlen kamen, die Verachtung der Befreier den Tätern in Deutschland gegenüber, das Mißtrauen zu einem Volke, das gefallen war.

Brecht, der Autor, der seit mehr als einem Jahrzehnt die NDR-Sendereihe „Vor 40 Jahren" leitet, hat sich bei der Arbeit ganz offensichtlich nicht leiten lassen von der abermaligen Überprüfung der möglichen Schuldzuweisungen. Er dokumentierte, wenn man es auf einen Nenner bringen möchte, die Obszönität der Gewaltsamkeit, die Zynik der Stärke, die Menschenverachtung der Mächtigen. So betrachtet ist der Film Brechts Geschichte, die sich als Warnung präsentiert. Der Film ist, im Gegensatz zu vielen anderen Versuchen zu diesem Thema, weder lehrhaft moralisierend noch mit der uns wohlvertrauten Wehleidigkeit angerührt. Er bemüht sich um einen authentischen Blick vom zerbombten Bürgersteig her: Da ist eine Hilfsköchin, die Annemarie Renger heißt und aus den schlimmen Tagen berichtet, da ist Max Adenauer, der Sohn des „Alten", der über die nackten Überlebensprobleme in seiner Heimatstadt Köln referiert. Freilich fällt da auch manche Blume vom Sockel, und auch die Übersiedlung des Erfinders der „V", also Vergeltungswaffe, Wernher von Braun, erscheint in Brechts redlichem Bericht nüchtern und ohne den nachmaligen Lorbeerkranz.

Der Film sollte, so wünschte man es sich, von vielen gesehen werden. Die Programmdirektion des Ersten Deutschen Fernsehens indes hatte verfügt, daß er erst um elf Uhr nachts ausgestrahlt werden sollte. Der Film wurde, nebenbei gesagt, schon vor seiner Besichtigung durch die Programmdirektion in die Zeit der geringsten Zuschauerdichte abgeschoben.

VALENTIN POLCUCH

Wiederbelebung einer politischen Diskussionsform

Mainzer Markenzeichen

Die Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten", ein Markenzeichen früherer Fernsehzeiten, kehrt im nächsten Monat in das ZDF-Programm zurück. Reinhard Appel greift die Sendereihe wieder auf, mit der er von 1963 bis 1973 bekannt wurde und sich offensichtlich für höhere Positionen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten (auf der SPD-Proporzkarte) qualifizierte.

Wenn also Appel am 13. Februar mit mehreren Journalisten Bundeskanzler Helmut Kohl als ersten Gast zu dieser 75-Minuten-Sendung begrüßt, hat er wohl – wenn auch sehr spät – eingesehen, daß sein Konzept „Bürger fragen – Politiker antworten" trotz guter Einzelveranstaltungen nicht aufgegangen ist. Handverlesenes Publikum, brave – mit vorher im „Bürger-Kreis" besprochenen – Fragen, Betriebe und Organisationen als Kulisse sowie der Moderator in der Rolle eines Ansagers brachten nur wenig politische Informationen über den Bildschirm; auch konnte man daraus nicht schließen, welche Fragen die Bürger im Land wirklich bewegten. Wenn auch nur mit jeweils einem Politiker, so wird doch mit der Rückkehr von „Journalisten fragen – Politiker antworten" eine politische Diskussionsform wiederbelebt, die seit einiger Zeit von beiden Kanälen verbannt worden war.

Vor kurzem bemängelte der Kanzler in einem Interview mit „Hörzu", daß es im Fernsehen nicht mehr möglich sei, „in einer ruhigen Weise mit durchaus kritischen, aber qualifizierten Journalisten Sachprobleme zu diskutieren. Was mir fehlt", so der Kanzler, „ist die größere Möglichkeit, meine Politik zu erläutern; oft muß ich sie in hektischen Statements doch immer nur verteidigen."

Damit hat Helmut Kohl vielen Politikern aller Parteien wohl aus der Seele gesprochen. Das Interesse und die Notwendigkeit solcher politischer Sendungen für die interessierten Zuschauer sollte dabei in den Fernsehanstalten nicht unterschätzt werden.

Doch auf die „Fernsehdiskussion" im Ersten Deutschen Fernsehen folgte „Votum", ein Pseudo-Demoskopenspiel für Erwachsene. Wolf Feller, mehr als politischer Kommentator denn als „Spielleiter für Prozentzahlen" qualifiziert, bittet einen Politiker und Zuschauer in das Münchner Studio und läßt dann alle politischen Äußerungen und Taten des Kandidaten per Knopfdruck durch die Zuschauer bewerten. Wenig politische Information, aber auch wenig Unterhaltung ist das unbefriedigende Ergebnis.

Beim ZDF versucht man es mit der Sendung „Was nun ...?" und warf dafür die „Bonner Runde" aus dem Programm. Doch „Was nun ...?" gerät zur Talk-Show mit Assoziationsspielchen, Büchergeschenken, eingespielten Stellungnahmen, Sofa-Atmosphäre und einem „Überraschungsgast", der selten für Überraschungen gut ist.

Wie schwer der Weg zum Entertainer ist, müssen die beiden Moderatoren erfahren, wenn sie doch immer wieder bei dem Abfragen von politischen Sachpositionen aus ihrem Zettelkasten ohne ausreichenden Hintergrund auf dem Bauch landen. So mußte sich Klaus Bresser von Bundesarbeitsminister Blüm belehren lassen, daß entgegen seiner Frage die Sozialhilfe erhöht worden ist, und auch als es bei der Befragung des grünen Ministers Fischer über eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen interessant wurde, gab der Zettelkasten des Klaus Bresser wohl nichts mehr her.

Mit der Wiederkehr von „Journalisten fragen – Politiker antworten" kann man wohl wieder auf politische Information aus erster Hand auf dem Bildschirm hoffen.

CHRISTOPH STERN

KRITIK

Katastrophe als Konsumware

Die erste Ausgabe der siebenteiligen Trivialgeschichte über den Zweiten Weltkrieg läßt Schlimmes ahnen, nämlich den Versuch, eine der entsetzlichsten Katastrophen der Menschheit zur Konsumware zu verarbeiten, gewürzt, in maulgerechte Häppchen aufgeteilt und womöglich flambiert: **Der Feuersturm** (ZDF).

Jede Einstellung dieser üppigen Hollywood-Oper ist von dem unverwüstlichen Willen getragen, komme was da wolle, das Volk zu unterhalten. Ein tapferer Kommodore, Vaterfigur und nobler Ehemann, betrachtet die Ereignisse von 1939 für uns alle. Ein wahrer Übervater – edel, hilfreich und gut: Hollywood als moralische Anstalt.

Da schrumpfte sogar der notorische Verbrecher Hitler zu einer Figur aus der Komparserie der standardisierten Westerngeschichten, in denen dem einsamen Helden ein stotternder Trottel beigesellt wird. Allein schon diese Geschichtsklitterung macht den Rest der Story unglaubwürdig.

Freilich setzt der Film immer wieder an, Realitäten aufzuspüren und zu beglaubigen, etwa die Flucht der Polen und Juden vor den eingedrungenen Deutschen. Aber: Erstens haben zeitgenössische Dokumentationen das schon wahr und live festgehalten, und zweitens gelangen diese Szenen nicht darüber hinaus, Vorgänge nachzustellen – zu einer höheren Wahrheit kommen diese Stellproben keineswegs.

Man kann nach der ersten Kostprobe nur Befürchtungen äußern. Für Hoffnungen läßt dieses unterhaltsame Spiel mit dem Entsetzen keinen Raum. Wenn man erfährt, daß demnächst Präsident Roosevelt und Churchill in diese Abendunterhaltung hineingedoubelt werden – womit der Schein der Wirklichkeit gestützt werden soll –, so bleibt nur noch die Neugier, wie die beiden Staatsmänner mit den glücklichen und weniger glücklichen Liebesgeschichten der anderen Figuren verquickt werden.

Fazit (nach der ersten Folge): Nichts gegen die Verarbeitung der Historie zu Geschichten. Aber alles gegen ihre Verwandlung in eine schaurig-schöne Gänsehautproduktion.

V. P.

Bemitleidenswerte Zirkuskreatur

Der kleine Sänger mit der Gitarre ist ganz groß im Verlieren, ein – so der US-Titel – „One Trick Pony", eine bemitleidenswerte Zirkuskreatur, die unablässig ihren einzigen Trick vorführt, bis der endgültig verbraucht ist. „One Trick Pony", zu deutsch **Die Scheinwerfer verlöschen** (ZDF), war neben Wouk und „Lawrence" gewiß die unspektakulärste, dabei auch schwermütigste und doch allemal sensibelste, schönste Bildschirm-Gemme vom Wochenende – Paul Simons Debüt als Buchautor, Hauptdarsteller, Produzent und, natürlich, Komponist.

Der Songpoet, einst zusammen mit Duo-Partner Art Garfunkel Kultfigur für eine intellektuell erwachende, neue Jugendgeneration, gehört noch heute zu der nicht gar so großen Gruppe der unkorrumpierten Künstler, die so krisenfest geliebt wird, weil sie mit ihrem Potential jegliche Baisse im Showbusiness ignorieren kann – mit kreativer Kraft und sicherem Gespür für die künstlerische Einheit von Form und Gehalt.

Daß Simon in diesem Film einen Verlierer spielt, den Musiker Jonah Levin, der gemeinsam mit seiner Gruppe (darunter Steve Gadd am Schlagzeug und Eric Gale, Gitarre) von den erbarmungslosen Gesetzen des Konsumbusiness überrollt und aufs Abstellgleis manipuliert wird, hat nichts Kokettes: Simon zeigt sich in Robert M. Youngs Film als einen verblühenden Popstar, der auf dem Weg nach unten den cleveren Plusmachern des Mediums ihren schicken, dynamisch glänzenden Schein wegreißt – eine äußerst feinnervige Abrechnung gegen den Fetisch „Massengeschmack".

Und mehr noch: der Film liefert Einblicke in den erschöpfenden Alltag „on the road", Seitenperspektiven einer entzweigegangenen Ehe, rare Baseballfreuden mit dem Söhnchen und ebenso anrührende Bilder eines Künstlers, der nicht anders kann als immer auch Beobachter zu sein, einer Welt, die offenkundig jeden Anflug inhaltlicher Qualitäten angstvoll konterkariert.

Besser ging's nicht: kaum einer kennt jene Szenerie zwischen Studio, Starkult und Stupiditäten besser als Mr. Paul Simon.

ALEXANDER SCHMITZ

SKI NORDISCH / Finne Matti Nykänen führt im Weltcup der Springer

Wo ist Behle? – Wieder in der Erfolgsspur

dpa/sid/DW. Kokkola

Wo ist Behle? Offensichtlich wieder in der Erfolgsspur. Im finnischen Kokkola belegte der Willinger den zweiten Platz bei einem 30-km-Skilanglauf, den der Finne Vejo Hämäläinen gewann. Dritter war der Finne Korva, der zuvor die 15 km für sich entschieden hatte. In diesem Rennen war Behle mit 19 Sekunden Rückstand auf den Dritten, den Olympiazweiten Karvonen, Siebenter geworden.

Die großen Sieger im nordischen Skisport waren am Wochenende jedoch wieder einmal der Schwede Gunde Svan und der Finne Matti Nykänen. Der seit den Weltmeisterschaften 1985 in Seefeld nur einmal bezwungene Schwede gewann in Oernskoeldsvik, 500 km nördlich von Stockholm, einen 30-km-Skilanglauf – seine Freundin Marie Johannsson siegte über 10 km bei den Damen. In Sapporo (Japan) wiederum triumphierte Nykänen gleich in zwei Weltcup-Springen: von der 70-m- und von der 90-m-Schanze.

„Ich habe in dieser Saison ohne Trainer gearbeitet. Das ist der Grund für meine guten Resultate", erklärte Nykänen, der während des Weltcup-Auftaktes in Übersee wegen seiner Alkoholprobleme aufgefallen und vom finnischen Verband vorübergehend gesperrt worden war. Nun hat Nykänen wieder die Führung im Weltcup übernommen. Bester Springer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) war der Oberstdorfer Andreas Bauer. Auf der kleinen Schanze wurde er 13., auf der großen 15.

Die „DDR" gewann zum Abschluß der Biathlon-Weltcup-Rennen in Feistritz (Österreich) die 4 x 7,5-km-Staffel vor zwei Mannschaften aus der Sowjetunion. Die Equipe des Deutschen Ski-Verbandes mit Stefan Höck, Ernst Reiter, Georg und Fritz Fischer belegte nach einer Behinderung durch die zweite österreichische Staffel den vierten Rang.

Olympiasieger Peter Angerer aus Hammer behauptete als Siebenter über 20 km und als Zehnter über 10 km bei diesen Biathlon-Wettbewerben mit 87 Punkten die Führung im Weltcup-Klassement. Zweiter ist nun der Sowjetrusse Medwetsew (74) vor dem Norweger Nerhagen (68).

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 19. Spieltag: Bayreuth – Osnabrück 97:63, Charlottenburg – Langen 92:77, SSV Hagen – Bamberg 79:65, Gießen – Leverkusen 82:91, Köln – Göttingen 77:80, Oldenburg – TSV Hagen 98:83. – **Meisterschaftsrunde**, Damen, 3. Spieltag: Osterfeld – Düsseldorf 55:85, Barmen – München 52:60.

EISHOCKEY

Bundesliga, 32. Spieltag: Köln – Kaufbeuren 11:2, Mannheim – Düsseldorf 4:6, Rießersee – Iserlohn 5:2, Bayreuth – Landshut 2:7, Schwenningen – Rosenheim 2:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Göppingen – Weiche-Handewitt 24:24. – **Damen**, 10. Spieltag: Jarplund-Weding – Oldenburg 13:24, Hannover – Frankfurt 14:13, Nürnberg – Lützellinden 17:17, Berlin – Leverkusen 15:19, Auerbach – Engelskirchen 25:23.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Feld), Gruppe Nord: Hannover – SW Köln 8:8, RW Köln – Berlin 8:9, Leverkusen – Krefeld 10:4, Hannover – Gladbach 13:11, RW Köln – Leverkusen 5:6. – Gruppe Süd: München – Mülheim 13:14, Stuttgart – Limburg 5:5, Frankenthal – Heidelberg 12:9, Stuttgart – Mülheim 12:10, München – Limburg 5:9. – **Damen**, Gruppe Süd: Leverkusen – BW Köln 11:4, Frankfurt – Düsseldorf 10:8, Bad Kreuznach – Frankenthal 5:5, Hanau – Raffelberg 5:9. – Gruppe Nord: UHC Hamburg – Klipper Hamburg 5:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 11. Spieltag: Reinickendorf – Großen Linden 9:1.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburg – Gießen 3:1, Dachau – Leverkusen 3:0. – **Damen**: Stuttgart – Münster 0:3, Rüsselsheim – Oythe 3:1, Vilsbiburg – Feuerbach 0:3, Berlin – Lohhof 0:3.

TENNIS

Europacup in London, Endstand: CSSR – England 3:0. – **Einladungsturnier** in Kaarst: Rosewall (Australien) – Santana (Spanien) 6:2, 6:2, Borg (Schweden) – Gerulaitis (USA) 6:4, 6:3. – Doppel: Nystroem/Jarryd (Schweden) – Borg/Gerulaitis 6:4, 4:6, 6:2.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom, Damen, in Megeve/Frankreich: 1. Marzola (Italien) 1:20,73, 2. Kirchler (Österreich) 1:20,83, 3. Hächer (Deutschland) 1:21,04, 4. Gutensohn (Österreich) 1:21,03, 5. Charvatova (CSSR) 1:21,39, 6. Kiehl (Deutschland) 1:21,76, . . . 17. Mösenlechner 1:22,82, . . . 25. Gerg (beide Deutschland) 1:23,65. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Hess 176 Punkte, 2. Walliser 172, 3. Schneider 170, 4. Figini 124, 5. Kiehl und Gerg je 114, . . . 9. Hächer 76, . . . 11. Mösenlechner 69. – 7. **Weltcup-Slalom**, Herren in St. Anton/Österreich: 1. Stenmark (Schweden) 1:07,59, 2. Petrovic (Jugoslawien) 1:07,87, 3. Nilsson (Schweden) 1:07,93, 4. Girardelli (Luxemburg) 1:08,25, 5. Frommelt (Liechtenstein) 1:08,96, 6. Bürgler (Schweiz) 1:09,23, . . . 9. Wörndl 1:10,02, . . . 14. Roth 1:10,87, . . . 23. Wasmeier (alle Deutschland) 1:14,93. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Wirnsberger (Österreich) 130 Punkte, 2. Stenmark 127, 3. Girardelli 121, 4. Müller (Schweiz) 99, 5. Petrovic 88, 6. Zurbriggen (Schweiz) 86, . . . 13. Wasmeier 65.

SKISPRINGEN

Weltcup-Springen auf der 90-m-Schanze in Sapporo/Japan: 1. Nykänen (Finnland) 233,3, 2. Vettori (Österreich) 197,9, 3. Parma (CSSR) 186,6, 4. Fijas (Polen) 185,3, 5. Akimoto (Japan) 184,4, 6. Bulau (Kanada) 175,7, . . . 15. Bauer 149,5, . . . 17. Wegscheider 148,5, . . . 21. Klauser 137,6, . . . Steiert (alle Deutschland) 113,3. – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 115 Punkte, 2. Vettori 110, 3. Ulaga (Jugoslawien) 105, 4. Neuländtner (Österreich) 96, 5. Suorsa (Finnland) 83. – **70-m-Schanze**: 1. Nykänen 226,7, 2. Dlohos 205,6, 3. Ploc 197,0, 4. Parma (alle CSSR) 191,1, 5. Tepes (Jugoslawien) 189,4, . . . 13. Bauer 178,1, . . . 15. Steiert 176,8, 16. Wegscheider 176,8, . . . 24. Klauser 158,7. – **Europacup** in Willingen, 70-m-Schanze: 1. Erat (Österreich) 104,5, 2. Waldvogel (Deutschland) 98,7, 3. Heim (Österreich) 98,3.

BIATHLON

10-km-Weltcup-Rennen in Freistritz/ Österreich: 1. Nepein (UdSSR) 25:56,8 Min./0 Strafrunden, 2. Sehmisch 26:24,3/1, 3. Rötsch (beide „DDR") 26:36,1/1, . . . 7. Fritzenwenger 27:07,6/0, . . . 10. Angerer 27:12,3/2, . . . 14. Wudy 27:32,1/0, . . . 19. Hiemer 27:57,1/1, . . . 23. Pichler 28:08,4/2, . . . 39. Fischer (alle Deutschland) 28:50,5/3. – Stand im Weltcup: 1. Angerer 87 Punkte, 2. Medwetsew (UdSSR) 74, 3. Nerhagen (Norwegen) 68.

EISSCHNELLAUF

Weltcup-Rennen in Davos, Herren: 500 m: 1. Mey („DDR") 37,43 Sek., 2. Jansen (USA) 37,54. – 1000 m (Handstoppung): 1. Jansen 1:15,7. – **Damen**, 500 m: 1. Rothenburger („DDR") 40,74. – 1500 m: 1. Kania-Enke („DDR") 2:04,91.

BOB

Viererbob-EM in Innsbruck-Igls, Endstand nach vier Läufen: 1. Schweiz II 3:35,20, 2. „DDR" I 3:35,61, 3. Österreich I 3:35,76, 4. „DDR" II 3:36,14, 5. „DDR" III 3:36,44, 6. Schweiz I 3:36,63, . . . 8. Deutschland III (Fischer) 3:38,04, . . . 11. Deutschland II (Sperr) 3:38,62, 12. Deutschland I (Schebitz) 3:38,73.

SCHWIMMEN

Internationales Meeting in Amersfoort/Holland (50-m-Bahn), Herren, 50 m Freistil: 1. Ran (Holland) 24,13 Sek., 2. Schadt (Deutschland) 24,19. – 100 m Freistil: 1. Dalbey (USA) 51,52 Sek., 2. Schadt 51,72. – 400 m Freistil: 1. Henkel (Deutschland) 3:58,99. – 100 m Schmetterling: 1. Jian (China) 55,89, 2. Drost (Holland) 56,29, 3. Schaffgans 56,43, 4. Henter (beide Deutschland) 57,41.

RAD

Querfeldein-WM, Amateure in Lembeek/Belgien: 1. di Tano (Italien), 2. Messelis, 3. de Rey (beide Belgien), . . . 15. Kluge, . . . 21. Krukenbaum, . . . 26. Schleicher, . . . 37. Ommer, . . . 44. Redomski (alle Deutschland). – Junioren: 1. Marshall (England) 52:05, 2. Brechbühl (Schweiz) 2:17, 3. de Vos (Holland) 0:24, . . . 9. Schwedtler 1:02, . . . 13. Berner 1:51, . . . 28. Ullrich 5:22, . . . 33. Maloschek (alle Deutschland) 6:39.

BOXEN

Bundesliga, 3. Kampftag, Gruppe Süd: Frankfurt – Eichstätt 15:12.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Assat (Am. Frl. M. Blasczyk), 2. Malik, 3. Aljischka, Toto: 92/26, 26, 38, ZW: 324, DW: 5980, 2. R.: 1. Lümmel (E. Schindler), 2. Garuda, 3. Kuratus, Toto: 48/15, 22, 22, ZW: 392, DW: 3368, 3. R.: 1. Feu de Mai (Am. G. Wegner), 2. Ferdi, 3. Barinella, Toto: 804/118, 34, 26, ZW: 13 628, DW: 60 460, 4. R.: 1. Husar (G.P. O'Brien), 2. Marito, 3. Mauritio, Toto: 188/34, 18, 28, ZW: 572, DW: 3848, 5. R.: 1. Rottara (R. Malinowski), 2. Orthoklas, 3. Cilia, Toto: 20/14, 46, 19, ZW: 548, DW: 3824, 6. R.: 1. Royal Champion (A. Tylicki), 2. Frappant, 3. Didicas, Toto: 88/30, 26, 46, ZW: 704, DW: 10 648, 7. R.: 1. Agathon (A. Schütz), 2. Schwarzprinz, 3. Pfiff, Toto: 48/16, 26, 54, ZW: 200, DW: 4252, 8. R.: 1. Funkregent (P. Remmert), 2. Osumi, 3. Nobility, Toto: 36/18, 19, 19, ZW: 140, DW: 744.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 20, 24, 27, 31, 45, 48, Zusatzzahl: 46. – **Spiel 77**: 1 2 8 8 1 9 3. – **Toto, Elferwette**: 1, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 2, 1.

(Ohne Gewähr).





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Tips für den Alltag
Noch 100 Tage Azubi – was dann?
Sich bei der Bundeswehr verpflichten
10.00 heute
10.03 Die Schwarzwaldklinik
Das Findelkind
10.50 Umschau
11.10 ARD-Wunschkonzert
Mit Eröffnung der ARD-Fernsehlotterie
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fühlen, was Tiere denken
Fredy Knie wurde 65
Porträt des Direktors des Schweizer National-Circus
von Jürgen Weschke
17.20 Pan Tau
Zaubern ist nicht leicht
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Engels & Consorten
4. Folge: Nie wieder Syrakus
So schlimm kann die Havarie der holländischen Meßboje bei der Hochsee-Erprobung nicht gewesen sein – so sieht es zumindest Kurti Röder. Denn die Meßelektronik steht noch in seinem Materiallager. Für Johann war das Bojendrama nicht nur eine technische Katastrophe, sondern auch eine *persönliche Niederlage.*
21.15 Kinder der Welt (6)
Die Vergessenen
Gordian Troeller berichtet über *Kindheit und Erziehung im eritreischen Freiheitskampf*
22.00 Ein Mann macht klar Schiff
Ägäisgeschichten mit Hans Joachim Kulenkampff
9. Folge: Der Meister
Martin Olden möchte eine Nacht *lang festen Boden unter den Füßen* haben und auch in Ruhe telefonieren können; er ist in Bodrum ins Hotel Körfez gezogen. Am nächsten Morgen entdeckt er zu seinem Erstaunen zwei Mädchen auf dem Boot, die offensichtlich hier übernachtet haben.
22.30 Tagesthemen
23.00 Besiegt, befreit, besetzt
Deutschland im Jahre 1945
Von Hans Brecht
0.50 Tagesschau
0.55 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
4. Folge: Aus Mikroorganismen contra Mikroorganismen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 ZDF – Ihr Programm im Februar
19.45 Der Feuersturm
3. Teil: Sieg um jeden Preis
Victor Henry schreibt Roosevelt, daß er Verhandlungen mit dem kriegslüsternen Hitler für aussichtslos hält. Als Victor auch noch erfährt, wie die Nazis mit jüdischem Eigentum umspringen, erbittet er seine Versetzung.
21.05 Ratschlag für Kinogänger
„Die Ehre der Prizzis" von John Huston, vorgestellt von Hans Günther Pflaum
21.15 WISO
Auto '86 – 100 Jahre jung / Wohngemeinschaften – jetzt auch für jung und alt / Tarifrunde öffentlicher Dienst – Wer hat bei Arbeitgebern das Sagen?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 denkmal – Auflösung
22.07 Die Ehrlichs
Zerrissene Familie – zerrissenes Land
Reportage über eine Familie in El Salvador
In der Familie der Ehrlichs sind alle politischen Richtungen von El Salvador vertreten. Roland Blum und Rodrigo May zeigen am Beispiel dieser Familie, die wie viele in die Wirren des Bürgerkriegs verstrickt ist, *wie tief die Unruhen in die* Gesellschaft eingreifen.
22.50 Theaterwerkstatt
Robert Wilson und die Civil WarS
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (8)
20.45 Sportplatz
21.30 Die aktuelle Dokumentation
Bericht vom Internationalen PEN-Kongreß in New York
22.15 Mann mit Gesichtern
Dr. Horst Waffenschmidt
22.45 Wiedergesehen – neu gesehen
Der Meteor
Komödie von Friedrich Dürrenmatt
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Komm, spiel' mit mir!
19.00 Praktische Tips
19.15 Allein über den Nordpol
20.00 Tagesschau
20.15 Montagsthema
21.00 Heinz-Rudolf Kunze & Verstärkung
22.00 Das Doppelleben der Sister George
Amerikanischer Spielfilm (1968)
0.15 Nachrichten

HESSEN
19.05 Drei – D
20.00 Das Erbe von Jalta
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Im Brennpunkt: Kultur
PEN-Kongreß in New York

SÜDWEST
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Große Ärzte aus Südwestdeutschland
21.00 Kilimbim
21.45 ... nicht zum alten Eisen
Eine Rentner-Kompagnie des guten Willens
22.30 Jazz am Montagabend
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Künstliche Werkstoffe
Materialien für die Technologie der Zukunft
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Mata Hari (4)
23.50 Rundschau

SAT 1

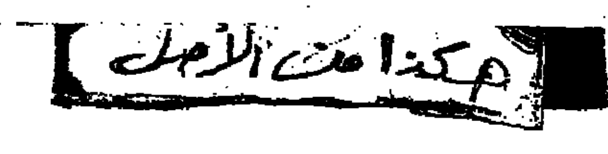
15.00 Kimba, der weiße Löwe
Onkel in Nöten
15.30 Lassie
Der Wilderer
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Das Loch im Weltraum
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Extrablatt
19.45 Im singenden Rössl am Königsee
Österr. Spielfilm (1963)
21.30 APF blick
22.15 TOP Wirtschaftsreportage
Der große Kampf mit der kleinen Karte sowie die internationalen Börsenberichte
22.45 Judbox Extra
Das Comic-Betthupferl
23.00 Matt Houston
Ramonas Comeback
23.55 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 P. I. T. – Peter Illmanns Treff
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Die 36 Kammern der Shaolin
Hongkong 1978
Regie: Liu Chia-liang
23.05 3SAT-Spielfilmvorschau
23.25 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Viele kamen vorbei
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Harald Maresch u. a.
Regie: Peter Pewas
21.52 RTL-Spiel
22.00 Bonsoirli
Talk-Runde mit prominenten Gästen
Moderator: Geert Müller-Gerbes
23.30 Wetter / Horoskop / Betthupferl



Pankraz, der Kiez und die neue Weinerlichkeit

Wer die Stimmung in einflußreichen intellektuellen Zirkeln der Bundesrepublik mit einer treffenden Kennmarke versehen will, der muß nicht lange suchen. „Neue Weinerlichkeit" beherrscht die Szene. Das heißt allerdings nicht, daß alle „nahe am Wasser gebaut" hätten und bei jeder Gelegenheit gleich in Tränen ausbrächen, wie es zur Wertherzeit um 1775 üblich war. Weinerlichkeit ist ungefähr das Gegenteil von Tränenseligkeit. Im allgemeinen weint man ja, entweder weil einem Schmerz zugefügt wird oder weil man gerührt ist, Mitleid mit anderen hat. Doch der Weinerliche hat allenfalls Mitleid mit sich selbst, und er empfindet dabei keinerlei nennenswerte Schmerzen. Sein Dauerzustand ist nicht die Rührung, sondern das ungerührte Ressentiment.

Während der Gerührte glückliche Lebensfügungen dankbar und tränenreich als Geschenk nimmt, hält sie der Weinerliche für einen Tribut, der ihm „zusteht". Laufen die Dinge *nicht so, wie er es sich erhofft*, so betrachtet er das als einen Angriff auf seine ureigensten Rechte und ist zunächst einmal empört. Bringt die Empörung nichts, so zieht er daraus keinesfalls praktische Konsequenzen oder wirft gar das Steuer um hundertachtzig Grad herum, sondern er igelt sich in einem Kokon des Beleidigtseins ein, aus dem heraus er dann mit quengeliger Insistenz immer wieder sein „Recht" einfordert. Er weint nicht, er „knietscht", wie man in Sachsen so etwas nennt.

Das Knietschen ist nicht auf einige wenige Zirkel beschränkt, es gehört zur psychologischen Grundausstattung der Gegenwart und bildet gewissermaßen das subjektive Pendant zur Versorgungs- und Wohlfahrtsgesellschaft. Aber die einen knietschen mehr, die anderen weniger. Am meisten und vernehmlichsten knietschen die Linksintellektuellen, weil die Geschichte nicht so verläuft, wie sie sich das bei ihrer Utopie-Huberei ausgedacht hatten. Und da sie üblicherweise guten Zugang zu den Medien haben und mit ihrer Knietscherei die Kanäle überschwemmen, wird der in der Öffentlichkeit herrschende Ton zur Zeit ganz wesentlich von Weinerlichkeit und einem beleidigt vor sich hinröchelnden Ressentiment bestimmt.

Mit scharfem Kommentieren der Zeitläufte und notwendiger Kritik hat das fast gar nichts mehr zu tun. Kritik muß, wenn sie treffen will, überwiegend gutgelaunt daherkommen; man muß ihr anmerken, daß der Kritiker sich seiner Position und seiner Argumente sicher ist und selbst an ihre Durchschlagskraft glaubt. Andernfalls wird die kritische Kontur gleich unscharf, der Schuß geht daneben, oder er geht direkt nach hinten los und richtet Verheerung im eigenen Lager an, rafft Gleichgesinnte dahin, zerstört Lafetten und Munitionskisten.

Genau das ist die Lage bei den weinerlichen Knietschern der intellektuellen Szene. Ihre kritischen Attacken zeigen immer deutlicher Momente der Selbstzerstörung. Die eher traditionellen Marxisten unter ihnen wettern etwa gegen den „Rückzug aus den großen Fragen der Zeit" – und treffen damit voll den weinerlichen Bruder von nebenan, der den „Kiez", die „Mikrowelt" für der sozialen und geistigen Weisheit letzten Schluß hält. Die Kiezer ihrerseits zetern über die „entfremdenden Gigantomanien überregionaler Plänemacher" – und treffen damit voll ins Kontor der weinerlichen Marxisten.

Allesamt sind sie natürlich „ehemalige 68er" und versichern sich dieser Abstammung häufig und gern. Denn an sich, nämlich als Pöstchen-Beschaffungsprogramm und als Aktion zur Besetzung der gesellschaftlich relevanten Begriffe, war die „Revolte" dieser sogenannten 68er ja ein voller Erfolg. Ihre Matadore, und zwar auch die völlig Inkompetenten unter ihnen, sitzen heute durch die Bank (entweder im Knast oder) in wohldotierten Staatssesseln, stellen Ministerpräsidenten und Lebenszeit-Professoren, nehmen dem Nachwuchs Lebenschancen weg, und die von ihnen favorisierten Begriffe fanden selbst in konservative Kreise Eingang, galten lange als die Leitbegriffe der Epoche schlechthin.

Sowohl die einen als auch die anderen wissen also sehr wohl, daß man nicht an irgendwelchen auswärtigen Feinden gescheitert ist, sondern an seinem eigenen Unvermögen zur realistischen Analyse der menschlichen Natur und der Gesetze des Lebens. Eines Tages ließ es sich eben einfach nicht länger verheimlichen: Man lag total schief mit seinem Kategoriensystem, es war für eine auch nur einigermaßen erträgliche Alltagspraxis vollkommen ungeeignet. Doch kaum einer dachte daran, sich das einzugestehen oder vielleicht gar seine Philosophie unter dem Eindruck solcher Erfahrungen zu ändern, die Waffen der Kritik umzuschleifen, die Programmatik auf mittelfristige Prognosen umzustellen. Statt dessen wich man in die Weinerlichkeit aus – und begründete so immerhin die Ära der „Großen Weinerlichkeit".

Man hat manchmal den Eindruck, als gingen die Weinerlichen von folgender Maxime aus: Wenn schon die Utopie, das „Andere", der „wahre Sozialismus" nicht kommen, so wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Welt, wie sie nun einmal ist, so ungemütlich und so trostlos wie möglich erscheint, wollen sie den Leuten mit allen Mitteln vermiesen. Und da das sicherste Mittel, den anderen das Leben zu vermiesen, darin besteht, daß man sich selber mies und verknietscht gibt, so laßt uns denn zu wahren Ausbünden von Miesheit und Verknietschtheit werden!

Es ist dies freilich eine nicht risikolose Maxime. Schließlich kriegt auch der Gutgläubigste und Gutmütigste einmal genug davon, andauernd die Hölle auf Erden gepredigt zu bekommen, und zwar eine völlig uninteressante Hölle, einen bloßen Orkus mieser Weinerlichkeit. Er könnte schließlich auf den Gedanken kommen, daß es außer den Höllenpredigern selber gar keine Hölle gibt. Die Folgen für die höllischen Weinerlichen wären eventuell fatal.

Pankraz

Was Vicco von Bülow mit „Martha" treibt – Loriot inszenierte Flotows Oper am Staatstheater Stuttgart

Zurück bleibt der Teapot der Königin

Welch ein Vergnügen! Welch ein feiner Humor! Und welche Liebe dabei! Loriots Debüt als Opernregisseur, am Staatstheater Stuttgart Friedrich von Flotows „Martha" geltend, ist über die Maßen herrlich gelungen. So schöne Erinnerungen hat man von der Aufführung einer deutschen Spieloper sehr lange nicht mehr mitgenommen.

Es ist wohlgemerkt Loriot, der Erfinder des Knollennasenmännchens, der Vater von Wum und Wendelin, der hier für „Inszenierung, Bühnenbild- und Kostümentwurf" zeichnet, nicht Vicco von Bülow, der Opernfan, Wagnerianer, Premierentiger und Stammgast auf Bayreuths Grünem Hügel. Man darf daraus wohl schließen, daß die Opernregie hier ins Arbeitsfeld des Humoristen und Komikers fällt und sich nicht als spleenige Laune versteht, sondern als professionelles Unternehmen.

Wie es sich für eine anspruchsvolle zeitgenössische Regie gehört, verlegt Loriot die Zeit der Handlung, nein, nicht in die Entstehungszeit, was die 1840er Jahre gewesen wären, sondern gleich noch etwas näher zu uns: in die 1880er Jahre, mitten in die Regierung der Königin Viktoria. Und die darf denn auch zum Schluß als alles segnende Landesmutter bühnenfüllend herniederschweben, während sich die Anwesenden zu einem letzten „God save the Queen" versammeln. Aber die Königin bleibt nicht, sie schwebt wieder gen Himmel, und da sieht man, daß sie nur ein Teewärmer war, einen großen Teapot unter sich auf der Bühne zurücklassend.

Aber wir wollen nicht vorgreifen. Angefangen hat natürlich alles ganz anders, nämlich an einem der vielen so entsetzlich langweiligen Morgen, an denen Lady Harriet weder ausgeschlafen war, noch wußte, was sie mit all der Zeit dieses Tages anfangen sollte, während sie da im weißen Bademantel und mit weißen Pantöffelchen und unfrisiert mit blonden Löckchen in ihrem schloßeigenen Wintergarten auf jenem Bänkchen sitzt, das ein zentraler Ort für Loriot ist, nicht nur im Fernsehen, sondern nun auch auf der Opernbühne.

Der Zwei- bis Viersitzer kommt in Variationen wieder zum einträchtigen Nebeneinandersitzen und Aneinandervorbeisingen der Personen ins Spiel. Lady Harriets Freundin Nancy ist schon angezogen, sie trägt ein langes, weißes Reitkostüm und scheint auch sonst die Aktivere und Dynamischere von beiden zu sein: unübersehbar sind die beiden Damen einander nicht nur platonisch zugetan.

Folgt der erste Chorauftritt. Einen Chor zu führen ist für einen Kammerkomiker vom Schlage Loriots nun wirklich heikles Neuland. Er betritt es souverän, indem er den Chor agieren läßt wie eine Person. Also: Synchron die Knickse, synchron die Kopfdrehungen, und das führt gleich wieder zu dem gelächterträchtigen Tenniseffekt, wenn die ganze Kammerzofenmeute wie auf Kommando den Kopf wendet. Der Chor tritt ab, und dann kommt noch einmal eine Chordame ganz undamenhaft zurück und streckt der depressiv maulenden Lady von hinten die Zunge heraus. An solchen Hinterfotzigkeiten von der allermenschlichsten Seite ist kein Mangel in dieser Aufführung, und wir wollen sie nicht alle verraten, weil zuviel Wissen halt doch den Spaß beim Besuch verdirbt.



Unterbrechung beim Hutkauf an Mr. Thatchers Stand: Szene aus Loriots „Martha"-Inszenierung in Stuttgart FOTO: HANNES KILIAN

Zweites Bild: Ein ganz liebevoll gemalter englischer Marktplatz mit seinen kleinen Läden ringsum. Klar, daß einer davon Thatcher heißt. Mister Thatcher verkauft Hüte, und eben einen solchen will Plumkett erstehen. Sein Duett mit Lyonel vollzieht sich also en passant beim Probieren von Hüten. Das macht Loriot den ganzen Abend so richtig und so plausibel: die Sänger sind beschäftigt, während sie singen. Sie sind nicht mit Singen beschäftigt. Das sieht fast aus wie ein Rudolf Noelte in feinsinniger Karikatur.

Besondere Beschäftigungstherapien hatte sich Loriot natürlich für die stummen Chargenrollen ausgedacht, die er extra für das Stück erfunden hat. Der Bobby auf dem Markt zu Richmond tritt natürlich prompt in einen Hundehaufen und führt die entsprechende Pantomime auf.

Später, im Waldbild, das hier zu einer Gartenwirtschaft geworden ist, gibt es nicht nur so ein reizendes Exemplar von Familie mit Kindern, die sich in ihr alltägliches Chaos bei Tisch verwickeln, sondern auch einen herrlich schlürfenden und hinkenden Kellner, der seine Servierkünste wohl bei einem „Dinner for one" gelernt hat, und noch einen zufällig in der Gegend weilenden sächsischen Tondichter, der laut Programmheft über Flotow geäußert haben soll: „... ich wollte, ich wäre so ein Genie wie Herr von Flotow – schrieb Opern wie Martha, und thäte so, was – ich eben nicht kann –!" Die Authentizität dieses Zitats wird nachzuprüfen sein, jedenfalls flieht der Herr erschreckt aus der Wirtschaft, als Lady Harriet „Tristan!" ruft, womit sie freilich ihren ältlichen Verehrer Lord Mickelford meint. Aber zu diesem Zeitpunkt ist das Publikum schon so sensibilisiert, daß es nur noch des kleinsten Anstoßes bedarf, um die Wogen des Gekichers hochgehen zu lassen im Zuschauerraum.

Ja, man braucht in Plumketts und Lyonels Bachelor-Haushalt nur das Portrait einer Dogge – entfernte Ähnlichkeit mit Wum – an der Wand zu sehen mit seinem schwarzen Trauerflor, da wird es schon schwer, Haltung zu bewahren. Und wenn die beiden vorgeblichen Mägde so gar nichts können im Haushalt, und die beiden Junggesellen sich an die Spinnräder setzen, wie vierhändig ans Klavier, und das Rädchen summen lassen, dann zeigt sich, daß Loriot auch als Opernregisseur seine feine Komik daher bezieht, den lieben Mitmenschen *genau zuzuschauen*.

Ein Kabinettstück besonderer Art gelingt Loriot nach der Flucht der falschen Mägde, wenn die beiden Bauern mitten in der Nacht und mitten auf dem Land „Herbei, ihr Leute" rufen und tatsächlich der gesamte Männerchor bereitsteht. Da gibt's nur eine Logik, nämlich die des Theaters. Es sind die Bühnenarbeiter, die zur Stelle sind, um nach den abtrünnigen *Damen suchen zu helfen. Und da* Bühnenarbeiter nicht zum Singen da sind, sind es natürlich Chorsänger im Kostüm des Bühnenarbeiters. So lagert sich Ebene über Ebene.

Man kann das nicht gegen Loriot wenden, aber auch das ist leider wahr: Flotows Musik hört man viel zuwenig zu an diesem Abend, obwohl das Orchester unter dem aus Dresden gastierenden Wolf-Dieter Hauschild *ganz hervorragend spielt, die vielge*schundene „Martha" als ein glänzend und einfallsreich komponiertes Exemplar deutscher Oper ausweist, das, mit solcher Eindringlichkeit vorgetragen, durchaus nicht verdient, in die Provinz abgeschoben zu werden.

Auch bei den Sängern hat sich Stuttgart angestrengt. Krisztina Laki ist die koloratur-kokette Lady Harriet, Waltraut Meier mit kräftigem Mezzo ihre Vertraute Nancy. Dem Plumkett gibt Helmut Berger-Tuna sein stimmliches Baßgewicht, und die Tenorarien des Lyonel fallen Rüdiger Wohlers zu, dessen so schön timbrierte Stimme hier leider nicht immer über die mangelhafte Singtechnik hinwegtrösten kann.

Wenn man auch so manches liebgewonnene Loriot-Repertoire wiedererkannt hat an diesem Abend und fürchten muß, daß das auch in weiteren Loriot-Inszenierungen nur wiederholt würde: ein paar Aufführungen von dieser Handschrift würde man schon gern sehen in den nächsten Jahren. Welchem Intendanten gelingt es, Vicco von Bülow zu den Sünden seines Alters zu überreden?

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 27. und 29. Jan., 10., 15., 18., 22. Feb.; Kartenvorbestellungen 0711/2032444.

Kultursenator Hassemer über die Pläne für 1986

Den Berlinern Spektakel

Ein Kultursenator hat sich verrechnet. Im 200. Todesjahr Friedrichs des Großen und just am Geburtstag des Alten Fritzen setzte Volker Hassemer das Alter des Monarchen ein paar hundert Jahre zu jung an. So geschehen, als Hassemer den neuesten Berliner Veranstaltungszyklus eröffnete: Künftig soll regelmäßig vor der Presse über Projekte und Bilanzen der Berliner Kultur berichtet werden.

Im „Jahr der Einweihungen" stekken wir ohnehin: Im April eröffnet die großzügige Bildhauerwerkstatt im Wedding. Mitte des Jahres folgt das Literaturhaus in der City, später dann die „Galerie der Romantiker", ein Versöhnungsinstrument der Nationalgalerie und der Schlösserverwaltung in Sachen Caspar David Friedrich. Mitte November haben Berlinische Galerie, Werkbund-Archiv sowie die Jüdische Abteilung des Berlin Museums endlich auch ihre neuen Domizile im Martin-Gropius-Bau bezogen.

Schauplatz von Hassemers Darlegungen war das Landesarchiv nahe dem Wittenbergplatz: Die Bedeutung dieses Instituts soll über die Aufstokkung des Erwerbungsetats und Gewinnung wichtiger Nachlässe hinaus in fernerer Zukunft auch durch einen Neubau unterstrichen werden. An dieser Stelle legte der Politiker ein Bekenntnis zu den Hand in Hand mit dem Kollegen vom Wirtschaftsressort inszenierten „Spektakeln" ab. Hassemer sieht darin keinen „Feindbegriff", sondern erforderliche „große Gemeinschaftsereignisse". Die traditionellen Kunstorte hätten darunter keinesfalls zu leiden. Schließlich ist der Kulturetat eben rund sieben Prozent gewachsen. Die Schaubühne und die Staatstheater haben einen kräftigen Zuschlag bekommen. Die Freie Volksbühne wie das Theater des Westens sind kürzlich glattweg vor dem Konkurs bewahrt worden.

Regelrechte Genügsamkeit, ohne die zu erwartenden Anzeichen von Enttäuschung, zeigt Hassemer angesichts des Kulturabkommens. Da war „nicht mehr erreichbar" – etwa beim Begriff einer „gemeinsamen Kulturnation". Schaubühnen-Gastspiel und Bauhaus-Archiv-Ausstellung hinüber und die schmale Gegengabe einer Otto-Nagel-Schau herüber reichen aus Berliner Sicht offenbar, ein regelrechtes „Bekenntnis" zum Abkommen, „wie wir es im Moment vorliegen haben", abzulegen. Die Hoffnung beispielsweise, das Berliner Theatertreffen endlich auch wieder Gastspielen der Ostberliner und der „DDR"-Bühnen öffnen zu können, das ist nun schon wieder eine „Anforderung", der dieses Kulturabkommen eben „nicht gewachsen wäre".

Ein würdiges Provisorium, so war bei dieser Gelegenheit zu vernehmen, wird für das Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers Prinz-Albrecht-Palais angestrebt. Nachdem der Wettbewerb ein Ergebnis gebracht habe, „das nicht verwendet werden konnte", gehe es an dieser Stätte des nationalsozialistischen Terrors „weniger um Gestaltung als um Aufdeckung". Das Tragische solle nicht „durch Verschönerung weggewischt" werden. Das Gelände wird bis zum Stadtjubiläum 1987 – wenngleich erst einmal nur als Zwischenlösung – „zum Sprechen gebracht werden".

PETER HANS GÖPFERT

Uraufführung in München: Kirchners „Belshazar"

Richtfest wird Bruchfest

Auf den heute 43jährigen Komponisten Volker David Kirchner wurde man 1974 erstmals aufmerksam, als Wiesbaden seine Oper „Die Trauung" nach Gombrowicz uraufführte. Das Stück, von einem Musiker, der sich sein Brot noch als Bratscher im Frankfurter Rundfunk-Sinfonieorchester verdiente, weitestgehend ohne Auftrag geschrieben, fuhr damals wie ein Gewitter in eine fruchtlos ausgedörrte Opernlandschaft. Ein kurioses Stück, dramatisch packend, thematisch treffend, musikalisch gewalttätig.

Von Kirchners neuer Oper, „Belshazar", jetzt von der Bayerischen Staatsoper im Münchner Nationaltheater uraufgeführt, läßt sich das kaum noch sagen. Es ist wie schon Kirchners zweite Oper, „Die fünf Minuten des Isaak Babel", mehr jenen musikalischen Willensbekundungen zur Weltverbesserung zuzurechnen, *bei denen man die Absicht für die Tat* nehmen muß. Und wenn der Opernbesucher nach exakt 71 Minuten das Theater verläßt, bleibt das Gefühl: das Eigentliche steht noch aus.

Kirchners „Belshazar" nennt sich „Musikdrama" (Text von Harald Weirich). Auf den opernhaften Transport einer Geschichte wird hier kein Wert gelegt. Kirchner verbindet die Sage des babylonischen Königs Belshazar, der sich vom Propheten Daniel das Mene-Menetekel an der Wand deuten läßt, mit der Sage vom Turmbau zu Babel. Daniel wird bei Kirchner überdies zu Belshazars Sohn, aber seinen warnenden Rufen schenkt man am Hofe dennoch kein Gehör.

Die Bedeutung ist klar, und sie wird vom Bühnenbildner Andreas Reinhardt effektvoll eingefangen. Das erste Bild zeigt eine Art Müllberg, zusammengebacken aus allem Zivilisationsabfall, auf dem die letzten Menschen dahinvegetieren. Das soll also die Welt sein, in der wir leben, ohne es zu merken und ohne die Mahner wie Daniel zu hören. Wir feiern noch üppige Feste wie jenes Richtfest des Babylonischen Turmes, bei dem sich Architekt, Senatspräsident, Bischof, Gewerkschaftschef, Konsistorialrat und Kunstkritiker spreizen dürfen, während die Arbeiter schon die Katastrophe voraussehen: „Aus Richt- wird Bruchfest".

Dieser Bruch ist freilich ideeller Art. Als sich ein Riß auftut, flieht die Festgesellschaft (bei Reinhardt springt da eine riesig hohe, die gesamte Bühnenhöhe einnehmende Tür auf) und läßt den König allein zurück mit seiner toten Frau, seinem toten Sohn. Jetzt versucht Belshazar, einen Dialog mit Gott anzuknüpfen, aber es gelingt nicht mehr.

Die Geschichte ist ein bißchen zu eindimensional für ein modernes Stück Musiktheater. Wären da nicht Reinhardts Ausstattung und die Regie von Kurt Horres, die das Werk in eine ganz überzeugende zeitgenössische Ästhetik zwingen, die Simplizität würde noch krasser zutage treten. So gibt es doch Momente, die betroffen machen: die Auftritte des gefundenen, wie gefolterten Daniel, die grandios inszenierte Enthüllung der Kunstwerke des Königs, eine Sammlung der Weltkunst, in der Mantegnas „Beweinung des toten Christus" ebensowenig fehlt wie Picassos „Guernica", Leonardos „Gioconda", Boschs „Garten der Lüste", C. D. Friedrichs „Das große Gehege" oder gar der Isenheimer Altar Grünewalds. Hier wird ein Kunstanspruch festgemacht, den Kirchners Musik nie und nimmer einlösen kann.

Denn diese Musik reimt sich, abgesehen von ein paar bruitistischen Einschüben, zusammen wie ein Strophengedicht des Eklektizismus: da tönen venezianische Fanfaren über einem Ravelschen „Lever du jour", da blasen Richard Straussens kalte Winde aus der „Salome" über die Terrasse, da wagnert es taktweise, aber der Grundton bleibt doch der eines apokalyptischen Mascagni. Und das ist wohl doch eine Tonsprache, die ein Komponist heute nicht mehr in den Mund nehmen sollte, allem Gerede über neue Tonalität zum Trotz.

Die einzig wesentliche Partie ist die des Belshazars. Sie wird von Hermann Becht eindrucksvoll bewältigt. Ronald Pries läßt Daniels klagende Warnschreie ertönen, Marianne Seibel steuert die Takte der Königin bei, Alfred Kuhn hat als Majordomus etwas zu bestimmen. Aber aller Interpreten-Mühe zum Trotz: eine Totgeburt.

REINHARD BEUTH

Eine weitere Aufführung am 28. 1.; Kartenvorbestellung 089/21851

Hannover möchte theatralisch Großstadt werden

Feines für graue Maus

Hannover mag nicht länger als die „graue Maus" unter den westdeutschen Theaterstädten übersehen werden. Nachdem Niedersachsens Landeshauptstadt sich jüngst erst mit Umbau und zweiter Nachkriegsrenovierung ihres Opernhauses zu neuer Ansehnlichkeit geputzt und dafür manchen lang entbehrten Liebhaberblick eingefangen hat, soll nun, verspricht Wissenschafts- und Kunstminister Johann-Tönjes Cassens, „ein weiterer Kraftakt dem Sprechtheater gelten".

Die arg begrenzte Ausstrahlung der Hannoveraner Bühnen erklärte sich zum beträchtlichen Teil aus mangelhaften äußeren Arbeitsbedingungen. Seit die alte „Schauburg" 1943 zerbombt wurde, fehlt das „große Haus" fürs Schauspiel – samt angemessenen Probenräumen. In vier Jahrzehnten brachten Kultur- und Finanzpolitiker von Land und Stadt bisher keines der zahlreich erwogenen Lösungskonzepte zur Reife. Die Dauerprovisorien dämpfen bis heute die Lust an der Bühnenkunst – zu allererst bei den Ausübenden selbst mit fatalen Folge- und Wechselwirkungen.

Doch nun soll sich alles wenden. Im Auftrag der landes- und stadteigenen Staatstheater Hannover GmbH hat eine Gutachterkommission die Situation ziemlich schonungslos beschrieben und „radikale" Maßnahmen empfohlen, wofür Minister Cassens und Hannovers Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube zwar einvernehmlich dankten („wertvolle Entscheidungshilfe"), um die sie und andere in naher Zukunft aber noch manchen Strauß ausfechten dürften. Immerhin, ließ der Chef der Stadtverwaltung wissen, will er „1987/88 zur Tat" kommen. Das Land, so ist zu *hören, ist mit den Kommissionsvor*schlägen „hoch zufrieden".

Die Gutachter (neben Staatstheater-Aufsichtsrat Hans-Peter Albrecht die beiden Hannoveraner Feuilleton-Journalisten Bernhard Häußermann und Raimar Hollmann sowie der Berliner Theaterwissenschaftler Prof. Henning Rischbieter) sind sich einig: Nach Theateretat und -personal ist Hannover zu messen an den größten Konkurrenten in Köln, Stuttgart, Frankfurt. Auch Bühnen- und Zuschauerkapazitäten sind entsprechend vorhanden, jedoch nicht zweckgerecht genutzt.

Das raumgrößte „Theater am Aegi" (Aegidientorplatz nahe der Oper), derzeit vom Staatsschauspiel nur mitgenutzt, weil als typisches Gastspieltheater ohne Proben- und Intendanzräume, wollen die Gutachter zum „großen Haus" des Schauspiels mit allen zentralen Einrichtungen aus- und umgebaut sehen (veranschlagte Kosten „unter 15 Millionen"). Das kleinere Barocktheater am Ballhof, jetzt die unzureichende Heimstätte des Schauspiels, würde danach „kleines Haus" einschließlich hinzuzubauender Studio- oder Probenbühne. Ein Schauspielhaus-Neubau kommt finanziell nicht in Betracht und wäre kaum auszulasten.

So bestechend „einfach" die äußeren Lösungen erscheinen: die Kommission unterstreicht, daß ihre Verwirklichung „durch künstlerische Qualifizierung erst ihren Sinn" finden muß. Wohlan denn, Hannover: schafft die Voraussetzungen!

MICHAEL JACH

KULTURNOTIZEN

Rose Ausländer erhält für ihren Gedichtband „Mein Atem heißt jetzt" den mit 3000 Mark dotierten Buchpreis des Deutschen Verbandes Evangelischer Büchereien.

Alberto Moravia leitet eine neue Zeitschrift, die die Adresse des italienischen Kulturinstituts in Paris, „Cinquanta Rue de Varenne", als Titel führt; sie will den italienisch-französischen Kulturbeziehungen dienen.

Bertrand Tavernier, der französische Filmregisseur, hat aus Protest gegen die Zulassung des ersten privaten Fernsehsenders in Frankreich, seinen Orden der Ehrenlegion zurückgegeben.

Gordon McRae ist 64jährig in Lincoln gestorben. Der amerikanische Sänger und Schauspieler wurde vor allem durch seine Rollen in „Oklahoma" und „Carousel" bekannt.

JOURNAL

„Golden Globe" für Klaus-Maria Brandauer

AFP, Beverly Hills

Der amerikanische Film „Out of Africa" von Sydney Pollack ist in Hollywood mit dem Filmpreis der Auslandspresse, dem „Golden Globe", als bester Film des Jahres ausgezeichnet worden. Der österreichische Schauspieler Klaus-Maria Brandauer erhielt für seine Rolle in diesem Film den „Golden Globe" für die beste männliche Nebenrolle. An „Prizzis's Honnor" (Die Ehre der Prizzis) von John Huston gingen drei „Golden Globe" für die beste Komödie und die beiden Hauptdarsteller Jack Nicholson und Kathleen Turner.

Gesellschaft für deutsche Sprache

dpa, Frankfurt

Mehr als hundert Sprachwissenschaftler haben sich in einer Resolution für den Weiterbestand der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden eingesetzt. Die Gesellschaft ist aufgrund von Zahlungsunfähigkeit in eine Existenzkrise geraten, die nach Angaben ihres Vorsitzenden Günter Pflug von dem inzwischen fristlos entlassenen Geschäftsführer Otto Nüßler verursacht worden sei. Die Verhandlungen mit dem Bonner Innenministerium über weitere finanzielle Hilfen sollen am 29. Januar abgeschlossen werden.

Innenminister will *Film-Vorsitz abgeben*

AP, Bonn

Das Bundesinnenministerium in Bonn will seinen vor zwei Jahren eingeführten Vorsitz im 33köpfigen Auswahlausschuß für Filmförderung, der die Förderungsvoraussetzungen bei Filmen, Drehbüchern, Verleih- und Programmkonzepten prüft, wieder abgeben. Für die nächste zweijährige Amtszeit soll *eines der unabhängigen Ausschuß*mitglieder mit dem Vorsitz betraut werden. Bisher hatte der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ernannte Filmreferent den Vorsitz inne. Für die neue Amtsperiode sind 80 Prozent der bisherigen Ausschußmitglieder wiederberufen worden.

„Rat für Formgebung" sucht neue Geldgeber

dpa, Darmstadt

Der „Rat für Formgebung", der sich seit 1951 von Darmstadt aus um vorbildliches Produkt-Design bemüht, wird möglicherweise aus finanziellen Gründen an einen anderen Standort umziehen müssen. Da der Bund, der bisher aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums den Hauptanteil des Etats für den Rat getragen hatte, sich künftig zurückzieht, muß sich die Stiftung neue Geldgeber suchen. Köln, Frankfurt, Stuttgart und München haben bereits Interesse als künftige Finanziers angemeldet.

Christlich-jüdisches Religionsgespräch

DW. Duisburg

Mit dem „Christlich-jüdischen Religionsgespräch seit dem 18. Jahrhundert" beschäftigt sich ein Symposion der Universiät Duisburg gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr. Es findet vom 2. bis 6. März statt.

Ernst Schnabel†

Der Schriftsteller Ernst Schnabel wurde am Sonnabend in seiner Berliner Wohnung tot aufgefunden.



Ernst Schnabel (1913–1986)
FOTO: B. FRIEDRICH

Der 73jährige ist nach Mitteilung der Polizei offenbar eines natürlichen Todes gestorben. Ernst Schnabel, zuerst Seemann, dann bei der Kriegsmarine, begann mit Romanen, z. B. „Die Reise nach Savannah" (1939), „Nachtwind" (1941), „Schiffe und Sterne" (1943). Von Schnabel stammte auch das Drehbuch zu Helmut Käutners Film „In jenen Tagen" und zu Henzes Oper „Das Floß der Medusa". Nach dem Kriege war er zuerst Chefdramaturg, später Leiter der Abteilung Wort und schließlich von 1951 bis Januar 1955 Intendant beim Nordwestdeutschen Rundfunk. In den sechziger Jahren leitete er auch zeitweise das Dritte Programm des NDR/SFB. Bekannt wurde er vor allem als Autor von Hörfunksendungen, die sich zwischen Hörspiel und Dokumentation bewegen. DW

Vergöttert im Film – verhöhnt in der Realität

Miami: Zwölf Polizisten in Rauschgiftskandale verstrickt

WERNER THOMAS, Miami

„Miami Vice" zählt zu den populärsten Fernsehproduktionen der USA. Die Krimi-Serie schildert die aufregende Arbeit zweier todesmutiger, unbestechlicher Bildschirm-Polizisten, die ständig ihr Leben im Kampf gegen die Rauschgift-Mafia riskieren. Die Wirklichkeit sieht manchmal anders aus.

Im vergangenen Jahr wurden zwölf Beamte wegen schwerer Verbrechen, darunter Mord, festgenommen. Das brachte den Polizei-Apparat der Florida-Metropole zusehends in den Ruch der Korruption: triumphiert das Laster, wie die englische Übersetzung für Vice, „Miami Vice", lautet? Die Schlagzeilen konzentrierten sich auf zwei Fälle. Ende Dezember wurden vier Ordnungshüter einem Haftrichter vorgeführt. Die Männer sollen drei Rauschgifthändler ermordet und ihre Ware, 300 bis 400 Kilo Kokain, gestohlen haben. Der Handelswert: 20 Millionen Dollar. Die Leichen trieben im Miami-Fluß. Wenige Tage zuvor waren zwei andere Polizisten als Kokain-Diebe festgenommen worden. Fast alle inkrimierten Polizisten verstrickten sich in Rauschgiftdelikte.

Das Stichwort heißt „Kokain". Die Boomstadt Miami verdankt einen nicht unwesentlichen Teil ihrer dynamischen Entwicklung dem Rauschgifthandel. Die Washingtoner Rauschgiftfahndungsbehörde (DEA) schätzt, daß 75 Prozent aller Kokain-Importe via Miami den amerikanischen Markt erreichen. Der jährliche Umsatz dieser Unterweltbranche bewegt sich zwischen zehn und zwölf Milliarden Dollar.

„Die Versuchung ist einfach groß", resümiert James Cox, Präsident der örtlichen Polizeigewerkschaft. „Jeder Beamte hat die Möglichkeit, über Nacht reich zu werden." Cox: „Unsere Leute konfiszieren kiloweise Kokain und kommen mit gewaltigen Geldmengen in Berührung. Jeder gestoppte Sportwagenfahrer kann 100 000 Dollar in seinem Auto verborgen haben", rund das Fünffache des Jahresgehalts eines dieser jungen Polizisten.

Clarence Dickson, vor einem Jahr zum dritten Polizeichef innerhalb von zwölf Monaten ernannt, erwähnt das „Mariel-Syndrom". 1980 waren von der kubanischen Hafenstadt Mariel aus 125 000 kubanische Flüchtlinge nach Südflorida gekommen. Fidel Castro hatte damals Häftlinge zwischen die Emigranten gemischt, und bald multiplizierten sich in Miami die Verbrechen. Seither wurde die Polizeitruppe von 630 Beamten auf 1050 aufgestockt. Dickson: „Darunter viele faule Äpfel."

Die Gerüchte wollen seither kein Ende nehmen. So kursiert der Verdacht, daß Polizisten in ihrer Freizeit Villen ausrauben. Aus einem Polizeitresor verschwanden 150 000 Dollar, die für die Ermittlung von Rauschgiftdelikten bestimmt waren. Als es gar hieß, viele Beamte würden Rauschgift nehmen, erfolgten Urinproben. Selbst der Polizeipräsident unterzog sich einem Test.

Auch der schwarze Polizeichef, ein bei den Minderheiten geachteter Mann, klagt über akuten Vertrauensverlust. „Die Leute verhöhnen uns auf der Straße." Selbst das Fernsehen hat schon reagiert: In „Miami Vice" jagen die beiden Titelhelden demnächst die eigenen Kollegen.

Sein Lied verklingt nie

Sowjetische Fan-Demo am Grab des legendären Wyssozkij

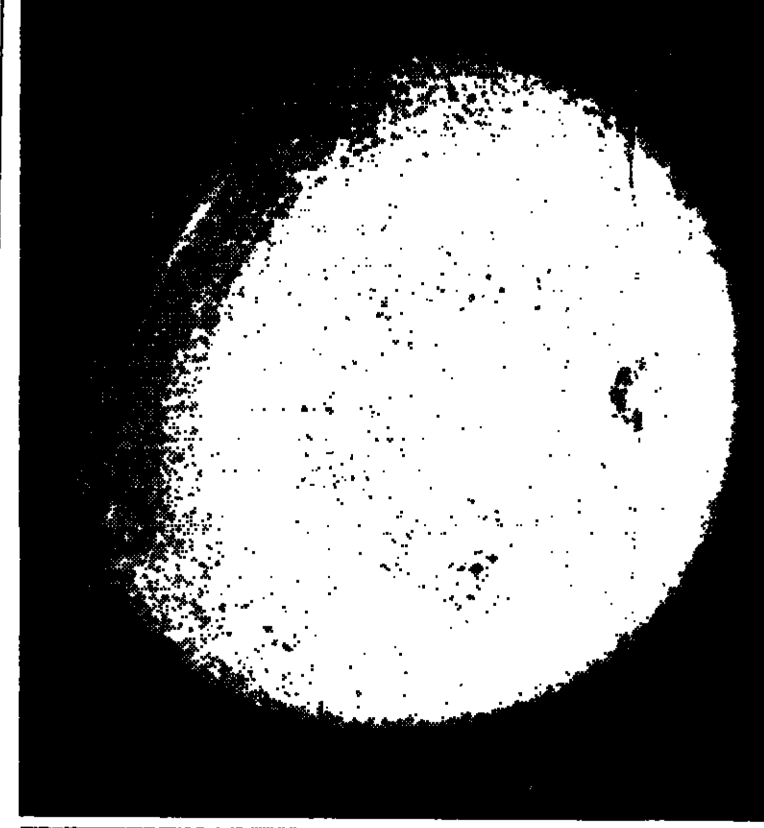
R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

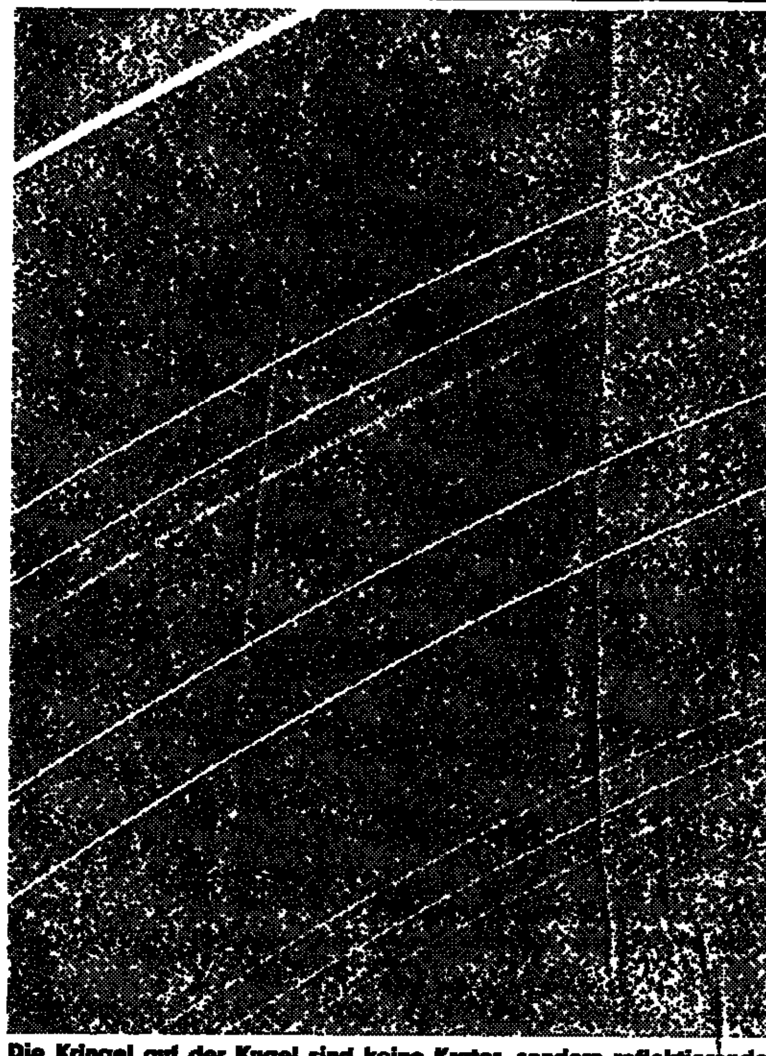
Sie standen Schulter an Schulter, drängten sich mühsam in einer langen Schlange durch das enge Tor des Wagankowskaja Friedhofs im Herzen Moskaus, um an das Grab des Liedermachers, Sängers und Schauspielers Wladimir Wyssozkij zu gelangen. Sie, Studenten, Hausfrauen, Arbeiter und Rentner, standen in der Kälte, tappsten durch Schneepfützen und trugen Blumen in ihren Händen an diesem grauen Samstagvormittag. An diesem Tag, dem 25. Januar 1986, wäre er 48 Jahre alt geworden. Kein rundes Datum, kein spektakulärer Tag, doch die Menge, die sich seit dem frühen Morgen an der langen Friedhofsmauer aufreihte, hatte ihn nicht vergessen, obwohl es in keiner Zeitung gestanden hatte, in keiner Radiosendung zu hören war. Aus einem geparkten Wagen klingt das Lied: „Es gibt keine Propheten. Nicht im Vaterland und nicht in anderen Ländern."

Wyssozkijs Lied. Milizionäre mit Sprechgeräten kontrollieren die stumme Menge. Seile hat man im Friedhofsbereich gespannt, mit Sperrgittern sein Grab weit abgezäunt. Vor sechs Jahren starb Wladimir Wyssozkij, einst Star des Taganka-Theaters, an Herzversagen. Schon zu Lebzeiten war dieser blondschopfige Schauspieler zu einem Mythos erhoben. Nun ist er längst Legende geworden. Auf der Bühne spielte er Hamlet und Galilei, die Gestalten Dostojeweskijs und andere der russischen Klassik wie der Gegenwart, doch mit seinen Liedern wurde er zum Idol der sowjetischen Jugend.

Begeisterung über die Uranus-Bilder von „Voyager 2" / Sonde inzwischen auf dem Weg zum Neptun

Nur 68 Sekunden zu spät zum Rendezvous im All





Die Kringel auf der Kugel sind keine Krater, sondern reflektierende Staubpartikel auf der Kamera. Das untere Bild zeigt die neun bekannten Ringe, der neuentdeckte liegt – unsichtbar – am oberen Bildrand. DPA / AP (2)

DW. Pasadena

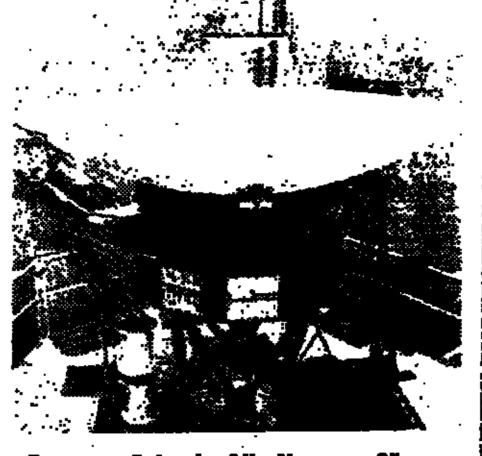
In Pasadena herrscht helle Begeisterung: Bei ihrem spektakulären, sechsstündigen Wochenend-Flug „nur" 81 600 Kilometer am Uranus vorbei hat die amerikanische Raumsonde Voyager 2 in wenigen Tagen mehr Erkenntnisse über diesen Planeten geliefert, als die Wissenschaftler seit seiner Entdeckung im Jahre 1781 erfahren haben.

Außer den fünf bisher bekannten Monden hat der drittgrößte Planet unseres Sonnensystems noch zehn weitere um sich geschart, wie man jetzt im kalifornischen Institut für Strahltriebwerke weiß. Das erste Bild vom 15. und bisher letzten Mond gehört zu 4300 Bildern, die die Sonde seit November vom Uranus-System aufgenommen und zur Erde gefunkt hat. Ganz unprosaisch erhielt der neue Trabant die laufende Nummer „1986 U 9". Aber auch über die längst bekannten und liebevoller benannten Monde lassen die Fotos neue Schlüsse zu: So ist auf Titania ein Krater mit 400 Kilometern Durchmesser zu erkennen. Auf dem Oberon gibt es einen fast 5000 Meter hohen Berg und einen anscheinend mit kohlenstoffreichem Material gefüllten Krater. Experten vermuten, daß die riesigen Mulden durch schwere Meteoriteneinschläge und Mondbeben entstanden sind. Die Trabanten müssen also in ihrem Innern geologisch aktiv sein.

Außer den neuen Monden entdeckte die Sonde einen weiteren Ring, der den Uranus umgibt, ähnlich wie das beim Saturn der Fall ist. Dieser zehnte Ring liegt zwischen den „Epsilon" und „Delta" benannten, den bisher äußersten Ringen. Überrascht sind die Wissenschaftler über die geringen Staubmengen in allen Ringen, die von den Kameras im Gegenlicht fotografiert wurden. Mehr Staub war von der Schwester-Sonde „Voyager 1" gefunden worden, als sie zwischen 1979 und 1981 die Jupiter- und Saturnringe erkundeten. Noch ist man sich nicht darüber schlüssig, aus welchem Material die Uranus-Ringe bestehen. Und genauso unklar ist den Experten, warum einige der Ringe nicht exakt zu bestimmende Farben haben.

Kurz vor der größten Annäherung an Uranus bestätigten die Instrumente von „Voyager 2", daß der Planet über ein Magnetfeld verfügt, das etwa ein Zehntel der Stärke des irdischen Magnetfeldes hat. Aber auch unerwartete Informationen lieferten die „Voyager"-Meßgeräte den kalifornischen Forschern in diesem Zusammenhang: Um 55 Grad ist der magnetische Pol des Gestirns von seiner Rotationsachse verschoben. Bei der Erde beträgt die Abweichung des magnetischen vom geographischen Pol nur elf Grad.

„Voyager 2" liefert seine Fotos mit einem Kamera-System, das noch aus fast tausend Metern Überschriften in einer Zeitung entziffern könnte. Viele der Bilder, die wegen der riesigen Entfernung von knapp drei Milliarden Kilometern zweidreiviertel Stunden brauchen, bis sie auf der Erde angekommen sind, sind noch an Bord von „Voyager 2" gespeichert. Und die Wissenschaftler –



Fast neun Jahre im All: „Voyager 2"

nicht nur in Pasadena werden lange von den Erkenntnissen zehren müssen: Weder die sowjetischen noch die amerikanischen Raumfahrtplaner haben in absehbarer Zeit ähnliche Flüge auf dem Programm.

Neun Jahre ist „Voyager 2" unterwegs; noch beim Start der Sonde am 20. August 1977 auf der Spitze einer Titan-Centaur-Rakete von Cape Canaveral hatte man ihre Lebensdauer lediglich auf vier Jahre angesetzt. Fast fünf Milliarden Kilometer hat sie seitdem zurückgelegt und dabei fortlaufend Bilder und Daten gefunkt.

Jetzt macht sich der „Reisende" auf den Weg zum Neptun. Nach Berechnungen der Wissenschaftler kommt „Voyager 2" dort am 25. August 1989 an. Diese Planungen klingen glaubhaft. Auch diesmal wurde mehr als minutiös vorausbestimmt: Von dem schon 1981 berechneten Zeitpunkt des Uranus-Flirts wich „Voyager 2" nur um 68 Sekunden ab. Die „Mission Neptun" wird allerdings die letzte kontrollierte sein. Danach stößt die Sonde in bisher noch völlig unerforschte Sphären des Weltraums vor.

Explosion in chilenischem Sprengstoffwerk

AP, Iqui[illegible]

Bei einer Explosion in ei[illegible] Sprengstoff- und Waffenfabrik in [illegible] nordchilenischen Hafenstadt Iqui[illegible] sind am Wochenende vermutlich [illegible] Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben der Polizei wurden [illegible] nächst nur vier Arbeiter der C[illegible]doen-Fabrik tot geborgen, doch w[illegible] den 24 weitere vermißt, die mit h[illegible] Wahrscheinlichkeit das Ung[illegible] ebenfalls nicht überlebt haben. [illegible] Beschäftigte erlitten Verletzu[illegible] Die Explosionsursache war vo[illegible] unbekannt. Die Polizei glaubt je[illegible] nicht an einen Sabotageakt. [illegible] Mitteilung der Betriebsleitung e[illegible]nete sich die Explosion in jenem [illegible] der ausgedehnten Werksanlagen, [illegible] dem Bündelbomben, das Haup[illegible]zeugnis der Fabrik, hergestellt w[illegible]den. Ein Journalist berichtete, d[illegible] Vermißten seien von der Explosi[illegible] zerrissen worden. Cardoen ist d[illegible] größte chilenische Waffen- u[illegible] Sprengstoffabrik. Die in dem We[illegible] produzierten Bündelbomben werd[illegible] nach Irak exportiert.

Tod mit 74

dpa, Hiroshi[illegible]

Der 74 Jahre alte Kiyoshi Ki[illegible], der den amerikanischen Atombombenabwurf auf Hiroshima überleb[illegible] hatte und weltbekannt wurde, als e[illegible] seine Verbrennungen und Narben von Reportern fotografieren ließ, i[illegible] am Sonnabend an den Folgen ein[illegible] Schlaganfalls gestorben. Der Japa[illegible] nutzte seinen weltweiten Ruf für ei[illegible] Kampagne gegen Nuklearwaffen u[illegible] für die Opfer von Hiroshima und Na[illegible]gasaki.

Break Dancer starb

dpa/UPI, Fort Pier[illegible]

Ein 18jähriger Teenager hat sich i[illegible] einer Diskothek beim Break-Danc[illegible] dermaßen verausgabt, daß er nach einer Stunde tot umfiel. Wie die Poli[illegible]zei in Fort Pierce (US-Bundesstaat Florida) mitteilt, erlag der begeistert[illegible] Break Dancer Ralph Tyrone Thom[illegible] einem Herzanfall, als er von der Tanz[illegible]fläche abtreten wollte. Ein Autopsie[illegible]bericht ergab, daß der Jugendlich[illegible] über eine gute körperliche Verfas[illegible]sung verfügte.

Mord aufgeklärt

dpa, Bon[illegible]

Der Mord an dem 35jährigen homo[illegible]sexuellen Versicherungskaufmann Wilderich Freiherr von Rennenberg aus Bonn, dessen Leiche am 16. Januar in der Nähe einer Raststätte a[illegible] der Köln-Bonner Autobahn gefunden worden war, ist aufgeklärt: Die Polizei nahm am Freitag abend de[illegible] 21jährigen Malerlehrling Karl-Heinz Hartung aus Karlsruhe fest, der di[illegible] Tat gestanden hat.

278,7 Millionen Sowjets

AFP, Moskau

Die Sowjetunion wird derzeit von 278,7 Millionen Menschen bevölkert. Nach dieser Zahl, die die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass am Wochenende mit Berufung auf das statistische Amt in Moskau bekanntgab, ist die Sowjetbevölkerung im vergangenen Jahr um 2,4 Millionen Einwohner gewachsen. Die nächste Volkszählung findet 1989 statt.

WETTER: Zwischenhocheinfluß

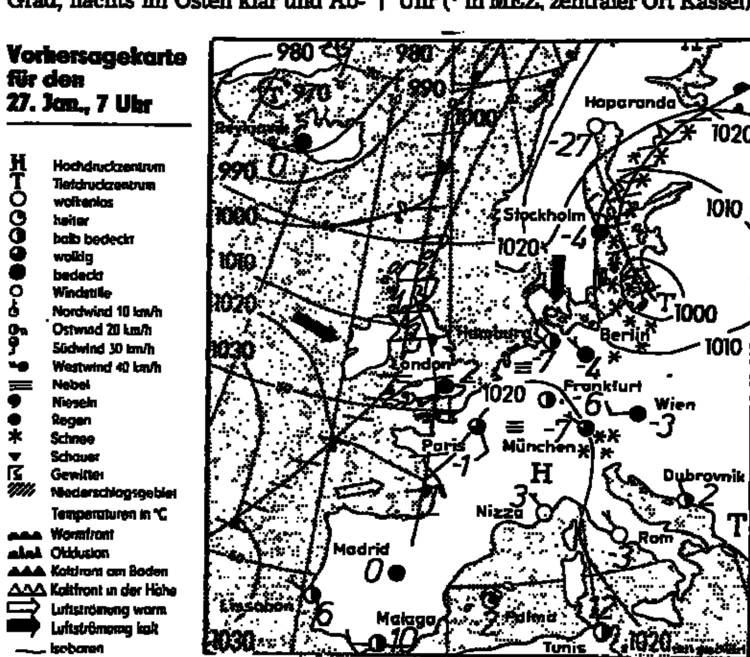
Lage: Die von der Nordsee her eingeströmte Polarluft gelangt unter Hochdruckeinfluß. In der Nacht zum Dienstag leiten atlantische Tiefausläufer die Zufuhr milderer Meeresluft ein.

Vorhersage für Montag: Östlich der Elbe und am Alpennordrand vereinzelt noch Schneeschauer, sonst heiter bis wolkig und trocken. Höchsttemperaturen minus 4 bis plus 2 Grad, nachts im Osten klar und Abkühlung auf minus 8 Grad. Im Westen Schneefall bei Tiefsttemperaturen um minus 2 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Zeitweise Schneefall, der in den Niederungen in Regen übergeht. Temperaturanstieg.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.07 Uhr*, Untergang: 17.04 Uhr, **Mondaufgang:** 19.59 Uhr, Untergang: 9.38 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 27. Jan., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:											
			Lübeck	-1	S	Faro	13	he	Ostende	2	bw
			Mannheim	2	bw	Florenz	6	wl	Palermo	10	he
Berlin	0	he	München	-2	bw	Genf	-1	he	Paris	3	he
Bielefeld	1	bw	Münster	0	he	Helsinki	0	S	Peking	2	he
Braunlage	-5	S	Norderney	3	bw	Hongkong	15	bd	Prag	-1	he
Bremen	0	bw	Nürnberg	0	bw	Innsbruck	-1	bw	Rhodos	14	R
Dortmund	1	S	Oberstdorf	-4	S	Istanbul	7	bw	Rom	6	he
Dresden	-2	S	Passau	2	bw	Kairo	18	he	Salzburg	-1	S
Düsseldorf	2	S	Saarbrücken	0	bw	Klagenfurt	-2	bw	Singapur	30	bw
Erfurt	-2	he	Stuttgart	-1	bw	Konstanza	4	bw	Split	8	he
Essen	2	he	Trier	1	bw	Kopenhagen	-1	bw	Stockholm	-4	Sr
Feldberg/S.	-9	S	Zugspitze	-20	S	Korfu	8	he	Straßburg	2	he
Flensburg	0	he	**Ausland:**			Las Palmas	19	bw	Tel Aviv	17	bw
Frankfurt/M.	2	he				Leningrad	1	Sr	Tokio	8	bw
Freiburg	0	bw	Algier	12	he	Lissabon	9	bw	Tunis	14	he
Garmisch	-2	bw	Amsterdam	4	he	Locarno	6	he	Valencia	11	he
Greifswald	-1	bw	Athen	13	bw	London	1	he	Varna	6	bw
Hamburg	-1	bw	Barcelona	9	bw	Los Angeles	–	–	Venedig	4	he
Hannover	0	he	Belgrad	4	he	Luxemburg	0	he	Warschau	0	S
Kahler Asten	-6	S	Bordeaux	5	bw	Madrid	5	he	Wien	2	he
Kassel	0	he	Bozen	2	bw	Mailand	8	he	Zürich	-2	bw
Kempten	-3	bw	Brüssel	2	he	Malaga	14	he			
Kiel	-1	bw	Budapest	1	he	Mallorca	10	bw			
Koblenz	2	bw	Bukarest	4	he	Moskau	2	bd			
Köln-Bonn	2	he	Casablanca	15	he	Neapel	9	he			
Konstanz	2	bw	Dublin	8	bw	New York	–	–			
Leipzig	-1	S	Dubrovnik	7	bw	Nizza	11	he			
List/Sylt	2	he	Edinburgh	1	bw	Oslo	-1	he			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Erste Liebe

„Ich glaube nicht, daß ich weiter als 30 Minuten vom ‚Russian Tea Room' entfernt leben könnte", meint **Woody Allen**. Das Nobelrestaurant direkt neben der „Carnegie Hall" betrachtet der Filmkomiker als so etwas wie eine erste Liebe. „Deshalb könnte ich auch nie einen Film außerhalb New Yorks drehen", gestand Allen dem „Gentlemen's Quarterly".

Auf den zweiten Blick

Auf die Frage „Willst Du mich heiraten?" antwortete die neunjährige **Andrey Bowen** dem gleichaltrigen **Leslie Sharp** mit Ja. Dann blieben Weihnachtskarten der einzige Kontakt. 40 Jahre später löste Leslie ihr Versprechen ein: Am Wochende war in Solihull Hochzeit – Liebe auf den zweiten Blick.

Dreimal raten

Hätten Sie's gewußt, verehrter Leser, wer sich hinter der Brille verbirgt? **Boris Becker**. Der 18jährige wollte inkognito in Nizza Karneval



feiern. Es gelang nicht. Becker wurde erkannt. Vielleicht aber nur wegen Manager **Ion Tiriac**, der nicht von seiner Seite wich.

Will vierte Ehe

Brigitte Bardot, Sex-Symbol der 60er Jahre, hat nur noch einen Wunsch: „Mein Traum ist die Einsamkeit zu zweit", vertraute die 51jährige dem „Figaro Magazine" an. BB will „einen etwas wilden und lustigen Mann". Ihre bisherigen Ehemänner – der Regisseur **Roger Vadim**, der Schauspieler **Jacques Charrier** und der Millionär **Gunther Sachs** – konnten diese Wünsche offenbar nicht erfüllen.

Hexensabbat der Flipperindustrie in Frankfurts Messehalle Nummer 5

B.-F. SCHNEIDER, Frankfurt

Sonnabend. Die Halle 5 der Frankfurter Messe verwandelt sich, (den dritten Tag schon), in einen Hexenkessel explodierender Farben und elektronisch-akustischer Sensationen, die das Herz aller Flipper-Freaks höher schlagen lassen. Dabei stellt der „gute alte Flipper" – so möchte man angesichts der neuesten Entwicklungen sagen – nur einen Teil dieser größten Spielhalle des Kontinents, der „Fachmesse der Unterhaltungs- und Warenautomaten". Immerhin hat auch der Flipper an technischen Tricks zugelegt: Man kann den Ball jetzt in zwei Ebenen schießen, die elektronischen Lichtvorgaben sind komplizierter geworden, der Spieler muß schneller reagieren. Als neuesten Gag kann man den Kopfhörer seines Walkman anschließen und sich den ganzen akustischen Zauber in Stereo auf das Trommelfell „fetzen" lassen.

Grenzenlos aber scheint sich die Phantasie bei den TV-Spielgeräten zu entfalten. Längst hat hier der Krieg der Sterne begonnen. Ganze Galaxien stürzen über den Bildschirm auf den Spieler zu, der blitzschnell mit seinen Laserkanonen reagieren muß. Was aber an diesen Standgeräten noch locker mit einem kleinen Steuerknüppel und ein paar Knöpfen zu bewältigen ist, das erfordert bei Sac II, einem mit allen elektronischen Raffinessen bestückten Flugsimulator, den vollen Einsatz. Eingezwängt in ein Cockpit mit Instrumententafel und Breitwandschirm kann man für ein paar Herzschläge die Einsamkeit des Astronauten im Weltall auskosten und sich mit Meteoriten und Ufos herumschlagen. So ist der Einzelkämpfer zur Zeit Trumpf auf den Bildschirmen der TV-Spiele: „High Noon" im Weltall wirft seine langen Schatten – selbst auf die Videospielszenen: Der kleine Prinz, der sich allein gegen garstige Ungeheuer aus dem Wasser, der Luft und gegen feuerspeiende Drachen wehren muß, bis er die Prinzessin befreien kann, der Superagent, der mit Händen und Füßen, Keulen und Colts – gegebenenfalls mit allen gleichzeitig – auf seinen Gegner losgeht – sie alle haben dies gemeinsam, daß sie dem Spieler blitzartiges und richtiges Reagieren auf Signale eintrainieren, wobei die Etikettierung als „Killer-Automaten" doch polemisch am Ziel vorbeischießt – Wirkung ist eben alles –, auch wenn das Schicksal mancher Spielfiguren gerade Mitleid erheischend ist. So, wenn sich ein Kämpe aus der Familie der Badman verzweifelt durch eine surreale Welt von Ruinen, Drachen, Ufos und Bäumen arbeitet und bei Feindberührung immer wieder mit markerschütterndem „Oooooaahhh" zu Boden stürzt.



Mit Laser gegen den Halley'schen Kometen: Den Flipperherstellern entgeht nichts. FOTO: H. FRICKE

Aufgeschreckt durch die Verteufelung der Münzautomaten, von denen nach der neuen Spielhallenverordnung auf 15 Quadratmeter nur noch ein Automat erlaubt ist, haben auch die Videospiel-Produzenten die Rauchzeichen aus dem Lager der Friedensfreunde verstanden und üben heute eine freiwillige Automaten-Selbstkontrolle (ASK) aus; so belegen sie Gewalttätiges mit einer gelben Plakette, was den Automaten in die Spielhalle verbannt. Der Gesetzgeber allerdings hat dies kaum honoriert, sondern kurzerhand alle Videospiele mit diesem Bann belegt, so daß seit Ende des Jahres alle Apparate aus allen öffentlichen Räumen verschwinden mußten. Da kam auch die Flucht der Produzenten nach vorn zu spät, der wir die Neuentwicklung der Quiz-Automaten verdanken.

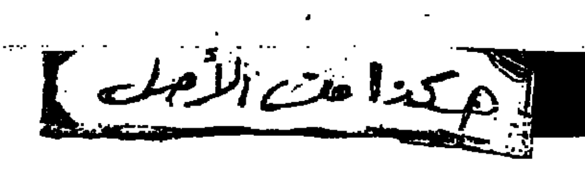
Ob es sich nun um Fragen zur Wirtschaft oder Politik, zu den Naturwissenschaften oder zur Geographie, Geschichte oder Kultur handelt: Ein 12jähriger, der sich künftig an diese anspruchsvollen Geräte wendet, dürfte kaum ohne die helfende Hand des Vaters oder der Mutter auskommen. Das gilt auch für den absoluten Dernier cri der Branche, dem in den USA entwickelten „Stompin'", bei dem die Spieler wie besessen auf einer mit Sensoren bestückten Bodenplatte herumtrampeln, um ein Heer von Spinnen, Käfern und anderen Insekten zu vernichten, das auf dem Bildschirm einem Käse zu Leibe rückt. Trampeln – fast schon eine Sportart, freilich eine eher perverse.

Gegenüber dieser leicht gruseligen Vorstellung wirkte eine Sonderschau alter Automaten-Schätzchen vergleichsweise verträumt. Und als wie verrucht galten sie damals, als sie noch in der Hinterstube der alten Kneipe neben der Penne standen. „Bitte nicht berühren" stand an den alten „Schätzchen". Ein älterer Besucher – übermannte ihn die Erinnerung an die eigene Schulzeit? – steckte dennoch heimlich einen Groschen in den Schlitz eines dieser Museumsstücke. Dann lauschte er dem satten Klicken der sich schließenden Messingklappe. Aus der Ferne drang das „Oooooaahhh" des bedrängten Badmans herüber...

ZU GUTER LETZT

Richtigstellung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": F.A.Z. Frankfurt, 24. Januar. Die Bildunterschrift auf Seite 2 unserer Ausgabe vom Donnerstag beruhte auf einem Irrtum. Bundesaußenminister Genscher hat sich nicht vor dem sowjetischen Abrüstungs-Unterhändler K[illegible] verbeugt; er hat sich vielmehr [illegible]





Pankraz, der Kiez und die neue Weinerlichkeit

Wer die Stimmung in einflußreichen intellektuellen Zirkeln der Bundesrepublik mit einer treffenden Kennmarke versehen will, der muß nicht lange suchen. „Neue Weinerlichkeit" beherrscht die Szene. Das heißt allerdings nicht, daß alle „nahe am Wasser gebaut" hätten und bei jeder Gelegenheit gleich in Tränen ausbrächen, wie es zur Wertherzeit um 1775 üblich war. Weinerlichkeit ist ungefähr das Gegenteil von Tränenseligkeit. Im allgemeinen weint man ja, entweder weil einem Schmerz zugefügt wird oder weil man gerührt ist, Mitleid mit anderen hat. Doch der Weinerliche hat allenfalls Mitleid mit sich selbst, und er empfindet dabei keinerlei nennenswerte Schmerzen. Sein Dauerzustand ist nicht die Rührung, sondern das ungerührte Ressentiment.

Während der Gerührte glückliche Lebensfügungen dankbar und tränenreich als Geschenk nimmt, hält sie der Weinerliche für einen Tribut, der ihm „zusteht". Laufen die Dinge *nicht so, wie er es sich erhofft*, so betrachtet er das als einen Angriff auf seine ureigensten Rechte und ist zunächst einmal empört. Bringt die Empörung nichts, so zieht er daraus keinesfalls praktische Konsequenzen oder wirft gar das Steuer um hundertachtzig Grad herum, sondern er igelt sich in einem Kokon des Beleidigtseins ein, aus dem heraus er dann mit quengeliger Insistenz immer wieder sein „Recht" einfordert. Er weint nicht, er „knietscht", wie man in Sachsen so etwas nennt.

Das Knietschen ist nicht auf einige wenige Zirkel beschränkt, es gehört zur psychologischen Grundausstattung der Gegenwart und bildet gewissermaßen das subjektive Pendant zur Versorgungs- und Wohlfahrtsgesellschaft. Aber die einen knietschen mehr, die anderen weniger. Am meisten und vernehmlichsten knietschen die Linksintellektuellen, weil die Geschichte nicht so verläuft, wie sie sich das bei ihrer Utopie-Huberei ausgedacht hatten. Und da sie üblicherweise guten Zugang zu den Medien haben und mit ihrer Knietscherei die Kanäle überschwemmen, wird der in der Öffentlichkeit herrschende Ton zur Zeit ganz wesentlich von Weinerlichkeit und einem beleidigt vor sich hinröchelnden Ressentiment bestimmt.

Mit scharfem Kommentieren der Zeitläufte und notwendiger Kritik hat das fast gar nichts mehr zu tun. Kritik muß, wenn sie treffen will, überwiegend gutgelaunt daherkommen; man muß ihr anmerken, daß der Kritiker sich seiner Position und seiner Argumente sicher ist und selbst an ihre Durchschlagskraft glaubt. Andernfalls wird die kritische Kontur gleich unscharf, der Schuß geht daneben, oder er geht direkt nach hinten los und richtet Verheerung im eigenen Lager an, rafft Gleichgesinnte dahin, zerstört Lafetten und Munitionskisten.

Genau das ist die Lage bei den weinerlichen Knietschern der intellektuellen Szene. Ihre kritischen Attacken zeigen immer deutlicher Momente der Selbstzerstörung. Die eher traditionellen Marxisten unter ihnen wettern etwa gegen den „Rückzug aus den großen Fragen der Zeit" – und treffen damit voll den weinerlichen Bruder von nebenan, der den „Kiez", die „Mikrowelt" für der sozialen und geistigen Weisheit letzten Schluß hält. Die Kiezer ihrerseits zetern über die „entfremdenden Gigantomanien überregionaler Plänemacher" – und treffen damit voll ins Kontor der weinerlichen Marxisten.

Allesamt sind sie natürlich „ehemalige 68er" und versichern sich dieser Abstammung häufig und gern. Denn an sich, nämlich als Pöstchen-Beschaffungsprogramm und als Aktion zur Besetzung der gesellschaftlich relevanten Begriffe, war die „Revolte" dieser sogenannten 68er ja ein voller Erfolg. Ihre Matadore, und zwar auch die völlig Inkompetenten unter ihnen, sitzen heute durch die Bank (entweder im Knast oder) in wohldotierten Staatssesseln, stellen Ministerpräsidenten und Lebenszeit-Professoren, nehmen dem Nachwuchs Lebenschancen weg, und die von ihnen favorisierten Begriffe fanden selbst in konservative Kreise Eingang, galten lange als die Leitbegriffe der Epoche schlechthin.

Sowohl die einen als auch die anderen wissen also sehr wohl, daß man nicht an irgendwelchen auswärtigen Feinden gescheitert ist, sondern an seinem eigenen Unvermögen zur realistischen Analyse der menschlichen Natur und der Gesetze des Lebens. Eines Tages ließ es sich eben einfach nicht länger verheimlichen: Man lag total schief mit seinem Kategoriensystem, es war für eine auch nur einigermaßen erträgliche Alltagspraxis vollkommen ungeeignet. Doch kaum einer dachte daran, sich das einzugestehen oder vielleicht gar seine Philosophie unter dem Eindruck solcher Erfahrungen zu ändern, die Waffen der Kritik umzuschleifen, die Programmatik auf mittelfristige Prognosen umzustellen. Statt dessen wich man in die Weinerlichkeit aus – und begründete so immerhin die Ära der „Großen Weinerlichkeit".

Man hat manchmal den Eindruck, als gingen die Weinerlichen von folgender Maxime aus: Wenn schon die Utopie, das „Andere", der „wahre Sozialismus" nicht kommen, so wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Welt, wie sie nun einmal ist, so ungemütlich und so trostlos wie möglich erscheint, wollen sie den Leuten mit allen Mitteln vermiesen. Und da das sicherste Mittel, den anderen das Leben zu vermiesen, darin besteht, daß man sich selber mies und verknietscht gibt, so laßt uns denn zu wahren Ausbünden von Miesheit und Verknietschtheit werden!

Es ist dies freilich eine nicht risikolose Maxime. Schließlich kriegt auch der Gutgläubigste und Gutmütigste einmal genug davon, andauernd die Hölle auf Erden gepredigt zu bekommen, und zwar eine völlig uninteressante Hölle, einen bloßen Orkus mieser Weinerlichkeit. Er könnte schließlich auf den Gedanken kommen, daß es außer den Höllenpredigern selber gar keine Hölle gibt. Die Folgen für die höllischen Weinerlichen wären eventuell fatal.

Pankraz

Was Vicco von Bülow mit „Martha" treibt – Loriot inszenierte Flotows Oper am Staatstheater Stuttgart

Zurück bleibt der Teapot der Königin

Welch ein Vergnügen! Welch ein feiner Humor! Und welche Liebe dabei! Loriots Debüt als Opernregisseur, am Staatstheater Stuttgart Friedrich von Flotows „Martha" geltend, ist über die Maßen herrlich gelungen. So schöne Erinnerungen hat man von der Aufführung einer deutschen Spieloper sehr lange nicht mehr mitgenommen.

Es ist wohlgemerkt Loriot, der Erfinder des Knollennasenmännchens, der Vater von Wum und Wendelin, der hier für „Inszenierung, Bühnenbild- und Kostümentwurf" zeichnet, nicht Vicco von Bülow, der Opernfan, Wagnerianer, Premierentiger und Stammgast auf Bayreuths Grünem Hügel. Man darf daraus wohl schließen, daß die Opernregie hier ins Arbeitsfeld des Humoristen und Komikers fällt und sich nicht als spleenige Laune versteht, sondern als professionelles Unternehmen.

Wie es sich für eine anspruchsvolle zeitgenössische Regie gehört, verlegt Loriot die Zeit der Handlung, nein, nicht in die Entstehungszeit, was die 1840er Jahre gewesen wären, sondern gleich noch etwas näher zu uns: in die 1880er Jahre, mitten in die Regierung der Königin Viktoria. Und die darf denn auch zum Schluß als alles segnende Landesmutter bühnenfüllend herniederschweben, während sich die Anwesenden zu einem letzten „God save the Queen" versammeln. Aber die Königin bleibt nicht, sie schwebt wieder gen Himmel, und da sieht man, daß sie nur ein Teewärmer war, einen großen Teapot unter sich auf der Bühne zurücklassend.

Aber wir wollen nicht vorgreifen. Angefangen hat natürlich alles ganz anders, nämlich an einem der vielen so entsetzlich langweiligen Morgen, an denen Lady Harriet weder ausgeschlafen war, noch wußte, was sie mit all der Zeit dieses Tages anfangen sollte, während sie da im weißen Bademantel und mit weißen Pantöffelchen und unfrisiert mit blonden Löckchen in ihrem schloßeigenen Wintergarten auf jenem Bänkchen sitzt, das ein zentraler Ort für Loriot ist, nicht nur im Fernsehen, sondern nun auch auf der Opernbühne.

Der Zwei- bis Viersitzer kommt in Variationen wieder zum einträchtigen Nebeneinandersitzen und Aneinandervorbeisingen der Personen ins Spiel. Lady Harriets Freundin Nancy ist schon angezogen, sie trägt ein langes, weißes Reitkostüm und scheint auch sonst die Aktivere und Dynamischere von beiden zu sein: unübersehbar sind die beiden Damen einander nicht nur platonisch zugetan.

Folgt der erste Chorauftritt: Einen Chor zu führen ist für einen Kammerkomiker vom Schlage Loriots nun wirklich heikles Neuland. Er betritt es souverän, indem er den Chor agieren läßt wie eine Person. Also:



Unterbrechung beim Hutkauf an Mr. Thatchers Stand: Szene aus Loriots „Martha"-Inszenierung in Stuttgart FOTO: HANNES KILIAN

Synchron die Knickse, synchron die Kopfdrehungen, und das führt gleich wieder zu dem gelächterträchtigen Tenniseffekt, wenn die ganze Kammerzofenmeute wie auf Kommando den Kopf wendet. Der Chor tritt ab, und dann kommt noch einmal eine Chordame ganz undamenhaft zurück und streckt der depressiv maulenden Lady von hinten die Zunge heraus. An solchen Hinterfotzigkeiten von der allermenschlichsten Seite ist kein Mangel in dieser Aufführung, und wir wollen sie nicht alle verraten, weil zuviel Wissen halt doch den Spaß beim Besuch verdirbt.

Zweites Bild: Ein ganz liebevoll gemalter englischer Marktplatz mit seinen kleinen Läden ringsum. Klar, daß einer davon Thatcher heißt. Mister Thatcher verkauft Hüte, und eben einen solchen will Plumkett erstehen. Sein Duett mit Lyonel vollzieht sich also en passant beim Probieren von Hüten. Das macht Loriot den ganzen Abend so richtig und so plausibel: die Sänger sind beschäftigt, während sie singen. Sie sind nicht mit Singen beschäftigt. Das sieht fast aus wie ein Rudolf Noelte in feinsinniger Karikatur.

Besondere Beschäftigungstherapien hatte sich Loriot natürlich für die stummen Chargenrollen ausgedacht, die er extra für das Stück erfunden hat. Der Bobby auf dem Markt zu Richmond tritt natürlich prompt in einen Hundehaufen und führt die entsprechende Pantomime auf.

Später, im Waldbild, das hier zu einer Gartenwirtschaft geworden ist, gibt es nicht nur so ein reizendes Exemplar von Familie mit Kindern, die sich in ihr alltägliches Chaos bei Tisch verwickeln, sondern auch einen herrlich schlürfenden und hinkenden Kellner, der seine Servierkünste wohl bei einem „Dinner for one" gelernt hat, und noch einen zufällig in der Gegend weilenden sächsischen Tondichter, der laut Programmheft über Flotow geäußert haben soll: „... ich wollte, ich wäre so ein Genie wie Herr von Flotow – schrieb Opern wie Martha, und thäte so, was – ich eben nicht kann –!" Die Authentizität dieses Zitats wird nachzuprüfen sein, jedenfalls flieht der Herr erschreckt aus der Wirtschaft, als Lady Harriet „Tristan!" ruft, womit sie freilich ihren ältlichen Verehrer Lord Mickelford meint. Aber zu diesem Zeitpunkt ist das Publikum schon so sensibilisiert, daß es nur noch des kleinsten Anstoßes bedarf, um die Wogen des Gekichers hochgehen zu lassen im Zuschauerraum.

Ja, man braucht in Plumketts und Lyonels Bachelor-Haushalt nur das Portrait einer Dogge – entfernte Ähnlichkeit mit Wum – an der Wand zu sehen mit seinem schwarzen Trauerflor, da wird es schon schwer, Haltung zu bewahren. Und wenn die beiden vorgeblichen Mägde so gar nichts können im Haushalt, und die beiden Junggesellen sich an die Spinnräder setzen, wie vierhändig ans Klavier, und das Rädchen summen lassen, dann zeigt sich, daß Loriot auch als Opernregisseur seine feine Komik daher bezieht, den lieben Mitmenschen genau *zuzuschauen*.

Ein Kabinettstück besonderer Art gelingt Loriot nach der Flucht der falschen Mägde, wenn die beiden Bauern mitten in der Nacht und mitten auf dem Land „Herbei, ihr Leute" rufen und tatsächlich der gesamte Männerchor bereitsteht. Da gibt's nur eine Logik, nämlich die des Theaters. Es sind die Bühnenarbeiter, die zur Stelle sind, um nach den abtrünnigen *Damen suchen zu helfen. Und da* Bühnenarbeiter nicht zum Singen da sind, sind es natürlich Chorsänger im Kostüm des Bühnenarbeiters. So lagert sich Ebene über Ebene.

Man kann das nicht gegen Loriot wenden, aber auch das ist leider wahr: Flotows Musik hört man viel zuwenig zu an diesem Abend, obwohl das Orchester unter dem aus Dresden gastierenden Wolf-Dieter Hauschild *ganz hervorragend spielt, die vielge*schundene „Martha" als ein glänzend und einfallsreich komponiertes Exemplar deutscher Oper ausweist, das, mit solcher Eindringlichkeit vorgetragen, durchaus nicht verdient, in die Provinz abgeschoben zu werden.

Auch bei den Sängern hat sich Stuttgart angestrengt. Krisztina Laki ist die koloratur-kokette Lady Harriet, Waltraut Meier mit kräftigem Mezzo ihre Vertraute Nancy. Dem Plumkett gibt Helmut Berger-Tuna sein stimmliches Baßgewicht, und die Tenorarien des Lyonel fallen Rüdiger Wohlers zu, dessen so schön timbrierte Stimme hier leider nicht immer über die mangelhafte Singtechnik hinwegtrösten kann.

Wenn man auch so manches liebgewonnene Loriot-Repertoire wiedererkannt hat an diesem Abend und fürchten muß, daß das auch in weiteren Loriot-Inszenierungen nur wiederholt würde: ein paar Aufführungen von dieser Handschrift würde man schon gern sehen in den nächsten Jahren. Welchem Intendanten gelingt es, Vicco von Bülow zu den Sünden seines Alters zu überreden?

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 27. und 29. Jan., 10., 15., 18., 22. Feb.; *Kartenvorbestellungen* 0711/2032444.

Kultursenator Hassemer über die Pläne für 1986

Den Berlinern Spektakel

Ein Kultursenator hat sich verrechnet. Im 200. Todesjahr Friedrichs des Großen und just am Geburtstag des Alten Fritzen setzte Volker Hassemer das Alter des Monarchen ein paar hundert Jahre zu jung an. So geschehen, als Hassemer den neuesten Berliner Veranstaltungszyklus eröffnete: Künftig soll regelmäßig vor der Presse über Projekte und Bilanzen der Berliner Kultur berichtet werden.

Im „Jahr der Einweihungen" stekken wir ohnehin: Im April eröffnet die großzügige Bildhauerwerkstatt im Wedding. Mitte des Jahres folgt das Literaturhaus in der City, später dann die „Galerie der Romantiker", ein Versöhnungsinstrument der Nationalgalerie und der Schlösserverwaltung in Sachen Caspar David Friedrich. Mitte November haben Berlinische Galerie, Werkbund-Archiv sowie die Jüdische Abteilung des Berlin Museums endlich auch ihre neuen Domizile im Martin-Gropius-Bau bezogen.

Schauplatz von Hassemers Darlegungen war das Landesarchiv nahe dem Wittenbergplatz: Die Bedeutung dieses Instituts soll über die Aufstokkung des Erwerbungsetats und Gewinnung wichtiger Nachlässe hinaus in fernerer Zukunft auch durch einen Neubau unterstrichen werden. An dieser Stelle legte der Politiker ein Bekenntnis zu den Hand in Hand mit dem Kollegen vom Wirtschaftsressort inszenierten „Spektakeln" ab. Hassemer sieht darin keinen „Feindbegriff", sondern erforderliche „große Gemeinschaftsereignisse". Die traditionellen Kunstorte hätten darunter keinesfalls zu leiden. Schließlich ist der Kulturetat eben rund sieben Prozent gewachsen. Die Schaubühne und die Staatstheater haben einen kräftigen Zuschlag bekommen. Die Freie Volksbühne wie das Theater des Westens sind kürzlich glattweg vor dem Konkurs bewahrt worden.

Regelrechte Genügsamkeit, ohne die zu erwartenden Anzeichen von Enttäuschung, zeigt Hassemer angesichts des Kulturabkommens. Da war „nicht mehr erreichbar" – etwa beim Begriff einer „gemeinsamen Kulturnation". Schaubühnen-Gastspiel und Bauhaus-Archiv-Ausstellung hinüber und die schmale Gegengabe einer Otto-Nagel-Schau herüber reichen aus Berliner Sicht offenbar, ein regelrechtes „Bekenntnis" zum Abkommen, „wie wir es im Moment vorliegen haben", abzulegen. Die Hoffnung beispielsweise, das Berliner Theatertreffen endlich auch wieder Gastspielen der Ostberliner und der „DDR"-Bühnen öffnen zu können, das ist nun schon wieder eine „Anforderung", der dieses Kulturabkommen eben „nicht gewachsen wäre".

Ein würdiges Provisorium, so war bei dieser Gelegenheit zu vernehmen, wird für das Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers Prinz-Albrecht-Palais angestrebt. Nachdem der Wettbewerb ein Ergebnis gebracht habe, „das nicht verwendet werden konnte", gehe es an dieser Stätte des nationalsozialistischen Terrors „weniger um Gestaltung als um Aufdeckung". Das Tragische solle nicht „durch Verschönerung weggewischt" werden. Das Gelände wird bis zum Stadtjubiläum 1987 – wenngleich erst einmal nur als Zwischenlösung – „zum Sprechen gebracht werden". PETER HANS GÖPFERT

Uraufführung in München: Kirchners „Belshazar"

Richtfest wird Bruchfest

Auf den heute 43jährigen Komponisten Volker David Kirchner wurde man 1974 erstmals aufmerksam, als Wiesbaden seine Oper „Die Trauung" nach Gombrowicz uraufführte. Das Stück, von einem Musiker, der sich sein Brot noch als Bratscher im Frankfurter Rundfunk-Sinfonieorchester verdiente, weitestgehend ohne Auftrag geschrieben, fuhr damals wie ein Gewitter in eine fruchtlos ausgedörrte Opernlandschaft. Ein kurioses Stück, dramatisch packend, thematisch treffend, musikalisch gewalttätig.

Von Kirchners neuer Oper, „Belshazar", jetzt von der Bayerischen Staatsoper im Münchner Nationaltheater uraufgeführt, läßt sich das kaum noch sagen. Es ist wie schon Kirchners zweite Oper, „Die fünf Minuten des Isaak Babel", mehr jenen musikalischen Willensbekundungen zur Weltverbesserung zuzurechnen, *bei denen man die Absicht für die* Tat nehmen muß. Und wenn der Opernbesucher nach exakt 71 Minuten das Theater verläßt, bleibt das Gefühl: das Eigentliche steht noch aus.

Kirchners „Belshazar" nennt sich „Musikdrama" (Text von Harald Weirich). Auf den opernhaften Transport einer Geschichte wird hier kein Wert gelegt. Kirchner verbindet die Sage des babylonischen Königs Belshazar, der sich vom Propheten Daniel das Mene-Menetekel an der Wand deuten läßt, mit der Sage vom Turmbau zu Babel. Daniel wird bei Kirchner überdies zu Belshazars Sohn, aber seinen warnenden Rufen schenkt man am Hofe dennoch kein Gehör.

Die Bedeutung ist klar, und sie wird vom Bühnenbildner Andreas Reinhardt effektvoll eingefangen. Das erste Bild zeigt eine Art Müllberg, zusammengebacken aus allem Zivilisationsabfall, auf dem die letzten Menschen dahinvegetieren. Das soll also die Welt sein, in der wir leben, ohne es zu merken und ohne die Mahner wie Daniel zu hören. Wir feiern noch üppige Feste wie jenes Richtfest des Babylonischen Turmes, bei dem sich Architekt, Senatspräsident, Bischof, Gewerkschaftschef, Konsistorialrat und Kunstkritiker spreizen dürfen, während die Arbeiter schon die Katastrophe voraussehen: „Aus Richt- wird Bruchfest".

Dieser Bruch ist freilich ideeller Art. Als sich ein Riß auftut, flieht die Festgesellschaft (bei Reinhardt springt da eine riesig hohe, die gesamte Bühnenhöhe einnehmende Tür auf) und läßt den König allein zurück mit seiner toten Frau, seinem toten Sohn. Jetzt versucht Belshazar, einen Dialog mit Gott anzuknüpfen, aber es gelingt nicht mehr.

Die Geschichte ist ein bißchen zu eindimensional für ein modernes Stück Musiktheater. Wären da nicht Reinhardts Ausstattung und die Regie von Kurt Horres, die das Werk in eine ganz überzeugende zeitgenössische Ästhetik zwingen, die Simplizität würde noch krasser zutage treten. So gibt es doch Momente, die betroffen machen: die Auftritte des gefundenen, wie gefolterten Daniel, die grandios inszenierte Enthüllung der Kunstwerke des Königs, eine Sammlung der Weltkunst, in der Mantegnas „Beweinung des toten Christus" ebensowenig fehlt wie Picassos „Guernica", Leonardos „Gioconda", Boschs „Garten der Lüste", C. D. Friedrichs „Das große Gehege" oder gar der Isenheimer Altar Grünewalds. Hier wird ein Kunstanspruch festgemacht, den Kirchners Musik nie und nimmer einlösen kann.

Denn diese Musik reimt sich, abgesehen von ein paar bruitistischen Einschüben, zusammen wie ein Strophengedicht des Eklektizismus: da tönen venezianische Fanfaren über einem Ravelschen „Lever du jour", da blasen Richard Straussens kalte Winde aus der „Salome" über die Terrasse, da wagnert es taktweise, aber der Grundton bleibt doch der eines apokalyptischen Mascagni. Und das ist wohl doch eine Tonsprache, die ein Komponist heute nicht mehr in den Mund nehmen sollte, allem Gerede über neue Tonalität zum Trotz.

Die einzig wesentliche Partie ist die des Belshazars. Sie wird von Hermann Becht eindrucksvoll bewältigt. Ronald Pries läßt Daniels klagende Warnschreie ertönen, Marianne Seibel steuert die Takte der Königin bei, Alfred Kuhn hat als Majordomus etwas zu bestimmen. Aber aller Interpreten-Mühe zum Trotz: eine Totgeburt. REINHARD BEUTH

Eine weitere Aufführung am 28. 1.; Kartenvorbestellung 089/21851

Hannover möchte theatralisch Großstadt werden

Feines für graue Maus

Hannover mag nicht länger als die „graue Maus" unter den westdeutschen Theaterstädten übersehen werden. Nachdem Niedersachsens Landeshauptstadt sich jüngst erst mit Umbau und zweiter Nachkriegsrenovierung ihres Opernhauses zu neuer Ansehnlichkeit geputzt und dafür manchen lang entbehrten Liebhaberblick eingefangen hat, soll nun, verspricht Wissenschafts- und Kunstminister Johann-Tönjes Cassens, „ein weiterer Kraftakt dem Sprechtheater gelten".

Die arg begrenzte Ausstrahlung der Hannoveraner Bühnen erklärte sich zum beträchtlichen Teil aus mangelhaften äußeren Arbeitsbedingungen. Seit die alte „Schauburg" 1943 zerbombt wurde, fehlt das „große Haus" fürs Schauspiel – samt angemessenen Probenräumen. In vier Jahrzehnten brachten Kultur- und Finanzpolitiker von Land und Stadt bisher keines der zahlreich erwogenen Lösungskonzepte zur Reife. Die Dauerprovisorien dämpfen bis heute die Lust an der Bühnenkunst – zu allererst bei den Ausübenden selbst mit fatalen Folge- und Wechselwirkungen.

Doch nun soll sich alles wenden. Im Auftrag der landes- und stadteigenen Staatstheater Hannover GmbH hat eine Gutachterkommission die Situation ziemlich schonungslos beschrieben und „radikale" Maßnahmen empfohlen, wofür Minister Cassens und Hannovers Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube zwar einvernehmlich dankten („wertvolle Entscheidungshilfe"), um die sie und andere in naher Zukunft aber noch manchen Strauß ausfechten dürften. Immerhin, ließ der Chef der Stadtverwaltung wissen, will er „1987/88 zur Tat" kommen. Das Land, so ist zu *hören, ist mit den Kommissionsvor*schlägen „hoch zufrieden".

Die Gutachter (neben Staatstheater-Aufsichtsrat Hans-Peter Albrecht die beiden Hannoveraner Feuilleton-Journalisten Bernhard Häußermann und Raimar Hollmann sowie der Berliner Theaterwissenschaftler Prof. Henning Rischbieter) sind sich einig: Nach Theateretat und -personal ist Hannover zu messen an den größten Konkurrenten in Köln, Stuttgart, Frankfurt. Auch Bühnen- und Zuschauerkapazitäten sind entsprechend vorhanden, jedoch nicht zweckgerecht genutzt.

Das raumgrößte „Theater am Aegi" (Aegidientorplatz nahe der Oper), derzeit vom Staatsschauspiel nur mitgenutzt, weil als typisches Gastspieltheater ohne Proben- und Intendanzräume, wollen die Gutachter zum „großen Haus" des Schauspiels mit allen zentralen Einrichtungen ausund umgebaut sehen (veranschlagte Kosten „unter 15 Millionen"). Das kleinere Barocktheater am Ballhof, jetzt die unzureichende Heimstätte des Schauspiels, würde danach „kleines Haus" einschließlich hinzuzubauender Studio- oder Probenbühne. Ein Schauspielhaus-Neubau kommt finanziell nicht in Betracht und wäre kaum auszulasten.

So bestechend „einfach" die äußeren Lösungen erscheinen: die Kommission unterstreicht, daß ihre Verwirklichung „durch künstlerische Qualifizierung erst ihren Sinn" finden muß. Wohlan denn, Hannover: schafft die Voraussetzungen!

MICHAEL JACH

KULTURNOTIZEN

Rose Ausländer erhält für ihren Gedichtband „Mein Atem heißt jetzt" den mit 3000 Mark dotierten Buchpreis des Deutschen Verbandes Evangelischer Büchereien.

Alberto Moravia leitet eine neue Zeitschrift, die die Adresse des italienischen Kulturinstituts in Paris, „Cinquanta Rue de Varenne", als Titel führt; sie will den italienisch-französischen Kulturbeziehungen dienen.

Bertrand Tavernier, der französische Filmregisseur, hat aus Protest gegen die Zulassung des ersten privaten Fernsehsenders in Frankreich, seinen Orden der Ehrenlegion zurückgegeben.

Gordon McRae ist 64jährig in Lincoln gestorben. Der amerikanische Sänger und Schauspieler wurde vor allem durch seine Rollen in „Oklahoma" und „Carousel" bekannt.

JOURNAL

„Golden Globe" für Klaus-Maria Brandauer

AFP, Beverly Hills

Der amerikanische Film „Out of Africa" von Sydney Pollack ist in Hollywood mit dem Filmpreis der Auslandspresse, dem „Golden Globe", als bester Film des Jahres ausgezeichnet worden. Der österreichische Schauspieler Klaus-Maria Brandauer erhielt für seine Rolle in diesem Film den „Golden Globe" für die beste männliche Nebenrolle. An „Prizzis's Honnor" (Die Ehre der Prizzis) von John Huston gingen drei „Golden Globe" für die beste Komödie und die beiden Hauptdarsteller Jack Nicholson und Kathleen Turner.

Gesellschaft für deutsche Sprache

dpa, Frankfurt

Mehr als hundert Sprachwissenschaftler haben sich in einer Resolution für den Weiterbestand der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden eingesetzt. Die Gesellschaft ist aufgrund von Zahlungsunfähigkeit in eine Existenzkrise geraten, die nach Angaben ihres Vorsitzenden Günter Pflug von dem inzwischen fristlos entlassenen Geschäftsführer Otto Nüßler verursacht worden sei. Die Verhandlungen mit dem Bonner Innenministerium über weitere finanzielle Hilfen sollen am 29. Januar abgeschlossen werden.

Innenminister will *Film-Vorsitz abgeben*

AP, Bonn

Das Bundesinnenministerium in Bonn will seinen vor zwei Jahren eingeführten Vorsitz im 33köpfigen Auswahlausschuß für Filmförderung, der die Förderungsvoraussetzungen bei Filmen, Drehbüchern, Verleih- und Programmkonzepten prüft, wieder abgeben. Für die nächste zweijährige Amtszeit soll *eines der unabhängigen Ausschuß*mitglieder mit dem Vorsitz betraut werden. Bisher hatte der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ernannte Filmreferent den Vorsitz inne. Für die neue Amtsperiode sind 80 Prozent der bisherigen Ausschußmitglieder wiederberufen worden.

„Rat für Formgebung" sucht neue Geldgeber

dpa, Darmstadt

Der „Rat für Formgebung", der sich seit 1951 von Darmstadt aus um vorbildliches Produkt-Design bemüht, wird möglicherweise aus finanziellen Gründen an einen anderen Standort umziehen müssen. Da der Bund, der bisher aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums den Hauptanteil des Etats für den Rat getragen hatte, sich künftig zurückzieht, muß sich die Stiftung neue Geldgeber suchen. Köln, Frankfurt, Stuttgart und München haben bereits Interesse als künftige Finanziers angemeldet.

Christlich-jüdisches Religionsgespräch

DW. Duisburg

Mit dem „Christlich-jüdischen Religionsgespräch seit dem 18. Jahrhundert" beschäftigt sich ein Symposion der Universität Duisburg gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr. Es findet vom 2. bis 6. März statt.

Ernst Schnabel†

Der Schriftsteller Ernst Schnabel wurde am Sonnabend in seiner Berliner Wohnung tot aufgefunden.



Ernst Schnabel (1913–1986) FOTO: B. FRIEDRICH

Der 73jährige ist nach Mitteilung der Polizei offenbar eines natürlichen Todes gestorben. Ernst Schnabel, zuerst Seemann, dann bei der Kriegsmarine, begann mit Romanen, z. B. „Die Reise nach Savannah" (1939), „Nachtwind" (1941), „Schiffe und Sterne" (1943). Von Schnabel stammte auch das Drehbuch zu Helmut Käutners Film „In jenen Tagen" und zu Henzes Oper „Das Floß der Medusa". Nach dem Kriege war er zuerst Chefdramaturg, später Leiter der Abteilung Wort und schließlich von 1951 bis Januar 1955 Intendant beim Nordwestdeutschen Rundfunk. In den sechziger Jahren leitete er auch zeitweise das Dritte Programm des NDR/SFB. Bekannt wurde er vor allem als Autor von Hörfunksendungen, die sich zwischen Hörspiel und Dokumentation bewegen. DW